

Jahrbuch für

# Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

1986/1

1986/1

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR  
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Herausgegeben von  
H. Apfel, U. A. Beyer (Präsident), E. Hübner (Vizepräsident), L. Jähnke (CSRL), K. Kasper  
H. W. Kahl (V. Präs.), G. Meißner (V. Präs.), H. Meißner (V. Präs.), E. Meißner (V. Präs.), K. F. Meißner (V. Präs.)  
L. Meißner (V. Präs.), A. Meißner (V. Präs.), J. Meißner (V. Präs.)

Herausgeber  
Hans-Joachim Lauth (Vizepräsident), J. Meißner (Vizepräsident), J. Meißner (Vizepräsident), J. Meißner (Vizepräsident)  
Klaus-Günter (Redaktion), Günter Herber, Wolfgang Jäger, Fritz Kießling, Peter Kießling (Redaktion)  
Hans Meißner, Hans-Joachim Meißner, Fritz Meißner, Helge Meißner, Jan Peter Meißner, Jochen Meißner  
Klaus Meißner, Klaus Meißner, Klaus Meißner (Redaktion), Alfred Meißner, Jochen Meißner (Redaktion)



Abdruck aus: Hans Meißner, Hans-Joachim Meißner, Jochen Meißner, Klaus Meißner, Alfred Meißner, Jochen Meißner  
Stuttgarter

# Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR  
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

**Unter beratender Mitarbeit von**

H. Aptheker (USA), J. Bouvier (Frankreich), E. Hobsbawm (Großbritannien), L. Jeleček (ČSSR), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen), G. Mori (Italien), H. Mottek (DDR), E. Niederhauser (UVR), Z. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), J. Tomaszewski (VR Polen)

**Redaktionskollegium**

Hermann Lehmann (Chefredakteur), Ingrid Kresse (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Siegfried Epperlein, Renate Günther (Redakteur), Günter Hertel, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Fedor Kretschmar (Redakteur), Hans Müller, Hans-Heinrich Müller, Peter Musiolek, Helga Nussbaum, Jan Peters, Hans Radandt, Siegfried Richter, Waldtraut Schmidt, Renate Scholze (Redakteur), Alfred Schröter, Ingrid Thümmeler (Redaktionssekretär)

**Arbeitsgruppe Literaturkritik**

Ingrid Kresse (Leiter), Horst Handke, Hans-Heinrich Müller, Jörg Roesler, Martina Schattkowsky, Reinhard Schumacher

Jahrbuch für

# WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

1986/1

A. M. Solov'eva

Karl Lötters/Hans-  
Helmut Müller/  
Karl Giermann

Johannes Becker

## DISKUSSIONEN

Stefan Austermann

Harald Schütz

## LITERATURZITATE

Rudolf Hübner und die russische  
Kredit (Hauptstadt: Verlagsges.)

Die industrielle Revolution in  
Rußland

Zur Stellung von Krieger und  
Schiller zum produktiv-  
wirtschaftlichen Fortschritt während  
der industriellen Revolution  
in Deutschland

Ländliche Kreditwesen in Meck-  
lenburg im 16./17. Jh.

Die Entwicklung des  
Handelskreditwesens in  
Deutschland

Zum Problem der Markt-  
struktur und der Markt-  
struktur



Dieser Titel wurde vom Originalmanuskript des Autors reproduziert

ISSN 0075 - 2800

Anschrift der Redaktion:

DDR-1100 Berlin, Prenzlauer Promenade 149 - 152

Erschienen im Akademie-Verlag Berlin, DDR-1086 Berlin, Leipziger Str. 3 - 4

© Akademie-Verlag Berlin 1986

Lizenznummer: 202 . 100/44/86

Printed in the German Democratic Republic

Offsetdruck: VEB Kongreß- und Werbedruck, 9273 Oberlungwitz

Redaktionsschluß: 15. 6. 1985

LSV 0305

Bestellnummer: 754 616 6 (2103/86/1)

01800



## ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

- Dieter Walter Wachstum und Effektivität der produktiven Investitionen in der Volkswirtschaft der DDR BL 220  
9
- Hanna Haack Arbeitslose in Deutschland. Ergebnisse und Analyse der Berufszählung vom 16. Juni 1933 BA 984  
39
- I. A. D'jakonova Rudolf Diesel und das russische Erdöl (Hintergründe eines Vertrages) CC 4  
71
- A. M. Solov'eva Die industrielle Revolution in Rußland CC 557  
91
- Karl Lärmer/Hans-Heinrich Müller/  
Karl Obermann Zur Haltung von Klassen und Schichten zum produktionstechnischen Fortschritt während der Industriellen Revolution in Deutschland BA 930  
557  
551  
109
- Jochen Richter † Ländliches Kreditwesen in Mecklenburg im 16./17. Jh. BD 737  
367  
131

## DISKUSSIONEN

- Jürgen Kuczynski Allgemeingesellschaftliche Überlegungen zur wissenschaftlich-technischen Revolution A 557  
151
- Bernd Schildt Zum Problem der Markgenossenschaft und der Markgenossenschaftslehre. Geschichte, Stand und Aufgaben der Forschung aus rechtshistorischer Sicht CA 391  
397  
379  
163

## LITERATURKRITIK

- Gerhard Scharschmidt/  
Manfred Stelter Anregende Forschungsergebnisse zum Kapitalismus in Entwicklungsländern (Kapitalismus in Entwicklungsländern) 171

Karin Lehmann	Keynesianismus aus wirtschafts- historischer Sicht (Der Keynesianis- mus; Nicholas Kaldor, Grenzen der "General Theory")	179
Jürgen Kuczynski	Wie die kleinen Leute lebten (Lebenserinnerungen, Gesprächs- protokolle und Briefe zum Leben der Arbeiter, Bauern und Hand- werker im Raum Sebnitz in der 2. Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts)	187
Helmut Bleiber	Bäuerliche Bewegungen, ins Ab- seits vom kapitalistischen Fort- schritt gestellt (Christof Dipper, Die Bauernbefreiung in Deutsch- land 1790 - 1850)	189
Jörg Roesler	Helmut Matthes, RGW; Wirt- schaftspolitik zum Wohle der Völker	193
Veronika Siedt	Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft	195
Klaus Leciejewski	Pierre Vilar, Gold und Geld in der Geschichte	198
Horst Handke	Vom Schock zum Fatalismus?	199
Hans-Heinrich Müller	Preußen in der deutschen Ge- schichte nach 1789	201
Wolfgang Jacobeit	Karl Czok, Karl Lamprechts Wirken an der Universität Leipzig	203
Hermann Lehmann	Dieter Krüger, Nationalökonomien im Wilhelminischen Deutschland	205
Karl Lärmer	Lothar Suhling, Aufschließen, Gewinnen und Fördern	207
Gerald Beyreuther	Georges Duby, Krieger und Bauern	209

## QUELLEN UND MATERIALIEN

- Erika Behm/Jürgen Kuczynski Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse vor dem Ersten Weltkrieg. Eine vornehmlich quantitative Analyse (Frankreich) CH 95  
04 213
- Vorbemerkung zu Hans Radandts Studie über den Umgang mit wirtschaftshistorischen Fakten in der Memoiren-Literatur (Jürgen Kuczynski) 225
- Hans Radandt Zum Umgang mit wirtschaftshistorischen Fakten in der Memoiren-Literatur A 132 227

## TAGUNGEN UND KONFERENZEN

- Thomas Kuczynski Langfristige Schwankungen im Wirtschaftswachstum: ihre Ursachen und Konsequenzen (10. bis 14. Juni 1985 in Weimar) A 161 243

## BIBLIOGRAPHIE

- Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther) 247
- Autorenverzeichnis 279
- Содержание, Contents, Contenu, Sumario 280

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Wachstum und Effektivität der produktiven Investitionen  
in der Volkswirtschaft der DDR

von Dieter Walter

Die intensiv erweiterte Reproduktion ist heute zur bestimmenden Grundlage für das Wachstum der Volkswirtschaft der DDR geworden. Die umfassende Intensivierung macht den Inhalt der neuen Etappe der Verwirklichung der ökonomischen Strategie für die 80er und 90er Jahre in der DDR aus.<sup>1</sup> Dies schließt die wachsende Bedeutung der effektiven Reproduktion und der Nutzung aller Reproduktionsfaktoren ein. Die Investitionen spielen dabei eine entscheidende Rolle. Sie bilden das entscheidende materielle Bindeglied zwischen Vorleistungen der Gesellschaft zur Erzielung wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse sowie zur Qualifikation der Werktätigen einerseits und einer effektiven Produktion andererseits. Über sie werden die Richtung, das Tempo und der sozialökonomische Inhalt des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und damit die Akkumulationskraft unserer Volkswirtschaft wesentlich bestimmt. Deshalb ist die den objektiven Notwendigkeiten des Reproduktionsprozesses entsprechende Bestimmung der Größe, des Wachstums, der Struktur und vor allem der Innovationsintensität der Investitionen ein entscheidendes Problem der Leitung und Planung auf allen Ebenen der Volkswirtschaft.

Die hier vorgestellten Untersuchungen befassen sich mit dem Wachstum und der Effektivität der produktiven Investitionen<sup>2</sup> auf volkswirtschaftlicher Ebene, behandeln sie also als ein Problem der optimalen Gestaltung der volkswirtschaftlichen Grundproportionen. Derartige Analysen stellen u. a. einen Beitrag zur Bestimmung des optimalen Anteils der produktiven Investitionen am volkswirtschaftlichen Endprodukt dar. Der zentrale methodologische Ausgangspunkt der Untersuchungen besteht in der Berücksichtigung der doppelten Rolle, die die produktiven Investitionen im Reproduktionsprozeß spielen und die demzufolge bei der

<sup>1</sup> Vgl. 9. Tagung des ZK der SED. Aus dem Bericht des Politbüros an das ZK der SED, Berichterstatter: Gen. E. Honecker, Berlin 1984, S. 31.

<sup>2</sup> Als "produktive Investitionen" wurden bei den konkreten Analysen die "Investitionen in den produzierenden Bereichen", vergleichbare Preise 1980, erfaßt.



planmäßig-bewußten Gestaltung der volkswirtschaftlichen Grundproportionen zu beachten ist: Sie sind ein entscheidender Reproduktionsfaktor und zugleich eine Verwendungsposition des volkswirtschaftlichen Endprodukts.

Die produktiven Investitionen bilden einen Reproduktionsfaktor mittelbarer Art. Die produktive lebendige Arbeit, die Arbeitsmittel sowie die Arbeitsgegenstände bilden die unmittelbaren Reproduktionsfaktoren des volkswirtschaftlichen Endprodukts. Die produktiven Investitionen sind der materielle Aufwand zur Reproduktion der Arbeitsmittel. Mit einem Wechsel in der relativen Bedeutung der Reproduktionsformen der Arbeitsmittel - Modernisierung, Rekonstruktion, Ersatz und Erweiterung - verändert sich auch der quantitative Zusammenhang zwischen wissenschaftlich-technischen Innovationen, Investitionen und Dynamik der Effektivität der Arbeitsmittel. Die produktiven Investitionen bilden zugleich eine Verwendungsposition des volkswirtschaftlichen Endprodukts, deren Dynamik im Zusammenhang mit der Entwicklung der Konsumtionsfonds und der Gestaltung des Außenhandelssaldos zu analysieren und planmäßig zu gestalten ist. Die Dynamik der produktiven Investitionen wird somit vom Wachstum des volkswirtschaftlichen Endprodukts und den Erfordernissen der Reproduktion des materiellen und kulturellen Lebensniveaus mittels der Konsumtionsfonds sowie von der Gestaltung der Relation von Export und Import mitbestimmt. Die produktiven Investitionen bilden einen "Steuerparameter" der zentralen Planungsorgane zur Gestaltung der Reproduktionsstruktur der Volkswirtschaft und bei Schwankungen im Wachstum des volkswirtschaftlichen Endproduktes, dessen relative Bedeutung gegenüber den "Steuerparametern" Konsumtion und Außenhandelssaldo wechselt je nach der konkreten Hauptaufgabe des Perspektivzeitraumes, nach der konkret-historischen Etappe des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, nach den außenwirtschaftlichen Bedingungen und Aufgaben u. a.

Sowohl zur Analyse der produktiven Investitionen als Reproduktionsfaktor als auch zur optimalen Verwendung des volkswirtschaftlichen Endprodukts liegen in der Literatur eine Reihe von Arbeiten vor.<sup>3</sup> Das spezielle Anliegen der vorliegenden Studie besteht darin,

erstens die Dialektik zwischen der Dynamik der produktiven Investitionen als Reproduktionsfaktor und als Verwendungsart des volkswirtschaftlichen Endprodukts in einen Zusammenhang zu stellen, und

zweitens zu versuchen, über die Analyse der Unterschiede dieses Zusammenhanges in kurz-, mittel- und langfristigen Zeitperioden ihn der volkswirtschaftlichen Analyse und Prognose zugänglich und am Beispiel der Entwicklung volkswirtschaftlicher Grundproportionen sichtbar zu machen.

3 Vgl. u. a. Koziolk, H., Reproduktion und Nationaleinkommen, Berlin 1979, bes. S. 111 ff.; Matterne, K./Tannhäuser, S., Die Grundmittelwirtschaft in der sozialistischen Industrie der DDR, Berlin 1982, bes. T. III; Anders, H.-D./Schwarz, K., Modelle zur Ermittlung eines optimalen Verhältnisses von Akkumulation und Konsumtion, Berlin 1976.

# 1. Zur Unterscheidung kurz-, mittel- und langfristiger Zusammenhänge zwischen Dynamik und Effektivität der Investitionen

Die Untersuchung basiert auf Jahresdaten entsprechend der statistischen Berichterstattung und den Plandaten. Die Gegenüberstellung von Jahresdaten der untersuchten Kennziffern sowie die Feststellung und Analyse der Beziehungen zwischen ihnen wird als Untersuchung kurzfristiger Zusammenhänge bezeichnet. Der Übergang zur Analyse mittel- und langfristiger Zusammenhänge wird methodisch auf unterschiedlichen Wegen erreicht:

Erstens wird versucht, auf der Basis langfristiger Zeitreihen differenzierte Zeitverzüge zwischen dem Aufwand und den dadurch bewirkten Ergebnissen festzustellen. Dieses Verfahren ist insbesondere für die Analyse der ökonomischen Wirksamkeit der Investitionen als Reproduktionsfaktor angewendet worden, weniger für Zusammenhänge zwischen der Dynamik des Endprodukts und seiner Verwendungspositionen. Es wurde bereits oftmals nachgewiesen, daß bei Einbeziehung von "Verspätungen" von mehr als drei Jahren zwischen Investitionsaufwand und -ergebnis in der Regel nicht nur keine weitere Verbesserung der statistischen Werte eintritt, sondern auch meist der ökonomische Sinn der Vorzeichen und Größenverhältnisse der Koeffizienten der Regressionsgleichungen verlorengeht.<sup>4</sup> Deshalb wurde hier von der Konstruktion von "distributed lags" zunächst Abstand genommen.

Zweitens werden einerseits produktive Investitionen als kumulative Summen sinnvoller mittelfristiger Perioden zusammengefaßt, andererseits werden Korrelationsbeziehungen zwischen den produktiven Investitionen und verschiedenen volkswirtschaftlichen Effektivitätskennziffern für unterschiedliche längerfristige Perioden (zwischen 10 und 35 Jahren) untersucht, um von Veränderungen der Korrelationsbeziehungen auf die Existenz charakteristischer Perioden in der bisherigen Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR schließen zu können.

Die hier vorgelegten Untersuchungen basieren auf der zweiten Methode. Es wurden zwei Arten mittelfristiger Zeitabschnitte fixiert und den Untersuchungen zugrunde gelegt:

Erstens wird eine Gegenüberstellung der Daten ein und desselben Fünfjahreszeitraumes vorgenommen. Für diese Periodisierung spricht, daß die Fünfjahrpläne die Hauptinstrumente der planmäßigen Wirtschaftspolitik sind. Die Effektivitätsziele, Strukturveränderungen und damit verbundene Investitionskonzeptionen werden in ihrer Grundrichtung mit der Direktive und dem Gesetz des jeweiligen Fünfjahrplanes beschlossen. Es gibt aber auch Einwände gegen diese Periodisierung: So werden Wir-

<sup>4</sup> Vgl. z. B. Rutkovskaja, E. A., Problemi i metodi ocenki rasprede-  
lennogolaga v kapital'nom stroitel'stve = Modelirovanie investicion-  
nych processov, Moskva 1979, S. 83 ff.

kungen von Investitionsaufwendungen in einer Fünfjahresperiode auf die Ergebnisse in der nächsten vernachlässigt, und Neuorientierungen während einer Fünfjahresperiode, die durch Veränderungen der inneren und äußeren Reproduktionsbedingungen notwendig werden, bleiben verdeckt.

Zweitens werden mittelfristige Zeiträume, die eine bestimmte Struktur-, Wachstums- und Investitionskonzeption beinhalten und sich nicht notwendigerweise mit den Fünfjahreszeiträumen decken müssen, miteinander verglichen.<sup>5</sup> Für diese Periodisierung spricht, daß hierbei investitionsabhängige strategische Wirtschaftsetappen besser erfaßt werden können als bei der Periodisierung nach Fünfjahreszeiträumen, wo eine größere Gefahr von Fehlinterpretationen der untersuchten Zusammenhänge besteht. So können Perioden höheren Wachstumstempos durch eine höhere Effektivität bedingt sein, die unabhängig von Investitionen eintrat und die deshalb ein höheres Investitionswachstum beinhaltet, weil sich die Ressourcen in diesen Zeiten besonderer Dynamik insgesamt relativ schnell entwickeln. Dahinter steckt eine in der Einteilung nach Fünfjahreszeiträumen liegende Nichtbeachtung notwendiger Korrekturen der mittelfristigen Wirtschaftsstrategie durch die Partei entsprechend den konkreten, sich verändernden inneren und äußeren Reproduktionsbedingungen der Volkswirtschaft.

Soweit man - etwas vereinfacht - annehmen kann, daß die Hauptwirksamkeit der getätigten Investitionen noch in der gleichen mittelfristigen Periode liegt, kann die Vernachlässigung des Zeitverzugs beim Herangehen nach Fünfjahreszeiträumen bzw. nach Perioden des Investitionsrhythmus im Unterschied zur Gegenüberstellung von Jahresdaten wohl hingenommen werden.

### 1.1. Langfristige Zusammenhänge

Für den untersuchten Zeitraum von 1950 bis 1982 wurde eine positive Korrelation zwischen den Veränderungen im Wachstumstempo der produktiven Investitionen und den Kennziffern der Effektivität der Volkswirtschaft der DDR festgestellt. Dies entspricht den Erwartungen, da die Investitionen als Reproduktionsfaktor wesentliche Träger des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und notwendige Bedingungen von Strukturveränderungen und Rationalisierungs- bzw. in deren Folge Effektivitätsschüben sind.

Während jedoch im Zeitraum von 1949 bis 1961 die Abhängigkeit des volkswirtschaftlichen Effektivitätswachstums vom Investitionswachstum sehr eng war, ist dieser Zusammenhang für den Zeitraum von 1962 bis 1982 schwach und statistisch nicht mehr gesichert (vgl. Anhang, Graphik 3). Diese Veränderung widerspiegelt statistisch die wachsende Bedeutung qualitativer Wachstumsfaktoren für die weitere langfristig stabile Erhöhung der Produktivität und Effektivität des Reproduktions-

<sup>5</sup> Dabei wurden die von Roesler vorgeschlagenen Perioden des Investitionsrhythmus genutzt. Zur Begründung dieser Perioden siehe: Roesler, J., Perspektivpläne und Investitionsrhythmus in der Volkswirtschaft der DDR 1949 bis 1980, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1/1983, S. 169 ff.

prozesses. Zu den qualitativen Faktoren zählen vor allem die bessere Nutzung des wachsenden Qualifikations- und Bildungspotentials der Werktätigen, die Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Niveaus der neu installierten Grundmittel, die Konzentration auf die vorrangige Entwicklung und volkswirtschaftliche Nutzung solcher Schlüsseltechnologien wie der Mikroelektronik und Automatisierungstechnik sowie moderner Biotechnologien und nicht zuletzt die weitere Vervollkommnung des Systems der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung auf allen Ebenen.

Hinsichtlich der Dynamik des Anteils der produktiven Investitionen am volkswirtschaftlichen Endprodukt bzw. am Nationaleinkommen<sup>6</sup> lassen sich in der bisherigen Wirtschaftsgeschichte der DDR ebenfalls zwei langfristige Perioden unterscheiden (s. Anhang, Tab. 1 sowie Graphiken 1 und 2):

In den 50er und 60er Jahren wurde die wachsende Wirtschaftskraft der DDR bei gleichzeitig steigendem Lebensniveau vorrangig zur Erhöhung der Investitionen in produzierende Bereiche genutzt. Der Anteil dieser Investitionen am produzierten und am verwendeten volkswirtschaftlichen Endprodukt wuchs ständig an.

In den 70er Jahren wurde die wachsende Wirtschaftskraft der DDR vorrangig zur Erhöhung der Konsumtion verwandt. Ihr Anteil am im Inland verwendeten volkswirtschaftlichen Endprodukt nahm kontinuierlich zu. Die gegenüber den 50er und 60er Jahren veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen führten dazu, daß trotzdem sowohl der Anteil der produktiven Investitionen als auch der der Konsumtion am produzierten Endprodukt in den 70er Jahren abnahm, weil das produzierte Endprodukt schneller wuchs als das verwendete.

Die Veränderung des Anteils der Investitionen in den nichtproduzierenden Bereichen am volkswirtschaftlichen Endprodukt läßt sich nicht in diese Periodisierung einordnen: Ihr Wachstumstempo und ihr Anteil am Endprodukt schwankten in der gesamten Untersuchungsperiode beträchtlich.

Für die Analyse der Ursachen der längerfristigen Veränderungen der Anteile der Investitionen am Endprodukt und entsprechende prognostische Schlußfolgerungen ist die Beantwortung der Frage notwendig, ob die Rate der produktiven Investitionen überhaupt eine Entscheidungs- bzw. Steuergröße bei der längerfristigen Planung der volkswirtschaftlichen Grundproportionen ist. Diese Frage könnte verblüffen. Denn erstens ist die Literatur über die Theorie und die Methoden der Bestimmung eines optimalen Verhältnisses zwischen Akkumulation und Konsumtion, die die positive Beantwortung dieser Frage stillschweigend voraussetzt, recht umfangreich.<sup>7</sup> Und zweitens ist die Funktion der Akkumula-

6 Das volkswirtschaftliche Endprodukt ist die Summe von Nationaleinkommen und Abschreibungen, Mieten und Pachten. Wo keine anderen Informationen zur Verfügung standen, wurden die untersuchten Zusammenhänge auf das Nationaleinkommen bezogen.

7 Den hier vorgelegten empirischen Untersuchungen liegen die produktiven Investitionen zugrunde. Wir schließen uns der Meinung von Koziolk an, daß es "im Zusammenhang mit der Ausprägung aller

tions- bzw. Investitionsrate als kurz- und mittelfristige Steuergröße eindeutig aus den zugänglichen analytischen Daten ersichtlich, wie weiter unten gezeigt wird.

Bei Schwankungen im Wachstum des verwendeten Nationaleinkommens bzw. des im Inland verwendbaren volkswirtschaftlichen Endprodukts reagierte die Dynamik der Konsumtion relativ unelastisch. Die Schwankungen des Außenhandelssaldos waren in wachsendem Maße durch äußere Reproduktionsbedingungen bestimmt. Dagegen reagierte die Investitionsrate äußerst elastisch auf Wachstumsschwankungen des Nationaleinkommens. Dies weist darauf hin, daß letztere in der kurz- und mittelfristigen Planung eine wichtige Steuergröße auf volkswirtschaftlicher Ebene ist.

Hat sie diese Funktion auch in der längerfristigen Planung? Das ist auf der Grundlage der hier analysierten Zusammenhänge differenziert zu beantworten:

Die in den 50er und 60er Jahren sowie in der 1. Hälfte der 70er Jahre eingetretene Erhöhung des Anteils der produktiven Investitionen am volkswirtschaftlichen Endprodukt stand in Übereinstimmung mit der in den Perspektivplänen festgelegten Zielrichtung.<sup>8</sup> So beinhalten alle für die Planungsperioden 1956 bis 1960, 1959 bis 1965, 1966 bis 1970 und 1971 bis 1975 veröffentlichten Planziele der Produktion und der Investitionen in den produzierenden Bereichen gegenüber der vorhergehenden Planungsperiode ein schnelleres Wachstum der Investitionen als des Produktionsvolumens. Mit Ausnahme des Planungszeitraumes 1959 bis 1965 wuchsen dementsprechend die Investitionen auch tatsächlich schneller als die Produktion.

Bereiche der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ... von erheblicher Bedeutung (ist), die Rolle der Akkumulation für die weitere Entwicklung der nichtproduktiven Sphäre richtig einzuschätzen", daß es aber bei der "Betrachtung der Bewegungsstadien des Nationaleinkommens ... notwendig (ist), unter Akkumulation nur die produktive zu verstehen". (Koziolk, S. 111 f.) Außerdem ist es m. E. nötig, bei der Betrachtung der Investitionen als Reproduktionsfaktor des Endprodukts die Bruttoinvestitionen (Nettoinvestitionen plus Abschreibungen, Mieten, Pachten) zugrunde zu legen und dementsprechend das Nationaleinkommen zum volkswirtschaftlichen Endprodukt zu erweitern, da insbesondere mit der umfassenden Intensivierung wachsende Effektivitätswirkungen von der wertmäßig einfachen Reproduktion der Arbeitsmittel ausgehen.

<sup>8</sup> Vgl. u. a. Zur ökonomischen Politik der SED ..., Berlin 1955 und 1960; Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (GBl.), T. I, 56/1959, 10/1971, 46/1976 und 35/1981; Statistisches Jahrbuch der DDR, verschiedene Jahrgänge; Abrechnung über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1984, in: Neues Deutschland, 21./22. 1. 1985; Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1985, in: ebenda, 1./2. 12. 1984.

Seit Mitte der 70er Jahre schlägt sich die Orientierung der Partei auf den vollständigen Übergang zur umfassenden Intensivierung auch in der längerfristigen Ausrichtung auf die stabile Erhöhung des Effektes aus jeder Mark Investitionen nieder. Dies schloß die Planung eines sinkenden Anteils der Investitionen am volkswirtschaftlichen Endprodukt ein. Nach den bisher veröffentlichten Ergebnissen und Plänen der Wirtschaftsentwicklung wird dieser Anteil 1981 bis 1985 auch tatsächlich sinken, während 1976 bis 1980 die Investitionen der Volkswirtschaft gegenüber 1971 bis 1975 noch schneller wuchsen als das produzierte Nationaleinkommen.

Die Strategie der umfassenden Intensivierung orientiert zugleich auf qualitativ neue Maßstäbe der Energie-, Rohstoff- und Materialökonomie, auf die Erhöhung des Tempos der Steigerung der Arbeitsproduktivität, auf eine steigende Grundfondsquote (Nettoprodukt je Mark Bruttowert der Grundfonds), auf die Erhöhung des ökonomischen Effektes aus Wissenschaft und Technik und auf eine entschiedene Verbesserung der Effektivität in allen Zweigen und Bereichen.<sup>9</sup>

Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Investitionen und dem produzierten Nationaleinkommen sowie des Anteils der Akkumulation am verwendeten Nationaleinkommen nach Fünfjahresabschnitten bzw. nach Perioden des volkswirtschaftlichen Investitionsrhythmus zeigt die Kontinuität der Veränderung dieser volkswirtschaftlichen Grundproportionen trotz starker jährlicher Schwankungen (vgl. Anhang, Tab. 2 und Graphik 3) und bestätigt die oben genannte Beobachtung von zwei Etappen in der bisherigen Entwicklung dieser Proportionen: Der Anteil der Investitionen am volkswirtschaftlichen Endprodukt stieg etwa bis zu Beginn der 70er Jahre, er sank seitdem bis 1984. Dies weist auf folgende Probleme und mögliche Schlüsse hin:

Erstens: Das absolute und relative Wachstum der produktiven Investitionen als Verwendungsposition des volkswirtschaftlichen Endprodukts wird von der langfristigen Veränderung seiner Bedeutung für die Effektivität der Produktion des Endprodukts wesentlich mitbestimmt, aber nicht allein dadurch determiniert: Spätestens seit Beginn der 60er Jahre werden die qualitativen Wachstumsfaktoren immer mehr entwicklungsbestimmend. Dazu zählen vor allem die Innovationsintensität der Investitionen, die Qualifikation und das Leistungsverhalten der Werk tätigen, die Vervollkommnung des Leitungs- und Planungssystems u. a. Dem entsprach die wirtschaftspolitische Orientierung: Die Erhöhung des Anteils der Investitionen am volkswirtschaftlichen Endprodukt war bis Mitte der 70er Jahre Bestandteil der mittelfristigen Planziele. Seit Beginn der 80er Jahre sank planmäßig der Anteil der Investitionen am volkswirtschaftlichen Endprodukt.

<sup>9</sup> Vgl. Mittag, G., Nach neuen Maßstäben die Intensivierung umfassend organisieren, Berlin 1984, S. 36.

Zweitens: Die Investitions- bzw. Akkumulationsintensität des volkswirtschaftlichen Endprodukts bzw. des Nationaleinkommens stellt als Steuerparameter für die langfristige Prognose und Planung ein wesentlich weniger flexibles Instrument dar als für kurz- und mittelfristige Zeitschnitte. Wesentliche Ursachen werden in der relativen Stabilität der Struktur der Grundfonds und ihrer Nutzungsdauer sowie dem sich daraus ergebenden Ersatzbedarf, in der relativen Stabilität der Proportionen zwischen Modernisierung, Rekonstruktion, Ersatz und Erweiterung der Grundfonds einerseits und den Grenzen der Dynamik der Bereitstellungsmöglichkeiten von Investitionsgütern andererseits gesehen. Planmäßige Senkungen der Investitions- bzw. Akkumulationsraten bei gleichzeitigem stabilem oder sogar beschleunigtem wissenschaftlich-technischem Fortschritt sind deshalb von der besseren Nutzung der fungierenden Grundfonds, der möglichen Erhöhung des Anteils der investitions-sparenden Modernisierung und Rekonstruktion der Grundfonds, vom höheren technisch-technologischen Niveau der Investitionsgüter, von indirekt investitions-sparender Energie- und Materialökonomie u. a. abhängig. Eine beabsichtigte Erhöhung des Investitionsvolumens wiederum erfordert längerfristige Maßnahmen, um notwendige Voraussetzungen in der Investitionsgüterindustrie bzw. der Außenhandelsstruktur zu schaffen.

Drittens: Die Ursachen der seit Beginn der 70er Jahre zu beobachtenden und bis Mitte der 80er Jahre anhaltenden Trendveränderungen von steigenden zu sinkenden Investitionsintensitäten des volkswirtschaftlichen Endprodukts bzw. Nationaleinkommens gilt es, noch tiefer zu untersuchen. Das in diesem Zeitraum erreichte neue Niveau der Energie- und Rohstoffökonomie<sup>10</sup> trug wesentlich zur relativen Investitionersparnis in den investitionsintensiven Zweigen der Energie- und Rohstoffherzeugung bei. Gesetzliche Festlegungen zur Erhöhung der normativen Nutzungsdauer der Grundmittel<sup>11</sup> zielen auf effektive Modernisierungsmaßnahmen.

Viertens: Auf dieser Grundlage ist eine komplexe Einschätzung der Faktoren notwendig, die in der 2. Hälfte der 80er und in den 90er Jahren die Dynamik der Investitionen beeinflussen und damit auch in Abwägung der Erfordernisse der Grundfondsreproduktion, der Entwicklung entscheidender Schlüsseltechnologien, der Energie- und Rohstoffökonomie und der Ziele der langfristigen Fortführung der Hauptaufgabe die weitere Dynamik der Investitions- und Akkumulationsrate des Nationaleinkommens bestimmen werden.

10 So sank der Energie- und Materialverbrauch der Industrie je 1 000 Mark industrieller Warenproduktion 1981 - 1983 jahresdurchschnittlich um ca. 6,5 % gegenüber ca. 4 % 1976 - 1980 und ca. 2,5 - 3 % 1971 - 1975. (Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1984, S. 151.)

11 Vgl. Anordnung zur Überprüfung und Überarbeitung der normativen Nutzungsdauer und der Abschreibungssätze für Grundmittel v. 2. 8. 1983, in: GBl. I, 23/1983.

## 1.2. Mittelfristige Zusammenhänge

Wie bereits dargelegt, wurde in allen Direktiven bzw. Gesetzen zu den mittelfristigen Plänen von 1951 - 1955 bis 1971 - 1975 auf eine Erhöhung des Anteils der Investitionen am volkswirtschaftlichen Endprodukt orientiert, was auch fast ohne Ausnahme erreicht wurde; während seitdem ein schnelleres Wachstum des Endprodukts je Mark Investitionen angestrebt und erreicht wurde. Deshalb konzentriert sich die hier vorgelegte Analyse der mittelfristigen Zusammenhänge auf die produktiven Investitionen als Reproduktionsfaktor des Endprodukts.

Die Bewertung der Effektivität ist bekanntlich nach wie vor in der Diskussion.<sup>12</sup> In der vorliegenden Analyse wurden das Nationaleinkommen bzw. das Nettoprodukt, die Grundfondsquote, die Arbeitsproduktivität und die Konsumtion als zentrale Kennziffern der volkswirtschaftlichen Analyse und Planung in Beziehung zum Investitionsaufwand gesetzt. Für die Einbeziehung der Energie- und Materialökonomie fehlten die erforderlichen längerfristigen Zeitreihen.

Im Mittelpunkt der Untersuchungen steht die Frage: Verbesserten bzw. verschlechterten sich die Kennziffern der Effektivität in der gleichen Richtung wie die Beschleunigung bzw. Verlangsamung der Tempi des Wachstums der Investitionen?

Dem lag folgende reproduktionstheoretische Überlegung zugrunde: Wird eine Beschleunigung des Wachstumstempos der Investitionen von einer Verbesserung der wichtigsten Effektivitätskennziffern begleitet, eine Verlangsamung dieses Tempos dagegen von einer Verschlechterung dieser Kennziffern, ist unter dem Aspekt der Funktion der Investitionen als Wachstumsressource eine planmäßige Orientierung auf die Erhöhung des Anteils der Investitionen an den Verwendungsarten des volkswirtschaftlichen Endprodukts anzustreben, weil dies zur Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses positiv beitragen würde. Umgekehrt umgekehrt.<sup>13</sup> Dabei muß die qualitativ unterschiedliche Funktion der Investitionen und der Konsumtion bei der sozialistischen Reproduktion beachtet werden:

In der Proportion zwischen produktiven Investitionen und Konsumtion widerspiegelt sich u. a. die Relation zwischen den Aufwendungen für die Reproduktion der Arbeitsmittel und der Arbeitskräfte. Mit der

<sup>12</sup> Vgl. Schöneck, B., Effektivität, Kriterien, Proportionen, Berlin 1974; Heinrichs, W., Der Reproduktionstyp, in: Grundfragen der sozialistischen Reproduktionstheorie, Berlin 1982.

<sup>13</sup> Diese These liegt u. a. den Arbeiten von Waltuch zur Investitionsentwicklung in den Volkswirtschaften sozialistischer Länder zugrunde. Vgl. u. a. Waltuch, K. K., Die Ermittlung des optimalen Verhältnisses zwischen Konsumtion und produktiver Akkumulation, in: Gesellschaftlicher Wohlstand und Volkswirtschaftsplanung, Berlin 1972, Abschnitt I.4., S. 112 - 163. - Vgl. auch Waltuchs Beiträge in der Zeitschrift Ekonomika i organizacija promyšlennogo proizvodstva, Novosibirsk, 6/1970, 2/1977, 3/1979, 3/1982.



wachsenden Bedeutung der Arbeitsbedingungen für die Reproduktion der Persönlichkeit des unmittelbaren Produzenten gehen jedoch immer direktere Wirkungen von der Investitionstätigkeit auf die sozialistische Zielrealisierung aus. Zugleich kann von der Konsumtion nicht unmittelbar auf die Reproduktion der unmittelbaren Produzenten und ihrer Arbeitskraft geschlossen werden. Dazwischen liegen sowohl die Wandlung des Inhalts und der Effektivität der Konsumtionsprozesse als auch die Wirksamkeit der sozialistischen Verteilungsprinzipien, insbesondere der Verteilung nach der Leistung. Die gegenwärtig absehbare Phase der wissenschaftlich-technischen Veränderungen der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft der DDR und der anderen industriell entwickelten sozialistischen Länder führt noch zu widersprüchlichen Veränderungen der Ansprüche an das Qualifikationspotential der Beschäftigten. Eine eindeutige, von der Dynamik der materiell-technischen Basis ausgehende Erhöhung dieser Anforderungen konnte bisher nicht nachgewiesen werden.<sup>14</sup> Es wäre jedoch einseitig und vom Standpunkt der planmäßigen Reproduktion der sozialistischen Produktionsweise unververtretbar, die Bildung und Qualifikation der Beschäftigten lediglich von den Anforderungen der Arbeitsmittel bzw. der materiell-technischen Basis abzuleiten. Deshalb wird insbesondere in der soziologischen Literatur auf die wachsenden Anforderungen an die Initiative, die Disziplin, das Verantwortungsbewußtsein der Beschäftigten verwiesen, die von der höheren Ausstattung mit Grundmitteln, von der zunehmenden Kompliziertheit der Produktionsstruktur, von der mit dem wachsenden Wohlstand verbundenen größeren Vielfalt der Bedürfnisse und den größeren Entscheidungsspielräumen hinsichtlich ihrer künftigen Befriedigung ausgehen.<sup>15</sup>

Diese Zusammenhänge weisen auf die Kompliziertheit der untersuchten Beziehungen zwischen der Investitions- und der Effektivitätsdynamik der Volkswirtschaft hin. Die hier vorgelegten Ergebnisse empirischer Untersuchungen bilden deshalb nur einen ersten notwendigen Schritt.

Die Tabellen 3 (produzierende Bereiche insgesamt) und 4 (Industrie) stellen die Ergebnisse nach Fünfjahreszeiträumen dar (s. Anhang):

Der Zuwachs an produziertem Nationaleinkommen je Einheit Investitionen im produzierenden Bereich ist um so höher, je höher das Wachstumstempo der Investitionen ist. Die Grundfondsquote steigt bei Beschleunigung des Investitionswachstums, und sie sinkt bei dessen Ver-

14 Vgl. u. a. Langen, E.-M./Schaefer, R./Wahse, J., Der Einfluß von Mechanisierung und Automatisierung auf die Qualifikation der Werktätigen, Berlin 1978; Walter, D., Bewertung qualifizierter Arbeit. Wert und Preis. Probleme eines Leistungsvergleichs von Industriekombinaten, in: Das Geld in der intensiv erweiterten sozialistischen Reproduktion, hg. v. Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Berlin 1984.

15 Vgl. insbes. die Diskussion zum 4. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR, z. B. die Beiträge von R. Weidig, G. Winkler und A. Kretzschmar, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1/1985.

ringerung. Das insgesamt tendenziell sinkende Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität widerlegt dies nicht, im Gegenteil: Seine Verlangsamung wurde 1966 bis 1970 während beschleunigten Investitionswachstums zeitweilig aufgehoben. Der Zuwachs an Konsumtion je Mark Investitionen im produzierenden Bereich ist trotz sinkenden Anteils der Konsumtion am verwendeten Nationaleinkommen in den 50er und 60er Jahren ebenfalls um so höher, je höher das Wachstumstempo der Investitionen ist.

Anders ist dieser Zusammenhang in den siebziger Jahren. 1971 bis 1975 steigt die Konsumtionseffektivität der Investitionen trotz sinkenden Investitionswachstums. Dies ist offensichtlich auf das Zusammenfallen der positiven Wirkungen der vom VIII. Parteitag beschlossenen Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Konzentration auf die Fertigstellung und Inbetriebnahme der 1966 bis 1970 begonnenen umfangreichen Investitionen und der Fortführung der auch für die 60er Jahre kennzeichnenden Veränderung der Relation zwischen produziertem und verwendetem Nationaleinkommen zugunsten des letzteren zurückzuführen. 1976 bis 1980 sinkt die Konsumtionseffektivität der Investitionen wieder parallel mit dem sinkenden Tempo der produktiven Investitionen, und zwar trotz erstmals steigenden Anteils der Konsumtion am verwendeten Nationaleinkommen! Das beweist eine gewisse Besonderheit des Zeitraumes 1971 bis 1975.

Die Angaben über das Wachstum der Industrie ab 1961 bestätigen die für die produzierenden Bereiche insgesamt erhaltenen Ergebnisse: Sinkendes Tempo des Investitionswachstums wurde von sinkendem Niveau der Kennziffern der Investitionseffektivität begleitet. Drei Fünfjahresabschnitte reichen für ein endgültiges Urteil allerdings noch nicht aus.

Die Tabellen 5 und 6 (s. Anhang) stellen die Ergebnisse nach Etappen des Investitionsrhythmus dar:

Durch sie werden die auf der Basis der Periodisierung nach Fünfjahresabschnitten erhaltenen Ergebnisse in allen wesentlichen Aussagen bestätigt. Außerdem ist eine differenziertere Wertung der für den vollständigen Übergang zur umfassenden Intensivierung wichtigen 70er Jahre gegenüber der Periodisierung nach Fünfjahreszeiträumen möglich:

Von 1951 bis 1972 besteht eine völlige Übereinstimmung zwischen der Veränderung der am Zuwachs des produzierten Nationaleinkommens gemessenen Investitionseffektivität und dem Wachstumstempo der produktiven Investitionen. Nimmt man den Zeitraum 1973 bis 1980 insgesamt, gilt dies auch für die 80er Jahre. Eine Ausnahme bildet die Dynamik im Zeitraum 1973 bis 1975 gegenüber der in den Jahren 1969 bis 1972. Wie bereits oben angeführt, liegen die entscheidenden Ursachen für diese Wachstumsbesonderheit der Periode von 1973 bis 1975 in den positiven Wirkungen der Beschlüsse des VIII. Parteitages zur Hauptaufgabe und zur Konzentration der Investitionen auf die Fertigstellung begonnener Objekte. Die in Tabelle 5 zusammengefaßten Ergebnisse gestatten außerdem noch differenziertere Aussagen als die der Tabelle 3: Die am Zuwachs des produzierten Nationaleinkommens gemessene Investitionseffektivität nahm 1973 bis 1975 gegenüber 1969 bis 1972 zu - trotz rückläufigen Investitionswachstums. 1969 bis 1972 war die Erhöhung des Zuwachses an produziertem Nationaleinkommen je Mark Investitionen

mit einem sinkenden Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität je Mark Investitionen verbunden. Dies weist auf extensive Tendenzen der Investitionspolitik hin, nämlich auf die Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze. In den Jahren 1973 bis 1975 dagegen beschleunigte sich auch das Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität je Mark Investitionen. Mißt man dagegen die Investitionseffektivität am Zuwachs der Konsumtion je Mark Investitionen, ergibt sich für alle Zeitperioden zwischen 1951 und 1980 eine eindeutige Übereinstimmung zwischen den Wechseln in den Wachstumstempeln der produktiven Investitionen und der Höhe der Investitionseffektivität.

Die Untersuchung der langfristigen Zusammenhänge ergab für den Zeitraum seit Beginn der 60er Jahre keine gesicherte Korrelation zwischen dem Wachstum der produktiven Investitionen und dem des volkswirtschaftlichen Endprodukts bzw. des produzierten Nationaleinkommens. Bei Zugrundelegen mittelfristiger Perioden wurde jedoch für die gesamte Untersuchungsperiode von 1950 bis zur Mitte der 80er Jahre eine positive Korrelation zwischen dem Wachstumstempo der produktiven Investitionen und der Effektivität der Volkswirtschaft festgestellt. Dies unterstreicht die Bedeutung der Investitionen als materieller Träger des ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Deshalb könnte man von einer allmählichen Erhöhung des Wachstumstemplos und des Anteils der produktiven Investitionen am volkswirtschaftlichen Endprodukt positive Reproduktionseffekte für die Volkswirtschaft erwarten.

### 1.3. Kurzfristige Zusammenhänge

Aus den vorgelegten Untersuchungen ist ersichtlich, daß zwischen den jährlichen Veränderungen der Wachstumstempeln der produktiven Investitionen, dem volkswirtschaftlichen Endprodukt und der Konsumtion kein eindeutiger Zusammenhang feststellbar ist (vgl. auch Graphik 3!). Dies ist aus dem reproduktionstheoretischen Zusammenhang dieser Kategorien zu erklären:

Erstens: Konsumtion, Investitionen und Veränderung des Außenhandels-saldos sind alternative Verwendungsarten des volkswirtschaftlichen Endprodukts, die Erhöhung der einen bedingt bei gleichem Gesamtwachstum zwangsläufig die Senkung der anderen. Bei Veränderungen des jährlichen Wachstumstemplos des volkswirtschaftlichen Endprodukts wurden - wie oben gezeigt - die Anteile der drei Verwendungsarten in den bisherigen Entwicklungsstadien entsprechend den durch die Partei gesetzten und objektiv notwendigen wirtschaftsstrategischen Schwerpunkten auf unterschiedliche Weise als ausgleichende Steuerparameter verändert.

Zweitens: Die produktiven Investitionen eines Jahres wirken als Reproduktionsfaktor mit differenziertem Zeitverzug auf die Dynamik des volkswirtschaftlichen Endprodukts späterer Jahre.

Die sich aus diesen komplizierten und komplexen Zusammenhängen ergebenden analytischen Konsequenzen für Jahresprognosen und kurzfristige Planentscheidungen standen nicht im Mittelpunkt der dieser Arbeit zugrunde liegenden Untersuchungen. Als erste Ansätze wurden jedoch eine Vielzahl von Korrelationsbeziehungen zwischen wichtigen Effektivitäts-

tätskennziffern und den Investitionen im produzierenden Bereich bzw. der Industrie berechnet und ausgewertet. Es wurden unterschiedliche Zeiträume (1950 bis 1983, 1961 bis 1983, 1963 bis 1983), unterschiedliche Zeitverzögerungen zwischen Investitionsaufwand und Effektivitätsdynamik (0, 1, 2, 3 Jahre), Jahresdaten bzw. dreijährige gleitende Durchschnitte u. a. getestet. Nach den bekannten statistischen Prüfgrößen<sup>16</sup> zu urteilen, ergaben sich folgende Ergebnisse:

In den fünfziger Jahren bestand eine gesicherte positive Korrelation zwischen den Kennziffern der Investitionseffektivität und dem Tempo des Investitionswachstums ohne Zeitverzögerung. Die Sicherheit der Korrelation wächst mit dem Grad der Glättung der Zeitreihen von einem zu zwei und drei Jahren. Die Einführung der o. g. Zeitverzögerungen erbrachte keine nennenswerte Verbesserung der statistischen Werte. Dies gilt auch für die nachfolgenden Zeitperioden. In den 60er, 70er und zu Beginn der 80er Jahre bestand ebenfalls noch ein positiver, aber statistisch nicht gesicherter Zusammenhang zwischen dem jährlichen Wachstumstempo der produktiven Investitionen und den Kennziffern der volkswirtschaftlichen Effektivität. Dies gilt jedoch nicht für die Konsumtion.

Der Zuwachs der Konsumtion je Mark Investitionen korreliert 1962 bis 1982 nicht mehr mit der Dynamik der Investitionen.

Im Vergleich mit den lang- und mittelfristigen Zusammenhängen ist dies offenbar wie folgt zu erklären: Die Perioden mit höchstem Investitionswachstum brachten zwar auch die höchste Dynamik der Investitionseffektivität. Dies läßt sich sogar für die einzelnen Jahre sagen. Aber innerhalb dieser Perioden ist eine zeitlich differenzierte Erhöhung des Konsumtionsniveaus zumindest ab 1962 zu verzeichnen: Zentral beschlossene Maßnahmen der Sozialpolitik, die sich in einer Erhöhung des Konsumtionsfonds widerspiegeln, werden letztlich entscheidend durch die volkswirtschaftliche Effektivitätsdynamik bestimmt, treten aber zu konkreten Zeitpunkten in Kraft, wodurch das erste Jahr ihrer Wirksamkeit die Korrelation zwischen den Wachstumstemporen der Konsumtion, der Effektivität und der Investitionen verzerrt. Diese "Störung" wird bei Zugrundelegung mittelfristiger Zeitperioden (Fünfjahreszeiträume bzw. Perioden des Investitionsrhythmus) beseitigt.

Die durchgeführten Analysen gestatten also insbesondere für die Etappe der umfassenden Intensivierung nicht, von einem kurzfristig realisierbaren Zusammenhang zwischen der Dynamik der Investitionen und der Effektivität der Volkswirtschaft zu sprechen. Im Unterschied zur Entwicklung der produktiven Investitionen entwickelte sich die Konsumtion auch innerhalb der mittelfristigen Perioden mit relativ stabilen jährlichen Wachstumsraten. Für die Entwicklung des Außenhandelsaldos lassen sich aus den veröffentlichten Zeitreihen relativ deutlich folgende Etappen mit gleichem Entwicklungstrend erkennen: 1951 bis 1972 Exportüberschuß - mit Ausnahme der Jahre 1952, 1962, 1966 und 1970; 1973 bis 1981 Importüberschuß; seit 1982 Exportüberschuß. Dies deutet darauf hin, daß gerade die Dynamik der Investitionen kurzfristig durch ihre

<sup>16</sup> Der Korrelationskoeffizient R, der T- und der F-Test standen im Mittelpunkt der Auswertung.

Funktion als Steuerparameter bei der Gestaltung der Verwendungsstruktur des volkswirtschaftlichen Endprodukts bestimmt wird. Zur näheren Erklärung der damit zusammenhängenden Konsequenzen für die Prognose und planmäßige Gestaltung der volkswirtschaftlichen Grundproportionen sind jedoch differenziertere und komplexere Untersuchungen nötig.

## 2. Zur optimalen Gestaltung des Anteils der produktiven Investitionen am volkswirtschaftlichen Endprodukt

Die optimale Gestaltung des Verhältnisses von Akkumulation und Konsumtion ist eine zentrale Frage der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft. Insbesondere in der Etappe der umfassenden Intensivierung muß sie zum Problem des Anteils der Investitionen am volkswirtschaftlichen Endprodukt erweitert werden. Denn die Akkumulation umschließt nur die wertmäßigen Erweiterungsinvestitionen, während durch die wachsende Bedeutung der Modernisierung und Rekonstruktion der Grundmittel zunehmend Effektivitäts- und Wachstumsimpulse von den wertmäßigen Ersatzinvestitionen ausgehen. Die hier vorgestellten Untersuchungen konzentrierten sich auf die produktiven Investitionen, da die Investitionen in der nichtmateriellen Sphäre nicht unmittelbar endprodukt- bzw. nationaleinkommenswirksam werden. Die wachsende Bedeutung der Grundlagenforschung, der Reproduktion des Bildungs- und Qualifikationspotentials der Beschäftigten, des Schutzes der Umweltbedingungen und anderer Faktoren für die volkswirtschaftliche Reproduktion erfordern die Ausdehnung dieses Ansatzes bei weiteren Untersuchungen.

Behauptungen, die entwickelte sozialistische Gesellschaft neige angeblich ständig zu überhöhter Akkumulation,<sup>17</sup> sind nicht haltbar. Sie widersprechen dem Wesen der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der DDR, der Einheit von sozialem, ökonomischem und wissenschaftlich-technischem Fortschritt im Sozialismus. Insbesondere folgende zwei in der vorgelegten Analyse festgestellte Zusammenhänge unterstreichen dies:

Erstens zeigten die langfristigen Zusammenhänge die planmäßige Erhöhung des Zuwachses an volkswirtschaftlichem Endprodukt und produziertem Nationaleinkommen je Mark produktiver Investitionen seit Beginn der 70er Jahre in der DDR.

Zweitens zeigten die mittelfristigen Zusammenhänge nach Fünfjahreszeiträumen bzw. nach Perioden des Investitionsrhythmus, daß ein positiver Zusammenhang zwischen den Wachstumstempi der produktiven Investitionen und dem Niveau der volkswirtschaftlichen Effektivität bestand. Dies ist u. E. ein Beleg dafür, daß sich der Anteil der produktiven Investitionen an den Verwendungsarten des volkswirtschaftlichen Endprodukts unter dem Aspekt ihrer Funktion als Reproduktionsfaktor keinesfalls oberhalb des Optimums dieses Anteils befand.

Einschätzungen über die Optimalität der in den verschiedenen Zeiträumen konkret realisierten Proportionen zwischen den produktiven Investitionen

17 Z. B. Bauer, T., Planwirtschaft, Investitionstätigkeit, Zyklen, Budapest 1981 (hier nach der Arbeitsübersetzung des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der AdW der DDR, bes. S. 206 ff., 228).

und der Konsumtion erfordern allerdings komplexere Analysen als die hier vorgelegte. Wichtige Elemente einer derartigen Einschätzung als Bestandteil prognostischer Aussagen und längerfristiger Planentscheidungen sind folgende Prozesse, Tendenzen und Zusammenhänge:

- Die Grundfondsreproduktion findet unter sozialistischen Produktionsverhältnissen ihr Maß in der Notwendigkeit, die Vollbeschäftigung und zugleich eine höchstmögliche Auslastung der Arbeitsmittel zu realisieren:

Zeitweise Erscheinungen, daß bei faktischer Stagnation der Zahl der Beschäftigten in den produzierenden Bereichen mehr Arbeitsplätze geschaffen als durch Investitionen eingespart wurden, sind Elemente von Überakkumulation. Sie werden mit dem vollständigen Übergang zur umfassenden Intensivierung durch die Vorrangigkeit der qualitativen Verbesserung der Arbeitsplätze gegenüber der Neuschaffung von Arbeitsplätzen, durch die Zunahme des Gewichts der Modernisierung und Rekonstruktion gegenüber der Neuschaffung von Arbeitsplätzen überwunden. Erscheinungen uneffektiven Arbeitens qualifizierter Beschäftigter infolge fehlender oder technisch bzw. technologisch unzureichender materiell-technischer Bedingungen sind Elemente von Unterakkumulation. Ihre Überwindung muß vor allem auf dem Wege der Erhöhung der Effektivität der Investitionsprozesse und der besseren Nutzung und Modernisierung der Grundfonds erreicht werden, kann aber auch zusätzliche Investitionen bzw. die Erhöhung der gegebenen Akkumulationsrate des Nationaleinkommens erforderlich machen.

- Die Grundfondsreproduktion realisiert die Materialisierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Daraus ergeben sich notwendige Proportionen zwischen dem Grundfondsbestand und dem Investitionsvolumen, die nicht widerspruchsfrei sind und die die notwendige Investitionsrate des volkswirtschaftlichen Endprodukts wesentlich mitbestimmen:

Die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts verlangt unter sonst gleichen Bedingungen eine Erhöhung der Forschungs-, Entwicklungs- und auch der Investitionsintensität der Grundfondsreproduktion. Die verstärkte Orientierung auf die Nutzung von Instandhaltungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen für die Innovation neuer wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse wirkt dieser Tendenz bewußt entgegen.

- Die energie- und rohstoffproduzierenden Zweige sind relativ grundfonds- und investitionsintensiv. Komplizierter werdende Bedingungen der Produktion und Beschaffung von Energieträgern und Rohstoffen führen zu erhöhten Anforderungen an die Investitionskraft der Volkswirtschaft. Die Entwicklung rohstoff- bzw. energiesparender Technologien ist volkswirtschaftlich effektiver als die zusätzliche Bereitstellung von Energieträgern und Rohstoffen. In den letzten Jahren wurde für die Volkswirtschaft der DDR der Beweis erbracht, daß ein relativ stabiles Wirtschaftswachstum sogar bei stagnierendem und z. T. sinkendem Energie- und Rohstoffaufwand erreichbar ist.<sup>18</sup> Jedoch gehen zwangsläufig von der Orientierung

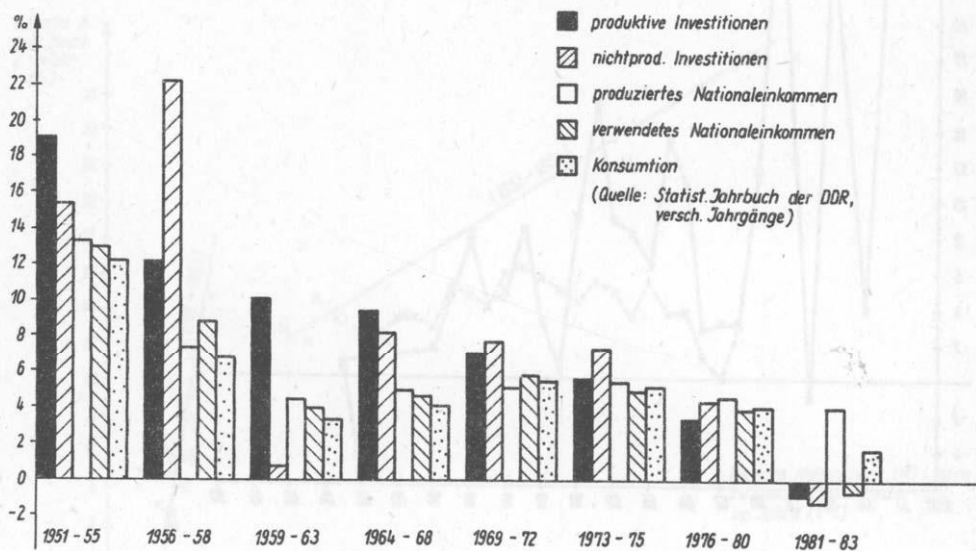
18 So sank z. B. der Primärenergieverbrauch der Volkswirtschaft 1983 gegenüber 1980 auf ca. 98,5 % (1980 gegenüber 1975: ca. 109 %) bei einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung des produzierten Natio-

auf die vorrangige Einsparung an Energie und Rohstoffen nach der anfänglichen Ausschöpfung relativ investitionsarmer Einsparungspotentiale des "ersten Zugriffs" auch wachsende Anforderungen an die Investitionskraft der Volkswirtschaft aus.

naleinkommens um ca. 4 % (1976 - 1980 ebenfalls ca. 4 %). (Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR 1984, S. 13, 151.)

## Graphik 1

Durchschnittliche jährliche Wachstumstempi  
ausgewählter volkswirtschaftlicher Kennziffern  
 (nach Perioden des Investitionsrhythmus)

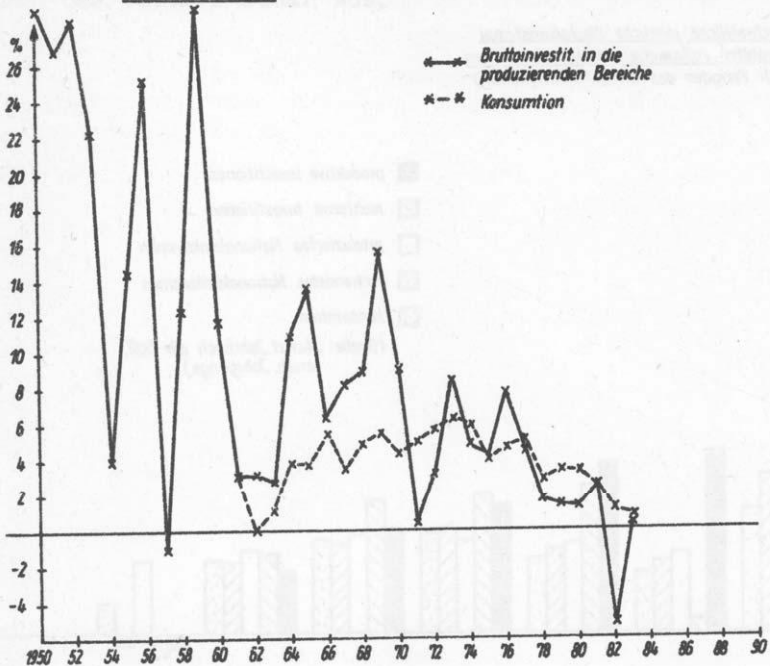




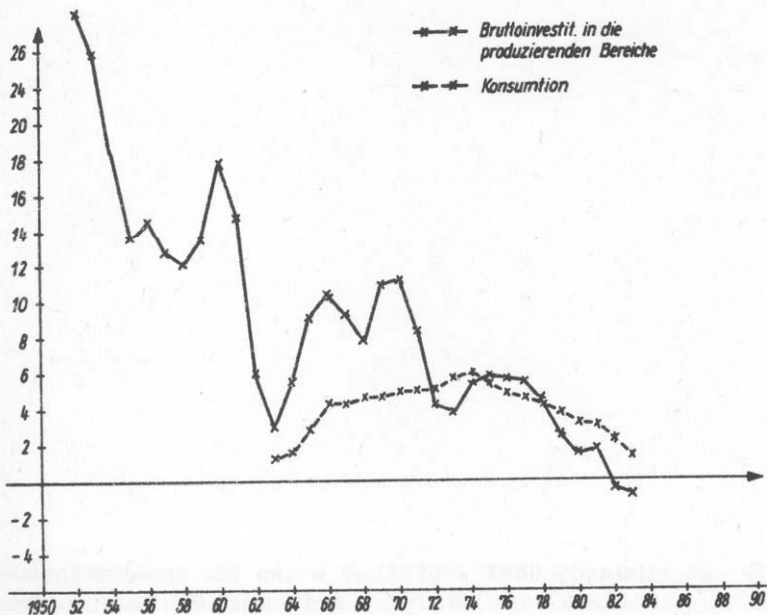
# Graphik 2

## Wachstumstempi der produktiven Investitionen und der Konsumtion

### 21. Prozent zum Vorjahr



### 22. Dreijährige gleitende Durchschnitte (Prozent Zuwachs)



Darstellung 3: Wachstum und Effektivität der produktiven Investitionen  
(Dreijährige gleitende Durchschnitte)

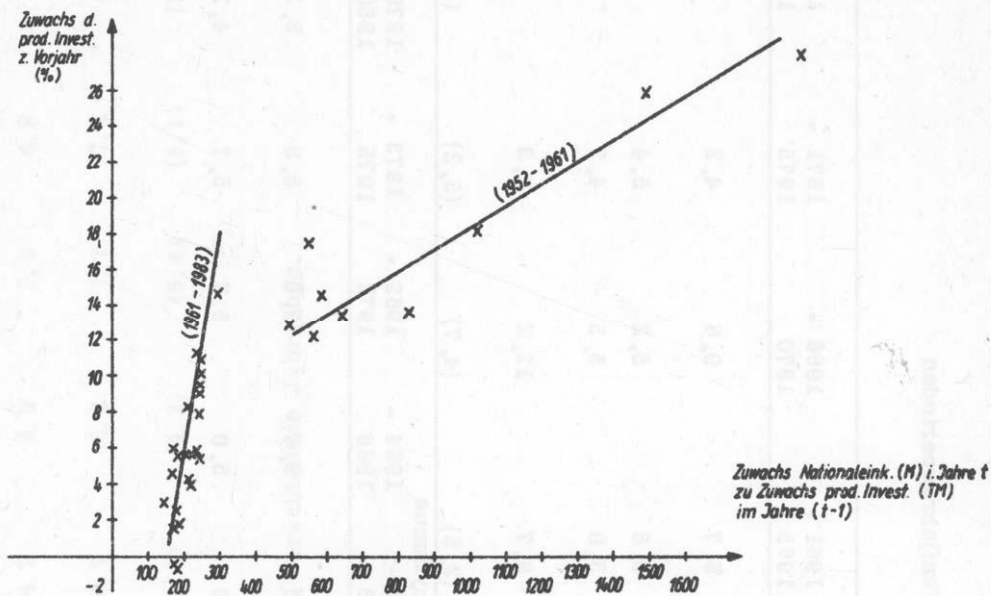


Tabelle 1

Durchschnittliche jährliche Wachstumstempi nach Fünfjahresperioden  
und nach Perioden des Investitionsrhythmus

Kennziffer	Fünfjahresperioden								
	1951 -	1956 -	1961 -	1966 -	1971 -	1976 -			
	1955	1960	1965	1970	1975	1980			
Produktive Investitionen	19,2	15,5	6,7	9,6	4,2	3,3			
Produziertes Nationaleinkommen	13,2	7,2	3,5	5,2	5,4	4,2			
Verwendetes NE	(13,0)	(8,8)	3,0	5,5	4,7	3,7			
Nichtproduktive Investitionen	15,4	15,1	- 9,7	12,3	7,3	4,1			
Konsumtion insgesamt	(12,5)	(6,8)	(2,5)	(4,7)	(5,3)	(3,8)			
Kennziffer	Perioden des Investitionsrhythmus								
	1951 -	1956 -	1959 -	1964 -	1969 -	1973 -	1976 -	1981 -	
	1955	1958	1963	1968	1972	1975	1980	1983	
Produktive Investitionen	19,2	12,1	10,0	9,6	7,0	5,8	3,3	./.	0,8
Produziertes Nationaleinkommen	13,2	7,5	4,3	5,0	5,2	5,7	4,2		3,9

Verwendetes NE	13,0	8,8	4,1	4,9	5,8	4,9	3,7	./.	0,7
Nichtproduktive Investitionen	15,4	22,1	0,7	8,2	7,7	7,4	4,1	./.	1,2
Konsumtion insgesamt	(12,5)	(6,8)	(3,5)	(4,2)	(5,4)	(5,1)	(3,8)		1,5

Quelle:

Berechnet aus: Statistisches Jahrbuch der DDR, verschiedene Jahrgänge.

Tabelle 2

Investitions- bzw. Akkumulationsintensitäten des Nationaleinkommens  
(Durchschnitt der Jahre in %)

## a) Fünfjahresperioden

Kennziffer	1951 - 1955	1956 - 1960	1961 - 1965	1966 - 1970	1971 - 1975	1976 - 1980	1981 - 1985
Investitionen in der Volkswirtschaft <sup>x</sup> zu produziertem Nationaleinkommen	15,6	20,9	23,6	28,3	30,1	30,6	(25,9)
Investitionen in den produktiven Bereichen <sup>x</sup> zu produziertem Nationaleinkommen	11,6	15,4	18,8	22,9	23,9	23,9	(20,0)
Akkumulation <sup>xx</sup> zu verwendetem Nationaleinkommen	10,9 <sup>xxx</sup>	19,3 <sup>o</sup>	21,2 <sup>oo</sup>	25,6 <sup>ooo</sup>	24,0	23,0	(19)

## b) Perioden des Investitionsrhythmus

Kennziffer	1949 - 1950	1951 - 1955	1956 - 1958	1959 - 1963	1964 - 1968	1969 - 1972	1973 - 1975	1976 - 1980	1981 - 1983
Investitionen in der Volkswirtschaft <sup>x</sup> zum produzierten Nationaleinkommen	13,1	15,6	19,4	22,9	25,7	30,3	30,3	30,6	26,7

Investitionen in den produktiven Bereichen<sup>x</sup> zu produziertem

Nationaleinkommen	10,0	11,6	14,0	17,7	20,9	24,3	24,0	23,9	20,8
Akkumulation <sup>xx</sup> zu verwendetem National-einkommen	8,4	10,9 <sup>o</sup>	•	19,3 <sup>oo</sup>	21,2 <sup>ooo</sup>	24,5 <sup>+</sup>	24,1	23,0	19,1

Anmerkungen und Quellen zu Tabelle 2

x Berechnung: Summe der Investitionen der angegebenen Jahre, dividiert durch die Summe des jährlichen Nationaleinkommens der gleichen Zeitperiode:

$$i = \frac{\sum_{k=1}^n I_k}{\sum_{k=1}^n N_k}$$

xx Wenn nicht anders angegeben: ungewogenes arithmetisches Mittel der Akkumulationsraten des angegebenen Zeitabschnittes.

xxx 1955.

o 1960.

oo 1965.

ooo 1970.

xo Durchschnitt der Jahre 1970, 1971, 1972.

Quelle:

Statistisches Jahrbuch der DDR 1984, S. 13, 14, 100; Bericht der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1984, in: Neues Deutschland, 20./21. 1. 1985; Volkswirtschaftsplan 1985, in: ebenda, 1./2. 12. 1984, und Berechnungen daraus.

## Wachstum und Effektivität der Investitionen (produzierende Bereiche insgesamt)

Wachstum der Investitionen	Fünfjahresperioden				
	1956 - 1960	1961 - 1965	1966 - 1970	1971 - 1975	1976 - 1980
	zu 1951 - 1955	zu 1956 - 1960	zu 1961 - 1965	zu 1966 - 1970	zu 1971 - 1975
In Mio M (Preise d. J. 1980)	25 404	26 485	42 981	42 943	41 655
In %	195,2	150,8	154,7	135,3	125,3
Effektivität der Investitionen	1956 - 1960	1961 - 1965	1966 - 1970	1971 - 1975	1976 - 1980
Zuwachs an produziertem Nationaleinkommen zu Investitionen (in M)	0,429	0,182	0,218	0,215	0,166
Veränderung der Grundfondsquote (in %)	1,194	0,882	1,017	0,981	0,930
Zuwachs der Arbeitsproduktivität zu Investitionen (in M)	0,067	0,032	0,032	0,031	0,022
Zuwachs der Konsumtion zu Investitionen (in M)	0,384	0,118	0,171	0,183	0,132
Konsumtion zum verwendeten Nationaleinkommen (in %)	0,850	0,807	0,770	0,760	0,770

Verwendetes National-  
einkommen zum produ-  
zierten Nationaleinkom-  
men (in %)

1,128

1,135

1,143

1,123

Quelle:

Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR, verschiedene Jahrgänge.



Tabelle 4

## Wachstum und Effektivität der Investitionen (Industrie)

Wachstum der Investitionen	Fünfjahresperioden				
	1956 - 1960	1961 - 1965	1966 - 1970	1971 - 1975	1976 - 1980
	zu 1951 - 1955	zu 1956 - 1960	zu 1961 - 1965	zu 1966 - 1970	zu 1971 - 1975
In Mio M (Preise d. J. 1980)	.	.	24 303	31 986	29 030
In %	.	.	149,3	143,4	127,5
Effektivität der Investitionen	1956 - 1960	1961 - 1965	1966 - 1970	1971 - 1975	1976 - 1980
Zuwachs Nettoprodukt zu Investitionen (in M)	.	0,251	0,273	0,248	0,219
Veränderung der Grund- fondsquote (in %)	.	0,916	1,037	0,975	0,961
Zuwachs Arbeitsproduk- tivität zu Investitionen (in M)	.	0,078	0,078	0,072	0,059
Zuwachs Bruttoprodukt zu Investitionen (in M)	.	0,693	0,697	0,648	0,533

Quelle:

Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR, verschiedene Jahrgänge.

Tabelle 5

## Wachstum und Effektivität der Investitionen (produzierende Bereiche insgesamt)

Wachstum der Investitionen (Jahresdurchschnitt der Periode)	Perioden des Investitionsrhythmus						
	1951 - 1955 zu 1949 - 1950	1956 - 1958 zu 1951 - 1955	1959 - 1963 zu 1956 - 1958	1964 - 1968 zu 1959 - 1963	1969 - 1972 zu 1964 - 1968	1973 - 1975 zu 1969 - 1972	1976 - 1980 zu 1973 - 1975
In Mio M (Preise d. J. 1980)	2 800	3 434	5 055	6 197	9 217	5 495	6 469
In %	210,4	164,3	157,6	144,8	146,0	118,8	118,7
Effektivität der Investitionen	1951 - 1955	1956 - 1958	1959 - 1963	1964 - 1968	1969 - 1972	1973 - 1975	1976 - 1980
Zuwachs an produziertem National- einkommen zu Investitionen (in M)	0,936	0,498	0,223	0,187	0,204	0,223	0,166
Veränderung der Grundfondsquote (in %)	1,104	1,045	0,989	0,997	0,999	0,998	0,986
Zuwachs der Arbeitsproduktivität zu Investitionen (in M)	0,126	0,076	0,035	0,032	0,030	0,032	0,022
Zuwachs der Konsumtion zu Investitionen (in M)	0,862	0,426	0,247	0,171	0,185	0,178	0,132



Tabelle 6

## Wachstum und Effektivität der Investitionen (Industrie)

Wachstum der Investitionen (Jahresdurchschnitt der Periode)	Perioden des Investitionsrhythmus						
	1951 - 1955	1956 - 1958	1959 - 1963	1964 - 1968	1969 - 1972	1973 - 1975	1976 - 1980
	zu 1949 - 1950	zu 1951 - 1955	zu 1956 - 1958	zu 1959 - 1963	zu 1964 - 1968	zu 1969 - 1972	zu 1973 - 1975
In Mio M (Preise d. J. 1980)	.	.	.	.	5 936	3 853	4 734
In %	.	.	.	.	147,8	121,0	121,3
Effektivität der Investitionen	1951 - 1955	1956 - 1958	1959 - 1963	1964 - 1968	1969 - 1972	1973 - 1975	1976 - 1980
Zuwachs Nettoprodukt zu Investitionen (in M)	.	.	.	0,263	0,243	0,263	0,219
Veränderung der Grundfondsquote (in %)	.	.	.	0,994	1,000	0,996	0,992
Zuwachs Arbeitsproduktivität zu Investitionen (in M)	.	.	.	0,075	0,070	0,076	0,059
Zuwachs Bruttoproduct zu Investitionen (in M)	.	.	.	0,717	0,651	0,668	0,533

Quelle:

Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR, verschiedene Jahrgänge.

## Arbeitslose in Deutschland

Ergebnisse und Analyse der Berufszählung vom 16. Juni 1933

von Hanna Haack

### 0. Einleitung

1. Gliederung der Arbeitslosen nach Volkswirtschaftszweigen
2. Zur demographischen Gliederung der Arbeitslosen
3. Schlußbemerkungen
4. Anhang

### 0. Einleitung

In Deutschland entwickelte sich die Arbeitslosigkeit schon vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 zu einer Dauererscheinung. Ihr Ausmaß lag wesentlich höher als in den Vorkriegsjahren.<sup>1</sup> Die Erfassung der Arbeitslosen im sozialstatistischen Material war zunächst sehr lückenhaft, und der wirkliche Umfang der Arbeitslosigkeit wurde durch die Zahlen nur vereinzelt angedeutet. Grundsätzlich änderte sich diese Situation nicht. Die offiziellen Zahlen spiegelten nur den Trend wider, das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit lag höher und wurde verschleiert. In der deutschen Öffentlichkeit sprach man auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise von "unsichtbaren Arbeitslosen".<sup>2</sup> Die bürgerliche Statistik erfaßte z. B. Hunderttausende Ausgesteuerter nicht.

1 Kuczynski, J., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 5; Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, Berlin 1966, S. 196 ff.; Dettmar, K., Arbeitslose in Berlin. Zur politischen Geschichte der Arbeitslosenbewegung zwischen 1918 und 1923, Diss., Berlin (West) 1977, S. 51 ff.

2 Hemmer, W., Die "unsichtbaren" Arbeitslosen. Statistische Methoden - soziale Tatsachen, Zeulenroda 1935, S. 1 ff.; vgl. auch: Haack, H. / Sobkowiak, B., Marx' Theorie der industriellen Reservearmee und die Arbeitslosigkeit während der Weimarer Republik, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Gesellschaftswiss. Reihe, 7/1983, S. 7 ff.

Wladimir Woytinsky, reformistischer Gewerkschaftsführer und Leiter des Statistischen Büros des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), machte als einer der ersten auf diesen Sachverhalt aufmerksam und bemühte sich, die Dunkelziffer zu errechnen.<sup>3</sup> Für den Winter 1932/33 gelangte Jürgen Kuczynski im Februar des Jahres 1933 beim Versuch einer Berichtigung der amtlichen Statistiken über Arbeitslosigkeit zur Zahl von rund 9 Mill. Arbeitslosen.<sup>4</sup> Diese und weitere Berechnungen durch die Gewerkschaften, Zahlen des Instituts für Konjunkturforschung sowie Ergebnisse der älteren bürgerlichen Literatur liegen den Angaben zu den Ausmaßen der Arbeitslosigkeit über die Daten der offiziellen Statistik hinaus bis heute zugrunde. Die Kurzarbeiter, deren Zahl während der Weimarer Republik gleichfalls beträchtlich war, wurden, bezogen auf die einzelnen Wirtschaftszweige, durch die gewerkschaftliche Statistik (ADGB) recht gut erfaßt.<sup>5</sup> Kuczynski berechnete aus Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit den Prozentsatz der verlorenen Arbeitszeit und kam zu dem Ergebnis, daß diese im Jahre 1932 rund die Hälfte der gesamten Arbeitszeit der Arbeiter ausmachte.<sup>6</sup>

Mit der am 16. Juni 1933 durchgeführten Volks-, Berufs- und Betriebszählung blieben bei der Berufszählung die Arbeitslosen berücksichtigt. Auf dieser Quellengrundlage basieren die folgenden Aussagen. Bei einer entsprechenden quellenkritischen Wertung, wie sie bei der Nutzung anderer bürgerlicher Quellen gleichfalls erforderlich ist, kann mit den Daten gearbeitet werden, obwohl das Material Monate nach dem faschistischen Machantritt entstand. Die Methodik der Zählung war bereits vorher ausgearbeitet worden.

Durch die am 16. Juni 1933 erfolgte Zählung wurden in Deutschland 5 855 018 Arbeitslose ermittelt.<sup>7</sup> Da das Millionenheer der Arbeitslosen und sein unermeßliches soziales Elend einen der politischen Stabilisierung der Hitlerregierung entgegenstehenden wichtigen Faktor bildete, waren schnelle, spürbare Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

3 Woytinsky, W., Unsichtbare Arbeitslosigkeit: über 2 Millionen Menschen, in: Deutsche Gewerkschaftszeitung, 19. 11. 1932.

4 Kuczynski, J., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 15: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin 1963, S. 117.

5 Zur gewerkschaftlichen Statistik siehe: Woytinsky, W., Der deutsche Arbeitsmarkt. Ergebnisse der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik 1919 bis 1929, Berlin 1930.

6 Kuczynski, Die Geschichte ..., Bd. 5, S. 199.

7 Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 453: Berufszählung. Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung des Deutschen Reichs, Berlin 1936, H. 2, Tab. 1.

keit eine wesentliche Bedingung für die Festigung des faschistischen Regimes. Zugleich war für die Bourgeoisie die Arbeitsbeschaffung erforderlich, um die erweiterte Reproduktion des Kapitals zu sichern. Sie bildete die Vorstufe für die Überleitung zur Rüstungsproduktion.<sup>8</sup>

Im November des Jahres 1932 hatte die Organisationsabteilung innerhalb des NSDAP damit gerechnet, daß spätestens im Sommer 1933 die Zahl der Arbeitslosen auf unter 3 Mill. gesunken sein würde.<sup>9</sup> Diese Zahl erwies sich als illusionär. Doch die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeitsbeschaffung waren günstig. Die Krise hatte den Höhepunkt überschritten, es war zu einer konjunkturellen Belebung der Wirtschaft gekommen.<sup>10</sup> Die Hitlerregierung konnte die auf der Grundlage des "Papen-Programms" vom 4. September 1932 durch das Kabinett Schleicher getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fortsetzen. Arbeitsbeschaffung bedeutete für Hitler die Wiederaufrüstung Deutschlands. Mit den Steuergutscheinen der "Papen-Pläne" und den Arbeitsbeschaffungswechseln des "Sofort-Programms" waren nach Lotte Zumpe auch die finanztechnischen Mittel entwickelt worden, die alle Voraussetzungen für die geheime Rüstungsfinanzierung mitbrachten.<sup>11</sup> Die Arbeitsbeschaffungsprogramme zielten vorrangig auf die Belebung der Bauwirtschaft.<sup>12</sup> Solche Einrichtungen wie die Anfang März 1933 geschaffene "Landhilfe", der "Freiwillige Arbeitsdienst" oder die Notstands- und Fürsorgearbeiten trugen gleichfalls zum Rückgang der Arbeitslosigkeit bei. Die Bestrebungen, Frauen von den Arbeitsplätzen in der Industrie zu verdrängen, wurden fortgesetzt. Vom Januar bis zum 31. März 1933 erfolgte der schnellste Rückgang der Arbeitslosigkeit.<sup>13</sup> Das faschistische Regime entfachte eine riesige Propaganda um den Autobahnbau und behauptete, daß dieser eine wichtige Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei. Karl Lärmer wies nach, daß die entscheidenden Ursachen für die Reduzierung der Arbeitslosenziffern nicht der Autobahnbau, sondern das Abklingen der Krise und die forcierte Aufrüstung waren. Im Jahre 1933 fanden nur relativ wenige Menschen beim Autobahnbau Beschäftigung.<sup>14</sup>

- 8 Zumpe, L., Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945 = Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 in drei Bänden, hg. v. H. Nussbaum und L. Zumpe, Bd. 3, Berlin 1980, S. 79.
- 9 Petzold, J., Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982, S. 369.
- 10 Kuczynski, Die Geschichte ..., Bd. 15, S. 135 ff.; Nussbaum, M., Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik = Wirtschaft und Staat in Deutschland, Bd. 3, Berlin 1978, S. 257 ff.; Zumpe, S. 54 ff.
- 11 Zumpe, S. 64.
- 12 Ebenda, S. 69 ff.
- 13 Ebenda, S. 68.
- 14 Lärmer, K., Autobahnbau und staatsmonopolistischer Kapitalismus (1933 bis 1945), in: Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, Berlin 1976, S. 274 ff.

Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1933 fand statt, bevor eine Reihe den Rückgang der Arbeitslosigkeit betreffende Maßnahmen eingeleitet waren bzw. wirksam wurden. Zum Zeitpunkt der Erhebung war es zu einem konjunkturell bedingten Rückgang der Arbeitslosigkeit sowie einer saisonmäßigen Belebung der Wirtschaft gekommen.

Für die Untersuchung der Arbeitslosigkeit auf der Grundlage der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933 boten sich die Daten der Berufsstatistik besonders an, denn nur hier, nicht aber bei den gewerblichen Betriebszählungen, tauchten die Arbeitslosen auf. Darüber hinaus galt für die Statistik der Berufszählung der gleiche Vorteil, auf den Horst Handke für die Zählungen von 1882 bis 1907 aufmerksam machte. Die Erfassung der einzelnen Gruppen der Erwerbstätigen erfolgte nach dem gleichen Prinzip.<sup>15</sup>

In der Statistik der Berufszählung des Jahres 1933 fanden die Begriffe "Erwerbspersonen", "Erwerbstätige" und "Erwerbslose" Anwendung.<sup>16</sup> "Erwerbslose" waren identisch mit Arbeitslosen, unter "Erwerbstätigen" wurden alle irgendwie beruflich Tätigen verstanden, und die "Erwerbspersonen" schließlich bildeten die Summe aus beiden. "Erwerbstätige" stammten aus allen sozialen Klassen und Schichten. Zu ihnen gehörten nach der Gliederung der bürgerlichen Statistik "Selbständige", "mithelfende Familienangehörige", Beamte und Angestellte ohne leitende Stellung, Arbeiter und Hausangestellte, Spitzenvertreter der Bourgeoisie, mittlere und kleine Unternehmer, kleine Warenproduzenten in Stadt und Land, Beamte und Angestellte in leitender Position wurden unter der für die marxistische Forschung kaum aussagekräftigen Kategorie der "Selbständigen" zusammengefaßt. Kurzarbeit wurde nicht gesondert erfragt. Die Kurzarbeiter wurden bei den hauptberuflich Erwerbstätigen, vor allem bei den Arbeitern und Angestellten, mitgezählt. Die von der bürgerlichen Statistik durch die Berufszählung vom 16. Juni 1933 gegebene Gliederung des erwerbsfähigen Teils der Bevölkerung bildete die im imperialistischen Deutschland existierenden Klassenverhältnisse nicht der Wirklichkeit entsprechend ab. Gemessen an der Aussagekraft der Zählungen bis zum Jahre 1907, teilweise sogar noch im Vergleich zu der vom 16. Juni 1925, waren die Unterlagen jedoch erheblich brauchbarer. Einer der Vorzüge bestand im gesonderten Nachweis der Arbeitslosen. Allerdings wurden die tatsächlichen Ausmaße der Arbeitslosigkeit verschleiert. In solchen statistischen Gruppen wie "Selbständige", "mithelfende Familienangehörige" und "berufslose Selbständige"

15 Handke, H., Strukturwandlungen der Arbeiterklasse und staatsmonopolistische Regulierungen der Klassenbeziehungen. Zu einigen Problemen der sozialen und politischen Entwicklung in Deutschland von den achtziger Jahren des 19. Jh. bis zum ersten Weltkrieg, in: ebenda, S. 118.

16 Hierzu und zu den folgenden Angaben: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 453, H. 2.



waren arbeitslose Personen versteckt.<sup>17</sup> Die Dunkelziffer war bei Frauen höher als bei Männern.<sup>18</sup> In den letzten Jahren der Weimarer Republik sowie am 16. Juni 1933 war nicht nur die Zahl der Arbeitslosen sehr hoch, sondern die gesamte industrielle Reservearmee umfangreich.<sup>19</sup> Zur industriellen Reservearmee gehörten neben den Arbeitskräften, die auf der Grundlage der Arbeitsbeschaffungspolitik für kürzere oder längere Zeit mit verschiedenen Arbeiten der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge beschäftigt waren, und anderen Gruppen solche Frauen, die man in die Reserve der Hausarbeit gedrängt hatte.<sup>20</sup> Bei Berücksichtigung dieser Einschränkungen sind die Ergebnisse der Berufszählung vom 16. Juni 1933 zu einigen bisher noch wenig beachteten Fragestellungen zur Arbeitslosigkeit sehr aussagekräftig. Das betrifft die Erwerbslosigkeit in den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft und die Zusammensetzung der Arbeitslosen nach Geschlecht, Familienstand und Alter.

### 1. Gliederung der Arbeitslosen nach Volkswirtschaftszweigen

Aufgrund des Erhebungsmodus der Statistik wie auch zumindest teilweise in der Realität bestehender Verhältnisse sind Arbeitslose nur in den Rubriken Angestellte in leitender Stellung bzw. Angestellte ohne leitende Stellung, Arbeiter und Hausangestellte zu erwarten. Für die Wertung des Grades der Arbeitslosigkeit dürfte deshalb der Vergleich der Arbeitslosen mit den beschäftigten Angestellten, Arbeitern und Hausangestellten stets bedeutender sein als der mit der Gesamtzahl der hauptberuflich Erwerbstätigen oder gar der Erwerbspersonen. Der letztgenannte Vergleich senkt unbedingt den tatsächlichen Umfang der Arbeitslosigkeit. Für die Zuordnung der Erwerbslosen entsprechend ihrer sozialen Stellung sowie der Gliederung nach Volkswirtschaftszweigen und Berufen war mit den Haushaltslisten die letzte Arbeitsstelle und Tätigkeit erfragt worden. Die Einordnung geschah ebenso. Die Statistik der Berufszählung vom 16. Juni 1933 wies 5 855 018 arbeitslose und 14 406 494 hauptberuflich erwerbstätige Arbeiter, Angestellte und Hausangestellte aus.<sup>21</sup> Die Gesamtzahl der hauptberuflichen Erwerbspersonen lag am Stichtag bei 26 441 056. Von den Arbeitslosen waren 4 712 432 Männer und 1 142 586 Frauen, Arbeiter bildeten die Masse

17 Haack/Sobkowiak, S. 8 f.

18 Bajohr, St., Die Hälfte der Fabrik, Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914 bis 1945, Diss., Marburg (Lahn) 1978 = Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Bd. 17, S. 173 ff.

19 Kuczynski, Die Geschichte ..., Bd. 5, S. 201 ff.

20 Haack/Sobkowiak, S. 8 f.

21 Diese und folgende Daten nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 453, H. 2, Tab. 1.

der Erwerbslosen. Die Arbeiter machten 82,11 % aller Arbeitslosen aus, 85,00 % einschließlich der Hausangestellten. Dieser hohe Anteil der Arbeiter insgesamt an den Arbeitslosen lag eindeutig über dem Anteil der ausgewiesenen Gruppe von erwerbstätigen Angestellten, Arbeitern und Hausangestellten (70,40 %). An zweiter Stelle folgten mit 14,95 % aller Arbeitslosen die Angestellten, die ohne leitende Stellung waren. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen der genannten Kategorien betrug 21,91 %. Wie aus Tab. 1 (siehe Anhang) hervorgeht, war die Arbeitslosenrate bei Arbeitern deutlich höher als bei anderen durch die Berufszählung erfaßten Gruppen.

Die Berufsstatistik führte die Ergebnisse der Zählung für verschiedene Bereiche der Volkswirtschaft vor. Für die Datengruppe mit Angaben zur Arbeitslosigkeit wurde zunächst eine Einteilung in 5 sog. Wirtschaftsabteilungen vorgenommen. Es handelte sich um die nachstehenden Abteilungen: 1. Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft, Fischerei; 2./3. Industrie und Handwerk; 4. Handel und Verkehr; 5. Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen; 6. Häusliche Dienste. Diese Differenzierung ist aber noch recht grob. In der Landwirtschaft waren z. B. 309 137 Arbeitslose registriert (5,28 % aller Arbeitslosen). Weiterhin brachte die Statistik für 32 sog. Wirtschaftsgruppen differenzierte Angaben über die Arbeitslosigkeit (Wirtschaftsabteilungen und -gruppen siehe Tab. 2 im Anhang). Die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen wurden bei den Wirtschaftsgruppen nach Geschlecht, Familienstand und Alter eingeteilt. Eine Gliederung nach der Größe der Betriebe blieb aus. Das ist ein Mangel der Statistik, der bei früheren Erhebungen gleichfalls vorhanden war.<sup>22</sup> Während dieser Mangel für den erwerbstätigen Teil der Arbeitskräfte durch die Statistik der gewerblichen Betriebszählung teilweise ausgeglichen werden kann, ist das für die Arbeitslosen nicht möglich.<sup>23</sup> Der bis zur Weltwirtschaftskrise erreichte Grad der Konzentration in der Industrie, das fortgeschrittene Stadium des Monopolisierungsprozesses spiegelt sich jedoch in den statistischen Angaben zur sozialen Gliederung der Arbeitskräfte nicht wider.

Eine weitere Möglichkeit, die Ausmaße der Arbeitslosigkeit in einzelnen Bereichen zu erfassen, bot die Berufsstatistik mit der Einteilung in sog. Wirtschaftszweige. Wirtschaftszweige bildeten im Vergleich zu den Wirtschaftsgruppen die kleinere Einheit. Es erfolgte eine Gliederung der Erwerbsspersonen nach Erwerbstätigen und Erwerbslosen; dabei wurde die Teilung in Geschlechter beachtet. Angaben zum Familienstand und Alter wurden nicht aufgenommen.<sup>24</sup>

<sup>22</sup> Handke, S. 116 ff.

<sup>23</sup> Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 462: Gewerbliche Betriebszählung. Die gewerblichen Niederlassungen im Deutschen Reich, Berlin 1936, H. 2.

<sup>24</sup> Ebenda, Bd. 453, H. 2, Tab. 2 a.

Im Verlauf der Krise hatte sich die Arbeitslosigkeit gesteigert. Die Produktion war innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige unterschiedlich stark zurückgegangen. Sie war in der Produktionsmittelindustrie wesentlich stärker abgefallen als in der Konsumgüterindustrie. In Untersuchungen über den Reproduktionsprozeß in der Weltwirtschaftskrise wiesen u. a. Jürgen Kuczynski und Manfred Nussbaum nach, daß Produktionszweige wie die Erzeugung von Eisen und Stahl, der Maschinenbau, der Schiffbau und die Bauindustrie besonders stark unter der Krise litten.<sup>25</sup> Vom Verfall des Welthandels waren stärkste Auswirkungen auf die Seeschifffahrt ausgegangen. In der Krise hatten sich die deutsche Frachtschifffahrt und die Passagierbeförderung beträchtlich reduziert. Das hatte Konsequenzen für die Schiffbauindustrie. Im Jahre 1933 wurde im Schiffbau der Tiefstand erreicht. Als im Februar bzw. im März des Jahres 1933 die beiden in Hamburgs größter Werft Blohm & Voss gebauten Passagierschiffe "Caribia" und "Cordillera" vom Stapel liefen, befand sich kein weiteres größeres Schiff in Bau.<sup>26</sup> Die Schiffsauflegungen, die bis Ende 1930 noch als vorübergehende Erscheinung betrachtet worden waren, erreichten ungeheure Ausmaße. Stillgelegt waren nicht nur ältere, technisch überholte Schiffe, sondern auch modernste. Die außerordentliche Verschärfung der strukturellen Dauerkrise der Weltseeschifffahrt bewirkte eine Abwrackttätigkeit, die in diesem Umfang nie zuvor stattgefunden hatte.<sup>27</sup> Die Wertindustrie zählte zu den von der Weltwirtschaftskrise am schwersten heimgesuchten Bereichen.

Die unterschiedliche Heftigkeit der Krisenauswirkungen in den einzelnen Produktionszweigen spiegelte sich in den Arbeitslosenziffern wider. Besonders hohe Arbeitslosenraten bei Arbeitern hatte der Schiffbau (65,18 %). Die Zahl der beschäftigten Werftarbeiter war allein in Hamburg von 20 200 am 1. Januar 1929 auf 4 900 am 1. Januar des Jahres 1932 gesunken. Daß gerade während der Krise einige Riesenjachten für Millionäre abgeliefert wurden, muß den Arbeitslosen wie ein Hohn erschienen sein.<sup>28</sup>

Die überwiegend arbeitsintensive Produktionsweise des Baugewerbes hatte aufgrund der beträchtlichen Einschränkungen des Wohnungsbaus ebenfalls zu hoher Arbeitslosigkeit geführt.<sup>29</sup> 52,82 % aller Bauarbeiter waren am Stichtag der Berufszählung arbeitslos.

25 Kuczynski, Die Geschichte ..., Bd. 15, S. 100 ff.; Nussbaum, S. 263.

26 Schmelzkopf, R., Die deutsche Handelsschifffahrt 1919 - 1939, Bd. 1: Chronik und Wertung der Ereignisse in Schifffahrt und Schiffbau, Oldenburg/Hamburg o. J., S. 161.

27 Wehner, H., Der Wiederaufbau der Handelsflotte und die Entwicklung der internationalen Seeschifffahrtsbeziehungen des imperialistischen Deutschland in den Jahren der Weimarer Republik, Diss. B, Dresden 1978, S. 503 ff.

28 Schmelzkopf, S. 150.

29 Nussbaum, S. 292 ff.

Die Produktionsrückgänge in der Montanindustrie und im Maschinenbau waren gravierend.<sup>30</sup> Nach der durchschnittlichen arbeitstäglichen Gewinnung in Tonnen errechnete Zumpe für die Roheisenproduktion von 1929 bis 1932 einen Rückgang um rund 70 % und für die Produktion von Rohstahl und Walzerzeugnissen um rund 65 %.<sup>31</sup> Hohe Arbeitslosenraten bei Arbeitern hatten solche Zweige der Produktionsmittelindustrie wie der Maschinen-, Kessel- und Apparatebau (50,50 %), die Eisen- und Stahlgewinnung (43,53 %) sowie aus der Wirtschaftsgruppe Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung vor allem die Schlosserei (55,63 %); die Arbeitslosenrate bei Arbeitern der Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung betrug 39,58 %.<sup>32</sup> Diese Bereiche hatten vergleichsweise auch durchweg hohe Arbeitslosenraten bei Angestellten ohne leitende Stellung.<sup>33</sup> Dem Produktionsrückgang entsprach also insgesamt eine hohe Arbeitslosenrate.

Kuczynski und Nussbaum machten deutlich, daß in der Krise die "modernen" Industrien, die Elektro- und Chemieindustrie, besser abschnitten als die "alten" Industrien.<sup>34</sup> Die chemische Industrie war Ende des Jahres 1932 noch konkurrenzfähig, sie gehörte zu den Spitzenproduzenten in der Welt.<sup>35</sup> Sie erwies sich als widerstandsfähiger und krisenfester als andere Industrien. Das hing auch mit technischen Fortschritten und einer Verbrauchsverschiebung zugunsten chemischer Erzeugnisse zusammen. Ein Massenbedarf an Kosmetika sowie an bestimmten Produkten der pharmazeutischen Industrie, besonders bei antineuralgischen Mitteln und Schlafmitteln, entwickelte sich. Die Mode bevorzugte Kunstseide und immer mehr neue Farbnuancen. Die Weltproduktion von Kunstseide hatte sich gegenüber dem Vorkriegsstand verzehnfacht. Bei anderen Erzeugnissen, z. B. Düngemitteln, Mineralfarben und Teerfarben, waren die Zuwachsraten erheblich geringer. Das Ansteigen des Chemikalienverbrauchs wurde durch die Krise nur abgeschwächt, kam nicht zum Stillstand.<sup>36</sup> In der Chemieindustrie war die Arbeitslosenquote relativ niedrig, sie betrug bei Arbeitern 27,98 % und bei Angestellten ohne leitende Stellung 15,94 %.<sup>37</sup>

30 Ebenda, S. 263.

31 Zumpe, S. 29.

32 Berechnet nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 453, H. 2, Tab. 1 für die Wirtschaftsgruppe Baugewerbe und Baunebengewerbe; ebenda, Tab. 2 a für die Wirtschaftszweige Maschinen-, Kessel- und Apparatebau, Schiffbau, Eisen- und Stahlgewinnung, Schlosserei sowie Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung.

33 Ebenda.

34 Kuczynski, Die Geschichte ..., Bd. 15; Nussbaum, Wirtschaft und Staat ...; vgl. auch: Die Arbeitslosigkeit der Gegenwart, hg. v. M. Saitzew, T. 2: Deutsches Reich = Schriften des Vereins für Sozialpolitik 185/II, München/Leipzig 1932.

35 Zumpe, S. 30 f.

36 Ungewitter, C., Die Arbeitslosigkeit in der deutschen chemischen Industrie, in: Die Arbeitslosigkeit der Gegenwart, T. 2, S. 154 ff.

37 Berechnet nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 453, H. 2, Tab. 1.

Anders dagegen waren die Verhältnisse bei der Elektroindustrie. Dieser Zweig gehörte mit 44,59 % arbeitslosen Arbeitern zu denen mit den höchsten Erwerbslosenraten überhaupt.<sup>38</sup> Bei Elektromechanikern und Elektroinstallateuren, charakteristischen Berufen für den Zweig, betrug die Arbeitslosenrate sogar 48,55 %.<sup>39</sup>

Nach Einschätzung von Zumpe war die Lage in der elektrotechnischen Industrie differenziert. Zwischen dem Bereich der Starkstromtechnik und dem der Schwachstromtechnik gab es erhebliche Unterschiede. Auf dem Gebiet der Schwachstromtechnik profitierte die elektrotechnische Industrie wie die chemische Industrie längere Zeit von der Modernität ihrer Produkte. Sowohl für die chemische Industrie als auch für die Elektroindustrie brachte erst das Jahr 1932 auf dem Binnenmarkt und beim Export einen rasch sinkenden Absatz.<sup>40</sup>

Die bislang angeführten Zahlen sowie weitere aus Tab. 2 und Abb. 1 (siehe Anhang) bestätigen den hohen Grad der Arbeitslosigkeit in vielen Bereichen der Produktionsmittelindustrie. Dagegen hatte sich die Arbeitslosenrate hinsichtlich einer Reihe von Zweigen der Konsumgüterindustrie bei niedrigeren Werten bewegt. Die Erzeugung von Konsumgütern war unterschiedlich gesunken; beispielsweise gab es beim Bau von Pianos offensichtlich einen extremen Rückgang.<sup>41</sup> Die vom Export und von der momentanen Kaufkraft abhängige Musikinstrumentenindustrie hatte hinsichtlich der Arbeiter eine Erwerbslosenquote von 62,66 %, auch in der Spielwarenindustrie waren mit 49,92 % viele Arbeiter ohne Beschäftigung. Im Bekleidungsgewerbe betrug die Arbeitslosenrate bei Arbeitern 33,14 %, einzelne Zweige, vor allem die Rauchwarenzurichtung und Kürschnerei (52,03 %), waren jedoch stärker betroffen. 27,07 % aller Arbeiter hatten im großen Bereich des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes keine Arbeit. Die höchsten Arbeitslosenraten wurden am Erhebungstag in der Zuckerindustrie sowie in der Kakao-, Schokoladen- und Süßwarenindustrie festgestellt. In der Textilindustrie waren 24,61 % aller Arbeiter ohne Arbeit, größere Abweichungen bei einzelnen Zweigen traten nicht auf.<sup>42</sup> Die Textilindustrie war noch weitgehend von der freien Konkurrenz bestimmt. Der Produktionsrückgang war geringer als z. B. in der monopolisierten Roheisenindustrie.<sup>43</sup>

Den hohen Grad der Arbeitslosigkeit in Deutschland noch am 16. Juni 1933 veranschaulichen auch die Zahlen für die Konsumgüterindustrie. Der durch die Preisentwicklung in der Konsumgüterindustrie bedingte Ruin kleiner und mittlerer Unternehmen wirkte sich auf die Beschäfti-

38 Ebenda.

39 Ebenda, Tab. 2 a.

40 Zumpe, S. 31 f.

41 Nussbaum, S. 264.

42 Berechnet nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 453, H. 2, Tab. 1 für die Wirtschaftsgruppen Bekleidungsgewerbe, Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und Textilindustrie; ebenda, Tab. 2 a für die Wirtschaftszweige Musikinstrumentenindustrie, Spielwarenindustrie, Rauchwarenzurichtung und Kürschnerei, Zuckerindustrie sowie Kakao-, Schokoladen- und Süßwarenindustrie.

43 Nussbaum, S. 262; Kuczynski, Die Geschichte ..., Bd. 5, S. 21.

gung aus,<sup>44</sup> Das bedeutete z. B. für die Niederlausitzer Textilindustriestadt Forst einen Rückgang der Tuchindustriebetriebe von 422 Mitte der 20er Jahre auf 289 während der Krise.<sup>45</sup>

Sehr hoch waren z. B. die Arbeitslosenraten in der Gruppe Theater, Lichtspiele, Filmaufnahme usw. Mit der Berufsstatistik wurden Personen, vor allem Jugendliche, die nur zeitweise eine Arbeitsstelle hatten, zur Gruppe "Erwerbstätigkeit ohne feste Stellung oder ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit" zusammengefaßt. Diese Gruppe rangierte bei der Erwerbslosenrate von Arbeitern und Angestellten ohne leitende Stellung eindeutig an der Spitze.<sup>46</sup>

Die Ergebnisse der Berufszählung vom 16. Juni 1933 standen also bezüglich der Arbeitslosenraten im wesentlichen in Übereinstimmung mit der Produktionsentwicklung in der Produktionsmittel- und Konsumgüterindustrie. Eine Gruppierung nach Wirtschaftszweigen mit hoher und niedriger Arbeitslosigkeit sollte aber nicht nur auf der Grundlage der prozentualen Anteile der arbeitslosen Arbeiter oder Angestellten an allen Erwerbstätigen des jeweiligen Zweiges gemacht werden.

Um die Ausmaße der Arbeitslosigkeit, ihre sozialen Folgen und schließlich ihre Bedeutung für politische Aktionen in den Gruppen der Arbeiterklasse einzuschätzen, muß m. E. auch von den absoluten Zahlen der Arbeitslosen in den Volkswirtschaftszweigen ausgegangen werden. Aus Tab. 2 ist zu entnehmen, daß Massenarbeitslosigkeit keineswegs nur in der Produktionsmittelindustrie anzutreffen war. Immerhin hatten mindestens 295 895 Arbeiter im Bekleidungsgerwerbe, 276 342 im Nahrungs- und Genußmittelgerwerbe, 237 293 in der Textilindustrie und 204 455 im Handelsgewerbe keine Arbeit. Darüber hinaus sind noch die erwerbslosen Angestellten ohne leitende Stellung zu beachten; mit 341 923 rangierte das Handelsgewerbe mit großem Abstand an der Spitze.<sup>47</sup> Vergleicht man die Rangfolge der Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen (einschließlich Angestellte in leitender Stellung) sowie der erwerbslosen und erwerbstätigen Arbeiter, offenbart sich, welchen Umfang die Arbeitslosigkeit auch in der Konsumgüterindustrie erreicht hatte. Die Rangfolgen in Tab. 3 und Abb. 2 (siehe Anhang) sollten zu einer gewissen Revision der Vorstellungen über die Verteilung der Arbeitslosen in der Produktionsmittel- und Konsumgüterindustrie anregen.

Wahrscheinlich bildeten die ungelernten Arbeiter in allen Zweigen der Wirtschaft eine besonders große Gruppe unter den Arbeitslosen, zu Beginn des Jahres 1933 waren bei den Arbeitsämtern 1,3 Mill. ungelernete

<sup>44</sup> Gossweiler, K., Der Übergang von der Wirtschaftskrise zur Rüstungskonjunktur in Deutschland 1933 bis 1934. Ein historischer Beitrag zur Problematik staatsmonopolistischer "Krisenüberwindung", in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2/1968, S. 62.

<sup>45</sup> Zuckermann, B., Standortentwicklung und Standortverteilung der Tuchindustrie im Bezirk Cottbus vom Jahre 1870 bis zur Gegenwart - eine historisch-geographische Untersuchung, Diss. B, Potsdam 1969, S.117.

<sup>46</sup> Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 453, H. 2, Tab. 1.

<sup>47</sup> Ebenda.

Arbeiter gemeldet.<sup>48</sup> Da bei den beschäftigten männlichen Arbeitern in den meisten Zweigen jedoch ein hoher Qualifikationsgrad vorlag, läßt sich vermuten, daß auch ein beträchtlicher Teil der entlassenen Arbeiter gelernte Facharbeiter bzw. Betriebshandwerker war. Nach der gewerblichen Betriebszählung hatten beispielsweise folgende Wirtschaftszweige einen Anteil von mehr als 60 % gelernten Facharbeitern und Betriebshandwerkern unter den beschäftigten männlichen Arbeitern: das Vervielfältigungsgewerbe, die optische und feinmechanische Industrie, das Bekleidungs-gewerbe, der Maschinen-, Kessel-, Apparate- und Fahrzeugbau, das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und die Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren. Besonders hohe Prozentsätze ungelerner männlicher Arbeiter gab es mit 61,29 % in der chemischen Industrie sowie in der Kautschuk- und Asbestindustrie,<sup>49</sup> in der Papierindustrie und bei der Industrie der Steine und Erden.<sup>49</sup>

## 2. Zur demographischen Gliederung der Arbeitslosen

Überlegungen zur Arbeitslosigkeit kann man nicht anstellen, ohne Frauenarbeit und Frauenerwerbslosigkeit zu berücksichtigen. Frauen arbeiteten überwiegend in der Konsumgüterindustrie, im Handel und im Dienstleistungswesen. Nach der Erhebung vom 16. Juni 1933 machten Hausmädchen und andere Hausangestellte die mit Abstand größte Gruppe weiblicher Beschäftigter aus (ohne Berücksichtigung der in der Berufsstatistik auftauchenden Kategorien "Selbständige" und "mithelfende Familienangehörige"). Frauen waren von der Arbeitslosigkeit stark betroffen. Während des gesamten Zeitraumes der Weimarer Republik und in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur in Deutschland wurde versucht, die Arbeitslosigkeit auf Kosten der verheirateten Frauen zu beheben. Frauen wurden aus der Arbeit in die stille Reserve der Hausarbeit, der Heim- und Hausindustrie oder Teilzeitbeschäftigung gedrängt.<sup>50</sup> Unabhängig davon befanden sich, wie Kuczynski schrieb, während der Weimarer Republik infolge der Zunahme der allgemeinen Verelendung weit über eine Million Frauen auf dem Sprung zum Arbeitsmarkt.<sup>51</sup>

In der offiziellen Arbeitslosenstatistik wurde die Situation der Frauen nicht sichtbar, bei den "unsichtbaren" Arbeitslosen allerdings ließ sich ein ständig steigender Prozentsatz von Frauen errechnen.<sup>52</sup> Die Statistik der Berufszählung vom 16. Juni 1933 wies 1 142 586 arbeitslose

48 Hahn, Th., Arbeiterbewegung und Gewerkschaften. Eine Untersuchung der Strategiebildung der Freien Gewerkschaften auf dem "Arbeitsmarkt" am Beispiel des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit mit Arbeitsnachweisen und Arbeitslosenunterstützung bis zum Arbeitsbeschaffungsprogramm in der Weltwirtschaftskrise Deutschlands 1928 - 1933, Diss., Berlin (West) 1977, S. 323.

49 Berechnet nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 462, H. 3, Tab. 5. - Die Qualifikation wurde nur für die männlichen Arbeitskräfte angegeben.

50 Dettmar, S. 56; Bajohr, S. 162 ff.

51 Kuczynski, Die Geschichte ..., Bd. 5, S. 202.

52 Hemmer, S. 139.

und 5 127 158 hauptberuflich tätige Arbeiterinnen, weibliche Angestellte und Hausangestellte aus.<sup>53</sup> 18,22 % der weiblichen Arbeitskräfte dieser Kategorien waren also arbeitslos, bei den männlichen waren es 33,68 %. Die Arbeitslosenrate war in fast allen Wirtschaftsgruppen bei Arbeiterinnen niedriger als bei Arbeitern. Jedoch wiesen von den 10 Wirtschaftsgruppen mit den höchsten Arbeitslosenraten 7 Gruppen bei Männern und Frauen die gleiche Rate auf. An erster Stelle stand, durch die Berufsstatistik als Wirtschaftsgruppe erfaßt, die Erwerbstätigkeit ohne feste Stellung. Zu dieser Gruppe gehörten vor allem viele jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, denen es häufig nur für wenige Tage gelungen war, eine Anstellung zu finden. Bei den Frauen war der Anteil der Arbeitslosen höher als bei den Männern. Des weiteren gehörten zu den Wirtschaftsgruppen mit den höchsten Arbeitslosenraten das Holz- und Schnitzstoffgewerbe, der Maschinen-, Kessel-, Apparate- und Fahrzeugbau, die elektrotechnische Industrie, das Baugewerbe und Baunebengewerbe, die Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie sowie eine Gruppe, in der die Beschäftigten vom Theater, Lichtspielwesen, von der Filmaufnahme, vom Rundfunkwesen, Musikgewerbe sowie vom sportlichen- und Schaustellergewerbe zusammengefaßt waren. In einigen Zweigen der Produktionsmittelindustrie war der Prozentsatz der arbeitslosen Frauen besonders hoch. In der Elektroindustrie hatten 35,80 % der Arbeiterinnen keine Arbeit, im Maschinen-, Kessel-, Apparate- und Fahrzeugbau 31,07 % und im Baugewerbe und Baunebengewerbe sogar 42,73 %. Diese Zweige waren aber nicht diejenigen, in denen Frauenarbeit stärker ausgeprägt war, im Gegenteil, im Baugewerbe war sie ganz unbedeutend.

Massenarbeitslosigkeit von Frauen gab es vor allem in Bereichen mit typischer Frauenbeschäftigung. Dazu zählen die Textilindustrie mit 427 635 erwerbstätigen und 115 136 erwerbslosen Arbeiterinnen, die Bekleidungsindustrie mit 374 546 beschäftigten und 146 312 arbeitslosen Arbeiterinnen sowie das Handelsgewerbe einschließlich des Hilfgewerbes des Handels mit 146 222 erwerbslosen gegenüber 490 326 beschäftigten weiblichen Angestellten.

Insgesamt stellten bei den erwerbslosen Frauen die Arbeiterinnen mit 59,68 % - unter Einbeziehung der Hausangestellten als besondere Gruppe innerhalb der Arbeiterklasse waren es sogar 74,31 % - den größten Teil.

Analysen über den Familienstand der Arbeitslosen können zu aufschlußreichen Resultaten über die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten führen. Von allen Erwerbslosen waren 2 688 291 (45,91 %) ledig,

53 Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 453, H. 2, Tab. 1. - Zu den folgenden Angaben vgl.: Haack, H./Steffen, K., Frauenarbeitslosigkeit - Ergebnisse der Analyse der Berufszählung im Deutschen Reich vom 16. Juni 1933, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Gesellschaftswiss. Reihe, 7/1984.



2 882 654 (49,23 %) verheiratet und 284 073 (4,85 %) verwitwet oder geschieden.<sup>54</sup> Bei den nach der Statistik vergleichbaren Gruppen der hauptberuflich Erwerbstätigen, also den Angestellten (einschließlich der leitenden), Arbeitern und Hausangestellten, sahen die Relationen folgendermaßen aus: 8 123 933 (56,39 %) ledig, 5 842 807 (40,56 %) verheiratet und 439 754 (3,05 %) verwitwet oder geschieden.

Die Gliederung der Arbeiter nach dem Familienstand wies im Vergleich zu der der Angestellten ohne leitende Position einige Unterschiede auf. Die Statistik der Berufszählung erfaßte bei den Arbeitern in der Spalte "Erwerbspersonen" (Erwerbstätige und Erwerbslose) annähernd gleich viel ledige und verheiratete. Bei den Angestellten dagegen machten die ledigen 61,54 % der Erwerbspersonen aus. Hinter den ledigen Angestellten verbarg sich beispielsweise das große Heer der Verkäuferinnen, denen der Arbeitsplatz bei Verehelichung nur äußerst selten erhalten blieb. Die Anteile der ledigen bzw. verheirateten Erwerbslosen an allen nichtleitenden Angestellten waren mit jeweils etwas über 20 % etwa gleich hoch. (Siehe Tab. 4 u. 5 im Anhang.)

Bei den Arbeitern aller Wirtschaftszweige betrug die Erwerbslosenquote bei den ledigen 27,93 %, aber bei den verheirateten 35,69 %. Die Landarbeiter nahmen insofern eine Sonderstellung ein, als der Anteil der ledigen bei den erwerbstätigen mit 65,55 % weit über dem der verheirateten lag. Der hohe Prozentsatz lediger erwerbstätiger Landarbeiter beeinflusste die Arbeitslosenrate. Blieben die Landarbeiter unberücksichtigt, waren in allen anderen Bereichen 33,69 % der ledigen Arbeiter und 38,04 % der verheirateten erwerbslos. Die Beschäftigungslosigkeit traf also die Werkstätigen besonders, die verheiratet waren und vielfach Kinder zu versorgen hatten. Die sozialen Folgen der Erwerbslosigkeit verheirateter Arbeiter konnten durch Berufstätigkeit der Ehefrauen bzw. durch nebenberufliche Tätigkeit nur bei einigen wenigen gemindert werden. 21,90 % der Ehefrauen von erwerbslosen Arbeitern waren hauptberuflich beschäftigt und weniger als 1 % übte eine nebenberufliche Tätigkeit aus.<sup>55</sup> Bei den erwerbslosen verehelichten Landarbeitern war der Anteil der Frauen, die eine Berufstätigkeit angaben, etwas höher, er machte 30,96 % aus. Ein Teil dieser Frauen gehörte zu der in der Landwirtschaft recht zahlreichen Gruppe der "mithelfenden Familienangehörigen". Die Ausübung einer nebenberuflichen Tätigkeit erwähnten 8,12 % der erwerbslosen verheirateten Arbeiter.

Besonders kompliziert war die Situation der verwitweten oder geschiedenen Arbeiterinnen und Arbeiter. Im Vergleich zu den ledigen oder verheirateten Arbeitern bildeten die verwitweten oder geschiedenen zwar nur einen kleinen Teil, die Arbeitslosenrate unter ihnen war mit 41,32 % jedoch extrem hoch.

54 Diese und die folgenden Angaben berechnet nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 453, H. 3, Tab. 3 a.

55 Diese und die folgenden Angaben berechnet nach: Ebenda, H. 2, Tab. 1; ebenda, H. 3, Tab. 3 a.

In den meisten Wirtschaftszweigen war die Erwerbslosenrate bei den verheirateten Arbeitern höher als bei den ledigen. Aus Tab. 6 (siehe Anhang) ist ablesbar, daß in vielen Wirtschaftszweigen mehr als 50 % der nichtbeschäftigten Arbeiter verheiratet waren. Teilweise war sogar die absolute Zahl der erwerbslosen verheirateten Arbeiter größer als die der erwerbstätigen. Das traf auf folgende Wirtschaftszweige zu: Maschinen-, Kessel-, Apparate- und Fahrzeugbau, Holz- und Schnitzstoffgewerbe, Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie sowie das Baugewerbe und Baunebengewerbe. Durch die Berufszählung vom 16. Juni 1933 wurden z. B. im Bauwesen 420 233 verheiratete beschäftigte Arbeiter, aber 527 905 verheiratete arbeitslose Bauarbeiter erfaßt.<sup>56</sup> Bei den Ledigen ließ sich in keinem Wirtschaftszweig eine solche Situation finden, die Zahl der Beschäftigten war stets höher als die der Arbeitslosen. Mit den verheirateten wie auch verwitweten oder geschiedenen Arbeitern fielen also sozial schwächere Gruppen in besonders starkem Maße der Beschäftigungslosigkeit zum Opfer. Die differenzierte Betrachtung des Familienstandes der erwerbslosen Arbeiter offenbart, daß die Arbeitslosigkeit mehrere Monate nach der faschistischen Machtergreifung für die deutsche Arbeiterklasse noch wesentlich mehr Bedeutung besaß, als die zusammenfassenden Zahlen aussagen können.

Von einer Arbeitslosenversicherung konnte in der Krise angesichts der Dauer und des Umfangs der Arbeitslosigkeit sowie der rapiden Senkung der Unterstützungssätze kaum noch gesprochen werden.<sup>57</sup> Durch Notverordnungen war die Unterstützungsdauer für die verschiedenen Unterstützungsarten gesenkt worden. Nach der Notverordnung durch die Papen-Regierung vom 14. Juli 1932 stieg die Zahl der Arbeitslosen, die keine Unterstützung erhielten, auf über eine Million.<sup>58</sup> Die Ausgaben für Arbeitslose wurden in der Krise immer mehr von der Arbeitslosenversicherung zugunsten der niedrigeren Wohlfahrtserwerbslosenunterstützung verschoben.<sup>59</sup>

Aufschlußreich ist auch, welche Altersgruppen von der Arbeitslosigkeit vor allem betroffen waren. Die Berufsstatistik von 1933 enthielt außerordentlich differenzierte Angaben hinsichtlich der Altersstruktur des erwerbstätigen und erwerbslosen Teiles der Bevölkerung. Allein bis zum Alter von 20 Jahren wurden 4 Gruppen gebildet. Über dieses Alter hinaus erfolgte die Begrenzung überwiegend nach einem weiteren Jahrzehnt.

56 Ebenda, H. 3, Tab. 3 a.

57 Zur Höhe der Unterstützungssätze siehe: Schmidt, M., Die Politik der ADGB-Führung zur Zeit der Regierung Papen und Schleicher, Diss. A, Berlin 1977, S. 37 f.

58 Schupljak, P. A., Die Gewerkschaften und der Streikkampf der deutschen Arbeiterklasse für ihre sozialökonomischen Rechte in der Periode der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933, Diss. A, Jena 1976, S. 51.

59 Preller, L., Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949, S. 463.

Bei den durch die Statistik der Berufszählung erfaßten hauptberuflichen Erwerbstätigen wurden, ohne als solche gekennzeichnet zu sein, die Lehrlinge mitgezählt. In einigen Industriezweigen war der Anteil der Fabrik- und Handwerkslehrlinge an der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter beachtlich hoch. Die gewerbliche Betriebszählung vom 16. Juni 1933 wies z. B. für den Maschinen-, Kessel-, Apparate- und Fahrzeugbau außer 367 386 männlichen Arbeitern 66 927 männliche Lehrlinge aus.<sup>60</sup> Der Anteil der männlichen Lehrlinge an den männlichen Beschäftigten lag damit bei 15,41 %. Weitere Zweige mit einer großen Anzahl von Lehrlingen waren das Holz- und Schnitzstoffgewerbe, die elektrotechnische Industrie, die Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren, das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, das Baugewerbe und schließlich die Bekleidungsindustrie. Nur in der Bekleidungsindustrie gab es in bemerkenswerter Zahl weibliche Lehrlinge. In anderen Wirtschaftszweigen allerdings lag der Anteil der Lehrlinge an den Beschäftigten deutlich niedriger, so machte er in der chemischen Industrie bei den männlichen beschäftigten Arbeitern 1,21 % aus. Die Zahl der Lehrlinge war nach der gewerblichen Betriebszählung in der Krise relativ hoch, ein größerer Teil der Schulentlassenen fand noch eine Lehrstelle. Die Zahl der Fabrik- und Handwerkslehrlinge war höher als die der registrierten erwerbslosen Arbeiter in der Altersstufe bis zu 20 Jahren. Über 40 % der durch die Berufsstatistik erfaßten beschäftigten Arbeiter bis zu 20 Jahren dürften Lehrlinge gewesen sein. Um die Ausmaße der Arbeitslosigkeit richtig zu werten, mußte deshalb die Gruppenbildung für die Altersstruktur der Erwerbslosen so sein, daß die Aussagen nicht durch einen hohen Anteil von Lehrlingen an den Beschäftigten beeinflußt wurden. Aus diesem Grunde wurde die Gruppenbildung so vorgenommen, daß die Arbeiter bis zum Alter von 20 Jahren in einer Gruppe zusammengefaßt sind.

Die Altersstruktur der Erwerbslosen unter den Arbeitern und Angestellten ohne leitende Stellung war ähnlich. Die meisten erwerbslosen Arbeiter und Angestellten waren, wie die erwerbstätigen, zwischen 20 und 39 Jahre alt.<sup>61</sup> Bei den weiblichen Arbeitslosen war die Altersstufe zwischen 20 und 29 besonders stark vertreten. (Siehe Tab. 7. u. 8 im Anhang.)

Von den erwerbslosen Arbeitern und Arbeiterinnen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren waren 67 % ledig. Die Verehelichtenquote stieg nach Erreichen des 25. Lebensjahres an. Von den erwerbslosen Arbeitern waren in der Altersgruppe zwischen 30 und 39 Jahren 75,22 % verheiratet. Bei den Frauen zeigte auch die Verehelichtenquote in den einzelnen Altersstufen, daß viele verheiratete Frauen aufgrund der Arbeitslosigkeit

60 Diese und die folgenden Angaben berechnet nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 462, H. 2, Tab. 5.

61 Diese und alle folgenden Angaben berechnet nach: Ebenda, Bd. 453, H. 3, Tab. 3 a.

gänzlich aus dem Berufsleben ausscheiden mußten und nicht mehr als erwerbslos registriert wurden. Die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen war in keiner Altersstufe viel höher als die der ledigen. Gemessen an der Summe der erwerbslosen Arbeiterinnen, lag bei den über Dreißigjährigen die Zahl der Verwitweten oder Geschiedenen unverhältnismäßig hoch, in der Altersstufe 30 bis 39 Jahre bei 17,22 %, in der Stufe 40 bis 49 Jahre bei 31,66 % sowie in der Gruppe von 50 bis 59 Jahren bei 41,46 %.

Die verwitweten bzw. geschiedenen Frauen mußten arbeiten, um ihren und ihrer Familie Lebensunterhalt zu sichern. Wenn sie einen so hohen Teil der erwerbslosen Frauen stellten, ist das nur damit zu erklären, daß verheiratete Frauen die Hoffnung auf einen neuen Arbeitsplatz verloren hatten und sich deshalb nicht mehr als erwerbslos registrieren ließen. Außerdem waren für verheiratete Frauen die Aussichten auf eine Arbeitslosenunterstützung sehr gering.<sup>62</sup> Ein Teil der ehemals berufstätigen Ehefrauen, die den Arbeitsplatz eingebüßt bzw. die Berufsarbeit aufgegeben hatten, gehörte zur industriellen Reservearmee.

Der Altersaufbau der Erwerbslosen in den einzelnen Wirtschaftszweigen deckte sich im wesentlichen mit dem des Durchschnitts des Deutschen Reiches. Vorhandene Unterschiede im Altersaufbau der Erwerbslosen zwischen den Wirtschaftszweigen standen weder zur Qualifikationsstruktur, zum Anteil der Frauenbeschäftigung, zur Schwere der körperlichen Arbeit noch zu Besonderheiten der Produktions- oder Konsumtionsmittelindustrie in unmittelbarer Beziehung. Nach absoluten Zahlen waren in den einzelnen Wirtschaftszweigen die meisten erwerbslosen Arbeiter zwischen 20 bis unter 40 Jahre alt. (Siehe Tab. 9 im Anhang.)

Die Arbeitslosenrate dagegen war in allen Wirtschaftszweigen bei den älteren Jahrgängen besonders hoch. Im Reichsdurchschnitt waren von den Arbeitern (ohne Landarbeiter) arbeitslos: in der Altersstufe 20 bis 29 Jahre 39,94 %, 30 bis 39 Jahre 37,22 % und 40 bis 49 Jahre 35,83 %. Von den über Fünfzigjährigen waren etwas über 40 % arbeitslos. Ohne Beachtung der Altersgruppe bis zu 20 Jahren war in den meisten Wirtschaftszweigen die Erwerbslosenrate in den Jahren zwischen 30 und 49 etwas niedriger als in anderen. Diese Besonderheit war sowohl in der Produktionsmittel- als auch in der Konsumgüterindustrie anzutreffen. Nahe liegt der Schluß, daß in der jeweiligen beruflichen Tätigkeit erfahrene, aber noch nicht alte Arbeitskräfte gegenüber der Arbeitslosigkeit gesicherter waren als andere. In einigen Zweigen stieg jedoch die Erwerbslosigkeit mit zunehmendem Lebensalter der Arbeiter durchgängig an. Dazu gehörten die Industrie der Steine und Erden, die Kautschuk- und Asbestindustrie, die Textilindustrie sowie die Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie. In der Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung, im Maschinen-, Kessel-, Apparate- und Fahrzeugbau, in der elektrotechnischen Industrie, im Bauwesen und in der Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie waren über 50 % der 20- bis 29jährigen Arbeiter erwerbslos. Zwischen 40 und 50 % der Arbeiter in der ge-

<sup>62</sup> Bajohr, S. 176.

nannten Altersgruppe hatten in den folgenden Wirtschaftszweigen keine Arbeit: Eisen- und Metallgewinnung, feinmechanische und optische Industrie, Druck- und Vervielfältigungsgewerbe sowie Holz- und Schnitzstoffgewerbe. In diesen Wirtschaftszweigen lag auch bei den Arbeitern, die mehr als 50 Jahre alt waren, die Erwerbslosenrate bei über 40 %, z. T. über 50 %, und in der Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie beispielsweise sogar bei über 60 %.

### 3. Schlußbemerkungen

Die Analyse der Arbeitslosigkeit in Deutschland auf der Grundlage der Statistik der Berufszählung vom 16. Juni 1933 erbrachte folgende Ergebnisse:

Die Arbeitslosigkeit spielte im Leben des deutschen Volkes noch eine große Rolle, obwohl der Höhepunkt der Krise überschritten war. Vor allem viele Arbeiterfamilien litten unter der Arbeitslosigkeit. Die Arbeiter stellten mit weitem Abstand den größten Teil der Erwerbslosen. Auch die Erwerbslosenrate war bei Arbeitern höher als bei Angestellten. Wirtschaftszweige, in denen die Arbeitslosigkeit große Ausmaße erlangte, waren zwar vor allem solche der Produktionsmittelindustrie, aber auch einige der Konsumgüterindustrie. Als Bereiche, in denen die Arbeitslosigkeit besonders grassierte, wurden auf der Grundlage der Erwerbslosenraten und der absoluten Zahlen der Arbeitslosen festgestellt<sup>63</sup>:

die Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung,  
der Maschinen-, Kessel-, Apparate- und Fahrzeugbau,  
die elektrotechnische Industrie,  
das Holz- und Schnitzstoffgewerbe,  
die Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie,  
das Bekleidungsgewerbe,  
das Baugewerbe und Baunebengewerbe,  
das Handelsgewerbe und Hilfgewerbe des Handels.

Die Erwerbslosenrate war bei männlichen Arbeitskräften beträchtlich höher als bei weiblichen. Das hing einerseits damit zusammen, daß Frauen besonders in der von der Krise etwas weniger betroffenen Konsumgüterindustrie beschäftigt waren, und lag andererseits daran, daß viele Ehefrauen in die stille Reserve der Hausarbeit gedrängt worden waren. In den meisten durch die Berufsstatistik ausgewiesenen Wirtschaftszweigen waren die Erwerbslosenraten bei Frauen zwar niedriger als bei Männern, aber in jenen Zweigen mit einer hohen Erwerbslosenrate in bezug auf die Männer war sie auch bei den Frauen hoch. Massenhaft waren Frauen jedoch nur dort arbeitslos, wo sich Frauenberufe häuften: in der Bekleidungs- und Textilindustrie sowie im Handel.

<sup>63</sup> Das Aufstellen einer Rangfolge war nicht möglich, deshalb wurde der Anordnung der Wirtschaftszweige in der Statistik der Berufszählung gefolgt.

Knapp 60 % aller erwerbslosen Arbeiter waren am Stichtag der Berufszählung verheiratet oder verwitwet bzw. geschieden. Der Anteil der Verheirateten oder Verwitweten bzw. Geschiedenen war bei den arbeitslosen Arbeitern höher als bei denen, die eine hauptberufliche Tätigkeit ausübten. Nur etwa ein Fünftel der Ehefrauen erwerbsloser verheirateter Arbeiter konnte einer beruflichen Tätigkeit nachgehen. Hinsichtlich der Angestellten ohne leitende Stellung überwogen sowohl bei den erwerbstätigen als auch den erwerbslosen die Ledigen.

Die Arbeitslosenrate lag bei den Arbeitskräften mit 50 und mehr Jahren höher als bei den jüngeren Jahrgängen. Die meisten erwerbslosen Arbeiter und Angestellten waren wie die meisten erwerbstätigen zwischen 20 und 39 Jahre alt. Die Altersstruktur der Arbeitskräfte in den einzelnen Wirtschaftszweigen ähnelte sich.

Tabelle 1

Vergleich erwerbstätiger und erwerbsloser Arbeitskräfte  
(Deutsches Reich, 16. 6. 1933)

	Erwerbstätige	Erwerbslose	Erwerbslosenrate
Angestellte in leitender Stellung	58 155	3 107	5,07 %
Angestellte ohne leitende Stellung	3 156 899	875 446	21,71 %
Arbeiter	10 142 385	4 807 401	32,16 %
Hausangestellte	1 049 055	169 064	13,88 %
<b>Summe</b>	<b>14 406 494</b>	<b>5 855 018</b>	<b>28,90 %</b>
<b>Erwerbspersonen aller Gruppen der Statistik</b>	<b>26 441 056</b>	<b>5 855 018</b>	<b>18,13 %</b>

## Quelle:

Berechnet nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 453: Berufszählung. Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung des Deutschen Reichs, Berlin 1936, H. 2, Tab. 1.

Erwerbslose Arbeiter und Angestellte nach Wirtschaftsgruppen  
(Deutsches Reich, 16. 6. 1933)

Wirtschaftsgruppe Nr.	Arbeiter	Angestellte ohne leitende Stellung	in leitender Stellung
1. Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht	252 494	10 363	232
2. Forstwirtschaft, Fischerei	45 481	1 574	7
3. Bergbau, Salinenwesen, Torfgräberei	223 283	4 653	21
4. Industrie der Steine und Erden	201 429	8 722	144
5. Eisen- und Metallgewinnung	169 573	11 784	23
6. Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung	323 786	18 184	127
7. Maschinen-, Kessel-, Apparate- und Fahrzeugbau	433 216	61 425	174
8. Elektrotechnische Industrie	126 914	24 497	60
9. Feinmechanische und optische Industrie	32 470	3 647	23
10. Chemische Industrie	69 677	16 307	47
11. Textilindustrie	237 293	22 634	108
12. Papiererzeugung und Papierverarbeitung	59 423	4 765	37
13. Druck- und Vielfältigungsgewerbe	71 292	7 402	45
14. Leder und Lederwaren, Kunstleder und Linoleumindustrie	40 610	2 778	34
15. Kautschuk- und Asbestindustrie	19 335	2 905	12
16. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	281 850	10 510	117
17. Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie	31 670	2 801	16
18. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	276 342	27 959	143
19. Bekleidungs-gewerbe	295 895	17 933	166
20. Baugewerbe und Baunebengewerbe	856 686	40 368	116
21. Wasser-, Gas-, Elektrizitätsgewinnung und -versorgung	24 100	4 117	11



22. Erwerbstätigkeit ohne feste Stellung oder ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit	110 795	16 436	6
23. Handelsgewerbe und Hilfgewerbe des Handels	204 455	341 923	576
24. Bank-, Börsen- und Versicherungswesen	5 275	42 211	144
25. Reichspost und Reichsbahn	77 906	5 312	-
26. Verkehrswesen (ohne Reichspost und Reichsbahn)	117 342	9 477	38
27. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	99 253	18 212	221
28. Verwaltung, Wehrmacht, Kirche, Bildung, Erziehung usw.	37 681	61 419	205
29. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe	54 304	22 271	41
30. Wohlfahrtspflege und Soziale Fürsorge	5 012	8 422	12
31. Theater, Lichtspiele und Filmaufnahme, Rundfunkwesen, Musikgewerbe, sportliche und Schaustellergewerbe	15 109	39 111	201
32. Häusliche Dienste	8 450	5 324	-

Quelle:

Zusammengestellt nach: wie Tab. 1. - In der Statistik der Berufszählung wurden als Wirtschaftsabteilungen zusammengefaßt: Land- und Forstwirtschaft: Wirtschaftsgruppe Nr. 1 und 2; Industrie und Handwerk: Wirtschaftsgruppen Nr. 3 bis 22; Handel und Verkehr: Wirtschaftsgruppen Nr. 23 bis 27; Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen: Wirtschaftsgruppen Nr. 28 bis 31; Häusliche Dienste: Wirtschaftsgruppe Nr. 32.

Die 10 Wirtschaftsgruppen mit den höchsten Erwerbslosenzahlen (ohne Landwirtschaft)  
(Deutsches Reich, 16. 6. 1933)

Wirtschaftsgruppe	Rangfolge Erwerbslose insgesamt	erwerbslose Arbeiter	erwerbstätige Arbeiter
Baugewerbe und Baunebengewerbe	1	1	1
Handelsgewerbe und Hilfgewerbe des Handels	2	9	8
Maschinen-, Kessel-, Apparate- und Fahrzeugbau	3	2	5
Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung	4	3	7
Bekleidungs-gewerbe	5	4	4
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	6	6	2
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	7	5	10
Textilindustrie	8	7	3
Bergbau, Salinenwesen, Torfgräberei	9	8	6
Industrie der Steine und Erden	10	10	11

Quelle:

Berechnet nach: wie Tab. 1.

Tabelle 4

Familienstand der Arbeiter (ohne Hausangestellte)  
(Deutsches Reich, 16. 6. 1933)

Familienstand	Erwerbstätige Arbeiter absolut	Erwerbstätige Arbeiter in %	Erwerbslose Arbeiter absolut	Erwerbslose Arbeiter in %
Ledig	5 182 641	51,17	2 010 935	41,83
Verheiratet	4 633 628	45,69	2 571 749	53,50
Verwitwet/ geschieden	319 116	3,15	224 717	4,67

Quelle:

Berechnet nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 453: Berufszählung.  
Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung des Deutschen  
Reichs, Berlin 1936, H. 3, Tab. 3 a.

Tabelle 5

Familienstand der Angestellten ohne leitende Stellung  
(Deutsches Reich, 16. 6. 1933)

Familienstand	Erwerbstätige Angestellte absolut	Erwerbstätige Angestellte in %	Erwerbslose Angestellte absolut	Erwerbslose Angestellte in %
Ledig	1 949 608	61,76	531 762	60,74
Verheiratet	1 129 036	35,76	299 197	34,18
Verwitwet/ geschieden	78 255	2,48	44 487	5,08

Quelle:

Berechnet nach: wie Tab. 4.

Familienstand der arbeitslosen Arbeiter einiger Wirtschaftsgruppen  
(Deutsches Reich, 16. 6. 1933)

Wirtschaftsgruppe	Ledige	Verheiratete	Verwitwete/ Geschiedene
Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei	63 736 (28, 55 %)	154 699 (69, 28 %)	4 848 (2, 17 %)
Industrie der Steine und Erden	61 612 (30, 59 %)	133 218 (66, 14 %)	6 599 (3, 28 %)
Eisen- und Metallgewinnung	51 628 (30, 45 %)	122 949 (66, 61 %)	4 996 (2, 95 %)
Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung	164 167 (50, 70 %)	148 363 (45, 82 %)	11 256 (3, 48 %)
Maschinen-, Kessel-, Apparate- und Fahrzeugbau	166 748 (38, 49 %)	251 214 (57, 99 %)	15 254 (3, 52 %)
Elektrotechnische Industrie	62 739 (49, 43 %)	56 290 (44, 35 %)	7 885 (6, 12 %)
Textilindustrie	92 969 (39, 18 %)	125 477 (52, 88 %)	18 847 (7, 94 %)
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	132 490 (47, 01 %)	140 986 (50, 02 %)	8 374 (2, 97 %)
Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie	11 013 (34, 77 %)	18 764 (59, 25 %)	1 893 (5, 98 %)
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	135 989 (49, 21 %)	125 495 (45, 41 %)	14 858 (5, 38 %)

Bekleidungsgewerbe	170 552 (57,64 %)	99 577 (33,65 %)	25 766 (8,71 %)
Baugewerbe und Baunebengewerbe	300 912 (35,13 %)	527 905 (61,62 %)	27 869 (3,25 %)
Handelsgewerbe und Hilfgewerbe des Handels	84 936 (41,54 %)	106 239 (51,96 %)	13 280 (6,50 %)

Quelle:

Berechnet nach: wie Tab. 4.

Altersstruktur der Arbeiter (ohne Hausangestellte)  
(Deutsches Reich, 16. 6. 1933)

Alter	Erwerbstätige Arbeiter absolut	Arbeiter in %	Erwerbslose Arbeiter absolut	Arbeiter in %
Bis 19 Jahre	1 921 312	18,94	410 276	8,53
20 bis 29 Jahre	3 476 213	34,27	1 842 764	38,33
30 bis 39 Jahre	2 170 724	21,40	1 167 237	24,28
40 bis 49 Jahre	1 335 887	13,17	672 499	13,99
50 bis 59 Jahre	903 979	8,91	531 935	11,07
Über 60 Jahre	334 270	3,30	182 690	3,80

Quelle:

Berechnet nach: wie Tab. 4.

Altersstruktur der Angestellten ohne leitende Stellung  
 (Deutsches Reich, 16. 6. 1933)

Alter	Erwerbstätige absolut	Angestellte in %	Erwerbslose absolut	Angestellte in %
Bis 19 Jahre	462 363	14,65	80 368	9,18
20 bis 29 Jahre	1 113 353	35,27	361 783	41,33
30 bis 39 Jahre	760 772	24,10	212 309	24,25
40 bis 49 Jahre	457 803	14,50	125 555	14,34
50 bis 59 Jahre	269 069	8,52	77 359	8,84
Über 60 Jahre	93 539	2,96	18 072	2,06

Quelle:

Berechnet nach: wie Tab. 4.

Altersstruktur der arbeitslosen Arbeiter einiger Wirtschaftsgruppen  
(Deutsches Reich, 16. 6. 1933)

Wirtschaftsgruppe	Alter in Jahren					
	bis 19	20 - 29	30 - 39	40 - 49	50 - 59	über 60
Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei	7 373 (3,30 %)	79 683 (35,69 %)	78 576 (35,19 %)	40 089 (17,95 %)	15 230 (6,82 %)	2 332 (1,04 %)
Industrie der Steine und Erden	9 988 (4,96 %)	70 216 (34,86 %)	54 566 (27,09 %)	30 186 (14,99 %)	26 998 (13,40 %)	9 475 (4,70 %)
Eisen- und Metallgewinnung	7 203 (4,25 %)	53 573 (31,59 %)	50 735 (29,92 %)	28 056 (16,55 %)	23 525 (13,87 %)	6 481 (3,82 %)
Eisen-, Stahl- und Metall- warenherstellung	34 889 (10,78 %)	145 855 (45,05 %)	65 953 (20,37 %)	37 416 (11,56 %)	29 224 (9,03 %)	10 449 (3,23 %)
Maschinen-, Kessel-, Appa- rate- und Fahrzeugbau	29 120 (6,72 %)	162 687 (37,55 %)	107 586 (24,83 %)	64 336 (14,85 %)	64 336 (12,37 %)	15 882 (3,67 %)
Elektrotechnische Industrie	10 864 (8,56 %)	56 154 (44,25 %)	31 694 (24,97 %)	16 009 (12,61 %)	9 665 (7,62 %)	2 528 (1,99 %)
Textilindustrie	15 650 (6,60 %)	84 779 (35,73 %)	57 892 (24,40 %)	35 804 (15,09 %)	30 118 (12,69 %)	13 050 (5,50 %)
Holz- und Schnitzstoff- gewerbe	24 556 (8,71 %)	127 638 (45,29 %)	49 414 (17,53 %)	34 214 (12,14 %)	33 287 (11,81 %)	12 741 (4,52 %)
Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie	1 700 (5,37 %)	10 495 (33,14 %)	7 295 (23,03 %)	5 306 (16,75 %)	4 841 (15,29 %)	2 039 (6,44 %)
Nahrungs- und Genuß- mittelgewerbe	29 579 (10,70 %)	117 300 (42,45 %)	60 626 (21,94 %)	34 138 (12,35 %)	25 772 (9,33 %)	8 927 (3,23 %)



Bekleidungs-gewerbe	32 530 (10,99 %)	132 533 (44,79 %)	51 511 (17,41 %)	37 112 (12,54 %)	30 035 (10,15 %)	12 174 (4,11 %)
Baugewerbe und Bau- nebgewerbe	59 981 (7,00 %)	312 092 (36,43 %)	216 277 (25,25 %)	123 528 (14,42 %)	108 222 (12,63 %)	36 586 (4,27 %)
Handelsgewerbe und Hilfs- gewerbe des Handels	15 139 (7,40 %)	77 113 (37,72 %)	51 362 (25,12 %)	29 440 (14,40 %)	23 239 (11,37 %)	8 162 (3,99 %)

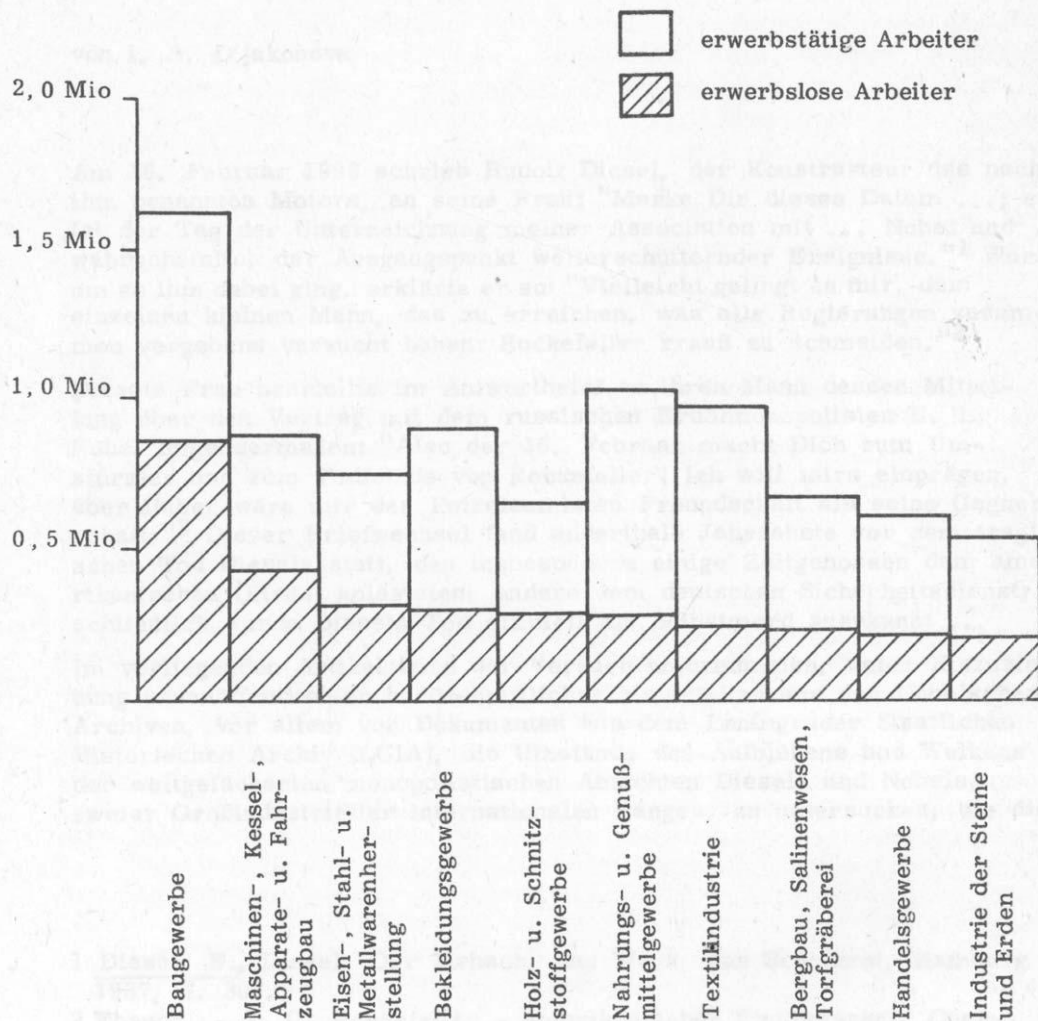
Quelle:

Berechnet nach: wie Tab. 4.

## Prozentuale Anteile der erwerbslosen Arbeiter an allen Arbeitern in den einzelnen Wirtschaftsgruppen

Erwerbstätigkeit ohne feste Stellung	69.00
Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie	56.91
Baugewerbe	52.82
Maschinen- und Fahrzeugbau	49.53
Elektrotechnische Industrie	44.59
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	43.80
Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung	43.55
Eisen- und Metallgewinnung	42.42
Theater	38.00
Industrie Steine und Erden	37.53
Forstwirtschaft, Fischerei	36.69
Leder- und Lederwarenindustrie	35.33
Bergbau	34.05
Feinmechanische und optische Industrie	33.72
Kautschuk- und Asbestindustrie	33.39
Handelsgewerbe	33.18
Bekleidungs-gewerbe	33.14
Verkehrswesen	32.68
Druck- und Vervielfältigungsgewerbe	32.52
Papierherzeugung	28.23
Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	28.09
Chemische Industrie	27.98
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	27.07
Häusliche Dienste	25.59
Textilindustrie	24.61
Gesundheitswesen	18.53
Wasser- und Gaswerke	17.67
Bank- und Versicherungswesen	17.06
Wohlfahrtspflege	16.87
Verwaltung	15.96
Reichspost, Reichsbahn	15.95
Landwirtschaft	10.45

Relationen anhand der absoluten Zahlen der erwerbslosen Arbeiter in den 10 Wirtschaftsgruppen mit der größten Arbeitslosigkeit bei Arbeitern



Quelle:

Deutsches Reich, 16. 6. 1933. - Berechnet nach: Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 453, Berlin 1936, H. 2, Tab. 1.

## Rudolf Diesel und das russische Erdöl (Hintergründe eines Vertrages)

von I. A. D'jakonova

Am 16. Februar 1898 schrieb Rudolf Diesel, der Konstrukteur des nach ihm benannten Motors, an seine Frau: "Merke Dir dieses Datum ...; es ist der Tag der Unterzeichnung meiner Association mit ... Nobel und wahrscheinlich der Ausgangspunkt welterschütternder Ereignisse."<sup>1</sup> Warum es ihm dabei ging, erklärte er so: "Vielleicht gelingt es mir, dem einzelnen kleinen Mann, das zu erreichen, was alle Regierungen zusammen vergebens versucht haben: Rockefeller rrauß zu schmeißen."<sup>2</sup>

Diesels Frau beurteilte im Antwortbrief an ihren Mann dessen Mitteilung über den Vertrag mit dem russischen Erdölmonopolisten E. L. Nobel folgendermaßen: "Also der 16. Februar macht Dich zum Umstürzler und zum Todfeinde von Rockefeller! Ich will mirs einprägen, aber lieber wäre mir des Petroleumisten Freundschaft als seine Gegnerschaft."<sup>3</sup> Dieser Briefwechsel fand anderthalb Jahrzehnte vor dem tragischen Tod Diesels statt, den insbesondere einige Zeitgenossen dem amerikanischen Öltrust anlasteten, andere dem deutschen Sicherheitsdienst; schließlich wurde Diesels Tod offiziell als Selbstmord anerkannt ...

Im vorliegenden Artikel wird der Versuch unternommen, unter Hinzuziehung unveröffentlichter handschriftlicher Materialien aus den Nobelschen Archiven, vor allem von Dokumenten aus dem Leningrader Staatlichen Historischen Archiv (LGIA), die Umstände des Aufblühens und Welkens der weitgefächerten monopolistischen Absichten Diesels und Nobels, zweier Großindustrieller internationalen Ranges, zu untersuchen, die die

1 Diesel, E., Diesel, Der Mensch, das Werk, das Schicksal, Hamburg 1937, S. 307.

2 Ebenda. - J. D. Rockefeller - amerikanischer Erdölmagnat, Oberhaupt des Trustes, der die Herrschaft auf dem westeuropäischen, insbesondere auf dem deutschen Petroleummarkt an sich riß. (Vgl. Fursenko, A. A., Neftjanye tresty i mirovaja politika 1880-e gody - 1918 g., Moskva/Leningrad 1965; derselbe, Die Dynastie Rockefeller, Berlin 1972; D'jakonova, I. A., Nobelevskaja korporacija v Rossii, Moskva 1980.)

3 Diesel, S. 307.

Möglichkeit nutzen, sich auf verschiedene interessierte Gruppierungen des Bankkapitals zu stützen, wobei sich deren Unterstützung jedoch schließlich als ungenügend erwies.

Von 1898 bis 1901, an der Schwelle des Hinüberwachsens des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus auf dem ganzen Erdball, förderte Rußland etwas mehr als 2 % der Steinkohle in der Welt (gegenüber 32 % in den USA, 30 % in Großbritannien und 16 % in Deutschland), nahm aber in der gleichen Zeit den ersten Platz in der Welterdölproduktion ein. So wurden 1901 in Rußland 53 %, in den USA 39 % und in allen übrigen Ländern lediglich 8 % der Welterdölproduktion aus der Erde geholt.<sup>4</sup>

Im Hinblick auf die allmähliche Umstellung der Energiewirtschaft auf Erdöl, d. h. im Hinblick auf das höhere Niveau von Erdöl in der Brennstoffbilanz, das Verhältnis zwischen Erdöl und Steinkohle, befand sich Rußland an der Wende vom 19. zum 20. Jh. etwa in der Lage wie die USA ein halbes Jahrhundert später. Schon seit 1887 konnte sich in Rußland das auf der Basis äußerst günstiger geologischer Zugänglichkeit und einer billigen Gewinnung geförderte Erdöl von Baku auch seinem Heizwert nach mit der einheimischen Steinkohle messen und übertraf sie sogar leicht. Es sei daran erinnert, daß in der Weltenergiebilanz ein Gleichgewicht zwischen der Rolle der Kohle und des Erdöls plus Erdgases (umgerechnet auf relativen Heizwert) erst 1959 aufgrund des Abbaus der reichen nahöstlichen Vorkommen eintrat.<sup>5</sup>

Die Orientierung des zaristischen Rußlands auf Erdöl und nicht auf Steinkohle als vorteilhafteren Heizstoff und Energieträger hatte wichtige Ursachen, nicht nur in technischer, sondern auch in politisch-klassenmäßiger Hinsicht. Bekanntlich macht der Lohn an den durchschnittlichen Selbstkosten in der Erdölförderung 2 bis 3 % aus, während er 50 bis 60 % der Selbstkosten bei der Förderung einer dem Heizwert nach vergleichbaren Kohlenmenge (d. h. im Verhältnis 1 : 1,8) beträgt. Mit anderen Worten, die Orientierung der Energiewirtschaft dieses oder jenes Landes auf Steinkohle ist zwangsläufig mit der Herausbildung einer zahlenmäßig unvergleichlich stärkeren Arbeiterklasse verbunden. Für die regierenden Kreise Rußlands mit dessen im Vergleich zu den entwickelteren Ländern rückständigen sozialpolitischen Ordnung und höheren Verwundbarkeit des Gesamtsystems der Ausbeuterordnung war eine derartige Orientierung besonders unerwünscht. In solch einem Land wie den USA, die um die Jahrhundertwende tonangebend waren, gelangten die Regierungskreise erst nach dem Donnerergrollen der Revolutionen von 1905 bis 1907 und vor allem der Oktoberrevolution in Rußland nach und nach zu der Überzeugung, daß auch für sie selbst das "Wachstum des sozialen Selbstbewußtseins der Kohlearbeiter ein wichtiger Anreiz für

4 Siehe auch Perške, L., Russkaja neftjanaja promyšlennost', ee razvítie i sovremennoe položenie v statističeskich dannych, Tiflis 1913, S. 189.

5 Vgl. D'jakonova, I. A., Quelques aspects de l'industrie pétrolière en Russie prérévolutionnaire, in: Technology and Society, Prague 1976, S. 163 - 175; dieselbe, Nobelevskaja korporacija ...

die energiewirtschaftliche Erschließung der Erdölvorräte ist".<sup>6</sup> Es ist charakteristisch, daß in dem Jahrzehnt von 1903 bis 1913 die Erdölförderung in den USA fast auf das Zweieinhalbfache erhöht und von 1913 bis 1923 noch einmal fast verdreifacht wurde bei gleichzeitiger unterschiedener Verringerung des Wachstumstempus der Kohleförderung.

Den führenden Platz in der gesamten vorrevolutionären russischen Erdölindustrie, von der Förderung und Verarbeitung des Erdöls bis zum Absatz der Erdölprodukte, nahm die Erdölgesellschaft "Gebr. Nobel" ein, die 1899 neben 17,7 % der Erdölförderung nahezu die Hälfte (50,1 %) des gesamtrossischen Absatzes an Kerosin und etwa ein Drittel (31,7 %) des gesamtrossischen Absatzes an Masut auf sich vereinigte.

Genau zu diesem Zeitpunkt wurde zwischen dem Oberhaupt der "Gebr. Nobel", dem russischen Erdölmagnaten Émmanuil Ljudvigovič Nobel, und dem deutschen Konstrukteur und Industriellen Rudolf Diesel, der gerade die Serienproduktion seines jetzt allgemein bekannten Motors vorbereitet hatte, das "Geschäft des Jahrhunderts" abgeschlossen. Beide Beteiligten, gleichermaßen besessen von eigennützigen Erwägungen zur Erlangung persönlichen Profits, rechneten mit der Perspektive, in nicht ferner Zukunft zum eigenen Nutzen beherrschende Positionen in der Energiewirtschaft des gesamten Erdballs zu erlangen: Mit Hilfe des Dieselmotors erzielte Erdölbrennstoff einen fünfmal höheren Wirkungskoeffizienten bei der in Rußland damals weitverbreiteten Verwendung dieses Brennstoffes unter den Kesseln von Dampfmaschinen. Die Absprache zwischen Diesel und Nobel hatte eine bemerkenswerte Vorgeschichte.

Rudolf Diesel wurde in Paris in der Familie eines Deutschen, eines kleinen Lederwarenfabrikanten, geboren.<sup>7</sup> Er ging in eine französische Schule und fühlte 1870, zu Beginn des Französisch-Preußischen Krieges, als noch nicht 12jähriger Bube mit den Franzosen, die ihre Hauptstadt vor den Preußen verteidigten. (Diesels Vater war Bayer, Napoleon III., der in seiner Jugend am Augsburger Gymnasium studiert hatte, hielt die Bayern für potentielle Verbündete Frankreichs im Kampf gegen die Hegemonie Preußens.) Nach der Gefangennahme Napoleons III. vor Sedan führen Diesels Eltern nach England,<sup>8</sup> verarmten dort und schickten den Halbwüchsigen zu entfernten Verwandten nach Augsburg,<sup>9</sup> wo er neben dem Studium seinen Lebensunterhalt allein verdient. In Augsburg befand sich der Maschinenbaubetrieb von Heinrich Buz mit 630 Arbeitern,<sup>10</sup> der damals somit zu den Großunternehmen zählte. Hier wurden Dampf-

6 Pog, D., *Ékonomika nefti*, Moskva/Leningrad 1924, S. 370.

7 Diesel, S. 31 f.

8 Matschoß, C., *Große Ingenieure. Lebensbeschreibungen aus der Geschichte der Technik*, München 1954, S. 290.

9 *Deutsche Techniker aus sechs Jahrhunderten*, Leipzig 1963, S. 122; Schreiber, H., *Vom Experiment zum Erfolg*, Würzburg 1969, S. 350.

10 Diesel, S. 65; derselbe, *Das Phänomen der Technik. Zeugnisse, Deutung und Wirklichkeit*, Berlin 1939, S. 185.

und Eismaschinen gefertigt und später die ersten Dieselmotoren, und zwar nach einer Konstruktion, die Diesel schon im März 1888 ernsthaft zu erarbeiten begann, nachdem er zufällig in einem Museum ein 1833 von einem unbekanntem Meister gefertigtes originelles Feuerzeug für Raucher gesehen hatte.

Das Prinzip dieses Spielzeugs, das an eine Spritze mit dickem Glaszylinder und -kolben erinnerte, hatte ihn verblüfft und stark interessiert: Die hohe Temperatur wurde hier durch das starke Zusammendrücken gewöhnlicher Luft erzeugt, und Diesel entschied sich, dieses Verfahren auch bei der Konstruktion seines zukünftigen Verbrennungsmotors anzuwenden.<sup>11</sup> Am 28. Februar 1892 erhielt Diesel, der zu dieser Zeit noch Eismaschinen produzierte, das deutsche Patent auf den Motor, das berühmte Patent Nr. 67 207, das später nicht wenig Streit hervorrief.<sup>12</sup>

Die Idee der Schaffung eines derartigen Verbrennungsmotors lag in dieser Zeit allorts in der Luft, und viele arbeiteten mehr oder weniger erfolgreich daran. Später war Diesel gezwungen, sich insbesondere mit Otto Köhler und Emil Capitaine auseinanderzusetzen, die ebenfalls die Priorität der Erfindung beanspruchten.

Ohne bedeutende Geldmittel konnte Diesel seinen Motor nicht verwirklichen; er war deshalb gezwungen, Unterstützung bei einflußreichen Unternehmern zu suchen: bei dem obenerwähnten Heinrich Buz, aber auch bei Friedrich Krupp in Deutschland und den Gebrüdern Sulzer in der Schweiz, in deren Fabriken Diesel seinerzeit Eismaschinen gebaut hatte.

Nach seinem eigenen Geständnis überzeugte sich Diesel rasch von der Richtigkeit des Rates, den der spanische Philosoph und Moralist des 17. Jh. Baltasar Gracián y Morales gab: "Nie seine Sachen sehen lassen, wenn sie erst halb fertig sind; in ihrer Vollendung wollen sie genossen sein."<sup>13</sup> Diesels Erfindung kannten viele frühzeitig im Detail. Großunternehmer einer Reihe europäischer Länder, an die sich Diesel gewendet hatte, insbesondere Industrielle in Deutschland, das eigene Steinkohle im Überfluß, aber fast kein eigenes Erdöl besaß, erwarteten von dem Erfinder dringend einen Motor, der mit Steinkohlenstaub und nicht mit Erdöl arbeitete. Nicht zufällig war in dem ursprünglich von Diesel formulierten Patent unter den potentiell brauchbaren Brennstoffen für den Motor Steinkohlenstaub an erster Stelle aufgeführt.<sup>14</sup> Inzwischen litt der Motor selbst bei Verwendung bester Erdölbrennstoffe zunächst unter einigen Kinderkrankheiten, und die Nacharbeiten erforderten dringend immer neue Geldmittel.

11 Diesel, E./Goldbeck, G./Schildberger, F., Vom Motor zum Auto. Fünf Männer und ihr Werk, Stuttgart 1957, S. 211.

12 Diesel, E., Die erste Zündung. Wie der Dieselmotor entstand, Hamburg 1937, S. 58.

13 Zit. nach: derselbe, Diesel ..., S. 209.

14 Zorzoli, G. B., Il dilemma energetico. Per un nuovo medioevo tecnologico o un nuovo umanesimo socialista?, Milano 1975, S. 33.

Am 10. April 1893 unterzeichnete Diesel einen Vertrag mit dem Krupp-Konzern,<sup>15</sup> der sich an einem Gasverbrennungsmotor interessiert zeigte, da Gas bei der eigenen Produktion als Nebenerzeugnis anfiel. Das gab Diesel die Möglichkeit, von Krupp eine jährliche Dotation von 30 000 Mark zu erhalten. Ähnliche Verträge schloß Diesel mit der Augsburger Maschinenfabrik von Buz, mit dem Werk von Otto in Deutz, mit der Firma Sulzer in Winterthur, der Firma Frères Carel in Gent (Belgien), der Firma Dyckhoff in Bar-le-Duc (Frankreich) und einigen anderen, darunter auch mit den britischen Firmen Maxim und Mirrlees. Insgesamt hatte Diesel zur Vervollkommnung des Motors 443 000 Mark aufgewendet. Am 28. Januar 1897 wurde der neue Prototyp des Motors, der ziemlich zuverlässig und wirtschaftlich war, erfolgreich getestet und zum Start in die Serienfertigung vorbereitet.

Davon erfuhr unter anderen der Bankier und Hopfengroßhändler Bernhard Bing aus Nürnberg, der eng mit dem größten amerikanischen Geschäftsmann auf dem Gebiet der Bierbrauerei, Adolphus Busch, verbunden war. Letzterer ließ am 10. Oktober 1897 durch seinen Vertreter einen Vertrag unterzeichnen, in dem Diesel für eine nicht ferne Zukunft fast eine Million Mark versprochen wurden.<sup>16</sup> In Deutschland gründeten Krupp, Buz und Bing in Verbindung mit drei großen Banken sowie den Augsburger Bankiers Carl Schwarz und August Gerstle zusammen mit Diesel am 17. September 1898 eine neue Firma ("Allgemeine Gesellschaft für Dieselmotoren AG"). Es war vorgesehen, ihr alle potentiellen Rechte auf Patente sowie alle Aktien zu übertragen, die Diesel von den an der Produktion des Motors beteiligten Unternehmen besaß. Außerdem wurde für Diesel ein spezielles Konstruktionsbüro eingerichtet. Er erhielt von der neuen Firma 875 000 Mark in bar, außerdem wurden ihm weitere 2,625 Mill. Mark versprochen, von denen er aber faktisch nur 1,25 Mill. Mark in bar ausgehändigt bekam, während er die restliche Summe in Form von Aktien an der "Allgemeinen Gesellschaft für Dieselmotoren AG" erhielt.<sup>17</sup>

Noch vor der Gründung dieser Gesellschaft, als er jedoch bereits Millionär war, reifte in ihm der ehrgeizige, weitgefaßte Plan eines Kampfes um die Beherrschung der Weltenergiewirtschaft. Die Produktion von Dieselmotoren allein befriedigte ihn nicht. Er hatte begriffen, daß diese Erfindung, die er bis zum arbeitsfähigen Zustand hatte bringen können, die Bedeutung des Erdöls unermesslich steigern würde und daß man daraus für sich selbst alle notwendigen Schlußfolgerungen ziehen müsse. Dabei war ihm klar, daß es undenkbar wäre, Rockefeller den Fehdehandschuh hinzuwerfen ohne ein Zusammenwirken mit dessen

15 Diesel, Die erste Zündung, S. 69.

16 Nitske, W. R./Wilson, Ch. M., Rudolf Diesel. Pioneer of the Age of Power, Norman 1965, S. 179.

17 Diesel, Diesel ..., S. 333.



Hauptkonkurrenten, dem Oberhaupt des russischen Erdölmonopols, E. L. Nobel,<sup>18</sup> der kurz vorher im Kampf mit Rockefeller auf dem deutschen Erdölmarkt einen empfindlichen Nasenstüber erhalten hatte.

Die entscheidende Unterredung zwischen Diesel und Nobel fand am 14. Februar 1898 im Berliner "Palast-Hotel" statt.<sup>19</sup> Nobel zeigte sich interessiert am Nutzungsrecht auf das Produktionsmonopol für Dieselmotoren in Rußland, an der Kontrolle über den eventuellen Import von Dieselmotoren aus dem Ausland nach Rußland und außerdem an der Sicherung eines stärkeren Exports russischer Erdölprodukte nach Deutschland für sein Unternehmen. Das Kapital der "Gebr. Nobel" erreichte in dieser Zeit fast 33 Mill. Goldrubel,<sup>20</sup> mehr als das Zehnfache des persönlichen Kapitals von Diesel, der an die vereinigte Macht deutscher Firmen und Banken nicht heranreichte, aber in diesem oder jenem Maße an seiner Erfindung beteiligt bleiben und den Schlüssel für ihre materielle Verwertung in der Hand behalten wollte. Die deutschen Firmen und Banken hofften noch immer auf die für sie märchenhaft günstige Möglichkeit einer Umstellung künftiger Dieselmotoren auf Steinkohlenstaub, jedoch waren sie auch bereit, sich schlimmstenfalls zeitweilig mit bei weitem weniger bedeutenden, dafür aber näheren Gewinnen zu begnügen, die sie dadurch erzielten, daß sie bei der Ingangsetzung der Produktion von Dieselmotoren für Erdölkraftstoff schneller waren als die ausländische Konkurrenz.

Diesel bemühte sich, Nobel zu bewegen, die Dieselmotorenfertigung nicht nur in Rußland aufzunehmen, sondern ihre Produktion auch in anderen Ländern zu stimulieren: Diese Variante hätte unter bestimmten Bedingungen auch die Nachfrage nach Nobelschen Erdölprodukten steigern können. Im Ergebnis der erzielten Übereinkunft zahlte Nobel 800 000 Mark an Diesel, davon 600 000 in bar und den Rest in Aktien der neugegründeten Firma "Russische Dieselmotorengesellschaft" (kurz "Russischer Diesel") in Nürnberg.<sup>21</sup>

An der Unterredung Nobels mit Diesel nahm Nobels Freund, der schwedische Finanzfachmann und Leiter der "Enskilda Banken", Markus Wallenberg, teil sowie der oben erwähnte deutsche Geschäftsmann Bing, der es vermocht hatte, das Vertrauen nicht nur des amerikanischen Geschäftsmannes Busch zu erlangen, sondern auch das des Russen Nobel, der ihm die Aufsicht über den Nürnberger "Russischen Diesel" anvertraute.

18 Einzelheiten zu dem angeführten Erdölmonopol siehe bei D'jakonova, I. A., Za kulisami nobelevskoj monopolii, in: Voprosy istorii, 9/1975; dieselbe, Iz istorii Nobelevskich premij mira, in: ebenda, 8/1976; dieselbe, Nobelevskaja korporacija ...

19 Gasslander, O., History of Stockholms Enskilda Bank to 1914, Bd. 1, Stockholm 1962, S. 220 f.

20 Monopolističeskij kapital v neftjanoj promyšlennosti Rossii, 1883 - 1914. Dokumenty i materialy, Moskva/Leningrad 1961, S. 750.

21 Diesel, Diesel ..., S. 307; Gasslander, S. 221.

Im LGIA befindet sich ein ausgedehnter Briefwechsel zwischen Bing und Nobel, der den gesamten Zeitabschnitt bis zum ersten Weltkrieg umfaßt. Wallenberg war gemeinsam mit Nobel am Bau von Dieselmotoren in Stockholm beteiligt, wo ebenfalls 1898 die Produktion aufgenommen worden war.<sup>22</sup> Außerdem leitete Wallenberg die rasche Verwendung von Dieselmotoren durch die dänische Schiffbaufirma Burmeister in Kopenhagen in die Wege; später (1912) wurde gerade auf dieser Werft das erste mit Dieselmotoren ausgerüstete Überseeschiff der Welt, die "Selandia", gebaut.<sup>23</sup> Zwar Millionär geworden, aber in Finanzfragen recht unerfahren, geriet Diesel rasch unter den Einfluß durchtriebener Geschäftemacher, die sich beeilten, auf seine Kosten ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Diesel ließ sich einen für ihn völlig unnötigen Palast im Werte von 900 000 Mark erbauen, investierte wahllos, kaufte Land, angefangen bei Bodenparzellen in Bayern bis zu erwiesenermaßen wenig produktiven Erdölländereien in Galizien.<sup>24</sup> Vor ihm stand ununterbrochen das Trugbild von greifbar nahen millionenfachen Gewinnen, aber in Wirklichkeit schlugen alle seine kommerziellen Aktivitäten in Einnahmen für andere, mächtigere Millionäre und in Verluste für ihn selbst um.

Über Diesel brach ein ganzer Strom von Forderungen herein. Viele Erfinder beschuldigten ihn des Plagiats, zettelten Gerichtsprozesse mit der nicht uneigennütigen Unterstützung von Firmen an, die an der raschestmöglichen Annullierung der Gültigkeit von Diesels Patenten interessiert waren. Diesels Nervensystem ertrug diese Belastungen nicht, sein Gesundheitszustand zwang ihn wiederholt, sich ins Krankenhaus zu begeben.<sup>25</sup>

Im Jahre 1901 zählte man schon 30 Betriebe in Europa und den USA, die das Recht hatten, Diesels Motor zu bauen. Noch rascher wuchs die Zahl derer, die den Dieselmotor ohne Lizenz herstellen wollten. Mitte 1912 bauten nahezu 100 Betriebe in der Welt Dieselmotoren. Zu dieser Zeit zahlte fast niemand mehr Lizenzgebühren an Diesel: Industriekonzerne von Weltrang gingen noch vor Ablauf der formellen Gültigkeit eigenmächtig mit Diesels Patent um.

Im Sommer 1912 richtete Diesel in Erwartung des völligen finanziellen Bankrotts, der durch Luxus im persönlichen Leben noch verdeckt war, folgendes charakteristisches eigenhändiges Schreiben an Nobel, das sich heute im LGIA befindet:

" 15. Juli 1912

Persönlich und vertraulich!  
Sehr geehrter Herr Nobel!

Ich möchte mir hiermit ergebene Anfrage erlauben, ob das Statut der Nobel-Preise sich auch auf Arbeiten auf technischem Gebiete, wie beispielsweise den Dieselmotor, bezieht. Wenn dies der Fall ist, darf ich

22 Vgl. Aktiebolaget Diesels Motorer. Stockholm, o. O. o. J., S. 3.

23 Nitske/Wilson, S. 169 f.

24 Schreiber, S. 358.

25 Die Großen Deutschen, Bd. 4, Berlin (West) 1957, S. 172.

Sie vielleicht in aller Bescheidenheit um die Liebenswürdigkeit ersuchen, die Aufmerksamkeit eines der Herren, welche für das betreffende Fach Vorschläge zu machen haben, einmal auf den Dieselmotor zu lenken.

Ich würde in einer evt. Zuerkennung des Nobelpreises selbstverständlich nicht die materielle Seite im Auge haben, welche mir gleichgültig ist, würde aber darin die höchste Auszeichnung sehen, welche überhaupt meiner Lebensarbeit verliehen werden könnte. Hauptsächlich aber wäre es mir dabei auch darum zu tun, daß diejenigen Mitarbeiter, welche von Anfang an die Idee erkannt und für die Entwicklung derselben Zeit und Geld geopfert haben, an dieser Anerkennung mit Teil haben würden.

Da Sie einer der allerersten Förderer der Dieselsache waren, so würde dann auch erreicht, daß der Nobelpreis wenigstens indirekt auch Trägern des Namens Nobel mit zu Teil würde.

Auch in Geschäftlicher Hinsicht würde diese Anerkennung den am Dieselmotorenbau beteiligten Firmen ganz gewiß von großem Nutzen sein.

Mit den besten Grüßen von meiner Frau und mir  
bin ich in ausgezeichnete Hochachtung  
Rudolf Diesel".<sup>26</sup>

Gegen Herbst 1913 wurde Diesels Ruin unabwendbar, obwohl gerade zu dieser Zeit die Profite derjenigen Firmen, vor allem der amerikanischen, die sich auf die Massenproduktion von Dieselmotoren spezialisiert hatten, rasch zu wachsen begannen. Diesel, der seine letzten 30 000 Mark ausgegeben hatte, um Geschenke für seine Frau und seine Kinder zu kaufen, aber nicht die Kraft fand, ihnen den Ruin in seinem vollen Ausmaß offen einzugestehen, setzte am 29. September 1913 seinem Leben ein Ende, indem er sich auf der Überfahrt von Antwerpen nach England nachts vom Heck des Dampfers in die Fluten stürzte.<sup>27</sup>

Nobel ermöglichte Diesels jüngerem Sohn, seine Ausbildung zu beenden. Dennoch schrieb gerade dieser Sohn in einem Buch über seinen Vater, daß dieser wieder zu Reichtum gelangt wäre, wenn er während seiner letzten Reisen vor seinem Tode nach Rußland und den USA von Nobel oder Busch auch nur eine halbe Million und auf diese Weise 2 bis 3 Jahre Aufschub erhalten hätte. Aber niemand habe Diesel diese Geldsumme zur Verfügung gestellt.

Die führenden Kreise des deutschen Monopolkapitals hatten ziemlich gewichtige Gründe, Diesel nur sehr begrenzte, an strenge Auflagen geknüpfte und deshalb äußerst labile Unterstützung zu erweisen. Deutschland, das achtmal soviel Kohle förderte wie Rußland, aber weniger als die Hälfte der in dieser Hinsicht führenden Steinkohlenmacht USA, besaß praktisch kein eigenes Erdöl. Der deutsche Kapitalismus war mehr als andere daran interessiert, daß Diesel einen Verbrennungsmotor konstruierte, der mit Kohlenstaub arbeiten konnte. Das hätte Deutsch-

<sup>26</sup> Leningradskij gosudarstvennyj istoričeskij archiv (LGIA), 1258, op. 2, d. 269, Bl. 201.

<sup>27</sup> Diesel/Goldbeck/Schildberger, S. 254.

land die Perspektive eröffnet, auf dem Gebiet der Energiewirtschaft die USA, ganz zu schweigen von Großbritannien, zu überflügeln. Eben diese Aufgabe hatte Diesel von Anfang an zu lösen versucht, konnte sie jedoch nicht bewältigen und wandte sich deshalb Verhandlungen mit Nobel zu.

Die massenhafte Verbreitung des Dieselmotors auf Erdölbasis gab Deutschland als einem Land mit Vorlauf beim Ingangbringen der Produktion bestimmte materielle Vorteile; gleichzeitig verhiess es Deutschland in der Perspektive äußerst ungünstige prinzipielle Veränderungen bezüglich der internationalen Aufteilung der energiewirtschaftlichen und damit auch der ökonomischen Macht im allgemeinen, was im Verlauf der Zeit immer offensichtlicher wurde. Es ist charakteristisch, daß gerade die Studenten der amerikanischen Universitäten Diesel mit größter Begeisterung aufnahmen. Das ging sogar so weit, daß sie sich um die Wette die Schuhe auszogen, als sie erfahren hatten, daß ihm bei seinem technischen Vortrag die Füße schwellen, weil ihn sein Schuhwerk drückte. Dagegen amüsierten sich die Mitschüler von Diesels Sohn auf der deutschen Schule ziemlich ungeniert, als ihn der Lehrer fragte, auf welcher Brennstoffgrundlage seines Vaters Motor denn arbeiten könne, und Eugen Diesel darauf antwortete: "Mit Kohlenstaub", was ihm prompt einbrachte, daß ihn der Lehrer verbesserte: "Mit Petroleum".<sup>28</sup>

Nebenbeibemerkt wurde die Schaffung eines Verbrennungsmotors auf Kohlenstaubbasis von der deutschen Monopolbourgeoisie auch weiterhin als eine der ökonomisch-technischen Hauptaufgaben betrachtet. Dafür ist z. B. charakteristisch, daß am 3. Juni 1942, zu einer Zeit, als die faschistischen Panzerhorden rasend nach dem kaukasischen Erdöl gierten, in Berlin gleichzeitig eine spezielle Verordnung der höchsten Behörden Hitlers über den Zusammenschluß aller Organisationen getroffen wurde, die an der Schaffung eines "Kohlemotors" arbeiteten.<sup>29</sup>

Als Diesel die Verhandlungen mit Nobel aufnahm, fühlte er angesichts der unzulänglichen eigenen Mittel und der Unsicherheit einer Unterstützung durch die führenden Finanzinstitute seines Landes keinen festen Boden unter den Füßen. Als sich die Unfähigkeit des von ihm konstruierten Motors, auf der Basis des in Deutschland im Überfluß vorhandenen Kohlebrennstoffs zu arbeiten, immer deutlicher abzeichnete, begann Diesel unter Minderwertigkeitskomplexen zu leiden. Das widersprach augenscheinlich seinen hochmütigen verborgenen Ideen von der Eroberung einer herrschenden Position in der Weltenergiewirtschaft und führte tatsächlich zu einer Reihe von "Versuchen mit untauglichen Mitteln".

Die Lage der zweiten vertragschließenden Seite, d. h. Nobels, war entschieden solider, hatte aber auch eine Reihe bedeutender schwacher Stellen. Um 1898 erlitt die "Gebr. Nobel" einen empfindlichen Mißerfolg

<sup>28</sup> Diesel, Diesel ..., S. 302 f.

<sup>29</sup> Pachtner, F., Patent 67207. Rudolf Diesel und das Werk seines Lebens, Berlin 1943, S. 162 f.

in der ersten Runde des Konkurrenzkampfes gegen Rockefeller's "Standard Oil" um die auswärtigen Petroleummärkte, obwohl Nobel im Verlauf einiger Jahre angestrenzte Bemühungen unternommen und häufig das russische Kerosin beim Export zu Preisen verkauft hatte, die um ein mehrfaches niedriger waren als auf dem innerrussischen Markt. (So realisierte die "Gebr. Nobel" 1894 nach jetzt der Forschung zugänglich gewordenen innerbetrieblichen Abrechnungen pro Pud Kerosin im Ausland durchschnittlich 11 Kopeken und innerhalb Rußlands 89 Kopeken.)<sup>30</sup>

Seit dem Beginn des 20. Jh. nahm Nobel als Oberhaupt der "Gebr. Nobel" Kurs darauf, die eigene Erdölförderung zu bremsen, was folgerichtig begleitet war von einem direkten Absinken des gesamten Ausbeutungsbaues. Er wurde zum Verfechter der Losung: "Weniger verkaufen, aber teurer". Wenn noch 1897 und 1898 die "Gebr. Nobel" im Durchschnitt 8 Kopeken pro Pud Erdöl realisierten, so betrug der Durchschnittspreis im Jahre 1913 bis zu 55 Kopeken pro Pud,<sup>31</sup> wodurch sich Lenins treffende Feststellung vom Frühjahr 1913 über "das unverschämte Hochtreiben der Erdölpreise durch die Herren Erdölindustriellen bei künstlicher Drosselung der Produktivität der Bohrlöcher und Betriebe durch diese 'Ritter' des kapitalistischen Profits"<sup>32</sup> vollauf bewahrheitete.

Nobel, der seinen Reingewinn zwischen 1901 und 1913 auf das Vierfache erhöhte (und es verstand, das ohne jede Erhöhung der Produktion von Rohöl, Kerosin oder Masut zu tun), ergriff eine Reihe von Maßnahmen zur weiteren Profitsteigerung, im wesentlichen auf Kosten der russischen Verbraucher. Gleichzeitig unternahm er durch die Beteiligung an der "Europäischen Petroleum-Union" einen erneuten Versuch, Rockefeller vom deutschen Petroleummarkt zu verdrängen, den die amerikanischen Monopolisten bereits im 19. Jh. an sich gerissen hatten.

Besondere Hoffnungen setzte Nobel auf die in Deutschland vorgesehene Einführung eines staatlichen Petroleummonopols. Wie bekannt, nahm der Deutsche Reichstag unter dem Einfluß der von der "Deutschen Bank" entfaltenen Pressekampagne gegen das "Joch des amerikanischen Petroleumtrustes" am 15. März 1911 eine Resolution an, in der die Regierung beauftragt wurde, ein Projekt für ein staatliches Petroleummonopol auszuarbeiten. Zu diesem Thema hatte Nobel ein persönliches Gespräch mit dem deutschen Kaiser Wilhelm II., ein halbes Jahr vor dem Treffen zwischen Wilhelm II. und dem russischen Zaren Nikolaus II. in Baltischport (Rogervik) bei Reval im Juli 1912.<sup>33</sup> Jedoch neigte die außenpolitische Orientierung Rußlands zu dieser Zeit bereits klar zur En-

30 Monopolističeskij kapital ..., S. 753.

31 Ebenda, S. 752.

32 Lenin, W. I., Über den "Erdöhlunger", in: Werke, Berlin 1955 ff., Bd. 19, S. 15.

33 Kokovcov, V. N., Iz moego prošlogo. Vospominanija 1903 - 1919, Bd. 2, Paris 1933, S. 77.

tente, und die Widersprüche zwischen den verschiedenen Kapitalgruppierungen innerhalb Deutschlands entschieden die Angelegenheit schließlich zuungunsten eines deutschen staatlichen Petroleummonopols, gestützt auf russische Petroleumlieferungen.

Bei Lenin findet man folgende treffende Zeilen zu diesem Thema: "Die deutschen Petroleumkönige schwelgten schon im Vorgenuß der Riesenprofite, die den Profiten der russischen Zuckerfabrikanten nicht nachstehen würden ... Aber da gerieten sich erstens die deutschen Großbanken in die Haare wegen der Teilung der Beute, und die 'Disconto-Gesellschaft' enthüllte die eigennützigen Interessen der 'Deutschen Bank'; zweitens bekam die Regierung Angst vor dem Kampf gegen Rockefeller, denn es war recht zweifelhaft, ob Deutschland ohne ihn Petroleum bekommen würde (Rumäniens Ausbeute war gering), und drittens stand die Bewilligung des Milliardenetats von 1913 für die Kriegsvorbereitung Deutschlands bevor. Das Monopolprojekt wurde veragt. Rockefellers 'Petroleumtrust' ging einstweilen als Sieger aus dem Kampf hervor."<sup>34</sup>

Der überwiegende Teil des Gewinns der Nobelschen Gesellschaft entstand auf dem inneren und nicht auf dem äußeren Markt. Deshalb unternahm Nobel alle Anstrengungen, um diese Hauptquelle seiner Bereicherung auszubauen. Diesels Erfindung bot Absatzmöglichkeiten für Erdölprodukte zu immer höheren Preisen. Mehr noch, sie verwandelte Masut aus Abfall, aus Rückständen bei der Verarbeitung von Erdöl zu hochbezahstem Kerosin, in ein Produkt, das dessen Bedeutung bald übersteigen sollte (es ist charakteristisch, daß von 1898 bis 1913 der durchschnittliche Verkaufspreis des Nobelschen Masuts in einem um 33 % höheren Tempo stieg als das Wachstumstempo des durchschnittlichen Nobelschen Kerosinverkaufspreises).

Nobel war stark an einer möglichst raschen Ingangsetzung der Dieselmotorenproduktion für den eigenen Bedarf in dem Maschinenbaubetrieb "Ludwig Nobel" in Petersburg interessiert, der zu dem von ihm geleiteten "Gebr. Nobel"-Konzern gehörte.<sup>35</sup> In den Jahren 1900 bis 1903 verdoppelte sich der Gesamtausstoß dieses Werkes an Dieselmotoren, wofür ab 1904 die Produktion von Dampfmaschinen gänzlich eingestellt wurde. Jedoch war die Kapazität dieses Werkes äußerst begrenzt. (So wurden bis 1913 insgesamt 617 Dieselmotoren mit einer Gesamtleistung von 108 751 PS produziert.)<sup>36</sup>

34 Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, S. 254.

35 Hagelin, K. W., Från filare till stor industriell i naftablaget bröderna Nobels tjänst, Stockholm 1935, S. 245 - 252.

36 Dvigateli Dizelja dlja stacionarnych ustanovok, hg. v. Akcionerное obščestvo masinostroitel' nogo zavoda "L. Nobel", Petersburg, o. J., S. 7.

Die "Gebr. Nobel" beeilte sich, ihre Patentrechte in Rußland bis zum Ablauf der Gültigkeit auszunutzen, und verkaufte das Recht zur Erzeugung von Dieselmotoren an eine Reihe anderer russischer Unternehmen (1903 an die Gesellschaft der Kolomnaer Maschinenfabrik/Obščestvo Kolomenskogo mašinostroitel'nogo zavoda; 1907 an die Rigaer Eisengießerei und Maschinenfabrik B. Fel'zer/Rižskij čugunolitejnyj i mašinostroitel'nyj zavod B. Fel'zer; 1909 an die Nikolaever Schiffswerft/Nikolaevskij sudostroitel'nyj zavod; 1911 an die Gesellschaft der Unternehmen des Sormovo-Gebiets/Obščestvo Sormovskich zavodov).<sup>37</sup> Einige dieser Unternehmen vermochten es sogar, bis 1913 das Werk "Ludwig Nobel" in der Gesamtkapazität beim Bau von Dieselmotoren leicht zu übertreffen.

Vom Standpunkt des kapitalistischen Interesses an der Erzielung von Höchstprofiten war für Nobel die Dieselproduktion außerhalb Rußlands nicht weniger verlockend, besonders wenn der nachfolgende Import nach Rußland mehr oder weniger unter seiner Kontrolle stand.

Der im LGIA aufbewahrte handgeschriebene Schriftwechsel Nobels mit seinem engsten Mitarbeiter, dem Ingenieur Anton Carlsund (auf schwedisch), sowie dem oben erwähnten Bing (auf deutsch) und einer Reihe anderer Industrieller klärt einige bisher wenig bekannte Seiten des Umstandes, daß die Inangsetzung einer breitangelegten Dieselmotorenproduktion auf deutschem oder schwedischem Territorium für den russischen Erdölmonopolisten Nobel nicht weniger vorteilhaft war als auf russischem, mit Ausnahme jenes Teils der Dieselmotorenproduktion, der für den Bedarf der Seekriegsflotte vorgesehen war. Es ist charakteristisch, daß von den 81 Dieselmotoren, die 1913 im Petersburger Werk "Ludwig Nobel" gebaut wurden, 34 für die Seekriegsbehörde bestimmt waren, und weil das Putilov-Werk mit letzterem eng verbunden war, gab es den Motoren des Petersburger Nobelwerkes immer den Vorzug, auch wenn sie teurer waren.<sup>38</sup>

Die Gültigkeitsdauer des von Nobel bei Diesel gekauften Patentbesitzes lief formal im August 1912 ab. Jedoch bereits vier Jahre vorher entbrannte um die Patentfrage ein erbitterter Kampf, weil an der Erzielung von Profiten aus der Dieselmotorenproduktion viele der mächtigsten Häute des westlichen Kapitals, insbesondere Krupp, interessiert waren, und auch unter der Meute der russischen Kapitalisten bestanden wesentliche Widersprüche. Unter diesen Bedingungen war es für die "Gebr. Nobel" wichtig, zu versuchen, sowohl die bereits produzierenden wie auch die potentiellen Dieselmotorenfabriken um sich zu scharen.

Am 19. Oktober 1908 informierte Nobel bevollmächtigter Beauftragter, der Ingenieur Carlsund, seinen Chef über den Verlauf von Gesprächen mit dem Ziel einer Vereinbarung zwischen den russischen Dieselwerken zur Bildung eines Trusts für Lieferungen an den Staat: "Mit Kannegie-

37 Siehe ausführlich bei Letopis' russkogo tepločhodstva, Petersburg 1915.

38 LGIA, f. 1258, op. 2, d. 263, Bl. 242.

ßer (Vorsitzender der Gesellschaft der Kupferwalz- und Röhrenwerke/Obščestvo mednoprokatnych i trubnych zavodov - I. D.) und Meščerskij (Direktor bzw. Prokurist der Gesellschaft der Kolomnaer Maschinenfabrik/Obščestvo Kolomenskogo mašinostroitel'nogo zavoda - I. D.) wurde bereits vor einer Woche entschieden, einen solchen Trust zu bilden ... Die Idee war, den Maschinenbaubetrieb 'Ludwig Nobel' zu seinem Hauptzentrum zu machen."<sup>39</sup> In dem gleichen Schreiben teilte Carlsund E. Nobel mit: "Die Angelegenheit ist äußerst dringend, da Sulzer schon einige Motoren in Rußland verkauft hat und im Zusammenhang damit unter unseren Freunden in Riga, Kolomna, Nikolaev wie auch in Augsburg große Aufregung herrscht, wobei sie fordern, energische Maßnahmen gegen Sulzer zu ergreifen. Ich versprach, daß der 'Russische Diesel' einschreiten würde, und gab Lednickij (Justitiar der Nobelschen Firma - I. D.) Anweisung, einen Prozeß gegen Sulzers Vertreter in Moskau, John Sumner, anzustrengen."<sup>40</sup>

Hatte sich Nobel in den ersten Jahren des Patentbesitzes der Hoffnung hingegeben, sich bedeutende Profite in Form von nicht weniger als 5 % Lizenzgebühren an der Produktion von Dieselmotoren durch andere, sogar ausländische Firmen zu sichern, so schrieb ihm Carlsund 1910, daß es nur darum gehen könne, sich auf dem Wege einer Vereinbarung mit dem Kolomnaer Werk den innerrussischen Markt zu bewahren. "In bezug auf den Markt insgesamt wird Dein Werk unter keinen Umständen das einzige sein, weil das Nürnberger und das Augsburger Werk sich das Recht auf Absatz vorbehalten haben."<sup>41</sup>

Im Antwortschreiben an Carlsund vom 3. August 1910 beklagte sich Nobel: Daß die Geschäfte nicht klappen, belaste die Nerven, auch wenn ein ziemlich ernsthafter Kurs auf Heilung genommen worden sei.<sup>42</sup>

Im Schreiben an Nobel vom 22. Oktober 1910 berät sich Carlsund mit seinem Chef über die beste Form einer Vereinbarung mit solchen ausländischen Firmen wie M. A. N. und Blohm & Voß. Speziell wurden solche Details verhandelt, daß die russischen Staatsbetriebe Verträge über den Erhalt von Lizenzen und Motorimporten nur über die Firma Nobel und nicht unmittelbar ausfertigen sollten. Vorgesehen war auch, daß es "angebracht ist, daß die staatlichen Betriebe unmittelbar an einem zentralen Kontor mitwirken, da dies immerhin eine Art Trustorganisation ist."<sup>43</sup>

39 Ebenda, d. 232, Bl. 292.

40 Ebenda, Bl. 293.

41 Ebenda, d. 263, Bl. 71.

42 Ebenda, Bl. 113 f.

43 Ebenda, Bl. 250.



Im Schreiben Carlsunds an Nobel vom 26. Oktober 1910 wird über das Projekt einer Vereinbarung berichtet, in Petersburg ein Kontor zu schaffen, "das von einem Rat geleitet werden soll, der sich aus je drei Vertretern der russischen und der deutschen Werke zusammensetzt, wobei Du den Vorsitz führen sollst ... Für Geschäfte, die nach den russischen gesetzlichen Bestimmungen in Rußland durchgeführt werden sollen, haben die deutschen Betriebe nicht das Recht, Motoren anzubieten; die übrigen Lieferungen werden ständig zwischen russischen und deutschen Betrieben vorgenommen. Die Aufteilung unter den russischen (entsprechend unter den deutschen) Betrieben wird vermittelt separater Verträge zwischen ihnen geregelt."<sup>44</sup>

Im folgenden Schreiben vom 28. Oktober 1910 erinnert Carlsund an jenen Hinweis, den er von Nobel während einer Reise des letzteren nach Nürnberg erhielt: "Jedes Geschäft darf man nur dann in die Wege leiten, wenn wir seine Vorteile klar sehen können."<sup>45</sup> Am 15. Dezember 1910 äußert Carlsund die Meinung: "Bis zu dem Moment, wo wir uns mit den Nürnbergern verbinden, müssen wir Klarheit in unseren Beziehungen zu dem Baltischen und dem Kolomnaer Werk erreichen." In dem gleichen Schreiben weist Carlsund darauf hin, daß eine für Nobels Patentrechte günstige Entscheidung des Moskauer Gerichts<sup>46</sup> dazu benutzt werden müsse, Krupp und Sulzer mit der Konfiszierung ihrer nach Rußland eingeführten Motoren zu schrecken.<sup>47</sup>

Das Schreiben Carlsunds an Nobel vom 23. Dezember 1910 deckt die Vielschichtigkeit der Widersprüche zwischen den verschiedenen Kapitalistengruppen auf, aber auch die breite Tendenz zum gegenseitigen Betrug beim Abschluß der verschiedenen Geschäfte und Vereinbarungen, wobei sie ständig von Überlegungen hinsichtlich des größtmöglichen Profits ausgingen. Die schriftlichen Vorschläge der konkurrierenden Firmen waren auf eine solche Redaktion des Dokuments zugeschnitten, die die Frage des Baltischen Werkes und des Lieferungsmonopols an die Seekriegsflotte möglichst zweideutig ließ.<sup>48</sup>

Während der Unterhandlungen in dieser Zeit traten heftige Divergenzen zwischen der deutschen Firma M.A.N., in der sich das Augsburger und das Nürnberger Werk in Deutschland vereinigten, und der russischen Nobel-Gesellschaft wegen der Vergütung der Priorität auf dem Gebiet der Zweitakt-Dieselmotoren auf. Carlsund meinte, daß der "Nürnberger Motor dieses Typs mit vielen Unzulänglichkeiten belastet" sei<sup>49</sup> und sich in Zukunft kaum auf dem Markt behaupten könne. "Es wäre für das Nobel-

44 Ebenda, Bl. 258.

45 Ebenda, Bl. 257.

46 Dieser Erfolg erwies sich als kurzlebig. Die eingetriebenen Geldstrafen waren bedeutungslos. Der Import ausländischer Dieselmotoren wurde praktisch ungehindert fortgesetzt.

47 LGIA, f. 1258, op. 2, d. 263, Bl. 200.

48 Ebenda, d. 247, Bl. 287 f.

49 Ebenda, Bl. 289.

sche Werk günstiger, selbst, gemeinsam mit dem Kolonnaer oder mit den Schweden die Produktion eines wirklich gut arbeitenden Zweitakt-Dieselmotors in Gang zu bringen."<sup>50</sup> Im Petersburger Nobel-Werk wurden in dieser Hinsicht bedeutende Erfolge erzielt.

Im Schreiben an Nobel vom 22. April 1911 vergleicht Carlsund detailliert die Vor- und Nachteile von Dieselmotoren verschiedener Fabrikation bis zu 1 200 PS, insbesondere unter dem Aspekt ihrer Verwendungsfähigkeit in U-Booten.<sup>51</sup> Was Dieselmotoren mit einer Leistung von 50 bis 100 PS anlangt, so wies Carlsund im Schreiben an Nobel vom 12. August 1911 nach, daß es profitabler wäre, solche Motoren aus dem Stockholmer Betrieb zu beziehen und sie nicht in Petersburg zu fertigen. Im gleichen Schreiben übermittelt er Bings Beunruhigung über die großen durch die russische Gesetzgebung eingeräumten Möglichkeiten, die Patentrechte Nobels zu verletzen. "Es ist außerordentlich traurig, daß die russischen Gesetze es Sulzer und Krupp erlauben, so ungestraft die Patentrechte zu verletzen."<sup>52</sup>

Bing hatte bereits früher in seinem Schreiben an Nobel vom 24. Dezember 1910 dessen Aufmerksamkeit sowohl auf die straflose Verletzung seiner Patentrechte durch die deutschen Fabrikanten wie auch auf die Widersprüche zwischen den Dieselproduzenten auf dem Territorium Rußlands gelenkt. Er führt folgende Äußerung des zu Bing gereisten Direktors des Sormovoer Werkes an: "Ich weiß, daß das Dieselpatent erst August 1912 abläuft. Ich könnte es auch so machen wie Sulzer und Krupp und Dieselmotoren bauen, ohne mich um das Patent zu kümmern, dazu aber sind wir zu anständig."<sup>53</sup> Der Direktor des Sormovoer Werkes hatte Bing mitgeteilt, daß er bereit wäre, mit der Firma Nobel zusammen in einen Vertrag einzutreten, aber "wenn die Firma 'Kolonna' mitbeteiligt wäre, so wäre es schon schwieriger".<sup>54</sup> In dem gleichen Brief informierte Bing, der die Firma "Russischer Diesel" in Nürnberg leitete, Nobel "streng vertraulich", daß der Direktor des Sormovoer Werkes versucht habe, Nürnberger Zeichnungen auf "ungesetzliche Weise" zu kaufen; daraus sei zwar nichts geworden, aber das Vertrauen der Leitung des Nürnberger "Russischen Diesel" zur Leitung des Sormovoer Werkes sei von nun an stark erschüttert.

In einem der folgenden Briefe an Nobel, vom 14. Februar 1911, stellt Bing fest, daß bislang nicht erreicht wurde, auch nur einen einzigen der von Krupp oder Sulzer nach Rußland importierten Dieselmotoren unter

50 Ebenda.

51 Ebenda, Bl. 284.

52 Ebenda, Bl. 281.

53 Ebenda, d. 232, Bl. 122.

54 Ebenda.

Sequester zu stellen. Deshalb bat er darum, es dürfe nicht heimlich mit Krupp, der nachgiebiger sei als Sulzer, darüber verhandelt werden, daß Krupp ca. 5 % Gebühren auf die nach Rußland eingeführten Dieselmotoren Kruppscher Fertigung zahlt.<sup>55</sup> Einige Tage danach, am 25. Februar 1911, übersandte Bing Nobel als Beispiel eine der Anzeigen der Firma Krupp mit der Bemerkung: "Hieraus sieht man, wie wenig sich diese Herren aus den russischen Gesetzen machen und wie ungeübt und wie frech deren Vertreter vorgeht und die Tatsachen auf den Kopf stellt."<sup>56</sup> Wie er hinzufügte, hätten dies die russischen Justizbehörden seines Erachtens nicht zulassen dürfen.<sup>57</sup>

Am 15. März teilte die Firma Krupp Bing mit, daß sie mit den von ihm vorgeschlagenen Bedingungen nicht einverstanden sei. Sie wende sich jedoch nicht gegen die Wiederaufnahme von Gesprächen, da Bing in Frankfurt seine Bereitschaft erklärt habe, mit Krupp zu einem "Separatfrieden" zu gelangen.<sup>58</sup>

Am 8. April 1911 gelang es Carlsund, einen Vertrag mit den Sormovoe Werken abzuschließen, dessen Leitung ihre Bereitschaft ausdrückte, Lizenzgebühren von insgesamt 10 % zu zahlen. Dafür erhielt Carlsund eine Prämie von 3 000 Rubel. (Das waren 20 % der Summe, die das Sormovoe Werk zahlte.) In dieser Zeit, im Zusammenhang mit den Vereinbarungen zwischen den russischen Industriellen verringerte sich die Einfuhr von Dieselmotoren durch die Firma Sulzer ein wenig. Krupp jedoch habe nach wie vor Motoren importiert, immer zu absichtlich zu niedrig angesetzten Preisen, und unlängst einen Vertrag über Motorenlieferungen an die Odessaer Firma Landesmann mit erheblichem Preisnachlaß geschlossen, informierte B. Bing E. Nobel in einem Schreiben vom 8. April 1911.<sup>59</sup> Der im Februar 1912 aufgestellte "Geschäftsbericht der Gesellschaft 'Russischer Diesel' in Nürnberg" vermittelt ein ziemlich klares Bild von der Übermacht der ausländischen Dieselfirmen im Konkurrenzkampf mit Nobel, der die russische Sphäre der Erdölprodukte monopolisiert hatte, aber weder vermocht hatte, eine dauerhafte Vereinigung aller russischen Dieselfabrikanten um sich herum zu gewährleisten, noch die Bedürfnisse des Landes an Dieselmotoren aus der eigenen Produktion zu befriedigen, noch die Gebühren von den ausländischen Fabrikanten bzw. Importeuren einzutreiben.

"Nachdem es aber uns bis heute nicht gelang", heißt es im Bericht, "die Beschlagnahme auch nur eines Motors zu erzielen, und die Strafen, die seitens der russischen Gerichte ausgesprochen wurden, auch noch nicht Rechtskraft erlangt haben ... unter solchen Umständen blieb uns nichts anderes übrig, als in Kampfstellung zu bleiben und fortwährend neue Prozesse, namentlich gegen Krupp, Sulzer, Görlitzer Maschinenfabrik und deren Vertreter in Rußland einzuleiten und fortzuführen."<sup>60</sup>

55 Ebenda, Bl. 230 f.

56 Ebenda, Bl. 221.

57 Ebenda.

58 Ebenda, Bl. 99.

59 Ebenda, Bl. 86.

60 Ebenda, d. 268, Bl. 146 - 149.

Von den russischen Firmen in Kolomna, Nikolaev und Sormovo, so hieß es dort weiter, konnten die Lizenzannahmen gesichert werden. Die Gültigkeitsdauer des Patents lief am 9. August 1912 ab; danach verlor die weitere Existenz der Gesellschaft "Russischer Diesel" in Nürnberg (da sie hauptsächlich auf die Realisierung der Patentrechte ausgerichtet war) ihren Sinn. Es war vorteilhafter, die Liquidation der Gesellschaft zu erklären, weil dann weniger Steuern zu zahlen waren. Entsprechend der deutschen Gesetzgebung jener Zeit konnte eine in Liquidation befindliche Firma ihre Existenz faktisch bis zum Abschluß aller begonnenen Prozesse und zur Eintreibung aller Schulden fortsetzen. Die flüssigen Geldmittel der Gesellschaft betragen zum Zeitpunkt ihrer Liquidation 163 719 Mark.<sup>61</sup>

So blieb die grandiose Idee eines Umschwungs in der Weltenergiewirtschaft im Interesse der beschleunigten monopolistischen Bereicherung des einen oder des anderen der beiden großen Industriemagnaten internationalen Ranges im Grunde unverwirklicht. Der Plan war zu eng an persönliche Beweggründe gebunden und entsprach nur in geringem Maße dem "sozialen Auftrag" der deutschen und der russischen Bourgeoisie, des deutschen und des russischen Finanzkapitals.

In Deutschland erwartete man von Rudolf Diesel die Schaffung eines Verbrennungsmotors, der nicht mit flüssigem Brennstoff, sondern mit Steinkohlenstaub arbeitete, da auf dem Überfluß an gerade diesem Energieträger die industrielle Macht des kaiserlichen Imperiums errichtet war. Für den ernsthaften Übergang der Energiewirtschaft in Deutschland auf einen erdölverbrauchenden Verbrennungsmotor war entweder die Eroberung des zaristischen Rußlands mit seinem Erdöl oder aber ein dauerhaftes politisches Bündnis mit diesem Land erforderlich. Das eine wie das andere lag außerhalb der praktischen Möglichkeiten unter den entstandenen internationalen Bedingungen.

Das deutsche Finanzkapital hatte Diesel keine breite und genügende Unterstützung erwiesen. Die Perspektiven zeitweiliger Vorteile - weil die Produktion der das Erdöl besonders effektiv ausnutzenden Dieselmotoren auf deutschem Territorium derjenigen anderer Länder zuvorkam - konnten in keiner Weise den ungewollten schweren Schlag kompensieren, den Diesels Erfindung der industriell-energiewirtschaftlichen Macht des deutschen Imperialismus zugefügt hatte, die auf Steinkohle und nicht auf Erdöl beruhte. Das Finanzkapital der USA, das unvergleichlich stärker am Erdölmotor als das deutsche interessiert war, vermochte sich mit der Zahlung einer vergleichsweise verschwindend geringen Summe von Diesel, dem Erfinder, loszukaufen und ging im weiteren mit ihm wie mit einer ausgepreßten Zitrone um, wobei die USA außerdem der Gefahr einer potentiellen aktiven Begünstigung ihrer Konkurrenten, insbesondere der "Gebr. Nobel", durch Diesel vorbeugten. Unter diesen Bedingungen war Diesels vollständiger finanzieller Bankrott und selbst die Diskreditierung seiner Urheberrechte fast unausweichlich. Bei seinen Abmachungen mit Nobel verzichtete Diesel auf eine Vor-

61 Ebenda.

machtstellung und baute auf einen gewinnbringenden Austausch von in Deutschland gefertigten Motoren gegen billiges russisches Erdöl. Finanziell war Nobel jedoch bedeutend mächtiger als Diesel; außerdem konnte er sich auf die feste Unterstützung so starker Banken wie der Volga-Kama-Bank (Volžsko-Kamskij Bank) und der Azov-Don-Bank (Azovsko-Donskoj Bank) verlassen. Deshalb zog Nobel aus dem Vertrag relativ bedeutendere Vorteile. Gleichzeitig beruhte die "Gebr. Nobel" zu mehr als 90 % auf Erdölunternehmen. Die Maschinenbauproduktion spielte im Nobelschen Konzern eine untergeordnete, eine Nebenrolle; aus eigener Kraft konnte Nobel eine Massenproduktion von Dieselmotoren nicht rasch in Gang bringen, um so weniger, als im entscheidenden Moment Millionensummen aus dem Aktienkapital der "Gebr. Nobel" in den Fonds für den Nobelpreis flossen - entsprechend dem Testament von Alfred Nobel, einem der Brüder von Ludwig Nobel und dessen engstem Kompagnon in der "Gebr. Nobel".

Eine Massenfertigung von Dieselmotoren konnte seinerzeit auch die russische Bourgeoisie insgesamt nicht in Gang bringen. Ohne genügende Hinwendung zur Kohleförderung (und damit zur Koksgewinnung, wo der Abstand zwischen Rußland und den USA doppelt so groß war wie bei Kohle) war eine Massenproduktion von Maschinen, insbesondere von Dieselmotoren, kaum denkbar. Die "Gebr. Nobel" bewirkte mit dem Potential der zu ihrem Konzern gehörigen Petersburger Maschinenfabrik "Ludwig Nobel" lediglich eine begrenzte Motorenproduktion, hauptsächlich für den Bedarf der eigenen Tankerflotte, für stationäre Installationen ihres Konzerns (was sofort eine Senkung der Brennstoffkosten auf etwa ein Fünftel ergab) und auch für die Befriedigung einiger dringender Aufträge der Seekriegsflotte Rußlands, die natürlich darauf aus war, die notwendigen Motoren vor allem aus Werken auf russischem Territorium und nicht aus dem Ausland zu beziehen. Relativ schnell wurden Dieselkanonenboote für die Amur- und die Kaspische Flottille gebaut. Militärkommentatoren dieser Zeit konstatierten freimütig: "Wie die Ruderflotten vor den Segelschiffen verschwanden, so wurden die hölzernen Schiffe von den eisernen und die Segelschiffe von den Dampfschiffen verdrängt; genauso muß die Flotte der kohlebetriebenen vor der der Erdölschiffe weichen."<sup>62</sup> Solche Feststellungen allein konnten jedoch weder im militärischen noch im zivilen Bereich der Energiewirtschaft Rußlands einen wesentlichen Fortschritt nach sich ziehen.

1908 wurden in der russischen Industrie unter Dampfkesseln 3,1 Mill. t Erdöl verbrannt, in Verbrennungsmotoren nur 45 000 t.<sup>63</sup> Mit anderen Worten, der überwiegende Teil des Erdöls wurde unter Dampfkesseln, in sog. "Nobelschen Rosten" und auf "Nobelschen Düsen", verfeuert, auf äußerst unökonomische Weise vom Standpunkt der Volkswirt-

<sup>62</sup> Novoe vremja, 22. 8. (4. 9.) 1912.

<sup>63</sup> Probst, A. E., Osnovnye problemy geografičeskogo razmeščenija toplivnogo chozjajstva SSSR, Moskva/Leningrad 1939, S. 69.

schaft, aber voll vertretbar für die gewinnstüchtigen Interessen der "Gebr. Nobel". Das von Diesel erworbene Exklusivrecht zur Produktion von Dieselmotoren in Rußland nutzte der Nobel-Konzern in ziemlich geringem Tempo. (Die Zahlen wurden oben angeführt.) Gleichzeitig trat er bis einschließlich 1908 keinem anderen seinen Platz als Hauptproduzent von Dieselmotoren in Rußland ab und hemmte so die Entwicklung ihrer Produktion, zumal er selbst in diesem neuen Geschäft nicht genügend Mittel investierte. Es ist charakteristisch, daß das Kolomnaer Maschinenwerk, das erst mit erheblichem zeitlichem Rückstand gegenüber dem Nobelschen die Produktion von Motoren aufnehmen konnte, schon 1912 bedeutend mehr an Dieselleistung produzierte (16 456 PS)<sup>64</sup> als das Werk "Ludwig Nobel" im Jahre 1913 (15 081 PS). Zum Vergleich erinnern wir daran, daß im Mai 1902 die Gesamtleistung der Dieselmotoren auf der ganzen Erde 12 367 PS betrug, 1908 die Dieselleistung in Rußland 111 693 PS und Mitte 1912 die Welt dieselleistung 1 720 000 PS ausmachte, wobei 774 000 PS auf Deutschland entfielen und auf Rußland nur ein Drittel davon. Mit dem Vertrag "Diesel - Nobel" gelang es der russischen Bourgeoisie zeitweilig, sich einen etwas höheren Anteil an der Welt dieselleistung zu sichern als an der Welt dampfmaschinenleistung. Jedoch wurden keinerlei entscheidende Fortschritte in der Energiewirtschaft erreicht. Die Steinkohlenförderung in Rußland vergrößerte sich zwischen 1900 und 1913 auf weniger als das Doppelte (von 16,2 Mill. t auf 29,1 Mill. t), die Erdölförderung verringerte sich sogar leicht, während sie in den USA, wie wir weiter oben sahen, bedeutend wuchs, und bei der Verbreitung von Verbrennungsmotoren in den USA konnte das Erdöl dort mit technisch höheren Koeffizienten genutzt werden. Der Wettbewerb mit den USA wurde auf dem Gebiet der Energiewirtschaft für Rußland auf dem kapitalistischen Weg der Ökonomik von Jahr zu Jahr aussichtsloser.

Ein völlig anderes Bild ergibt sich, wenn man die Zahlen der Jahrhundertwende mit den heutigen vergleicht, wo in der UdSSR die Macht der Werktätigen errichtet, die Befreiung von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verwirklicht wurde, während in den USA und den anderen westlichen Ländern nach wie vor die Ausbeuterordnung herrscht. Die befreite Arbeit hat von Jahr zu Jahr immer überzeugender und allseitig ihre höhere Effektivität im Vergleich zu den ökonomischen Kennziffern der Ausbeuterstaaten bewiesen. Zwischen 1900 und 1981 hat sich die Erdölförderung in den USA auf das 47fache erhöht, die Kohleförderung nicht einmal verdreifacht.

Dagegen wuchs die Erdölförderung auf dem heutigen Territorium der UdSSR nach der Errichtung der Sowjetmacht auf das 62fache und die Kohleförderung auf das 44fache; sowohl bei Kohle wie auch bei Erdöl nimmt die UdSSR nun schon eine ganze Reihe von Jahren hintereinander einen der führenden Plätze in der Welt ein, obwohl die USA gegenüber Rußland 1913 das 3,7fache und 1916 das 4,2fache an Erdöl förderten.

<sup>64</sup> Dvigateli Dizel', hg. v. Obščestvo Kolomenskogo mašinostroitel' nogo zavoda, o. O. o. J., S. 1.

Gegenwärtig nimmt die Sowjetunion bei der Nutzung von Dieselmotoren in der Energiewirtschaft den ersten Platz in der Welt ein. Dabei macht der Anteil an ausländischen Dieselmotoren lediglich 4 % aus,<sup>65</sup> weniger als in den USA, dem Land, dem es seinerzeit gelang, die talentierte Erfindung des Pechvogels Diesel überaus vorteilhaft auszunutzen.

(Übersetzt von Renate Günther)

65 Vgl. dazu insbesondere Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1974 g. Statisticheskij ežegodnik, Moskva 1975, S. 773.

## Die industrielle Revolution in Rußland

von A. M. Solov'eva

Die Sowjetwissenschaft widmete der Geschichte der industriellen Revolution (bzw. der industriellen Umwälzung, wie dieser radikale historische Prozeß in der Literatur häufig bezeichnet wird) stets große Aufmerksamkeit. Einzelne Aspekte der industriellen Umwälzung in Rußland wurden in den Arbeiten von S. G. Strumilin, N. M. Družinin, P. I. Ljaščenko, V. K. Jacunskij, P. G. Ryndzjanskij, A. S. Nifontov, B. L. Cypin, L. G. Mel'nik u. a. behandelt.<sup>1</sup>

Ungeachtet dieser bedeutenden Ergebnisse überwiegen in den umfangreichen historischen Darstellungen zur industriellen Umwälzung in Rußland die technisch-ökonomischen Prozesse, während das soziale Wesen der industriellen Revolution unzureichend untersucht wurde.

In einem Rundtischgespräch in der Redaktion der Zeitschrift "Novaja i novejšaja istorija" zu Problemen der industriellen Umwälzung und ihrer sozialökonomischen Folgen in den Ländern Europas, Amerikas, Asiens und Afrikas zeigte sich, daß es noch keine fundamentalen verallgemeinernden Arbeiten gibt, die die Schlüsselfragen der industriellen Umwälzung in den unterschiedlichen Ländern aufdecken, daß das Allgemeine und Besondere der Entwicklung dieses radikalen historischen Prozesses nicht ausreichend geklärt ist und historisch-vergleichende Analysen sowie komplexes Herangehen bei der Erforschung dieser Erscheinung vom Standpunkt der marxistisch-leninistischen Methodologie wenig angewandt werden.<sup>2</sup>

1 Strumilin, S. G., *Promyšlennij perevorot v Rossii*, Moskva 1944; Družinin, N. M., *K voprosu o genezise kapitalizma v Rossii*, in: *Īzvestija Severo-Kavkazskogo naučnogo centra vysšej školy. Obščestvennye nauki*, Rostov am Don, 1/1974; Ljaščenko, P. I., *Istorija narodnogo chozjajstva SSSR*, T. 2, Moskva 1952; Jacunskij, V. K., *Promyšlennij perevorot v Rossii. K probleme vzaimodejstvija proizvoditel'nych sil i proizvodstvennyh otnošenij*, in: *Voprosy istorii*, 12/1952; Ryndzjanskij, P. G., *Utverždenie kapitalizma v Rossii, 1850 - 1880*, Moskva 1978; Nifontov, A. S., *Zadači izučenija promyšlennogo perevorota v Rossii*, in: *Iz istorii ékonomičeskoj i obščestvennoj žizni Rossii*, Moskva 1976; Cypin, B. L., *Nekotorye osobennosti promyšlennogo perevorota v Rossii*, Sverdlovsk 1968; Mel'nik, L. G., *Techničeskij perevorot na Ukraine v XIX st.*, Kiev 1972.

2 Promyšlennij perevorot i ego social'no-ékonomičeskie posledstvija. "Kruglyj stol", in: *Novaja i novejšaja istorija*, 2/1984, S. 70.



Gegenstand lebhafter wissenschaftlicher Diskussionen in der sowjetischen Geschichtsforschung ist weiterhin die Frage nach der zeitlichen Begrenzung der industriellen Umwälzung in Rußland. So tauchte die Meinung auf, daß der Übergang zur Fabrikproduktion in der russischen Industrie bereits in der feudal-leibeigenschaftlichen Epoche begann, etwa in den 30er Jahren des 19. Jh. Doch neueste Forschungen zeigen überzeugend, daß sich erst in den letzten Jahrzehnten vor der Reform klare Anzeichen der Herausbildung der maschinellen Großindustrie in den führenden Industriezweigen, in denen die freie Lohnarbeit dominierte, andeuteten.<sup>3</sup>

Eine große Leistung der sowjetischen Wissenschaft ist die Ausarbeitung der marxistisch-leninistischen Konzeption der Entwicklung der industriellen Revolution in Rußland nach der Aufhebung der Leibeigenschaft, als die objektiven Bedingungen für die Existenz eines freien Arbeitskräfte-marktes und einer massenhaften Kapitalisierung der industriellen Produktion geschaffen wurden.

In der Literatur ist jedoch die Frage, zu welchem Zeitpunkt die industrielle Revolution nach den Reformen in Rußland ihren Abschluß fand, noch nicht endgültig geklärt. Hier werden entweder der Übergang von den 70er zu den 80er Jahren, als sich die maschinelle Großproduktion in der führenden Leichtindustrie im wesentlichen durchgesetzt hatte oder die Mitte der 90er Jahre genannt, als sich die technische Revolution in den Basiszweigen der Schwerindustrie des Landes vollzogen hatte.

Die Anhänger des beschleunigten Prozesses der industriellen Umwälzung berücksichtigen in der Regel nicht die hemmende Wirkung der feudal-leibeigenschaftlichen Überbleibsel auf die Wirtschaft des Landes und auf den Reifegrad der Bourgeoisie sowie des Proletariats als Klassen. Deshalb erfordert die Lösung der umstrittenen chronologischen Fragen unbedingt eine komplexe Ausarbeitung dieser wichtigen wissenschaftlichen Probleme.

In diesem Aufsatz soll auf die Entwicklungsetappen der industriellen Revolution in Rußland, auf Rolle, Tempo und Dynamik der Anwendung der Dampfkraft in Industrie und Transportwesen, auf die Entwicklung der führenden Industriezentren und die Herausbildung der Klasse des russischen Proletariats als führende soziale Kraft des Landes eingegangen werden. Die industrielle Revolution begann im kapitalistischen England Ende des 18. Jh. Sie nahm danach einen umfassenden Charakter an und ergriff alle kapitalistischen Länder Europas und Nordamerikas. Dieser historische Prozeß leitete eine qualitativ neue Etappe in der Entwicklung des Weltkapitalismus ein.

<sup>3</sup> Ryndzjanskij, P. G., Voprosy istorii ruskoj promyšlennosti v XIX v., in: Istorija SSSR, 5/1972; Virginskij, V. S./ Zacharov, V. V., Podgotovka perechoda k mašinnomu proizvodstvu v doreformnoj Rossii, in: ebenda, 2/1973.

Das rasche Wachsen der Produktivkräfte auf der Basis der maschinellen Großindustrie förderte die allseitige Festigung des Kapitalismus im herrschenden Weltwirtschaftssystem und die unaufhaltsame Einbeziehung der zurückgebliebenen feudalen Länder der Welt in seine Ausbeutungssphäre.

Die massenhafte Anwendung der Dampfkraft im Weltmaßstab entfaltete sich im 2. Drittel des 19. Jh. Dazu gab der Beginn des Eisenbahnbaus ab 1830 einen mächtigen Anstoß, indem er die Ausdehnung der Produktionskapazität in der Schwerindustrie und ein stürmisches Anwachsen des fixen Kapitals auslöste. In dieser Zeit wurde die Dampfmaschine auch im internationalen Maßstab zur führenden universalen Antriebskraft; sie stellte eine Konzentration von Leistungsfähigkeit dar und begann die bestimmende Rolle im technisch-ökonomischen Prozeß der maschinellen Produktionsweise zu spielen.<sup>4</sup> Die Dampfkraft bedingte ein stürmisches Wachsen der Industriestädte.<sup>5</sup> Sie erlaubte es, die Produktion in den Städten zu konzentrieren und die Produkte auf dem Lande abzusetzen.

Mit Einführung der Dampfmaschine wurde die verarbeitende Industrie in den kapitalistischen Ländern vor allem ein städtischer Wirtschaftszweig. Sie stimulierte als wichtiger Faktor Wachstum und Konzentration des städtischen Industrieproletariats, das im 2. Viertel des 19. Jh. zur Hauptkraft der Volksbewegungen in den führenden kapitalistischen Ländern des Westens wurde.

Um die Mitte des 19. Jh. zog das rasche Entwicklungstempo des Weltkapitalismus die Wirtschaft des feudal-leibeigenschaftlichen Rußlands unaufhaltsam in seinen Sog, so daß sich die spontanen Wachstumsprozesse des russischen Kapitalismus innerhalb seines Manufakturstadiums bedeutend verstärkten. Anfängliche Zeichen der industriellen Umwälzung, verbunden mit dem massenhaften Entstehen von Fabriken, fanden Ende der 40er Jahre des 19. Jh. zuerst deutlichen Niederschlag in den großen Städten bzw. Hauptstädten des Landes, in Petersburg und Moskau. Diese historisch gewachsenen Zentren der Manufakturproduktion verfügten über große Arbeitskräfteresourcen, eine relativ umfangreiche Reservearmee von Lohnarbeitern, hinreichend große Kapitale und die notwendigen Produktionsfonds. Dadurch wurden ein schneller Umschlag des Kapitals und niedrige Umschlagskosten gewährleistet und der Industriebourgeoisie hohe Mehrwert- und Profitraten gesichert.

Für den industriellen Start in Petersburg und Moskau war der Bau der Eisenbahn zwischen diesen Städten im Jahr 1851 von größter Bedeutung. Dieser Schienenweg, der die beiden Hauptstädte als erste russische

4 Eine ausführliche wissenschaftliche Analyse über Entwicklung und Rolle der Dampfenergie während der industriellen Revolution im internationalen Maßstab ist in der grundlegenden Untersuchung des tschechoslowakischen Forschers Purš, J., *Průmyslová revoluce*, Praha 1973, enthalten.

5 Vgl. Marx, K., *Das Kapital*, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke (MEW), Berlin 1956 ff., Bd. 23, S. 398.

Eisenbahnmagistrale miteinander verband, erlangte sofort eine gesamtstaatliche volkswirtschaftliche Bedeutung. Wurde doch damit der Zentralisationsprozeß durch die Konzentration der Industrie- und Finanzkräfte auf diese führenden Zentren des Landes verstärkt. Anfang der 60er Jahre wurde die Magistrale Petersburg - Warschau, die die Hauptstadt mit dem Baltikum und mit Polen verband, erbaut. Danach entstand die Eisenbahnlinie Moskau - Nižnij Novgorod, womit eine schnelle Verbindung von den führenden Zentren zur Wolga, der wichtigsten Wasserstraße für Handel und Industrie, gesichert war.

In der 2. Hälfte der 50er Jahre des 19. Jh. ist ein schnelles Wachsen der Petersburger Fabrikindustrie zu beobachten, was durch die günstige ökonomisch-geographische Lage der Hauptstadt als Stadt mit großem Seehafen gefördert wurde. Eine bedeutende Rolle spielte der Zufluß ausländischen Unternehmerkapitals in die Fabrikindustrie, dessen Anteil an der hauptstädtischen Industrie etwa um das Zweifache höher war als der an der gesamten russischen Industrie.<sup>6</sup>

Bei der Entwicklung Petersburgs zum führenden Industriezentrum war der hier entstandene einheimische Maschinenbau von entscheidender Bedeutung. Zu den ersten großen Werken dieses grundlegenden Industriezweiges zählt das mechanische Werk Berda, das als erstes im Lande Dampfschiffe und Dampfmaschinen baute. In den Jahren des Krimkrieges von 1853 bis 1856 wurden für die Ausrüstung von Armee und Flotte in Petersburg eine Reihe relativ großer Maschinenbauunternehmen errichtet, die Newski- und die Baltische Werft, die mechanischen Betriebe von Nobel, San-Gall und andere.

Im Jahr 1854 gab es in der Hauptstadt 10 Gießereien und mechanische Betriebe, die 3 100 Arbeiter beschäftigten und Erzeugnisse im Werte von 1,9 Mill. Rubel herstellten, die 75 % des russischen Maschinenbaus ausmachten. Nach einem Jahrzehnt, bis Ende des Jahres 1863, bestanden in Petersburg schon 23 Maschinenbau- und mechanische Betriebe mit 6 400 Arbeitern und einem Produktionsausstoß von 15,5 Mill. Rubel.<sup>7</sup>

Diese Angaben machen die Entwicklung der Maschinenbauindustrie Petersburgs deutlich, deren Arbeitsproduktivität innerhalb eines Jahrzehnts auf das Vierfache anstieg.

Jedoch sind die ersten Erscheinungen der industriellen Umwälzung in den 40er und 50er Jahren des 19. Jh. durch ein relativ langsames Tempo bei der Einführung von Maschinenarbeit in der Industrieproduktion des Landes charakterisiert. Der Sektor der Fabrikindustrie war innerhalb

6 Pokšiševckij, V. V., Territorial'noe formirovanie promyšlennogo kompleksa Peterburga v XVIII - XIX vv., in: Voprosy geografii, 20/1950, S. 124.

7 Obzor različnych otraslej manufakturnoj promyšlennosti v Rossii, Bd. 2, Sankt Peterburg 1863, S. 34.

der russischen Wirtschaft in der Zeit vor den Reformen stark begrenzt. Nach Berechnungen Ryndzjunskijs umfaßten die großen Fabrikbetriebe mit Lohnarbeitern insgesamt 8 % aller Arbeiter und erzeugten 14 % des Wertes der Industrieproduktion.<sup>8</sup>

Die Einführung der Maschinenarbeit in die Industrieproduktion wurde durch die im Lande herrschende Leibeigenschaft der Arbeitskräfte stark behindert. Ein weiterer technischer Fortschritt war nur in Verbindung mit sozialen Veränderungen möglich. Solange der technische Fortschritt nicht von sozialen Veränderungen begleitet wurde, mußte er deformiert verlaufen und letztendlich ins Stocken geraten, weil ihm der nötige Freiraum fehlte. Das ist besonders offensichtlich am Beispiel der mit Leibeigenen arbeitenden Manufakturen des Bergbaus im Ural, der wichtigsten metallurgischen Basis des Landes, in der die partielle Mechanisierung der Produktion nicht den Charakter des Betriebes änderte und die wenig produktive, unfreiwillige Arbeit der leibeigenen Arbeiter die Produktion zur technischen Stagnation verurteilte. Die feudale Leibeigenschaft wurde ein Hemmnis für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte, für die ein Fortschritt objektiv nur in der kapitalistischen Form möglich war.

Die Vorbereitungsperiode der industriellen Umwälzung in den Jahrzehnten vor der Reform in Rußland hat eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Entwicklung des Landes, die das Wirtschaftssystem der feudalen Leibeigenschaft untergrub und die Herausbildung des industriellen Kapitalismus beschleunigte. In dieser Periode beginnt sich die Arbeiterklasse zu konstituieren und verstärkt sich das Entwicklungstempo in der Textilproduktion der industriell entwickelten Petersburger und Moskauer Gebiete.<sup>9</sup>

Die Verwandlung der Manufaktur zur Fabrik war von einem schnellen Anwachsen des spezifischen Gewichts der freien Lohnarbeit begleitet, die überall die leibeigene Arbeit verdrängte. Dieser Prozeß trug unumkehrbaren Charakter. Am Vorabend der Beseitigung der Leibeigenschaft im Jahre 1860 waren bis zu 80 % der Arbeitskräfte in der verarbeitenden Industrie freie Lohnarbeiter, obwohl die Mehrheit der Produzenten noch feudal abhängig war. Deshalb bildeten die Industriearbeiter trotz ihrer bedeutenden Zahl noch nicht die Klasse des Proletariats. Im feudalen Rußland gab es keinen breiten Stamm eines Industrieproletariats, sondern gesamtgesellschaftlich lediglich ein Vorproletariat.<sup>10</sup> Das wichtigste Merkmal der industriellen Revolution fehlte somit.

8 Ryndzjunskiĵ, *Utverŷdenie kapitalizma ...*, S. 28 f.

9 *Očerki ékonomičeskoj istorii Rossii pervoj poloviny XIX v.*, Moskva 1959, S. 174 - 190.

10 Pankratova, A. M., *Rabočij klass Rossii*. Izbr. trudy, Moskva 1983, S. 360 - 371.

Die Einführung der fortgeschrittenen maschinellen Produktion in Industrie und Transportwesen wurde für die ökonomische und sozialpolitische Entwicklung des Landes von Jahr zu Jahr erforderlicher. Deshalb war die Leibeigenschaft das Haupthindernis auf dem Weg zum sozialökonomischen Fortschritt in Rußland.

Die Agrarreform im Jahre 1861, die den freien Arbeitskräftemarkt schuf, förderte eine schnelle Entwicklung des Industriekapitalismus in Rußland. Ungeachtet der Vielzahl feudaler Überreste schufen die neuen kapitalistischen Produktionsverhältnisse die Voraussetzung für das Wirken der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus, der Mehrwertproduktion und Kapitalakkumulation. Dieser Faktor förderte überall die Beschleunigung der industriellen Revolution, in deren Verlauf sich in den führenden Wirtschaftszweigen die maschinelle Großproduktion durchsetzte. In den 40 Jahren nach der Reform war das Entwicklungstempo der russischen Industrie außerordentlich hoch. Lenin schreibt: "... nach 1861 verlief die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland mit einer solchen Schnelligkeit, daß im Laufe einiger Jahrzehnte Umwandlungen vor sich gingen, die in manchen alten Ländern Europas ganze Jahrhunderte erfordert hatten."<sup>11</sup>

Der Gesamtumfang der russischen Industrieproduktion wuchs in dieser Periode fast um das 8fache, während er sich in Deutschland in dieser Zeit um das 5fache, in Frankreich um das 2,5fache und in England um das 2fache erhöhte. Im Endergebnis näherte sich Rußland in den wichtigsten industriellen Kennziffern gegen Ende des 19. Jh. den führenden kapitalistischen Weltmächten.

Die Forschungen zeigen, daß sich die industrielle Revolution in Rußland in der Epoche nach der Reform in 3 grundlegenden Etappen vollzog und in der Mitte der 90er Jahre des 19. Jh. zum Abschluß kam. In der ersten, extensiven Etappe von den 60er zu den 70er Jahren erfolgte ein entscheidender Bruch mit den überlebten Formen der Feudalwirtschaft und begann eine radikale Umgestaltung der manufakturrellen Produktion in den Fabriken.

Ein wichtiger Faktor, der diesen radikalen Prozeß forcierte, war die Transportrevolution, die mit dem im großen Maßstab betriebenen Eisenbahnbau verbunden war. Von 1861 bis 1880 vergrößerte sich das Eisenbahnnetz auf das 14fache und betrug 21 000 Werst (1 Werst = 1 066,78 m). Mehr als 45 % der Eisenbahnstrecke entfielen auf das Territorium des europäischen Rußlands, auf einige Gebiete des Nordkavkasus, Transkaukasiens, Polens und Finnlands. Die meisten der in das Eisenbahnnetz einbezogenen Industriezentren lagen im Petersburger-Moskauer Gebiet, welches das Territorium von Petersburg bis Warschau und Reval, bis Moskau und Nižnij-Novgorod einschloß. Hier befanden sich 20 % aller

<sup>11</sup> Lenin, W. I., Die "Bauernreform" und die proletarisch-bäuerliche Revolution, in: Werke, Berlin 1955 ff., Bd. 17, S. 106.

Industriezentren an den Eisenbahnlinien. Der ausgedehnteste, nämlich der südöstliche Bezirk des europäischen Rußlands mit einem Anteil von annähernd 9 % am Territorium dieses Landesteiles (mit 17 Gouvernements und 3 Kreisen) hatte in dieser Zeit die wenigsten an das Eisenbahnnetz angeschlossenen Industrieortschaften (4,8 %).<sup>12</sup>

Die Schaffung des ersten Eisenbahnnetzes in Rußland bildete einen wichtigen Stimulierungsfaktor für das Wachsen des Industriekapitalismus, für den Übergang der führenden Zweige zur großen Industrie. Deutlicher Ausdruck dieses Prozesses war die wachsende Anwendung der Dampfkraft in der Industrie des Landes. Von 1860 bis 1878 wuchs hier die Kapazität der Dampfmaschinen auf das 4,7fache, von 29 000 auf 138 700 PS (1 PS = 0,735 kW). In der Entwicklung der Dampfkraftkapazität kommen Wachstum und Konzentration der maschinellen Großproduktion zum Ausdruck, insbesondere hinsichtlich der Energieausrüstungen für die Produktion. So waren in der 2. Hälfte der 70er Jahre auf 2 700 große Fabriken, die weniger als 10 % aller Betriebe der russischen verarbeitenden Industrie ausmachten, etwa 80 % der Gesamtkapazität der Dampfkraft in der Fabrikindustrie Rußlands konzentriert.<sup>13</sup>

Hauptzentren der Entwicklung der großen Industrie wurden in dieser Zeit die Industriestädte des Zentrums, des Baltikums und Südrußlands. Verbunden mit dem Eisenbahnnetz, wurden sie schnell von Arbeitervororten umgeben, die eine hohe Konzentration großer Industriebetriebe und von Arbeitern hervorbrachten. Einer Berechnung Lenins zufolge gab es im Jahre 1879 im europäischen Teil des Landes etwa 40 große Industriestädte mit Fabrikunternehmen, in denen über 35 % aller Industriearbeiter Rußlands beschäftigt waren.<sup>14</sup> Dabei kam Petersburg die führende Rolle beim Aufbau der großen Industrie des Landes zu. Zwischen 1867 und 1879 entwickelte sich die Fabrikindustrie der Hauptstadt besonders stark. Die Zahl der Arbeiter in der Industrie verdoppelte sich auf 81 000, was etwa 13 % aller Industriearbeiter Rußlands ausmachte.

Ende der 70er Jahre erreichte die Gesamtkapazität der Dampfmaschinen in der Petersburger Fabrikindustrie 18 000 PS, was ca. 13 % der Dampfergie des Landes entsprach. In den Petersburger metallverarbeitenden und Maschinenbaubetrieben waren bis zu 40 % der Dampfkraftkapazität dieses Zweiges der russischen Industrie konzentriert. In den Textilfabriken der Hauptstadt war der Ausstattungsgrad mit Dampfkraft sehr hoch. Hier kamen auf einen Arbeiter 0,27 PS. Das überschritt die

<sup>12</sup> Trudy vysočajše učreždennoj kommissii dlja issledovanija železnodorožnogo dela v Rossii, Bd. 2, T. 1, Sankt Peterburg 1879, S. 218; Bd. 2, T. 2, S. 104 ff.

<sup>13</sup> Lenin, V. I., Podgotovitel'nye materialy k knige "Razvitie kapitalizma v Rossii", Moskva 1970, S. 323 - 359, 580 - 583.

<sup>14</sup> Derselbe, Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: Werke, Bd. 3, S. 536.

Dampfenergieausrüstung eines Moskauer Textilarbeiters um das 3,5-fache.<sup>15</sup> Diese hohe Produktivität der Maschinenarbeit und die damit verbundene intensive Ausbeutung des Proletariats der Hauptstadt sicherte der Petersburger Bourgeoisie hohe Mehrwertraten und gewaltige Profite.

Im Petersburger Industriekomplex nahm die Metallindustrie, insbesondere der Transportmaschinenbau, mit über 50 % der Gesamtkapazität der Dampfkraft und 35 % der Fabrikarbeiter den ersten Platz innerhalb der hauptstädtischen Industrie ein. Hinsichtlich des Konzentrationsgrades der Industrieproduktion und des Industrieproletariats war Petersburg führend. So gab es 1879 in der Hauptstadt und ihren Vororten 19 Großbetriebe, die über 1 000 Arbeitskräfte, mehr als 41 % aller Petersburger Fabrikarbeiter, beschäftigten.<sup>16</sup> Die hohe Konzentration des Industrieproletariats in den großen Fabriken und Werken ist die Haupttendenz bei der Konstituierung der Arbeiterklasse des Landes. Diesbezüglich ging Rußland den kapitalistischen Ländern des Westens voran.

In den ersten Jahrzehnten nach der Reform war das Entwicklungstempo der großen Industrie sowohl in den einzelnen Zweigen als auch im territorialen Maßstab höchst ungleichmäßig. Die maschinelle Produktion hatte sich besonders in den entwickelten Zweigen der Textilindustrie durchsetzen können, in denen die mechanisierte Arbeit ein starkes Wachsen der Produktivität, bis zu 300 % im Vergleich zur Handarbeit, hervorrief. Hier gab es die höchste Steigerung bei der Zahl der Fabrikarbeiter; sie wuchs von 1865 bis 1878 um 52 % auf 365 000. Besonders schnell entwickelte sich die Baumwollproduktion in den Fabriken, die sich von 1861 bis 1880 vervierfachte und damit ihre führende Position in den Zweigen der verarbeitenden Industrie festigte. Dabei waren in den Baumwollfabriken der Industriegebiete von Petersburg, Moskau und dem Baltikum bis zu 75 % aller maschinellen Ausrüstungen, bis zu 80 % der Gesamtkapazität an Dampfmaschinen und 85 % der Textilarbeiter Rußlands konzentriert.<sup>17</sup>

Der Fortgang des industriellen Kapitalismus in Rußland wurde in dieser Periode durch das geringe Tempo bei der Einführung von Maschinen in der Hüttenindustrie merklich gebremst. Das war unmittelbar mit der technisch-ökonomischen und sozialen Rückständigkeit der Bergbaubetriebe des Urals verbunden, die weiterhin die wichtigste metallurgische Basis Rußlands blieben. Der Umbau der Manufakturbetriebe des Urals zu maschinell arbeitenden Betrieben wurde durch das veraltete Wirtschaftssystem stark behindert. Die Magnaten der Bergbauindustrie im Ural gründeten ihre Macht nach wie vor nicht auf Kapital und Konkurrenz, sondern auf Monopol und Besitzverhältnisse, auf deren Grundlage sie

15 Solov'eva, A. M., Problemy stanovlenija krupnoj mašinnoj industrii v Rossii vo vtoroj polovine XIX v., in: Rossija i Finljandija: Torgovlja, promysly, krupnaja promyšlennost', Leningrad 1981, S. 88.

16 Peterburg po perepisi 15 dekabnja 1881 g., Sankt Peterburg 1884, Bd. 1, T. 2, S. 302.

17 Materialy dlja statistiki parovyh dvigatelej v Rossijckoj imperii, Sankt Peterburg 1882, S. 78 f., 160 ff.

die Handarbeit der geknechteten Arbeiter schonungslos ausbeuteten. Bis zu Beginn der 80er Jahre blieb in den Bergbaubetrieben des Urals die halbfeudale Bindung der "auf Zeit verpflichteten" Meister bestehen, was eine niedrige Arbeitsproduktivität zur Folge hatte.

Ein charakteristisches Merkmal technischer Rückständigkeit der Metallurgie im Ural stellte das veraltete System der Energiegewinnung mit Hilfe des Wasserrades dar, ein System, das eine moderne kontinuierliche Produktion nicht zuließ. Die Leistung der Dampfmaschinen wuchs in den Betrieben des Urals in 20 Jahren nur unbedeutend und betrug am Ende der 70er Jahre etwa 23 % der gesamten Energieproduktion in der Metallurgie dieser Region.<sup>18</sup> Der Einsatz lebendiger Arbeit wuchs schneller als die Kapazität der Energieausrüstungen, deren Niveau in diesen Jahren im ganzen unverändert blieb und die niedrige Produktivität der Bergwerksbetriebe des Urals bedingten.

Vom unbedeutenden technischen Fortschritt in der russischen Schwerindustrie zeugte in dieser Zeit auch die in der Produktionstechnologie äußerst geringe Verwendung mineralischer Brennstoffe.

Gegen Ende der 70er Jahre wurden etwa 4 % des russischen Schwarzmetyalls durch Nutzung mineralischer Brennstoffe produziert. Ungefähr 80 % der in der Industrie des Landes vorhandenen Dampfmaschinen wurden unrentabel mit Holz beheizt, was im Vergleich zum westeuropäischen Standard nur einen niedrigen Ausnutzungskoeffizienten brachte.

Die Rückständigkeit der Maschinenbauproduktion spiegelte sich in der unzureichenden Versorgung der russischen Industrie mit Dampfmaschinen aus einheimischer Produktion wider, deren Anteil an der Gesamtleistung am Ende der 70er Jahre ca. 25 % betrug. Die sich entwickelnde kapitalistische Wirtschaft war in diesen Jahren auf den Import ausländischer Erzeugnisse der Schwerindustrie angewiesen. Diese erreichten 60 % des für die Produktion benötigten Bedarfs. Diese Abhängigkeit beeinträchtigte maßgeblich die Zahlungsbilanz und die ökonomische Gesamtentwicklung des Landes. Die Konkurrenz des deutschen Großkapitals, dessen Schwerindustrie Ende der 70er Jahre neunmal stärker mit Dampfenergie ausgerüstet war als die russische, machte sich besonders bemerkbar.<sup>19</sup>

Im Unterschied zu den Industriestädten, in denen die Entstehung der maschinellen Großproduktion und der Konstituierungsprozeß des Proletariats mit höchstem Tempo vorangingen, verlief die Entwicklung der industriellen Produktion an der breiten ländlichen Peripherie unter Fortbestehen starker feudaler Überbleibsel "mit großer Allmählichkeit, inmitten einer Masse sich miteinander verflechtender Übergangsformen".<sup>20</sup> Die kapitalistische Hausarbeit als Anhängsel der Fabrik war weit verbreitet. Sie war mit ausgeprägter Knechtschaft der Landarbeiter verbunden und verhinderte den technischen Fortschritt. Aufgrund der sehr bil-

<sup>18</sup> Strumilin, S. G., Černaja metallurgija v Rossii i v SSSR. Tehničeskij progress za 300 let, Moskva/Leningrad 1935, S. 236.

<sup>19</sup> Mendel'son, L. A., Teorija i istorija ékonomičeskich krizisov i ciklov, Bd. 2, Moskva 1959, S. 625.

<sup>20</sup> Lenin, Die Entwicklung des Kapitalismus ..., S. 552.



ligen Arbeit war es für den Fabrikanten oft vorteilhafter, die maschinell hergestellten Halbfabrikate zur Endverarbeitung an die massenhaft vorhandenen Hausarbeiter weiterzugeben. Dafür ist die Nikolskojer Textilfabrik von Morosow in Orechowo-Sujewo, eine der bedeutendsten Fabriken des Landes, ein typisches Beispiel. Sie beschäftigte Anfang der 70er Jahre bis zu 35 000 Arbeiter, davon zwei Drittel als Hausweber, deren Produktion aufgrund des niedrigen Arbeitslohnes äußerst billig war, so daß die Kosten um 100 bis 130 % unter denen der Fabrikproduktion lagen.<sup>21</sup>

Karl Marx widmete in seinen Werken dem erstaunlich jähen Umbruch der gesellschaftlichen Verhältnisse im Rußland der Nachreformen, der zu einer stürmischen Entwicklung der Großindustrie führte, große Aufmerksamkeit. Im ersten Band des "Kapitals" bemerkte er, daß die russische Wirklichkeit die Sturm- und Drangperiode der industriellen Revolution durchlebt, in deren Verlauf sich durch das scheußliche Regime der Selbstherrschaft die Lage des Proletariats besonders verschlechterte: "Auf diesem russischen Boden, an allen Infamien so fruchtbar, stehn auch die alten Greuel aus der Kindheitsperiode der englischen factories in vollster Blüte."<sup>22</sup> Er wies auf das die Gesundheit der Arbeiter ruinierende Ablösungssystem in den Baumwollspinnereien des Gouvernements Moskau hin, auf die grausame Ausbeutung in den russischen Fabriken, in denen bei geringsten Löhnen die Verlängerung des Arbeitstages über die Grenzen des natürlichen Tages in die Nacht hinein "nur annähernd den Vampyrdurst nach lebendigem Arbeitsblut"<sup>23</sup> stillte. Die tiefen Widersprüche und Disproportionen zwischen einem entwickelten industriellen Kapitalismus und einer rückständigen halbfeudalen Agrarordnung bzw. dem absolutistischen Zarismus, der die Grundlagen dieser Ordnung nach den Reformen stützte, spitzten sich mit der Entwicklung der industriellen Revolution so stark zu, daß sie das Land unausweichlich der bürgerlich-demokratischen Revolution entgegenführten. Hierbei stellte die zweite revolutionäre Situation an der Wende von den 70er zu den 80er Jahren eine wichtige Etappe dar.<sup>24</sup>

Die industrielle Revolution in Rußland schuf die ersten Kader des städtischen Industrieproletariats, das den Kern der Arbeiterklasse bildete. Im russischen Industrieproletariat sah Marx jene künftige große Kraft des historischen Fortschritts, die sich erst in den ersten Jahrzehnten nach der Reform während der Entstehung der maschinellen Fabrikindustrie herausbildete, reifte und festigte. Auf der Londoner Konferenz der I. Internationale im Jahre 1871 sprach Marx davon, daß er "größte Hoffnungen auf die Bewegung des Proletariats in Rußland setzt, das einen

21 Rabočij klass Rossii ot zaroždenija do načala XX v., Moskva 1983, S. 158.

22 Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 585.

23 Ebenda, S. 271.

24 Siehe dazu: Rossija v revoljacionnoj situaciji na rubeže 1870 - 1880-  
ch godov, Moskva 1983.

starken Geist der Brüderlichkeit und Solidarität besitzt".<sup>25</sup> In der 2. Hälfte der 70er Jahre unternahmen fortschrittliche Vertreter der jungen russischen Arbeiterklasse erste Schritte zur Schaffung einer selbständigen proletarischen Organisation, des Südrussischen Arbeiterbundes, der 1875 in Odessa entstand, und des Nordrussischen Arbeiterbundes, der von 1878 bis 1880 in Petersburg wirkte. Wenn auch die kleinbürgerlichen Lehren der Volkstümler in der Befreiungsbewegung das Übergewicht hatten, so wurde doch die Forderung des politischen Kampfes gegen Zarismus und Bourgeoisie zuerst von fortschrittlichen Arbeitern Rußlands erhoben.<sup>26</sup>

Die Periode der 80er und der beginnenden 90er Jahre des 19. Jh. ist mit der zweiten Phase, der Intensivierungsphase der industriellen Revolution in Rußland, verbunden. Die kapitalistische Wirtschaft des Landes, die sich ausweitende Weltagrarkrise und die Überproduktionskrise der Industrie forcierten den Intensivierungsprozeß, indem die Ergebnisse des weltweiten Fortschritts in Technik und Produktionsorganisation genutzt wurden. Den zerstörenden Kräften der langandauernden Wirtschaftskrise und Depression in den 80er Jahren hielten nur starke kapitalistische Firmen stand, die über große Kapitale verfügten. Kleinere, mit Hausindustrie arbeitende Unternehmen und Manufakturbetriebe, die insbesondere im zentralen Industriegebiet verbreitet waren, gingen allerorten ein, weil sie der vernichtenden Konkurrenz der großen Fabriken nicht gewachsen waren. Bei der überwiegenden Mehrheit der Kleinindustrie in den alten Zentren der Weberei in den Gouvernements Wladimir, Jaroslawl und Kostroma kam es gegen 1890 zum Niedergang. Allein in der Baumwollweberei, dem Kattundruck und den Färbereien gingen 700 kleine und mittlere Betriebe des manufaktur- und hausindustriellen Gewerbes bankrott. Doch gleichzeitig wuchs die kleine Waren- und Manufakturproduktion, die durch Fabriken in den fortgeschritteneren Industriezweigen der Zentren verdrängt wurde, in zahlreichen rückständigen Wirtschaftszweigen der entfernteren Landesgegenden weiter, wo sie über 50 % der Industrieproduktion erbrachte.<sup>27</sup>

Die Entwicklung der maschinellen Produktion zeigte sich in den 80er Jahren in der territorialen Verteilung der Dampfkraft. Von 1878 bis 1892 wuchs die Leistung der Dampfmaschinen in der russischen Industrieproduktion insgesamt auf das 3fache und erreichte 345 200 PS. Davon kamen auf die führenden Industriegouvernements Petersburg, Moskau, Wladimir, Jekaterinoslaw und Kiew über ein Drittel der Gesamtleistung.<sup>28</sup>

25 Londonkaja konferencija Pervogo Internacionala, Moskva 1941, S. 100 ff.

26 Sokolov, O. D., Na zare rabočego dviženija v Rossii, Moskva 1978, S. 232 - 247.

27 Rybnikov, A. A., Melkaja promyšlennost' i ee rol' v vosstanovlenii russkogo narodnogo chozjajstva, Moskva 1922, S. 4 - 7.

28 Siehe: Lenin, Die Entwicklung des Kapitalismus ..., S. 521 f.

Im gleichen Zeitraum vollzog sich eine intensive Umgestaltung in der Energieerzeugung der metallurgischen Werke Rußlands. Die Wasserräder wurden überall durch Dampfmaschinen ersetzt, die 1890 bereits 60 % der von der Metallurgie des Landes benötigten Antriebskapazität lieferten.<sup>29</sup>

Außerordentliche Bedeutung für die kapitalistische Wirtschaft Rußlands hatte das Entstehen der neuen, südlichen Hüttenindustrie in der Ukraine. Für ihre Erweiterung spielte der Bau der Jekaterinoslawer Eisenbahn im Jahre 1884 eine wichtige Rolle, denn sie schuf die Verbindung zwischen den reichen Eisenerzvorkommen Kriwoi Rogs und der Steinkohle im Donezbecken. Die Entwicklung dieses südlichen Gebietes vollzog sich auf großkapitalistischer Grundlage, indem neueste Maschinenteknik und Organisationsformen der maschinellen Großproduktion aus den entwickelten Gebieten Rußlands und den westlichen Ländern übernommen wurden. Diese Großbetriebe im Süden, die Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre errichtet wurden, hatten innerhalb der russischen Metallurgie den höchsten Stand der Energieausrüstungen, der das mittlere Niveau Rußlands um das 10- bis 15fache überstieg.<sup>30</sup>

In der Mitte der 80er Jahre kamen neue Kraftstoff- und Energiequellen für die russische Industrie und das Transportwesen auf. Mit der überall in der Fabrikindustrie, bei Eisenbahn und Dampfschiffen vor sich gehenden Umstellung vom unrentablen Brennholz auf mineralische Brennstoffe erwiesen sich Steinkohlen- und Erdölindustrie als außerordentlich profitabel. Dieser Faktor trug zur intensiven Entwicklung neuer Gebiete der Brennstoffindustrie, der Steinkohlenreviere am Donez und bei Dombrowski und des Erdölgebietes um Baku bei. Allein in den 80er Jahren wuchs die Erdölförderung im Bakuer Gebiet auf das 12fache. 1890 wurden hier 148 erdölverarbeitende Betriebe, unter ihnen 13 Großbetriebe, die drei Viertel des Bakuer Petroleums produzierten, gezählt.

Die industrielle Revolution in Rußland, die in einem historisch kurzen Zeitraum ablief, ging mit weitaus höherem Kapitalumfang und höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals vor sich als in den westlichen Ländern. Die relative Schwäche der inneren Akkumulation und das Fortbestehen starker feudaler Überreste bewirkten dabei die unverhältnismäßig große Rolle des Staates und das frühzeitige Entstehen von Monopolen in der Industrie des Landes.

Die Entwicklung verschiedener Formen des staatsbürokratischen Kapitalismus, die das freie kapitalistische Unternehmertum behinderten, deformierten und modifizierten erheblich die für die Periode der freien Konkurrenz charakteristischen Entwicklungsprozesse.<sup>31</sup> Die kapitalisti-

29 Glivic, I., *Železnaja promyšlennost' Rossii*, Sankt Peterburg 1911, S. 7 - 30; *Metallurgiĉeskie zavody na territorii SSSR s XVII v. do 1917 g.*, Bd. 1, Moskva/Leningrad 1937.

30 Siehe: Laveryĉev, V. Ja., *Gosudarstvennij kapitalizma v poreformennoj Rossii*, in: *Istorija SSSR*, 1/1982, S. 38.

31 *Istorija Kommunističeskoj partii Sovetskogo Sojuza*, Bd. 1, 1883 - 1903, Moskva 1964, S. 9.

se Entwicklung auf dem reaktionären "preußischen Wege" wurde im zaristischen Rußland mit dem Preis "schrecklicher Vergeudung menschlicher und materieller Ressourcen und räuberischer Ausbeutung durch das Kapital" bezahlt.<sup>32</sup>

Die Entstehung der Großindustrie führte zu grundlegenden Veränderungen in der sozialen Klassenstruktur der russischen Gesellschaft. In den 80er Jahren wuchs die ökonomische Stärke der Bourgeoisie schnell an. Aus ihren Reihen ging eine relativ kleine Schicht reicher Kapitalisten in Petersburg und Moskau hervor, die die Kommandostellen in den führenden Zweigen der Schwer- und Leichtindustrie, innerhalb der Eisenbahn und der Dampfschiffahrt und in den Bank- und Versicherungsgesellschaften innehatten.<sup>33</sup>

Gerade diese Spitze des russischen Großkapitals, die sich durch ihre politische Schwäche auszeichnete, war "durch Tausende von ökonomischen Fäden sowohl mit dem alten gutsherrlichen Grundbesitz als auch mit der alten Bürokratie" der zaristischen Selbstherrschaft verbunden.<sup>34</sup>

Auf dem anderen sozialen Pol, in dessen Mitte das russische Proletariat stand, verstärkten sich in dieser Zeit qualitative Veränderungen, wurde die intensive Konzentration eines ständigen Stammes von Arbeiterkadern in den Großbetrieben und sein schnelles Wachstum in den Hauptindustriezentren des Landes beschleunigt. Im Jahre 1890 waren in den Betrieben der großen Industrie mit über 100 Arbeitern 71 % aller Industriearbeiter Rußlands konzentriert.<sup>35</sup>

Das Industrieproletariat konstituierte sich als wichtigste soziale und revolutionäre Kraft Rußlands. In der 1. Hälfte der 80er Jahre weitete sich die Streikbewegung aus, deren Kulminationspunkt der historische Streik in den Morosowschen Betrieben von 1885 wurde, an dem 8 000 Textilarbeiter der Nikolskojer Manufaktur in Orechowo-Sujewo teilnahmen. Dieser Streik wurde von revolutionären Arbeitern und Sozialisten vorbereitet und durchgeführt. Er bedeutete den Anfang des massiven organisierten Kampfes der Arbeiterklasse Rußlands.

In der 2. Hälfte der 80er Jahre traten in der offensiven sozialen Auseinandersetzung mit dem Kapital einige Abteilungen des Industrieproletariats aktiv hervor. Dazu gehörten die Grubenarbeiter des Donbass, die Erdölarbeiter Bakus, die Bergarbeiter von Kriwoi Rog und aus dem Ural, die Metallarbeiter von Petersburg und die Eisenbahnarbeiter.

Der Streikkampf war der wichtigste soziale Mechanismus bei der Herausbildung des Proletariats zur Klasse. Er schweißte die Proletarier zu einem Kampfkollektiv mit hoher Disziplin, gegenseitiger Hilfe und der Bereitschaft, Entbehrungen standhaft zu tragen, zusammen. Durch ihn lernten die Arbeiter Solidarität, Beharrlichkeit und die Fähigkeit, trotz aller

32 Siehe: Laveryčev, V. Ja., *Krupnaja buržuazija v poreformennoj Rossii, 1861 - 1900*, Moskva 1974, S. 71.

33 Ebenda.

34 Lenin, W. I., *Der Block der Kadetten mit den Progressisten und seine Bedeutung*, in: *Werke*. Bd. 17, S. 544.

35 Derselbe, *Die Entwicklung des Kapitalismus ...*, S. 524 f.

Hindernisse, Schwierigkeiten und Niederlagen unermüdlich um den Sieg bis zur Erreichung ihres welthistorischen Zieles zu ringen. Gleichzeitig war der Streikkampf ein deutlicher Beweis dafür, daß der wichtigste und entscheidende Faktor des kapitalistischen Produktionsprozesses der "menschliche Faktor", die lebendige Arbeitskraft ist und nicht die dem Kapitalisten gehörenden Produktionsmittel.<sup>36</sup>

Das gewaltige Ausmaß der Streikkämpfe zwang die zaristische Regierung, in der Mitte der 80er Jahre die erste Fabrikgesetzgebung einzuführen. Diese Fabrikgesetzgebung war nach Marx die erste bewußte und planmäßige Reaktion der Gesellschaft auf den spontan komplizierter werdenden Aufbau des Produktionsprozesses und der wichtigste Faktor einer künstlich beschleunigten industriellen Revolution. Mit der Begrenzung des Arbeitstages und der Kinderarbeit infolge der Fabrikgesetzgebung waren die Manufakturbetriebe, deren einzige Basis der Konkurrenzfähigkeit in der schrankenlosen "Ausbeutung wohlfeiler Arbeitskräfte" bestand, gezwungen, entweder Maschinen einzuführen oder den Betrieb aufzugeben. Unter diesen Voraussetzungen beschleunigte sich der Untergang der auf Handarbeit beruhenden kapitalistischen Kleinunternehmer, und die Konzentration des Kapitals verstärkte sich.<sup>37</sup> Während der industriellen Revolution überflügelte der Prozeß der Konstituierung des russischen Proletariats zur Klasse bei weitem den Konsolidierungsprozeß der Industriebourgeoisie. Das war eine der Besonderheiten der sozialen Entwicklung Rußlands unter den Bedingungen einer nicht abgeschlossenen bürgerlich-demokratischen Revolution.

Die Abschlußphase der industriellen Revolution Rußlands fällt in die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs der 90er Jahre des 19. Jh., in dessen Verlauf sich in der Entwicklung der Produktivkräfte des Landes große Sprünge vollzogen. Eine wichtige Besonderheit dieser Etappe besteht darin, daß die Schaffung der industriell-technischen Basis des russischen Kapitalismus im Zusammenhang mit der Entstehung eines Komplexes schwerindustrieller Unternehmen und mit der Vergrößerung des großindustriellen Proletariats auf 60 % vollendet wurde. Auch in den Randgebieten des Landes wuchs in dieser Zeit die Fabrikindustrie besonders schnell, ein Zeichen dafür, daß die industrielle Revolution im gesamtrussischen Maßstab verlief. Dabei spielte der großangelegte Bau der Eisenbahn, deren Netz alle Gouvernements des europäischen Rußlands, Sibiriens, des Fernen Ostens und Mittelasiens umfaßte, weiterhin die wichtigste Rolle.

Das rasche Wachstumstempo der Energieausrüstungen und der Arbeitsproduktivität in den wichtigsten und grundlegenden Wirtschaftszweigen erreichte internationales Rekordniveau. So hatte die russische Metallurgie einen Zuwachs von 190 % gegenüber 72 % der deutschen und 50 % der Metallurgie in den USA. Dabei kamen über 60 % des Zuwachses der metallurgischen Industrie auf den Anteil des neuen, südlichen Bergbauges-

36 Siehe: *Istorija i sovremennost'*, Moskva 1978, S. 53 ff.

37 Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, S. 499.

bietes, das zur Hauptbasis für Metallurgie und Brennstoffe wurde. Im Jahre 1900 arbeiteten in den Betrieben des südlichen Gebietes insgesamt 7 % aller russischen Metallurgiearbeiter, die mehr als die Hälfte des gesamten Schwarzmetalls im Lande produzierten.

Das Wachstum der Industrieproduktion war hier bedeutend höher als die Steigerung der Arbeitskräftezahl und wurde in erster Linie durch die Intensivierung der Arbeit auf der Grundlage moderner Maschinenteknik erreicht. Lenin wies nach, daß in den 90er Jahren in der Metallurgie des Südens nicht nur ein quantitatives Wachsen der Produktivkräfte vor sich ging, sondern daß im Zusammenhang mit dem Sieg der kapitalistischen Großindustrie eine echte "technische Revolution" stattfand.<sup>38</sup> In den 90er Jahren gingen in der Struktur der Industrieproduktion bedeutende qualitative Veränderungen vor sich, die durch das vorrangige Wachstum der Zweige der Schwerindustrie und der Produktion von Produktionsmitteln bedingt waren, deren Zuwachsraten fast zweimal so hoch wie die der Leichtindustrie waren. Anfang des 20. Jh. hatten die Produktionsmittel produzierenden Zweige einen Anteil an der russischen Industrieproduktion von 46,5 % gegenüber 30 % im Jahre 1890.<sup>39</sup>

Im Ergebnis der industriellen Revolution war die kapitalistische maschinelle Großproduktion in den wichtigsten führenden Industriezweigen errichtet, womit in den Hauptmerkmalen ein international durchschnittliches Niveau der Entwicklung des Kapitalismus erreicht war.

Ein deutliches Zeichen wichtiger struktureller Veränderungen war die zunehmende Konzentration der Industrieproduktion und des Industrieproletariats. Anfang des 20. Jh. waren in den größten Industrie- und Transportbetrieben, die 18 % aller Industrieunternehmen ausmachten, mehr als vier Fünftel des gesamten Proletariats der Großindustrie konzentriert. Dieses grundlegende Resultat zeigt auch die immense soziale Bedeutung der industriellen Großbetriebe Rußlands, deren spezifischer Anteil in dieser Zeit dreimal höher war als in Deutschland und in den USA.<sup>40</sup>

Die gewaltige Vergesellschaftung der Arbeit, verbunden mit einem starken absoluten Wachstum der Arbeiterklasse in allen Zweigen der Volkswirtschaft des Landes war das wichtigste soziale Ergebnis der industriellen Revolution in Rußland. Die russische Arbeiterklasse wuchs in den 40 Jahren nach der Reform zahlenmäßig fast auf das 4, 5fache und erreichte um die Jahrhundertwende 14 Mill. Menschen, die 40 % der erwerbstätigen Bevölkerung des Landes ausmachten. Entsprechend diesen Kennziffern übertraf

38 Lenin, Die Entwicklung des Kapitalismus ..., S. 502 ff.

39 Strumilin, S. G., Očerki ekonomičeskoi istorii Rossii, Moskva 1960, S. 504 - 510.

40 Sidorov, A. L., Istoričeskie predposylki Velikoj Oktjabr'skoj socialističeskoj revoljucii, Moskva 1970, S. 115.

Rußland Frankreich, Österreich-Ungarn und Italien, wo der Anteil des Proletariats an der erwerbstätigen Bevölkerung ein Drittel betrug. Es näherte sich Deutschland und Belgien, wo dieser Anteil mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung ausmachte.<sup>41</sup>

Lenin wies darauf hin, daß die Kraft der Arbeiterklasse in jedem beliebigen kapitalistischen Land unvergleichlich höher ist als ihr Anteil an der Masse der Bevölkerung. "Das kommt daher, daß das Proletariat Zentrum und Lebensnerv des gesamten kapitalistischen Wirtschaftssystems ökonomisch beherrscht, ferner daher, daß es ökonomisch und politisch die wahren Interessen der überwiegenden Mehrheit der Werktätigen unter dem Kapitalismus zum Ausdruck bringt."<sup>42</sup> Die Kraft und Macht der Arbeiterklasse Rußlands wurde noch durch die Besonderheiten ihrer Verteilung verstärkt. Der Kern der Arbeiterklasse, das Industrieproletariat, war zum überwiegenden Teil in den Betrieben der maschinellen Großindustrie, in denen der Hauptteil der Industrieproduktion erzeugt wurde, konzentriert. Das verstärkte die führende Rolle dieses fortschrittlichsten Teils der Arbeiter im Wirtschaftsleben des Landes erheblich. Die Avantgarde war das städtische Industrieproletariat, dessen zahlenmäßige Stärke 1900 mehr als die Hälfte des Gesamtumfanges der Fabrikarbeiter Rußlands ausmachte.<sup>43</sup> Hierbei erwies sich das Petersburger Proletariat, das geistig und politisch bestimmend war, als Führer des Gesamtproletariats. Seine größte Abteilung waren die Metallarbeiter, die 40 % der Fabrikarbeiter der Hauptstadt stellten.

Gemäß ihrer Lage war die Arbeiterklasse Rußlands eng mit der riesigen Masse der Halbproletarier verbunden. Dadurch konnte sie die Lebensinteressen der überwiegenden Mehrheit der Werktätigen des Landes zum Ausdruck bringen und vertreten.

Die industrielle Revolution in Rußland wurde durch die sich gleichzeitig verstärkenden Widersprüche zwischen dem fortgeschrittenen Industriekapitalismus und der rückständigen halbfeudalen gutsherrschaftlichen Agrarwirtschaft vorangetrieben, die durch die Selbstherrschaft gestützt wurde und das Wachstum der Produktivkräfte und den bürgerlichen Fortschritt fesselte. Im Ergebnis dessen wuchsen unausweichlich tiefe Widersprüche heran, die eine revolutionäre Lösung verlangten.

In den 90er Jahren des 19. Jh. vollzogen sich während des pausenlosen Kampfes gegen das Kapital innerhalb der Arbeiterklasse bedeutende qualitative Fortschritte hinsichtlich des Klassenbewußtseins und der ideologischen Geschlossenheit. Besonders entwickelt war die Organisiertheit

41 Rabočij klass Rossii ..., S. 200; Meždunarodnoe raboče dviženie, in: Voprosy istorii i teorii, Moskva 1978, Bd. 3, S. II.

42 Lenin, W. I., Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats, in: Werke, Bd. 30, S. 264.

43 Vasil'ev, B. N., Čislennost', sostav i territorial'noe razmeščenie fabrično-zavodskogo proletariata Evropejskoj Rossii v konce XIX - načale XX v., in: Istorija SSSR, 1/1976, S. 103.

innerhalb des Proletariats der Bergbauindustrie, in dem die Schicht der revolutionären Arbeiter, die den Klassenkampf des Proletariats führte, bedeutend wuchs. In den größten Fabrikbetrieben, die in den lebenswichtigen Zentren des Landes konzentriert waren, fand ein intensiver Prozeß der Vereinigung und des Zusammenschlusses der Arbeiter zu starken Proletarierkollektiven statt, deren Streikkämpfe zur Leitlinie der gesamten Arbeiterbewegung wurden. Lenin wies darauf hin, "daß nur die maschinelle Großproduktion die Arbeiter weckt, sie aufklärt und zusammenschweißt und die objektiven Bedingungen für eine Massenbewegung schafft."<sup>44</sup>

Eben in dieser historischen Periode bildete sich das Industrieproletariat zur führenden sozialen Kraft heran und wurde zum wichtigsten politischen Faktor in der gesamtrussischen revolutionären Bewegung. Dieser grundlegende Umbruch förderte das breite Eindringen der Ideen des revolutionären Marxismus in die Arbeiterbewegung. In diesen Jahren trat die sich konstituierende russische Arbeiterklasse als politisch gereifte Klasse mit entwickeltem Klassenbewußtsein auf. Das befähigte sie, den Kampf gegen die Bourgeoisie, der untrennbar mit dem Kampf gegen die zaristische Selbstherrschaft als der politischen Diktatur der herrschenden Klassen Rußlands verbunden war, von der Position ihrer Klasseninteressen aus zu führen. Dank der Führung durch die revolutionäre Sozialdemokratie, unter Leitung des von Lenin 1895 gegründeten Petersburger "Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse", nahm die Massenbewegung der Arbeiter im gesamtrussischen Maßstab politischen Charakter an. In der Mitte der 90er Jahre des 19. Jh. begann eine neue Periode der proletarischen revolutionären Befreiungsbewegung in Rußland, "in der sich die Volksrevolution vorbereitete".<sup>45</sup>

(Übersetzt von Traute Scholz)

<sup>44</sup> Lenin, W. I., Die linken Volkstümler und der Marxismus, in: Werke, Bd. 20, S. 375.

<sup>45</sup> Derselbe, Der Beginn von Demonstrationen, in: ebenda, Bd. 16, S. 363.



Zur Haltung von Klassen und Schichten zum produktionstechnischen Fortschritt während der Industriellen Revolution in Deutschland<sup>+</sup>

von Karl Lärmer/Hans-Heinrich Müller/Karl Obermann

0. Vorbemerkung

1. Die Textilindustrie als Primärindustrie der Industriellen Revolution
2. Landwirtschaft (Zuckerrübenkultur und Dreschmaschinen)
3. Der Eisenbahnbau

0. Vorbemerkung

Arbeitsmaschinen, also Maschinen, bei denen das Halten und Führen des Werkzeuges einem Mechanismus obliegt, waren im Spätmittelalter - und früher - durchaus bekannt. Man denke an Flachsbrechmühlen, Walkmühlen, Farbstampfen, aber auch an Holzschneidemühlen, Hammerwerke usw.

Bewegungsmaschinen in Gestalt von Göpeln, Wasser- und Windmühlen stellten keine Novität dar.

Die Arbeitsmaschinen der vorindustriellen Ära unterscheiden sich jedoch von denen der Industriellen Revolution dadurch, daß sie nur einfache, einen hohen Energieaufwand erfordernde Arbeitsoperationen zu vollbringen vermochten und nicht kontinuierlich betrieben wurden. Sie ersetzen das menschliche Arbeitsvermögen nicht, sondern sie erleichterten lediglich bestimmte Fertigungsprozesse. Deshalb gingen von diesen Maschinen keine Umwälzungen des Gesamtsystems der Produktivkräfte aus, deshalb führten sie auch nicht zu sozialökonomischen Um-

<sup>+</sup> Beitrag unter dem ursprünglichen Titel "Technologische Neuerungen in Deutschland im 19. Jahrhundert" für die Tagung der Commission Internationale d'Histoire des mouvements sociaux et des structures sociales zum Thema L'innovation technologique, facteurs des changements. Résistance ou adaptation, reflet des mentalités (XVIII<sup>e</sup> siècle à nos jours), Stuttgart 29. August 1985.

wälzungen. Die Grundstoffe der gewerblichen Produktion war und blieb die Handarbeit des Produzenten, seine Arbeitserfahrung und seine Arbeitsgeschicklichkeit. Eine analoge Situation bestand in der Agrarproduktion und im Verkehrswesen.

## 1. Die Textilindustrie als Primärindustrie der Industriellen Revolution

Eine völlig neue Situation entstand, als der englische Weber James Hargreaves 1764 eine Spinnmaschine vorstellte, mit deren Hilfe eine Arbeitskraft gleichzeitig sechs Fäden spinnen konnte. Durch diese Maschine konnte sich die Textilproduktion kräftig weiterentwickeln, denn bis dahin war ihre Entfaltung insofern gehemmt, als zur Versorgung eines Handwebstuhles die Arbeit von 6 Handspinnern notwendig war, die keineswegs überall ausreichend zur Verfügung standen. Diese Spinnmaschine (Spinning-Jenny), deren Energiebedarf noch mit Hilfe der menschlichen Muskelkraft gedeckt werden konnte, verbreitete sich rasch im Handwerk, im Verlag und in den Manufakturen auch auf dem europäischen Festland. Sie führte zur eindeutigen Trennung von Weberei und Spinnerei.

Technisch stellte die Spinning-Jenny ein Novum dar. Erstmals in der Geschichte war die maschinelle Produktion eines Massengutes, der Kleidung, möglich geworden. Zu Beginn des 19. Jh. gab eine deutsche Familie 14 bis 20 % ihres Einkommens für die Kleidung aus.<sup>1</sup> Im Jahre 1800 betrug der Anteil des Textilgewerbes am Produktionswert der preußischen Manufakturindustrie 59,7 %.<sup>2</sup> Die Zahl der Arbeitskräfte in der deutschen Textil- und Lederproduktion lag bei 1,17 Mill., d. h., mehr als 52 % aller im Gewerbe Tätigen waren in diesen Branchen beschäftigt.<sup>3</sup> Zwischen 1800 und 1830 stieg in den deutschen Staaten allein die Zahl der Feinspindeln in der Baumwoll- und Vigognefabrikspinnerei von 22 000 auf 456 000.<sup>4</sup>

Hatte seit der Einführung des Schnellschützens in der Handweberei ein Widerspruch zwischen der Leistungsfähigkeit der Weberei und der Spinnerei bestanden, so begann sich nun durch die Verwendung von Spinnmaschinen dieser Widerspruch umzukehren. Das einmal gefundene und

1 Schmoller, G., Zur Geschichte des deutschen Kleingewerbes im 19. Jahrhundert, Halle 1870, S. 447 ff.

2 Dieterici, C. F. W., Der Volkswohlstand im Preussischen Staate, Berlin/Posen/Bromberg 1846, S. 2.

3 Bohnsack, A., Spinnen und Weben. Entwicklung von Technik und Arbeit im Textilgewerbe, Reinbek b. Hamburg 1981, S. 250.

4 Kirchhain, G., Das Wachstum der deutschen Baumwollindustrie im 19. Jahrhundert. Eine historische Modellstudie zur empirischen Wachstumsforschung, Münster 1973, S. 41.

massenhaft angewandte Prinzip der Maschinenarbeit führte sowohl zu einer Perfektionierung in der Spinnerei als auch zu erfolgreichen Bemühungen, dieses Prinzip auch auf andere Teile der Produktion anzuwenden. Dies um so mehr, als sich nunmehr zwei grundsätzlich verschiedene Formen der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur gegenüberstanden: das Prinzip der Handarbeit und das der Maschinenarbeit.

Einen weiteren wesentlichen Schritt auf dem Weg des gesellschaftlichen Fortschritts brachte die 1769 von Richard Arkwright zum Patent angemeldete Spinning-Throstle. Diese Spinnmaschine war nicht nur leistungsfähiger als die Spinning-Jenny, sondern sie hatte auch einen so hohen Bedarf an Energie, daß die Möglichkeiten der menschlichen Muskelkraft überfordert wurden. Man mußte deshalb Tiergöpel, Wasserräder oder auch Dampfmaschinen zum Antrieb dieses neuen Spinnmaschinentyps verwenden. Die Nutzung derartig großer Bewegungsmaschinen gebot aber ihren Einsatz für den Antrieb nicht nur einer, sondern mehrerer Spinnmaschinen in einer Lokalität. Das führte dazu, daß sich die Spinnerei aus den Hütten der Spinner in größere Werkstätten verlagerte. Damit war die Fabrik, d. h. eine auf Maschinenarbeit beruhende Werkstatt, entstanden. Es erscheint müßig, den Weg der weiteren Mechanisierung der Spinnerei, des Beginns und der Entwicklung der Maschinenweberei, der Schaffung von Rau- und Schermaschinen, der Ersetzung natürlicher Wasch-, Bleich- und Farbstoffe durch chemische Substanzen verfolgen zu wollen. Von der großartigen Entwicklung der mechanischen Spinnerei zeugen unter anderem folgende Zahlen: 1863 verfügte allein die deutsche Baumwoll- und Vigognespinnerei über etwa 2,3 Mill. Feinspindeln.<sup>5</sup> Produzierte im Jahre 1800 eine Arbeitskraft 55 kg Baumwollgarne, so waren es 70 Jahre später bereits 1 862 kg.<sup>6</sup> In der Baumwollweberei stieg im gleichen Zeitraum die Leistung pro Arbeitskraft von 33 auf 501 kg.<sup>7</sup>

In England setzte die maschinelle Produktion, setzte die Industrielle Revolution etwa ein Jahrhundert nach der bürgerlichen Revolution ein. In den deutschen Staaten dagegen fielen der Beginn der bürgerlichen Revolution und der Industriellen Revolution faktisch zusammen. Dies führte jedoch keineswegs - wie gelegentlich angenommen wird - dazu, daß der Prozeß der Industriellen Revolution in Deutschland einen größeren Zeitraum beansprucht hätte als in England. Ursächlich dafür war, daß Deutschland auf den technischen, produktionsorganisatorischen und finanztechnischen Erfahrungen besonders Englands aufbauen und Fehlentwicklungen zu beachtlichen Teilen vermeiden konnte. Dazu kam, daß der Prozeß der Industriellen Revolution in den deutschen Staaten durch die britische Konkurrenz auf den deutschen Märkten vorangetrieben wur-

5 Ebenda.

6 Ebenda, S. 95.

7 Ebenda.

de. Richtig ist dagegen, daß ohne das englische Vorbild die Industrielle Revolution in Deutschland kaum so früh eingesetzt hätte und so rasch verlaufen wäre. Die deutschen Manufakturisten, Verleger, Kaufleute und Handwerker griffen voller Verlangen - mit Unterstützung progressiver Kräfte im Staatsapparat - besonders nach den in England geschaffenen produktionstechnischen Neuerungen. Sie scheuten dabei keine Mühe und keine finanziellen Mittel, sie scheuten auch nicht die Risiken, die die Übertretung der britischen Auswanderungsgesetze für Fachkräfte und der Ausfuhrverbote für bestimmte Maschinen mit sich brachte.<sup>8</sup> Selbst die zunächst gegebene Reserviertheit gegenüber Dampfkraft, die sich auf die echten und vermeintlichen Gefahren der Dampfmaschinen gründete, wurde im zweiten Jahrzehnt des 19. Jh. aufgegeben.<sup>9</sup>

Die positive Haltung der entstehenden Industriebourgeoisie gegenüber der Maschinenarbeit und den modernen stoffumwandelnden Technologien basierte auf der hohen Profiterwartung. Die staatlichen Förderungsmaßnahmen zielten dagegen auf die Stärkung der ökonomischen und damit der politischen und militärischen Macht der Herrschenden ab.<sup>10</sup>

Es kann deshalb kein Zweifel bestehen, daß die Bourgeoisie und die Staatsgewalten den Techniktransfer besonders aus England, Frankreich, der Schweiz und Belgien ebenso bejahten wie die Anwerbung ausländischer Fachkräfte und den Import hochwertiger Roh- und Hilfsstoffe. Ein Teil des Handwerks erhielt durch die Annahme der maschinellen Produktionstechnik die Chance des Aufstiegs in die Industriebourgeoisie. Für andere Handwerke erweiterten sich durch die Entstehung von Industriesiedlungen und Großstädten die Absatzbedingungen. Handwerke, wie die Maschinenbauer usw., bildeten sich neu heraus. Diese Handwerkergruppen hatten zweifelsfrei eine positive Haltung zur Einführung der Maschinenarbeit. Denkbar ist allerdings, daß jene Handwerkergruppen, die zunächst vom produktionstechnischen Fortschritt nicht berührt wurden, bewußt keine Beziehung zu diesem Problem besaßen. Negativ war dagegen die Einstellung jener Handwerker, die massiv von der Mechanisierung betroffen wurden. Dies war in besonderer Weise in der Textilproduktion bei den Handspinnern, den Handwebern, den handwerklichen Wollkämmern und den Textildruckern der Fall, einer Produktionsgruppe also, die bis in die 70er Jahre des 19. Jh. prozentual die größte Produzentenkategorie darstellte. Dennoch verlief die oft zitierte Vernichtung

8 Lärmer, K., Maschinenbau in Preußen. Ein Beitrag zur Problematik Staat und Industrielle Revolution, in: Jahrbuch für Wirtschafts-geschichte (JWG), 2/1975, S. 13 - 32.

9 Derselbe, Berlins Dampfmaschinen im quantitativen Vergleich zu den Dampfmaschinen Preußens und Sachsens in der ersten Phase der Industriellen Revolution, in: Studien zur Geschichte der Produktivkräfte. Deutschland zur Zeit der Industriellen Revolution, hg. v. K. Lärmer, Berlin 1979, S. 155 f.

10 Mottek, H./Blumberg, H., u. a., Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960, S. 13 f.

des Handwerks im Verlauf der Industriellen Revolution keineswegs geradlinig und total. Das Gegenteil ist in gewisser Weise richtig, denn trotz des Einsetzens der Industriellen Revolution in Deutschland begann der prozentuale Anteil der Handwerker, z. B. in der Weberei, aber auch in der Textilveredlung, zunächst zu steigen und erst in der Endphase der Industriellen Revolution abzunehmen. Das Ende der Industriellen Revolution war aber gleichzeitig der Beginn eines Funktionswechsels des Handwerks, denn aus dem produzierenden Handwerk erwuchs zu beachtlichen Teilen das Reparaturgewerbe.

Versuchten sich Handwerker und Arbeitskräfte aus der Hausindustrie, ebenso wie jene, die aus der Landwirtschaft kamen, durch Überarbeit, aber auch durch Konsumverzicht, der Fabrikarbeit, der Maschinenarbeit, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu entziehen, so erlosch dieser Widerstand in dem Moment, als sie die Fabrikarbeit aufnahmen. Gewaltanwendung gegen Fabrikanten und deren Büttel - also gegen Personen - kennt die Geschichte der Industriellen Revolution in Deutschland; Gewaltanwendung von Industriearbeitern gegen Produktionsanlagen dagegen kaum. Der heftigste und gleichzeitig sinnlose Widerstand gegen die Maschinenarbeit kam eindeutig von den Eignern der handwerklichen Produktionsmittel, wie den schlesischen Webern im Jahre 1844, die ihre Existenz bedroht sahen.

Der zum Fabrikarbeiter gewordene Handwerker oder auch der Agrarproduzent verlor nicht nur jedes Eigentum an Produktionsmitteln, sondern ebenso die Verfügungsgewalt über seine Arbeitskraft und deren Anwendung. Während der Handwerker in der Lage war, mit Hilfe seiner Muskelkraft, seiner Werkzeuge, seiner Arbeitserfahrung und des Arbeitsgegenstandes ein Endprodukt herzustellen, verlor der Maschinenarbeiter allmählich diese Fähigkeit, denn das Halten und Führen des Werkzeuges oblag einem Mechanismus. Durch die Einführung moderner Bewegungsmaschinen hatte der Maschinenarbeiter auch nur noch bedingt Bewegungsenergie aufzubringen; er mußte vor allem Steuer-, Regel- und Kontrollfunktionen ausüben.<sup>11</sup> Dadurch wurde er zwar physisch weniger gefordert, psychisch dagegen immer stärker beansprucht. Die physische Entlastung, die die Maschinenarbeit für den unmittelbaren Produzenten brachte, wurde allerdings bald durch die Einführung der Mehrfachbedienung von Maschinen kompensiert.

Der Wert der gelernten Arbeit fiel. Damit entstand die Möglichkeit, ungelernete Arbeitskräfte, darunter Frauen und Kinder, in den Fertigungsprozeß einzubeziehen. Zum anderen ging der Arbeitsrhythmus einer Fabrik nicht mehr vom Produzenten, sondern von der Maschine aus. Nicht der Arbeiter bestimmte den Gang der Produktion, sondern die Maschine.

11 Jonas, W./Linsbauer, V./Marx, H., Die Produktivkräfte in der Geschichte, Berlin 1969, S. 13 f.

Diese neue Situation verlangte auch ein neues Produktionsverhalten, eine neue Arbeitsdisziplin, die von der Maschinerie ausging.<sup>12</sup> Das heißt, daß der produktionstechnische Fortschritt, stimuliert durch die Profiterwartung der Unternehmer, tiefgreifende negative Folgen - zu denen auch die Freisetzung von Arbeitskräften zählt - für die unmittelbaren Produzenten hatte.

Schuf die moderne Produktionstechnik die Bedingungen für einen steilen Anstieg der Arbeitsproduktivität und damit einen nicht minder rasch zunehmenden Reichtum bei den Unternehmern, so ermöglichte die Verlagerung der Beanspruchung der menschlichen Arbeitskraft von der physischen hin zur psychischen Belastung die rasche Zunahme der Frauen- und Kinderarbeit, die Ausdehnung des Arbeitsalters, die Zunahme der Tages-, Wochen- und Jahresarbeitszeit bei sinkenden Real-löhnen.<sup>13</sup> Von dieser Entwicklung zeugen unter anderem folgende Angaben: Waren z. B. zur Bedienung von 1 000 Spindeln in der Baumwollspinnerei Deutschlands im Jahre 1800 noch 77 Arbeitskräfte notwendig, so reduzierte sich deren Zahl bis 1865/69 auf 14.<sup>14</sup> In der Baumwollweberei, in der sich die Mechanisierung langsamer vollzog, erforderten 1800 100 Webstühle 165 Arbeitskräfte, 1873/77 dagegen 100.<sup>15</sup> Der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte an der Zahl der Erwachsenen lag in der Textilindustrie in der Regel weit über 50 %. 1830 waren in der sächsischen Baumwollspinnerei mehr als 30 % der Beschäftigten Kinder unter 14 Jahren.<sup>16</sup> Die gesetzlichen Vorschriften gegen die Kinderarbeit, vor allem aber das Risiko für die Unternehmer, an wertvollen Maschinen Kinder arbeiten zu lassen, führten allerdings dazu, daß die Kinderarbeit - im Gegensatz zur Frauenarbeit - seit Beginn der 2. Hälfte des 19. Jh. in der Textilindustrie eine fallende Tendenz zeigte. Ähnlich entwickelten sich die Reallöhne. Sie erreichten erst am Ende des 19. Jh. dasselbe Niveau wie zu Beginn des Jahrhunderts. Dies, obwohl die Streikaktivität wuchs. Sind aus den ersten 30 Jahren des 19. Jh. in Deutschland 28 Streiks und aus den 30er Jahren 9 Streiks bekannt, so brachten die Jahre zwischen 1841 und 1851 schon 89 Streiks.<sup>17</sup>

Die in Deutschland besonders auffällige Verbindung von moderner Produktionstechnik und rigorosen Ausbeutungsmethoden erklärt, warum sich der Entwicklungsstand der industriellen Produktion am Ende der Indu-

12 Ebenda, S. 15 ff.

13 Lärmer, K., Ausbeutung und Ausbeutungsmethoden, in: Handbuch Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1981, S. 618 ff.

14 Kirchhain, S. 73.

15 Ebenda.

16 Forberger, R., Die Industrielle Revolution in Sachsen 1800 - 1861, Bd. 1, 1. Halbbd.: Die Revolution der Produktivkräfte in Sachsen 1800 - 1830, Berlin 1982, S. 399 ff.

17 Kuczynski, J., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin 1961, S. 140; ebenda, Bd. 2: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1849 bis 1870, Berlin 1962, S. 98.

striellen Revolution keineswegs wesentlich von der Situation in den Ländern unterschied, die früher in diesen Prozeß eingetreten waren und ihn auch früher beendet hatten. Die Pro-Kopf-Produktion in der deutschen Industrie lag 1860 bei 23,60 Dollar zu Preisen von 1913, die Englands 1830 bei 26,00 Dollar, die der USA 1840 bei 13,50 Dollar, die Frankreichs 1850 bei 8,61 Dollar.<sup>18</sup> Nicht minder deutlich wird die Position Deutschlands am Ende der Industriellen Revolution, wenn man die Dampfmaschinenleistung als Indikator des produktionstechnischen Standards zu Hilfe nimmt. 1860 betrug die Kapazität aller Dampfmaschinen in Deutschland 0,85 Mill. PS (1 PS = 0,735 kW), in England 1840 0,62 Mill. PS, in Frankreich 1850 0,27 Mill. PS.<sup>19</sup> Ausgangspunkt dieser Entwicklung, die die deutsche Industrie in die erste Reihe der Industriestaaten führte, war die Textilindustrie. Sie beschäftigte auch 1870 absolut und relativ die größte Zahl der Arbeitskräfte. Ihre historische Bedeutung bestand aber darin, daß sie der erste Produktionszweig war, in dem massenhaft die Handarbeit durch die Maschinenarbeit ersetzt wurde, und daß, ausgehend von der maschinellen Produktion, der moderne Maschinenbau, der moderne Bergbau und das Hüttenwesen entstanden, die Landwirtschaft und das Verkehrswesen mit Notwendigkeit revolutionären Veränderungen unterworfen werden mußten.

## 2. Landwirtschaft (Zuckerrübenkultur und Dreschmaschinen)

Die von Andreas Sigismund Marggraf 1747 entdeckte, jedoch erst von Franz Carl Achard um die Wende zum 19. Jh. anbaureif gemachte Zuckerrübe war ein eminent wichtiger Schrittmacher bei der Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft und von umwälzendem Einfluß auf die Veränderung der sozialökonomischen Struktur der zucker-rübenanbauenden Landschaften. Der Zuckerrübenanbau stampfte in relativ kurzer Zeit eine eigene Verarbeitungsindustrie aus dem Boden, die neben der Textilindustrie zu den größten Investitionsträgern während der Periode der Industriellen Revolution zählte.

Die Zuckerrübe ist eine Intensivpflanze, d. h. sie erfordert einen hohen Arbeitsaufwand und zahlreiche Pflegearbeiten, sie verlangt eine tiefe und gründliche Bodenbearbeitung und reichliche Düngung, die durch

18 Produktivkräfte in Deutschland 1800 bis 1870, Autorenkollektiv unter Ltg. v. K. Lärmer = Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland, Bd. 1 (im Druck).

19 Minchinton, W., Die Veränderungen in der Nachfragestruktur 1750 - 1914, in: Europäische Wirtschaftsgeschichte. The Fontana Economic History of Europe in vier Bänden, hg. v. C. M. Cipolla, dt. Ausgabe hg. v. K. Borchardt, Bd. 3: Die Industrielle Revolution, Stuttgart/New York 1976, S. 106.

einen erhöhten Vienbestand auch ermöglicht wurde. Bis weit in die 50er Jahre des 19. Jh. geschah die Bodenbearbeitung mit der Hand. Auf zahlreichen Rittergütern in den "Zuckerrübenrevieren" wurden 1 000 und mehr Morgen mit dem Spaten gegraben.<sup>20</sup> Auf diese Spatenkultur folgten ebenfalls in Handarbeit das Säen der Rübenkerne, das Verziehen der Pflanzen, das 2- bis 6malige Behacken der Früchte und das Köpfen der Blätter. Der Rübenanbau hinterließ den Boden in einem günstigen nährstoffmäßigen Zustand, so daß die nachfolgenden Kulturen höhere Erträge lieferten. Die tiefe Bodenbearbeitung und die vielen Pflegearbeiten begünstigten seit der Jahrhundertmitte in Verbindung mit einsetzendem Arbeitskräftemangel die Mechanisierung, die in den Zuckerrübenanbaugebieten am zeitigsten und stärksten verlief,<sup>21</sup> ohne jedoch den großen Arbeitskräftebedarf außer Kraft zu setzen. Vor dem ersten Weltkrieg waren in der preußischen Provinz Sachsen, der Kernprovinz des Zuckerrübenanbaues, knapp 64 000 ausländische Saisonarbeiter tätig, das waren etwa 9 % der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung.<sup>22</sup>

Die Zuckerrübe war eine Leitkultur, von der ein ungleich größerer Intensivierungseffekt auf die Feldwirtschaft ausging als von allen anderen Kulturen. Die Rüben im Verein mit den Kartoffeln trugen nicht nur dazu bei, daß die pflanzliche Produktion in der 1. Hälfte des 19. Jh. in dem Ausmaß, wie die Bevölkerung wuchs, ansteigen konnte, sondern sie riefen auch beträchtliche Veränderungen im jährlichen Arbeitszyklus hervor. Sie beschäftigten beim Setzen wie beim Ernten die Arbeitskräfte auch im Frühjahr und Herbst und weiteten das Erntequartal aus.

Die saisonbedingte und sich ständig ausweitende Rübenzuckerindustrie, in der es auf intensive Pflege der Rübenkulturen und schnellste Verarbeitung der geernteten Rüben ankam, und die einen großen Bedarf an Arbeitskräften hatte, räumte ziemlich schnell mit allen feudalen Relikten, wie Dreschanteil, Deputaten, Kontrakten und Instverhältnissen, auf und verwandelte die Landarbeiter in freie Arbeiter, die nur noch mit Geld entlohnt wurden, wobei der Akkordlohn schon zeitig Anwendung fand. Nirgends haben sich die freien Lohnarbeiter in der Landwirtschaft so schnell herausgebildet wie in den Zuckerrübenrevieren (Provinz Sachsen, Hannover, Braunschweig und Anhalt), sie gehörten zu den am schnellsten durchkapitalisierten Gebieten Deutschlands. Die Einführung der Zuckerrübe hatte entscheidend den Verlauf der Agrarreformen be-

20 Darstellung der Runkel-Rüben-Zucker-Industrie in der näheren Umgebung von Magdeburg, in: Annalen der Landwirtschaft, Bd. 4, 1844, S. 148.

21 Bielefeldt, K., Das Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Sachsen und der angrenzenden Gebiete, Berlin 1910, S. 63 ff.

22 Nichtweiss, J., Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches, Berlin 1959, S. 259 f.



einfließt; sie vermittelte zugleich aufschlußreiche Erkenntnisse über die Dialektik der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise. Den Bauern und Gutsbesitzern wurde diese Dialektik über das schnelle Ansteigen der Preise für die Rübenäcker bewußt, die um ein beträchtliches höher waren als jene für "Durchschnittsäcker". Der immense Anstieg der Pacht- und Kaufpreise für Rübenäcker war ein starker Hebel zur Durchsetzung des produktionstechnischen Fortschritts, der in seiner Wirksamkeit von keiner Aufklärungsarbeit und von keinem Gesetz erreicht werden konnte. Die Agrarreformen gelangten daher in den "Zuckerrübenprovinzen" mindestens ein bis zwei Jahrzehnte früher als im übrigen Deutschland zum Abschluß.

Waren die ersten Rübenzuckerfabriken zu Beginn des 19. Jh. meist Gründungen von spekulierenden Kaufleuten oder kapitalkräftigen Grundbesitzern, so verlangten die ständige Verbesserung der Technik und der Konkurrenzkampf stets größere Kapitalien, die ein einzelner nicht mehr allein aufbringen konnte. Es verbanden sich Unternehmer und Landwirte zu "Kapitalvereinigungen", in denen genossenschaftliche Formen mit starken kapitalistischen Akzenten ausgeprägt waren. Etwa 60 bis 80 % der Kapitalien stellten aber die Bauern bereit.<sup>23</sup>

Die Lebensfähigkeit einer jeden Rübenzuckerfabrik hing von einer ausreichenden und qualitätsgerechten Rohmaterialzufuhr ab. Im Interesse stetiger Rübenlieferung und der Rentabilität gingen die Zuckerfabriken dazu über, ihre Rüben selbst anzubauen, und kauften in der Folge ganze Bauernwirtschaften und Güter auf und verbanden sie mit dem Fabrikbetrieb. Im Kreis Wanzleben z. B. befanden sich von den hier 27 ansässigen Rittergütern über je 100 ha 8 im Besitz und 8 in Pacht von Zuckerfabriken, 4 im Besitz und 4 in Pacht von Zuckerfabrikteilhabern. Nur bei 3 Rittergütern beschränkte sich die Verbindung zu Zuckerfabriken bestenfalls auf Rübenlieferungen.<sup>24</sup> Mit ihrem Beitritt zu einer "Kapitalvereinigung" zur Verarbeitung der Rüben zu Zucker verpflichteten sich die Bauern und Gutsbesitzer, eine bestimmte Fläche mit Rüben anzubauen oder eine festgesetzte Mindestmenge zu liefern, je nachdem wie es die Statuten regelten. Doch nicht nur Anbaufläche oder Mindestmenge, sondern auch Saatgut, Anbaumethoden, Düngung, Pflegearbeiten, Ernte und Anfuhr wurden von den Fabriken vorgeschrieben, Maßnahmen, denen sich auch alle anderen rübenliefernden Landwirte, die nicht Mitbesitzer einer Fabrik waren, unterwerfen mußten, ganz gleich, ob es sich um Bauern, hochangesehene Großgrundbesitzer oder adlige Herrschaften handelte. Die Zuckerrübe entpuppte sich hier als "sozialer

23 Hagelberg, G./Müller, H.-H., Kapitalgesellschaften für Anbau und Verarbeitung von Zuckerrüben in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: JWG, 4/1974, S. 113 - 147.

24 Plaul, H., Landarbeiterleben im 19. Jahrhundert, Berlin 1979, S. 79.

Gleichmacher". Auf diese Weise sicherten sich die Fabriken nicht nur das begehrte Rohmaterial, sondern beeinflussten auch erfolgreich die Qualität und den Zuckergehalt der Rüben. Damit stellten die Zuckerfabriken gleichzeitig eine organische Verbindung mit dem Feldbau her, und als industrielle Unternehmen, die technisch-organisatorisch auf einer höheren Entwicklungsstufe standen als die landwirtschaftlichen Betriebe, sowie im Interesse ihres Profits übten sie auf die Betriebe der Landwirtschaft ständig Druck aus, sich den Bedürfnissen des Fabrikationsverfahrens anzupassen. Hier gelang es, den Hebel anzusetzen, der aus der Rübenfabrik einen neuen Geist auch auf die Rübenfelder und von da auf die gesamte Bodenkultur verpflanzte.<sup>25</sup>

Die vertraglichen Regelungen der Rübenzuckerfabriken mit den Rübenbauern, bei denen sich auch zunehmend das Erfahrungswissen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Pflanzenzüchtung und -ernährung niederschlugen, und die ständigen Kontrollen des landwirtschaftlichen Produktions- und Arbeitsprozesses der Fabrik zwangen die Landwirte zum intensiven Anbau, zu rationeller Bewirtschaftung, zu wirtschaftlicher Rechnungsführung, zur Berücksichtigung kapitalistischer Wirtschaftsprinzipien. Die Rübenzuckerindustrie in ihrer engen Verbindung von Fabrik und Landwirtschaft leistete "kapitalistische Erziehungsarbeit" in der Landwirtschaft.

Der steigende Rohstoffbedarf der Rübenzuckerfabriken beeinflusste auch in entscheidender Weise die Bewirtschaftung ihrer gepachteten oder gekauften Ländereien. Der Rübenbau beherrschte die fabrikwirtschaftliche Landwirtschaft, die sonstige agrare Produktion war fast von nebensächlicher Bedeutung. Man betrieb fast regelrechte Monokultur, die letzten Endes nur den Profitinteressen der Rübenzuckerfabriken entsprang. Viele, wenn nicht sogar die meisten der "Fabrikwirtschaften" bebauten bis in die 60er Jahre bis zu zwei Drittel ihrer Ackerfläche mit Rüben.<sup>26</sup> Dieser übertriebene Rübenanbau konnte auf die Dauer nicht ohne schwere Schäden für die Landwirtschaft bleiben. Bereits in den 50er Jahren mußten die "Fabrikwirtschaften" beträchtliche Einbußen an den Erträgen hinnehmen, die bis zu zwei Drittel zurückgegangen waren (Rübenmüdigkeit der Böden). 1868 erfolgte in manchen Landstrichen ein völliges Versagen des Bodens für den Rübenanbau, und 1876 waren im Regierungsbe-

25 Müller, H.-H., Zur Geschichte und Bedeutung der Rübenzuckerindustrie in der Provinz Sachsen im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Magdeburger Börde, in: Landwirtschaft und Kapitalismus, hg. v. H. J. Rach u. B. Weissel, Bd. 1/2, Berlin 1979, S. 39 ff.

26 Hildebrandt, A., Die Entwicklung des deutschen Zuckerrübenanbaues mit besonderer Berücksichtigung der Ackerbautechnik, Diss., Berlin 1928, S. 18 ff.

zirk Magdeburg, einem Kerngebiet der Rübenzuckerproduktion, 24 Fabriken gezwungen, ihren Betrieb wegen Ertragsausfalls zeitweilig oder dauernd einzustellen.<sup>27</sup>

Unter dem Eindruck der "Rübenmonokultur" hat auch der bekannte Chemiker und Agrikulturchemiker Justus von Liebig die Meinung vertreten, daß der Rübenbau keine Zukunft habe, da er die Bodenkräfte und letztlich die Landwirtschaft ruiniere. Doch Liebig ist widerlegt worden, nachdem der einseitige Rübenbau überwunden wurde und der Anbau von Rüben in angemessener Weise in den Fruchtfolgen Berücksichtigung fand.<sup>28</sup> Seitdem hat der volkswirtschaftlich so hochbedeutsame Rübenanbau nachhaltig auf die Intensivierung und Ertragssteigerung der gesamten Landwirtschaft eingewirkt. Allein schon der Nährwert der Rüben pro Flächeneinheit war doppelt so groß wie der der Kartoffeln und viermal so groß wie der des Roggens. Bei allen Fruchtarten war noch die niedrigste Durchschnittsernte in den Rübenwirtschaften höher als der höchste Durchschnittsertrag in den Nichtrübenwirtschaften. Die Aufwärtsentwicklung der Erträge unter dem Einfluß des Zuckerrübenanbaues hielt im ganzen 19. Jh. an, wie auch die Rübenabfälle auf dem Feld und in der Fabrik den Bestand und die Leistung der Viehhaltung außerordentlich intensivierten. Die rübenbauende Landwirtschaft war eine hochentwickelte, wenn nicht die höchstentwickelte geworden, die wir in Deutschland kennen.

Dreschmaschinen waren bereits Ende des 18. Jh. in Deutschland bekannt, gewannen jedoch keine größere Bedeutung im agraren Produktionsprozeß. Sie förderten aber immerhin Diskussionen entweder über die Rationalisierung im Gutsbetrieb oder über Arbeitslosigkeit unter den Landarbeitern. Mit der Einführung der Dreschmaschinen in die Landwirtschaft war zum ersten Mal das Problem einer Massenarbeitslosigkeit von Handwerkern durch Maschineneinsatz vorstellbar, ein Problem, das Zeitgenossen auf die einfache Formel "Dreschmaschinen machen Bettler und Diebe" brachten.<sup>29</sup>

Die massenhaftere Einführung der Dreschmaschine erfolgte seit den 40er Jahren des 19. Jh., insbesondere in ihrer Verbindung mit der Dampfkraft. Sie geschah vor dem allgemeinen Hintergrund der Industriellen Revolution, der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft, der Abwanderung von Arbeitskräften in die Industrie und nach Übersee und der kapitalistischen Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion infolge der ihr gestellten wachsenden volkswirtschaftlichen Anforderungen.

27 Bielefeldt, S. 63 ff.

28 Schuchart, T., Die volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung der deutschen Zuckerindustrie, Leipzig 1908, S. 34 ff.

29 Ulbricht, O., Rationalisierung und Arbeitslosigkeit in der Diskussion um die Einführung der Dreschmaschine um die Wende zum 19. Jahrhundert, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 68, H. 2, 1981, S. 153 ff.

Die Einbringung der Ernte und ihr Ausdrusch bestand aus einer Folge "standardisierter" Verrichtungen, die zeitweilig einen erheblichen Arbeitsbedarf erforderten, und mit der zunehmenden Knappheit von Arbeitskräften stiegen hier die ohnehin schon relativ hohen Kosten noch einmal sprunghaft an. Die Dampfdreschmaschine konnte hier wirksame Abhilfe schaffen. Sie revolutionierte wie keine andere Maschine ihrer Zeit einen wesentlichen Teil der Landarbeit und der ländlichen Arbeitsverfassung. Die Erntearbeit einschließlich des Dampfmaschinendrusches bildete gewissermaßen einen ersten Übergang aus der ländlichen in die industrielle Produktionssphäre, der zwar unter den Besonderheiten der landwirtschaftlichen Produktion verlief, aber zahlreiche Arbeiten (Transport, Drusch, Reinigung) der Mechanisierung unterwarf.

Das Dreschen mit dem Flegel war bis zur Mitte des 19. Jh. diejenige Arbeit der Tagelöhner, die im Verlauf des Landwirtschaftsjahres die längste Zeit ausfüllte. Die Dreschzeit dauerte auf den großen Gütern meist 30 Wochen, in der Regel von Ende September bis Anfang Mai, nicht selten aber auch bis zum Juni.<sup>30</sup> Das Ausdreschen der gesamten Jahresernte gegen einen bestimmten "Dreschanteil" war dabei anerkanntes Recht der Tagelöhner. Diese überlieferte Arbeitsverfassung wurde durch die Dreschmaschine auf das schwerste erschüttert. Die Tagelöhner bedienten sie zwar und erhielten auch weiterhin einen wenn auch geringeren Anteilsatz an Korn, die Zahl der Dreschstage wurde jedoch bedeutend reduziert und der Tagelöhner zunächst für eine bestimmte Zeit der ehemaligen Dreschperiode arbeitslos. Zwar erfolgte keine Massenkündigung, denn die gleichzeitig einsetzende Intensivierung des gesamten Landwirtschaftsbetriebes erforderte besonders bei der Bodenbearbeitung zusätzliche Arbeitskräfte. Solche Arbeiten fielen jedoch überwiegend in die Zeit vom Frühjahr bis zum Herbst, so daß vom Zeitpunkt des verstärkten Dreschmaschineneinsatzes ab die Landwirtschaft zunehmend den Charakter eines Saisongewerbes erhielt. Trotzdem blieb mit der effektiv geringeren Zahl der nunmehrigen Dreschstage, d. h. einer unumgänglichen Teilarbeitslosigkeit der Tagelöhner während des Winters, die Existenzunsicherheit bestehen. Sie erfuhr indessen durch die verstärkt nach 1850 einsetzende Auswanderungsbewegung eine gewisse Lösung.<sup>31</sup>

Die Entwicklung der Landwirtschaft zum Saisongewerbe reduzierte auch den Stamm der das ganze Jahr hindurch auf den Gütern beschäftigten Landarbeiter, der sog. Hoftagelöhner (Drescher) mehr und mehr. Der "Tagelöhner" im 20. Jh., dessen Hauptverdienst nicht mehr im Dreschanteil besteht, ist - abgesehen von seiner Kleinvieh- bzw. Schweinehaltung und dem festen Deputat - nur mehr das, worauf seine alte Bezeichnung im Grunde verfrüht hinwies: Tagelöhner.<sup>32</sup>

30 Bentzien, U., Landbevölkerung und agrartechnischer Fortschritt in Mecklenburg vom Ende des 18. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts, = Studien zur Geschichte, Bd. 1, Berlin 1983, S. 95 ff.

31 Ebenda, S. 99.

32 Ebenda, S. 108, 149.

Die Dreschmaschine ersparte menschliche Arbeitskraft. Zugleich wurde die Arbeit durch die Maschine genauer und daher auch effektiver. Das Korn wurde in der Regel reiner ausgedroschen. Die Dreschmaschine verkürzte die Ausdruschzeit erheblich, so daß die Bauern oder Landarbeiter nicht mehr den ganzen Winter mit dem Dreschen beschäftigt waren, sondern nunmehr auch andere Arbeiten, wie Reparaturen an Gebäuden, Maschinen, Geräten, Wiesenpflege usw., durchgeführt werden konnten. Der schnellere Ausdrusch insbesondere auf den größeren Gütern bot den Gutsbesitzern zumindest in der frühen Erntezeit auch die Möglichkeit, das Getreide zu einem höheren Marktpreis zu verkaufen und sich dadurch Vorteile gegenüber der Masse der Bauern zu verschaffen.

Der Einsatz der Dampfdreschmaschine stellte nunmehr auch neue Anforderungen an die beteiligten Arbeitskräfte, verlangte ein gewisses Maß an Spezialkenntnissen, Übung und Erfahrungen, die sie erst mit der Gewöhnung an die neue Technik erwarben. Es wurde eine ungleich höhere geistige Anspannung abverlangt, mehr Aufmerksamkeit und Umsicht, gepaart mit einer Portion technischen Verständnisses. Hier traten schon regelrechte Spezialisten in Erscheinung, z. B. Lokomobilführer, Heizer, Verantwortliche für die Dreschmaschine, Garbeneinleger usw. Die Herausbildung des technikkundigen Landarbeiters nahm hier ihren Anfang.<sup>33</sup> Andererseits hatte die Dreschmaschine auch wesentliche Arbeitsumstellungen zur Folge. Im Gegensatz zu der variablen Zeiteinteilung bei der Handarbeit bestimmten das Arbeitstempo nicht mehr die Arbeiter bzw. die Aufseher, sondern fortgesetzt und minutiös die Maschine. In Berichten findet das folgenden Ausdruck: "Bei dem Dreschen mit dem Flegel kommt es auf den guten Willen der Arbeiter an, aber die willenlose Maschine arbeitet fortwährend gleichmäßig, in derselben Vollkommenheit und ohne Abnahme der Kräfte, wie dies Menschenhände nicht ermöglichen können. Dadurch kam auch die bisherige, unmittelbar ausgeübte 'lästige Kontrolle der Drescher' in Fortfall; denn 'bei der Maschine, von der man ziemlich genau weiß, wieviel sie täglich Körner bei geregelter Betriebe liefern muß, ist die Kontrolle außerordentlich erleichtert', so daß bei Benutzung von 'Dreschmaschinen alle die Unannehmlichkeiten und Streitigkeiten vermieden werden, welche zwischen Herrn und Drescher so oft vorkommen'. Zum zweiten: die vordem 'sehr saure, geisttötende Arbeit' mit dem Flegel verschwand, indem sie sich in mehrere, verschiedene Teil-Tätigkeiten auflöste, die jede für sich insofern eine relativ größere Aufmerksamkeit beanspruchte, als sie im Rhythmus der Maschine genau aufeinander abgestimmt sein mußten."<sup>34</sup>

Die Arbeitserleichterung, die die Maschine insgesamt gewährte, war für die Dauer ihres unmittelbaren Betriebes mit einer erhöhten Beanspruchung der menschlichen Arbeitskraft verbunden. Die eigentliche Dreschmaschine war zwar mechanisiert, die Bedienung der Maschine aber, vor allem der

33 Plaul, S. 161 ff.

34 Ebenda, S. 162 f.

An- und Abtransport des Getreides, erforderte äußerste Kraftanstrengung. "Der schlimmste Posten war am Strohelevator. Hier mußte ein Landarbeiter stehen und das wegbesorgen, was zwei Mann mit aller Gewalt in die Maschine hineinbekommen konnten."<sup>35</sup> Bei den Landfrauen war die Arbeit an der Dreschmaschine, die sie wegen der zusätzlichen Verdienstmöglichkeiten für die Familie zu tun gezwungen waren, wegen ihrer Schwere besonders gefürchtet. Der bekannte Landarbeiter Franz Rehbein beschrieb in seiner Autobiographie die Ausbeutung beim Maschinendreschen: "Was die Dreschmaschinenarbeit selber betrifft, so ist sie eine der anstrengendsten und aufreibendsten, die man sich denken kann. Stunden, nur Stunden schinden ist hier die Lösung ... Spätestens um vier morgens wird angefangen, nicht selten aber auch schon um drei Uhr, und dann geht es den ganzen lieben Tag rastlos fort, mindestens bis acht Uhr abends; sehr häufig aber wird es neun oder zehn Uhr, öfters sogar elf und zwölf Uhr nachts. Pausen gibt es nur, solange die Essenszeit dauert."<sup>36</sup>

Die Dreschmaschine erforderte nicht nur äußerst anstrengende Tätigkeit der Landarbeiter, sondern sie stellte oft auch eine Gefahrenquelle dar. Abgesehen davon, daß es noch keine Schutzvorrichtungen gab und es dadurch zu manchem Unfall kam, verursachte der Maschinendrusch vor allem große Staubbelästigungen. Der Getreidestaub haftete oft zentimeterdick auf den Leuten, rief Erkrankungen der Lunge, Haut und Augen hervor. Setzte sich der Staub bei der schweren Arbeit auf die schwitzende Haut, dann entstand unangenehmes Jucken und Brennen, wie auch geschwollene und entzündete Augen häufige Erscheinungen waren.

Die Maschine wurde so mitbestimmend für den Grad der Arbeitsleistung, die dem Landarbeiter abverlangt wurde. Die Maschinenarbeit erwies sich dann als besondere Knochenarbeit, wenn sie im Akkord ausgeführt wurde, der den Arbeitern einen höheren Verdienst ermöglichte, zugleich aber das Arbeitstempo übertrieben steigerte.

### 3. Der Eisenbahnbau

Die technologischen Neuerungen erreichten in Deutschland mit dem Bau von Eisenbahnen einen Höhepunkt. Der Eisenbahnbau nahm ab 1835 von Jahr zu Jahr einen größeren Umfang an. Damit war die Grundlage für einen umfassenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungsprozeß geschaffen.

<sup>35</sup> Bentzien, S. 144.

<sup>36</sup> Rehbein, F., Gesinde und Gesindel. Aus dem Leben eines Landarbeiters im wilhelminischen Deutschland, Berlin 1955, S. 262; derselbe, Das Leben eines Landarbeiters, hg. u. eingel. v. P. Göhre, Jena 1911 S. 239 f.

Industrielle, Kaufleute und Bankiers richteten seit den 30er Jahren des 19. Jh. ihr Augenmerk auf den Eisenbahnbau. Das "Allgemeine Organ für Handel und Gewerbe", das im Dezember 1834 in Köln gegründet wurde, schrieb am 2. Juli 1835: "Alles ist voller Mut und Unternehmungsgeist, und Deutschland scheint entschlossen, nicht zurückbleiben zu wollen, in der Anwendung eines Kommunikationsmittels, welches mit Recht als einer der größten Hebel für die Beförderung des Handels und der Gewerbe betrachtet werden muß." Ferner wird darauf hingewiesen, daß "Kapitalien ... jetzt in hinlänglicher Masse von allen Seiten angeboten werden. Nürnberg und Fürth haben für ihre kleine, aber interessante Bahn die erforderlichen 150 000 Gulden zusammengeschlossen. Leipzig hat in zwei Tagen den Betrag von 1 1/2 Million Thalern für seine Bahn nach Dresden erhoben. Köln hat für die Bahn nach der belgischen Grenze die Subskriptionslisten mit 1 800 000 Thlr. geschlossen, Aachen hat dasselbe mit 300 000 Thlr. getan, und beide Städte hätten weit mehr erhalten können, wären jene Summen nicht genügend befunden worden. Elberfeld und Düsseldorf haben angefangen, Unterschriften für die Bahnen von der Ruhr durch das Wuppertal an den Rhein zu sammeln, und es wird, nach dem Anfang zu urteilen, nicht lange dauern, bis die benötigte Summe von respektive 500 000 und 700 000 Thlr. komplettiert ist. Berlin hat die große Summe von 8 Millionen Thlr. für den Bau von Eisenbahnen angeboten. Magdeburg will mit 4 Millionen in die Schranke treten."<sup>37</sup>

Für Friedrich List, dem Pionier des Eisenbahnwesens, war der Eisenbahnbau nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Notwendigkeit. Er vertrat den Grundsatz, daß es nicht erlaubt sei, "die ökonomische Frage von der politischen zu trennen". In Übereinstimmung mit dem Bergrat von Baader erklärte List bereits 1827 in der "Allgemeinen Zeitung, Augsburg", daß der Eisenbahnbau nicht nur die Transportsituation verbessern, sondern vor allem die Zollschranken beseitigen und damit zur Bildung eines nationalen Marktes beitragen würde. 1841 schrieb List in einem seiner Artikel "Das deutsche Eisenbahnsystem": "Das Eisenbahnsystem und der Zollverein sind siamesische Zwillinge; zu gleicher Zeit geboren, körperlich aneinander gewachsen, eines Geistes und Sinnes, unterstützen sie sich wechselseitig, streben sie nach einem und demselben großen Ziel, nach Vereinigung der deutschen Stämme zu einer großen und gebildeten, zu einer reichen, mächtigen und unantastbaren Nation ... Nur mit Hilfe eines deutschen Eisenbahnsystems vermag die gesellschaftliche Ökonomie der Deutschen zu nationaler Größe sich emporzuschwingen, und erst infolge dieses Aufschwungs kann das Eisenbahnsystem zu voller Bedeutung gelangen."

37 Allgemeines Organ für Handel und Gewerbe, gegründet v. C. C. Becher, fortgesetzt v. A. Binzer, Köln, 2. 7. 1835; ebenda, 4. 10. 1838; ebenda, 21. 1. 1840, Beilage, S. 37; Mottek, H., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1964, S. 135 f.

List unternahm auch praktische Schritte, d. h. er reichte bei den Behörden Anträge ein, den Bau von Eisenbahnen zwischen Berlin, Magdeburg, Leipzig und Hamburg zu genehmigen, stieß jedoch auf Ablehnung.<sup>38</sup> Die Kaufmannschaft in Leipzig, Magdeburg und in anderen Orten warf ihm "extravagante Pläne" vor. Zwischen Lists nationalen Zielen und den lokalegoistischen Zielen und dem Gewinnstreben der Kaufmannschaften bestand ein Gegensatz. Der Widerspruch zwischen nationalen und lokalpolitischen Zielsetzungen führte zu ernsthaften Differenzen zwischen List und der Bourgeoisie.<sup>39</sup>

Doch trotz der Debatten der Kaufleute, Fabrikanten und Bankiers untereinander und mit der Regierung über Fragen der Finanzpolitik bzw. über Geldfragen zeigte sich mehr und mehr die Bedeutung der Eisenbahnen für die Belebung und Stärkung der Wirtschaft. In einer "Denkschrift die Erwerbung und den Bau von Eisenbahnen betreffend", im August 1848, also während der Revolution, vom preußischen Finanzminister und vom Handelsminister dem König vorgelegt, wird erklärt, "daß die Eisenbahnen als die mächtigsten Hebel zur Beförderung des Verkehrs in Handel und Industrie, für eine der wohlthätigsten und segensreichsten Erfindungen erachtet werden müssen", und gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß "die Mehrzahl aller Eisenbahn-Aktien in Privathände, und zwar in alle Klassen des Volkes übergegangen und einen erheblichen Teil des Nationalvermögens ausmacht." Es handelte sich in erster Linie um die "bürgerliche Klasse", den sog. Mittelstand, die mehr und mehr ökonomisch erstarkte und größeres Selbstbewußtsein erlangte, auch in politischer Hinsicht. Diese "bürgerliche Klasse", namentlich die Bankiers, die eine führende Rolle in den Eisenbahngesellschaften spielten, verstanden es, die junkerliche Reaktion und die adlige Bürokratie zur Nachgiebigkeit und Kompromißbereitschaft zu veranlassen, und zwar mit Hilfe der Aktienbeteiligung, der Zuwendung von Posten im Aufsichtsrat oder Direktorium der Gesellschaften, d. h. mit dem Mittel der Korruption.<sup>40</sup>

Friedrich Engels verwies am 6. März 1847 in seinem Artikel "Die preußische Verfassung" auf die seit einigen Jahren herrschende Wirtschaftskrise und bestätigte, daß "diese allgemeine Flaute durch die Eisenbahnspekulationen unterbrochen (wurde), die in den vergangenen acht Jahren in Preußen ihren Anfang nahmen".<sup>41</sup>

38 List, F., Deutschlands National-Transportsystem in volks- und staatswirtschaftlicher Beziehung, In: Eisenbahn-Journal und National-Magazin, hg. v. F. List, H. 40, 1837; Gehrig, H., Friedrich List und Deutschlands Politisch-Ökonomische Einheit, Leipzig 1956.

39 Beyer, P., Leipzig und die Anfänge des deutschen Eisenbahnbaus = Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Bd. 17, Weimar 1978, S. 33 f.

40 Obermann, K., Zur Beschaffung des Eisenbahn-Kapitals in Deutschland in den Jahren 1835 - 1855, in: Revue International d'Histoire de la Banque, Genf, 3/1972, S. 324 f.; Zentrales Staatsarchiv (ZStA), Dienststelle Merseburg, Rep. 120, Handelsamt C, Nr. 16, fol. 95 f.; ebenda, Rep. 120 A X, Bd. 3, Nr. 8, fol. 27 f.

41 Engels, F., Die preußische Verfassung, in: Marx/Engels, Werke (MEW), Berlin 1956 ff., Bd. 4, S. 33.



Die ökonomische Stärke und die finanzielle Überlegenheit, die die Bourgeoisie durch den Eisenbahnbau erlangte, war von grundsätzlicher Bedeutung und verbesserte auch ihre politische Position. Doch zum Bau der Eisenbahnen wurden große Arbeitermassen für die Erdarbeiten benötigt. In seinem Aufsatz "Statistische Betrachtungen über das Eisenbahnwesen", der im Januar 1862 in der Wiener Zeitung "Die Presse" veröffentlicht wurde, hat Karl Marx anhand einiger statistischer Angaben über die englischen Eisenbahnen die große wirtschafts- und sozialpolitische Bedeutung dieser Einrichtung nachgewiesen. Er betonte: "Diese Parvenuform des Reichtums, die kolossalste Ausgeburt der modernen Industrie, ein merkwürdiger ökonomischer Zwitter, der mit den Füßen in der Erde wurzelt, mit dem Kopf auf der Börse lebt, gab dem aristokratischen Grundbesitz einen gewaltigen Rivalen, der Mittelklasse eine Armee neuer Hilfstruppen."<sup>42</sup> Marx stellte fest: "Einzelne Jahre der Eisenbahnmanie, wie 1844 und 1845, eroberten im Sturmschritt das Hauptterritorium."<sup>43</sup> Dazu bemerkte er: "Dem Legen der Schienen gehen enorme Arbeiten voraus."<sup>44</sup>

In seiner Abhandlung "Deutschlands National-Transportsystem in volks- und staatswirtschaftlicher Beziehung" wies Friedrich List auf den Nutzen hin, den die neuen Erwerbsmöglichkeiten bei den Eisenbahnen bringen würden. Er nannte eine Zahl von 200 000 Arbeitern, die der Landwirtschaft entzogen werden müßten, doch würde sich dadurch nicht die Produktion verringern, sondern letztlich "eine Masse gänzlich schlummernder Kräfte" geweckt werden.

Als 1836/37 der Eisenbahnbau begann, setzten Arbeiterwanderungen brotloser und notleidender Arbeiter aus nah und fern zu den zahlreichen Eisenbahnbaustellen ein. Diese wurden Sammelpunkte großer Arbeiter- und Baukolonnen aus den verschiedensten Gegenden und unterschiedlichen Berufen. Am 24. Mai 1836 gab eine der ersten größeren Eisenbahngesellschaften, die Leipzig - Dresdner Eisenbahn-Kompagnie, öffentlich bekannt, daß im Bezirk Leipzig zum Aufschütten des Bahndammes "nicht nur Inländer, ... sondern auch Ausländer (d. h. aus anderen deutschen Staaten - K. O.) angenommen" werden. In einer als Flugblatt verbreiteten "Bekanntmachung" des Direktoriums dieser Kompagnie vom 7. Dezember 1836 wird "die Anstellung von 5 000 bis 6 000 Handarbeitern" bis Februar angekündigt. Zu den Eisenbahnarbeiten meldete sich

42 Marx, K., Statistische Betrachtungen über das Eisenbahnwesen, in: ebenda, Bd. 15, S. 447.

43 Ebenda.

44 Ebenda, S. 448.

stets eine beträchtliche Zahl von Landarbeitern und Knechten, die vom Gesindedienst auf den Gütern freikommen wollten, vor allem landwirtschaftliche Arbeiter aus den östlichen Provinzen. 1837/38 strömten auch Tausende von Arbeitern zur Berlin - Potsdamer Eisenbahn, der ersten Eisenbahnlinie in Preußen. In einer Meldung vom 26. September aus Berlin heißt es: "Der Zudrang ist ungeheuer. Trotz der Fatalität, zwei Meilen fahren zu müssen, ehe man zur Bahn gelangt, drängen sich Tausende herbei ..." <sup>45</sup> Als im Sommer 1838 die Arbeiten an der Eisenbahnstrecke von Köln bis zur belgischen Grenze begannen, strömten auch hier Tausende von Arbeitern herbei. Aus einer Meldung vom 11. August 1838 geht hervor, daß auf dieser Bahnstrecke bereits 1 841 Personen beschäftigt waren, darunter 1 668 Erdarbeiter und Tagelöhner, und diese Zahl sollte sich nach der Ernte bedeutend erhöhen. <sup>46</sup> Tatsächlich setzte im Herbst ein starker Zustrom von Arbeitern vom Lande ein, so daß im November 1838 auf den Baustellen der Rheinischen Eisenbahngesellschaft insgesamt 4 140 Personen, darunter 3 576 Erdarbeiter, beschäftigt waren. Die drei genannten größeren Eisenbahnbauten beschäftigten also 1838/39 etwa 15 000 Arbeiter, d. h. beinahe doppelt soviel wie die gesamte Industrie im Großherzogtum Baden, die in dieser Zeit 9 281 Arbeiter in 294 Fabriken zählte. <sup>47</sup>

Das Wachstumstempo der Eisenbahnbauten war in den Staaten des Deutschen Bundes in den 40er Jahren größer als in jedem anderen Land des europäischen Kontinents. Den Eisenbahnbauten war es allein zu verdanken, daß in den Krisenjahren 1846/47 ein erheblicher Teil der notleidenden Arbeiter beschäftigt werden konnte. Schon in den Jahren 1844/45 traten zahlreiche Regierungspräsidenten dafür ein, daß der Bau der Eisenbahnen gefördert werden sollte, da er, wie es im Bericht des Merseburger Regierungspräsidiums vom Dezember 1844 und Januar 1845 hieß, für die "zahlreiche Handarbeiterklasse eine gute Quelle der Nahrung und des Verdienstes" wäre. Das Regierungspräsidium Oppeln

<sup>45</sup> Obermann, K., Zur Rolle der Eisenbahnarbeiter im Prozeß der Formierung der Arbeiterklasse in Deutschland, in: Die Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse = Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft, Bd. 1, Berlin 1981, S. 325 f.

<sup>46</sup> Allgemeines Organ für Handel und Gewerbe, 11. 8. 1938.

<sup>47</sup> Obermann, K., Die Arbeiter-Migrationen in Deutschland im Prozeß der Industrialisierung und der Entstehung der Arbeiterklasse in der Zeit von der Gründung bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, in: Die Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse, S. 310 - 313; Staatsarchiv (StA) Leipzig, Amtshauptmannschaft Leipzig, Nr. 7824, fol. 88, 122; StA Dresden, Kreishauptmannschaft Dresden, Nr. 1060, fol. 67 - 70.

(Schlesien) erklärte im Mai/Juni-Bericht 1846, daß Eisenbahnen und Chausseen "zugleich eine große Zahl fast arbeitsloser Menschen gegen einen täglichen Verdienst von 5 bis 10 Sgr. beschäftigten". Auch der Oberpräsident der Rheinprovinz legte im Schreiben vom 9. Dezember 1846 dem Innenminister nahe, durch staatliche finanzielle Unterstützung der Eisenbahnprojekte Arbeitsplätze zu schaffen. Er zählte 8 Eisenbahnlinien auf, die Arbeiter beschäftigen könnten. Die Masse der notleidenden Tagelöhner, der Handwerker, namentlich auch der Spinner und Weber, dem Eisenbahnbau zuzuführen, bedeute, die industriekapitalistische Entwicklung zu fördern.<sup>48</sup>

Der Eisenbahnbau schuf für viele Arbeiter, namentlich im Rheinland und in Westfalen, neue Existenzmöglichkeiten. Einer 1847 veröffentlichten Statistik über die Zahl der Arbeiter und Angestellten ist zu entnehmen, daß bei 24 ganz oder teilweise eröffneten Eisenbahnen mit einer Gesamtschienenlänge von 362 geographischen Meilen 6 750 Beamte und etwa 10 000 Tagelohn-Arbeiter angestellt waren, um den Fuhrbetrieb und die Unterhaltung der Strecken zu sichern. Auch in der Revolution von 1848/49 und darüber hinaus noch 1850/51 boten neuerrichtete Eisenbahnbaustellen zahlreichen Arbeitern die einzige Existenzmöglichkeit. Auf der westfälischen Eisenbahn Paderborn - Hamm bis zur Kurhessischen Grenze schwankte im Laufe des Jahres 1852 die Durchschnittszahl der Arbeiter, Erdarbeiter, Maurer, Zimmerleute, Steinbrecher, Fuhrleute usw. zwischen 8 000 und 12 000 Mann. Auf der Strecke Berlin - Bromberg - Königsberg war die Zahl der beim Bau beschäftigten Arbeiter im Sommer 1851 bis auf 13 471 Mann gestiegen.

Der Eisenbahnbau trug auch dazu bei, daß sich in den 30er und 40er Jahren namentlich auf dem Lande neue Industrien entwickelten, die mit Hilfe zugewanderter Landarbeiter und Tagelöhner ihren Arbeitskräftebedarf deckten. 1849 waren in Preußen in diesen Industrien etwa 75 000 beschäftigt, davon allein 24 634 in 5 521 Ziegeleien und 5 501 in 1 822 Kalkbrennereien, die hauptsächlich für den Bau von Bahnhöfen arbeiteten, dazu kamen 116 Runkelrübenzuckerfabriken mit 15 055 Arbeitern, 15 472 Brauereien und Brennereien mit 28 516 Arbeitern. Dagegen beschäftigten 1849 die 720 Eisenwerke in Preußen erst 18 687 Arbeiter.<sup>49</sup>

48 Kumpmann, K., Die Entstehung der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft 1830 - 1844, Essen 1910, S. 183; Obermann, K., Wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte der Krise von 1845 - 1848 in Deutschland, insbesondere in Preußen, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 7, Berlin 1972, S. 167 - 171; ZStA, Dienststelle Merseburg, Rep. 77, Nr. 19, fol. 201 f.

49 Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik, Berlin, 1. Jg. 1847, S. 643 f., 922; Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, hg. v. O. Hübner, Leipzig 1852, S. 34, 55; ZStA, Dienststelle Merseburg, Rep. 169 C 19, Adhib. Ia, vol. I, fol. 2, 32, 65; Obermann, Die Arbeiter-Migrationen in Deutschland ..., S. 314 - 319; Eisenbahn-Zeitung, Stuttgart, 12. 4. 1846, S. 128 f.

Die Mobilität von Arbeitermassen, die der Eisenbahnbau ausgelöst hatte, nahm mehr und mehr Ausmaße an, die kaum in Zahlen ausgedrückt werden können. Aus den Arbeitermassen formierte sich die Arbeiterklasse. Die Lebensweise der Arbeiter veränderte sich, und so trat auch eine Veränderung des Bewußtseins ein. Auf den Baustellen lebten die Arbeiter manchmal unter unmenschlichen Bedingungen. Erhebliche Schwierigkeiten entstanden bei der Unterbringung der Arbeitermassen, so z. B. beim Bau der Thüringischen Eisenbahn von Halle nach Eisenach, die im Sommer 1845 etwa 15 000 Arbeiter gleichzeitig beschäftigte. Das Großherzogtum Sachsen-Weimar stellte eine Kaserne zur Verfügung die tausend Personen Obdach bot. Die meisten Arbeiter mußten in den benachbarten Ortschaften in Scheunen schlafen. Die Unterbringung war allgemein elend und primitiv. Es herrschte auf den Baustellen eine extensive kapitalistische Ausbeutungsmethode. Eine 14- bis 16stündige Arbeitszeit, dazu scharfe Arbeitshetze kennzeichneten die Zustände auf den Baustellen, die schließlich das proletarische Klassenbewußtsein der Arbeiter förderten und Widerstand auslösten. Wilhelm Wolff, ein Freund von Marx und Engels, zitierte in einem Artikel die Worte eines Eisenbahnarbeiters: "So lange wir hier arbeiten, verdienen wir uns zwar den Unterhalt, wir wissen aber sehr gut, daß wir doch hauptsächlich nur für die Geldleute uns abschinden. Die ... machen gute Geschäfte mit unserm sauern Schweiß ... Werden wir krank und schwach, da mögen wir uns hinlegen und Kartoffeln kauen, wenn wir sie haben, oder auf dem Miste krepieren ... Einen Vorteil hat's für uns. Wir sind zu Tausenden zusammengeströmt, haben einander kennengelernt, und in dem langen Verkehr sind die meisten von uns gescheiter geworden. Es sind nur noch wenige unter uns, die an die alten Faxen glauben ... Was einer zu Hause kaum im stillen gedacht, das sprechen wir jetzt unter uns laut aus ..."50

"Das Westphälische Dampfboot" veröffentlichte im September 1846 Joseph Weydemeyers Artikel "Armut und Proletariat". Darin hieß es: "Ein neues Proletariat wird durch sie (die Eisenbahn - K. O.) geschaffen, auch in Gegenden, bis wohin die Industrie ihre Vorposten noch nicht ausgesandt hat ... Wer der Unterdrückung früher nur ein stilles Dulden entgegenzusetzen wußte, tritt jetzt kühn für sein Recht in die Schranken. Die vielen kleinen Aufstände und Unruhen belehren uns hinreichend, daß ein anderer Geist in diesen Regionen herrscht, wie noch vor kurzem." Nach einer Zusammenstellung bzw. Tabelle "Bewegungen unter den preußischen Eisenbahnbauarbeitern im Vormärz"

50 Eichholtz, D., Junker und Bourgeoisie vor 1848 in der preußischen Eisenbahngeschichte, Berlin 1962, S. 186 f.; Vorwärts, Paris, 4. 12. 1844.

waren auf den preußischen Eisenbahnbaustellen vom Mai 1841 bis November 1847 insgesamt 30 "tumultuarische Auftritte" meist wegen Lohnforderungen zu verzeichnen. In 15 Fällen erfolgten auch Verhaftungen durch Militär und Polizei, 13 "Auftritte" fanden allein im Jahre 1845 statt, 8 im Jahre 1847.<sup>51</sup>

Die Eisenbahnarbeiter entfachten einen Klassenkampf, wie er bisher in den deutschen Ländern unbekannt gewesen war. Durch scharfe Überwachung und Ausbeutung der Eisenbahnarbeiter suchten die Behörden Herr der Lage zu bleiben. Mit welcher Schärfe gegen die Eisenbahnarbeiter vorgegangen wurde, zeigt das Urteil des Oberlandesgerichts in Hamm (Westfalen) gegen die Teilnehmer an dem sog. Arbeiter-Tumult bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn im November 1845. Sechs Arbeiter erhielten Zuchthausstrafen von 2 bis 6 Jahren. Das sächsische Innenministerium erließ am 5. September 1845 eine Verordnung über die polizeiliche Beaufsichtigung der Eisenbahnarbeiter. Die Baustellen in Preußen standen unter verstärkter Bewachung durch die Polizei, mitunter wurde auch Militär eingesetzt.<sup>52</sup> Mit dem Eisenbahnbau hatten sich aber die Bedingungen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung erheblich verändert.

Wie reagierte nun die Bevölkerung auf den eröffneten Eisenbahnverkehr? Was sagte sie zu dem in den Zeitungen angepriesenen "größten Wunderwerk"? Unter Handwerkern und Arbeitern wurde viel diskutiert. Lohnkutscher, Spannfuhrleute, Boten, Wagenbauer, Schmiede befürchteten arbeitslos zu werden, sie bangten um ihr Einkommen. "Rückständige Landwirte befürchteten den Ruin der Landwirtschaft, 'wenn die Pferde außer Kurs kommen, weil wir mit Dampf fahren (und der Landwirt) keinen Hafer mehr bauen' kann." König Ernst August von Hannover und andere Landesfürsten erklärten: "Ich will keine Eisenbahn in meinem Lande. Ich will nicht, daß jeder Schuster und Schneider so rasch reisen kann wie ich." Nicht wenige Mediziner befürchteten gesundheitliche Schädigungen. Das Bayerische Obermedizinalkollegium forderte dazu auf, "die Bahnstelle auf beiden Seiten mit einem hohen Bretterzaun einzufassen", weil die Zuschauer beim "Anblick des schnell dahinfahrenden Dampfwagens ... unfehlbar einer Gehirnkrankheit, einer besonderen Art des deliriums furiosum" verfallen könnten und auch bei den Reisenden durch die schnelle Bewegung diese Krankheit auftreten könnte.<sup>53</sup>

51 Weydemeyer, J., Armut und Proletariat, in: Das Westphälische Dampfboot, Bielefeld, September 1846, S. 543 f.; Obermann, K., Joseph Weydemeyer, Ein Lebensbild, Berlin 1968.

52 Eichholtz, D., Bewegungen unter den preußischen Eisenbahnarbeitern im Vormärz, in: Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Bd. 10, Berlin 1962, S. 251 f.

53 Müller, H.-H./Rook, H.-J., Herkules in der Wiege, Streiflichter zur Geschichte der Industriellen Revolution, Leipzig/Jena/Berlin 1980, S. 155 f.; Cohn, G., Geschichte und Bedeutung der Eisenbahnen, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 3, 3. Aufl., Jena 1904, S. 805 - 817; derselbe, Die Anfänge des Deutschen Eisenbahnwesens, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 47, 1891.

Doch vielen Arbeitern gefiel die Geschwindigkeit. Städter wie Bauern kauften sich sonntags ein Dampfwagenbillet, fuhren spazieren und amüsierten sich. Kaufleute waren erfreut über den erfolgreichen Güterverkehr.<sup>54</sup>

Überhaupt bestimmten die technologischen Neuerungen sowohl im Textilgewerbe wie in der Landwirtschaft und im Transportwesen mehr und mehr die Lebensbedingungen, sie prägten den Lebensstil, sie waren maßgebend für den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, für den Aufstieg der bürgerlichen Klasse, die mehr und mehr die wirtschaftliche und politische Entwicklung beeinflussen konnte. Im Rahmen dieses Entwicklungsprozesses vollzog sich die Konstituierung und Konsolidierung der Arbeiterklasse in Deutschland.

<sup>54</sup> Eisenbahn-Zeitung, 31. 8. 1845, S. 296; ebenda, 7. 5. 1849, S. 148; ebenda, 28. 5. 1849, S. 169; Stadt-Aachener Zeitung, 11. 11. 1845; Obermann, Zur Rolle der Eisenbahnarbeiter ..., S. 336 - 339.

Ländliches Kreditwesen in Mecklenburg im 16./17. Jh.

von Jochen Richter †

Das Thema Belastung und Einkommen der Bauern im Spätfudalismus hat in den 60er und 70er Jahren in der Agrargeschichtsforschung der DDR eine bedeutende Rolle gespielt, und das "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" hat eine Reihe wichtiger Beiträge dazu veröffentlicht.<sup>1</sup> Impulse dafür gaben vor allem das vom Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR im September 1968 in Berlin veranstaltete Kolloquium über Probleme bäuerlicher Einkommen im 18. Jh. und die Auseinandersetzungen mit den Arbeiten des Göttinger Historikers Friedrich-Wilhelm Henning.<sup>2</sup>

Im Rahmen dieser Diskussion wies Hartmut Harnisch darauf hin, daß die Frage, "von wem und in welchem Ausmaß Bauern Kredite aufnehmen konnten", von der Forschung kaum untersucht worden sei. "Interessante Aufschlüsse über die Zusammenhänge zwischen der Stellung von Bauern und Landgemeinde, dem System der feudalen Ausbeutung und der Weiterentwicklung der Produktivkräfte ergeben sich aus der Betrachtung der ländlichen Kreditverhältnisse in dieser Zeit."<sup>3</sup> Im weiteren schilderte er zwei Beispiele aus der Prignitz, in denen die Kirchen in Groß Lüben

1 Lösche, D., Vermögensverhältnisse thüringischer Bauern im Jahre 1542, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG) 3/1964, S. 122 - 142; Henning, F.-W., Die Bestimmungsfaktoren der bäuerlichen Einkommen im 18. Jahrhundert, in: ebenda, 1/1970, S. 165 - 183; Berthold, R., Die Lage der Bauern im 18. Jahrhundert und die bäuerlichen Einkommen, in: ebenda, S. 185 - 190; Harnisch, H., Bauereinkommen, feudale Ausbeutung und agrarischer Fortschritt in der Mark Brandenburg gegen Ende des 18. Jahrhunderts, in: ebenda, S. 191 - 197; Rodigast, R., Das Einkommen der Greifswalder Stadtbauern in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: ebenda, 3/1976, S. 107 - 118.

2 Berthold, R./Harnisch, H./Müller, H.-H., Der preußische Weg der Landwirtschaft und neuere westdeutsche Forschungen, in: ebenda, 4/1970, S. 259 - 289.

3 Harnisch, S. 196.

bzw. Gumtow als Kreditgeber für einzelne Bauern und eine Landgemeinde mit relativ hohen Summen auftraten. Im Gegensatz zu den persönlich freien Bauern der Prignitz mit anerkanntem Erbrecht an ihren Höfen wurden die Zeitpachtbauern der Uckermark offensichtlich nicht als kreditfähig angesehen. Möglicherweise wurde eine Kreditaufnahme dieser Bauern von der Herrschaft unterbunden. In den von Harnisch untersuchten Quellen tritt nur die Kirche in der Funktion eines Kreditgebers für die Bauern auf, während städtisches Kapital dort völlig fehlt.<sup>4</sup>

Gute Möglichkeiten der Erforschung des bäuerlichen Kreditwesens bieten die in den Akten der Sandpropstei des Klosteramtes Dobbertin (Mecklenburg) erhaltenen Hofübergabeprotokolle.<sup>5</sup> Die sog. Sandpropstei des Klosters Dobbertin bildeten die sechs im Müritzgebiet gelegenen Dörfer Lexow, Penkow, Sietow, Lärz, Schwarz und Diemitz, die wegen ihrer weiten Entfernung vom Kloster von einem Beamten in Röbel, dem Sandpropst, verwaltet wurden. Im Gegensatz zu den übrigen landwirtschaftlichen Produzenten im Klosteramt Dobbertin besaßen die Bauern der Sandpropstei das Eigentum an den Höfen und der Hofwehr. Noch am Ende des 17. Jh. war ein Drittel von ihnen persönlich frei. Diese für Mecklenburg außergewöhnlich guten Besitz- und Personenrechte waren ausschlaggebend für die Beibehaltung grundherrschaftlicher Agrarverhältnisse in einer ansonsten gutsherrschaftlichen Umwelt. Im untersuchten Zeitraum entrichteten die Bauern überwiegend Produktenrente mit einer gegen Ende sich verstärkenden Tendenz zur Umwandlung in Geldrente.<sup>6</sup>

Bei den in den Dobbertiner Amtsprotokollen und den Protokollen der Sandpropstei insgesamt erhaltenen 310 Hofübergabeverträgen des 16. und 17. Jh. handelt es sich im einzelnen um 247 Erbschafts-, 52 Verkaufs- und 11 Pachtverträge. Die genauesten Mitteilungen über die Höhe der Schulden und über die Kreditgeber enthalten die 247 Erbschaftsverträge, die im folgenden untersucht werden sollen. Leider geben die vor dem Dreißigjährigen Krieg in den Amtsprotokollen erhaltenen Hofübergabeverträge die Höhe der Schulden oft nur in allgemeinen Wendungen wieder, so daß Exaktes erst für die Zeit ab 1644 mit dem Einsetzen der Protokolle der Sandpropstei gesagt werden kann. Trotz dieser ungenauen Angaben ist die Gesamtzahl der verschuldeten Höfe zu ermitteln. Bei den 247 Vererbungen waren 201mal (81,4 %) die Höfe verschuldet, nur 18mal (7,3 %) wiesen sie einen finanziellen Überschuß auf, und 28mal (11,3 %) enthielten sie weder Angaben über Schulden noch Überschüsse. Häufig hatten aber auch die verschuldeten Bauern wieder Kredite angelegt.

4 Ebenda, S. 196 f.

5 Staatsarchiv Schwerin (StAS), Klosteramt Dobbertin (KAD), Amtsgerichtsbuch 1587 - 1593; ebenda, Amtsprotokolle 1593 - 1646; ebenda, Protokolle der Sandpropstei (PSP) 1644 - 1710.

6 Vgl. Richter, J., Die feudale Landgemeinde in Mecklenburg im 16./17. Jahrhundert - dargestellt am Beispiel der Sandpropstei des Klosteramtes Dobbertin, Diss. A, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald 1984.



Entgegen der von Friedrich Mager<sup>7</sup> aufgestellten Behauptung, daß der mecklenburgische Bauer jener Zeit nicht kreditwürdig gewesen sei, bietet fast jede detaillierte lokalgeschichtliche Untersuchung der ländlichen Sozialstruktur zahlreiche Beispiele bäuerlicher Verschuldung. Hans Barnewitz<sup>8</sup> stellte fest, daß im Domanialamt Doberan trotz landesherrlichen Verbots von den Bauern Schulden gemacht wurden, und zwar in Höhe von 80 bis 300 Gulden je Stelle. Als Kreditgeber ermittelte er hauptsächlich Rostocker Kaufluote. Carl August Bartholdi<sup>9</sup> wies auf die Verschuldung der Bauern im Amt Bukow hin. 1591 z. B. lasteten auf einer Bauernstelle in Teschow 100 lübische Mark. Genauere Zahlen bieten jüngere Arbeiten. Bei der Analyse des Kaiserschoßregisters 1553 im Amt Neustadt errechnete Christa Cordshagen<sup>10</sup>, daß 72 % der ländlichen Steuerzahler verschuldet waren. Die durchschnittliche Verschuldung betrug 321 Schillinge. Bei der Auswertung des Ribnitzer Klosterinventariums von 1620 ermittelten Karl Baumgarten/Ulrich Bentzien<sup>11</sup> 74 % der Bauern mit durchschnittlich 825 Schillingen und 83 % der Kleinbauern mit durchschnittlich 410 Schillingen als verschuldet. Hanna Haack<sup>12</sup> untersuchte die bäuerliche Geldverschuldung in drei Feudalkomplexen und fand im Domanialamt Ivenack 54,4 %, in den Dörfern der Brüder Levin Ludwig und Werner Hahn 54,1 % und des Joachim Hahn 80 % der Bauernstellen verschuldet. Die durchschnittliche Schuldenlast pro Stelle lag zwischen 371 und 513 Schillingen. Schließlich wiesen auch Klaus Goroncy/Gerhard Heitz<sup>13</sup> bei der Auswertung der Hofübergabeprotokolle des Gutsarchivs Werle im Amt Grabow die meisten Höfe als verschuldet nach, ermittelten aber andererseits unter den Bauern, ja sogar den Tagelöhnern Kreditgeber.

- 7 Mager, F., Geschichte des Bauerntums und der Bodenkultur im Lande Mecklenburg, Berlin 1955, S. 170, 180.
- 8 Barnewitz, H., Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte des mecklenburg-schwerinschen Domanialamtes Doberan, Diss., Universität Rostock 1925, S. 84.
- 9 Bartholdi, C. A., Wirtschaftliche und soziale Verhältnisse des mecklenburgischen Domanialbauerntums im Jahrhundert vor dem Dreißigjährigen Krieg, Diss., Universität Rostock 1935, S. 31.
- 10 Cordshagen, Ch., Amt Neustadt. Untersuchungen zur Agrargeschichte Mecklenburgs im 15. und 16. Jahrhundert, Diss., Universität Rostock 1966, S. 226 f.
- 11 Baumgarten, K./Bentzien, U., Hof und Wirtschaft der Ribnitzer Bauern. Edition und Kommentar des Kloster-Inventariums von 1620, Berlin 1963, S. 234.
- 12 Haack, H., Die sozialökonomische Struktur mecklenburgischer Feudalkomplexe im 16. und 17. Jahrhundert. Untersucht am Beispiel der Eigentumskomplexe der Familie Hahn und der Domanialämter Güstrow, Ivenack und Stavenhagen, Diss., Universität Rostock 1968, S. 104 f., Tab. 32 - 34.
- 13 Goroncy, K./Heitz, G., Zur Entwicklung des bäuerlichen Erbrechts in Mecklenburg im 18. Jahrhundert, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, 1/1972, S. 26.

Exakte Angaben über Kreditoren sowie Höhe der Kredite und Zinsen sind selten und werden höchstens beiläufig gemacht. Barnewitz erwähnt Rostocker Kaufleute, Cordshagen<sup>14</sup> die Kirche und Goroncy/Heitz andere landwirtschaftliche Produzenten. Allein Haack<sup>15</sup> untersucht die Kreditgeber etwas genauer und nennt die eigene Gutsherrschaft (allerdings sehr selten), andere Gutsherren, die Kirche, Handwerker und Verwandte, also wohl andere Agrarproduzenten.

Die recht ausführlichen Hofübergabeverträge in den Protokollen der Sandpropstei enthalten in der Regel bei Verschuldungen genaue Verzeichnisse der Kreditoren und der Höhe der Kredite, seltener Angaben über den Zinsfuß. Hierbei gilt zu beachten, daß die Schulden nur z. T. eine echte längerfristige Kreditaufnahme darstellen. Ein großer Teil resultiert daraus, daß die Bauern häufig nur einmal im Jahr, nach verkaufter Ernte, also meist im Herbst, zahlungsfähig waren und die übrige Zeit kaum Bargeld besaßen. Alle Einkäufe und Dienstleistungen wurden bis dahin angeschrieben bzw. geschahen, nach der Sprache der Quellen, "zu borge". Dies waren nichtverzinsten Kredite. Auch jahrelange Rückstände in der Gesindelohnzahlung konnten einen beträchtlichen Teil der Schulden ausmachen.

Zwei Beispiele sollen das verdeutlichen.

Das Erbschaftsprotokoll des verstorbenen Martin Vircke aus dem Dorf Schwarz<sup>16</sup> von 1665 enthält 291 Gulden Schulden an 9 Kreditoren, obwohl nach Aussage der Witwe 398 Gulden an Barschaft vorhanden waren, ein Sachverhalt, auf den noch zurückgekommen werden muß. Die Schulden verteilen sich wie folgt: 100 und 75 Gulden an zwei Wittstocker Bürger, 30 Gulden an einen Röbeler Bürger sowie 32, 10, 16, 12, 10 und 6 Gulden an 6 Bauern aus Schwarz und Umgebung. Leider sagt das Protokoll nur aus, daß die Summen "zinsbar" geliehen waren und nennt nicht die Höhe der Zinsen. Im vorliegenden Fall handelte es sich sicher, wie aus den runden Beträgen zu ersehen ist, um echte Kredite. Rund 70 % von ihnen wurden im städtischen Bereich aufgenommen, 30 % im ländlichen.

Im zweiten Beispiel hinterläßt 1678 der Bauer Adam Peter in Lärz 56 Gulden 8 Schillinge Schulden an 18 Kreditoren<sup>17</sup>, "dem Lärzer Pastor 10 fl, dem Myroschen Secretario 2 fl, dem Pfortner in Myrow 4 fl 8 ß, Meist. Günthern in Wittstock 1 fl 12 ß, dem Küster an Schullgeldt u. andere Gebühr 2 fl", insgesamt 26 Gulden 20 Schillinge; die restlichen 29 Gulden 12 Schillinge verteilen sich auf 11 Bauern aus Lärz.

14 Cordshagen, S. 3.

15 Haack, Tab. 40.

16 StAS, KAD, PSP 1665/66, Bl. 184.

17 Ebenda, PSP 1678/79, Bl. 216.

Hier stellen die meisten Beträge keine echte Kreditaufnahme im Sinne einer befristeten Überlassung von Geld, verbunden mit einer Zinszahlung, dar, sondern resultieren aus kleinen Geschäften und Dienstleistungen, bei denen es durch die momentane Bargeldlosigkeit zu einer Stundung gekommen war. Im folgenden sollen aber alle Schulden gleich behandelt werden, da nicht immer klar zu erkennen ist, wie sie entstanden sind.

In der Regel sind natürlich die Schuldverzeichnisse umfangreicher als die obigen beiden Beispiele und die verschiedensten Arten von Schulden miteinander verquickt. Wenn diese eine gewisse Höhe (400 bis 500 fl) erreicht hatten und über Jahre keine Begleichung erfolgt war, griff das Kloster als patrimonialer Richter ein. So wurde im folgenden Beispiel 1685 die Witwe des Hanß Carstens in Lexow "allermeist auff getrieb Hn. Jochim Blüten Kauff u. seiden händlers in Güstrow, alß welcher albereit die würckliche Execution wider dieselbe auff seinem Schuld-post der 85 fl ausgewircket gehabt", vom Kloster aufgefordert, "eine ordentliche Designation aller Schulden" zu übersenden.<sup>18</sup>

Diese hat folgendes Aussehen<sup>19</sup>:

Das Closter Dobbertin an verseßenen Geldt u. Korn-Pächten	251 fl
Hn. Joachim Blüte in Güstrow	85 fl
Lexower Kirche Capital undt Zinsen	21 fl
H. Stegeman Pastor in Malchow	20 fl
Rekenitzer Kirche	40 fl
H. Cantor in Röbel an Gelde u. 2 Ochsen Ehe-Gelder	37 fl
Hagedorn in Lexow	2 fl
Reim. Micheelen in Lexow	2 fl
Christian Rhoden so 3 jahr im hoeffe gedienet, nachständiges Lohn	28 fl
Hanß Lidebicht in Röbel an 3 sch. Maltz	4 fl
Levin Schrödern in Röbel verdientes Lohn	6 fl
Andreas Bojen in Malchow, schmiedelohn dem Schmiede auff alten Malchow	9 fl 20 ß
Johan Lose in Röbel vor 1 T. Bihr	2 fl 8 ß
Eine Jungffer im Closter Malchow	4 fl
Adam Schliman verdientes Lohn	6 fl
die Fr. Geerdische zu Grüßow	10 fl
die Fr. Geerdische zu Grüßow	4 fl
Eine Dienstdirne	1 fl
Simonn einem schlachter in Malchow	3 fl
dem Sandtprobste	2 fl 18 ß
	<hr/>
	538 fl 22 ß
	*****

18 Ebenda, PSP 1684/85, Bl. 67.

19 Ebenda, Bl. 68.

Dies ist eine von jenen hohen Schuldensummen, die die klösterliche Grundherrschaft zu einem Konkursverfahren veranlaßten, zumal fast die Hälfte aus rückständiger Feudalrente bestand. In solchen Fällen schien es ihr günstig, die Stelle, obwohl der Wirt ihr Eigentümer war, mit einem anderen Bauern zu besetzen, der mehr Gewähr für eine kontinuierliche Rentenleistung bot. "So ist auff solch beschehen ein Concursus vom Closter undt heute dato terminus ad liquidandum, damit ein jeder Creditor selber ansehen u. hören mögte, wie weit Er seiner forderung halber erstattung zuhoffen benahmet worden."<sup>20</sup> Der neue Eigentümer kaufte meist Hof und Hofwehr, die das hypothekarische Pfand gebildet hatten, wovon ein Teil der Kreditoren abgefunden wurde, und übernahm den Rest der Schulden auf seinen Hof. Bei geringeren Verschuldungen blieben, um den Hof wirtschaftlich nicht zu schwächen, was wiederum die Rentenleistung gefährdet hätte, Rechtshilfeersuchen städtischer Kreditoren vom Kloster meist so lange ohne Antwort, bis der Debitor starb oder seine Stelle aufgab.<sup>21</sup> Erst dann wurde von den Klosterbeamten mit dem Erbnehmer die Sache bereinigt. Oft wurden auch hier die Schulden einfach vom neuen Eigentümer übernommen.

Die klösterliche Feudalherrschaft taucht in keinem einzigen Fall als Geldkreditgeber auf. Alle Schulden an sie resultieren aus rückständig gebliebener Geld- oder Produktenrente bzw. vorgestrecktem Saatgetreide bei Kriegsereignissen oder Mißernten. Die Einhußner in Lexow entrichteten je 12 Scheffel Roggen, Gerste und Hafer sowie 4 Gulden Dienstgeld und 3 Schillinge Wasserpacht.<sup>22</sup> Zumindest die Produktenrente war zu hoch, gemessen an den Lexower Erträgen, und so blieben gegen Ende des 17. Jh. viele Bauern dieses Dorfes die Abgaben schuldig.

Während das Kloster Dobbertin an seine Bauern also günstigstenfalls Naturalkredite vergab, war es eines der wichtigsten Geldkreditinstitute für den mecklenburgischen Adel. Aber auch einzelne Bürger und die Räte von Rostock, Wismar, Parchim und Güstrow waren seine Debitoren.<sup>23</sup> Am Ende des 17. Jh. steckten bei einem Zinssatz zwischen 4 1/6 und 6 1/2 % insgesamt 14 540 Gulden 18 Schillinge an Krediten in verschiedenen Gutsherrschaften und Städten, darunter allein in Rostock 4 800 Gulden.<sup>24</sup>

Im Gegensatz dazu erscheinen unter den Kreditoren der Sandpropsteibauern hin und wieder fremde Feudalherrschaften.<sup>25</sup> Hier schuldet der Bauer Carstens der Gutsherrin Geerd im benachbarten Grüssow 4 Gulden und einer Konventualin des Klosters Malchow 6 Gulden. Möglicherweise

<sup>20</sup> Ebenda, Bl. 67.

<sup>21</sup> Z. B. bittet der Malchower Gewandmacher Banner 1589 "um nachhelfung rechtens" beim Kloster, weil ihm 7 Lexower Bauern insgesamt 136 Gulden 5 Schillinge schulden, ohne daß das Kloster darauf reagierte (StAS, KAD, Amtsgerichtsbuch 1587 - 1593, Bl. 165).

<sup>22</sup> Richter, S. 22, 25.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 17 f. - Vgl. dazu auch Meyenn, F. v., Ein Rechnungsbuch des Klosters Dobbertin, in: Mecklenburgische Jahrbücher, 59/1894, S. 177 - 219.

<sup>24</sup> StAS, KAD, Visitationsprotokoll 1698, Bl. 69 ff.

<sup>25</sup> Zur Rolle klösterlicher Kreditgeber für Bauern vgl. Held, W., Die wirtschaftliche Rolle des St.-Egidien-Stiftes zu Schmalkalden bis zu

aber realisieren diese ziemlich geringen Summen nicht aus wirklichen Krediten, sondern aus nicht bezahlten Geschäften.

Die Summe von 85 Gulden Schulden an den Güstrower Kaufmann Blüte ist so hoch, daß sie wohl einen echten längerfristigen Kredit darstellt, wie er für größere Kaufleute typisch war und von den Bauern zum Zwecke von Investitionen aufgenommen wurde. Sie kann auch keine Anhäufung kleinerer Geschäfte sein, da Güstrow viel zu weit von der Sandpropstei entfernt war (50 km), um von den Bauern häufig aufgesucht zu werden. Diese Geschäfte wurden in den benachbarten Kleinstädten, in Röbel und in Malchow, abgewickelt, wie die Schuldenliste ausweist. Die Schulden an dortige Händler und Handwerker, insgesamt 39 Gulden 4 Schillinge, stellen keine echten Kredite dar, sondern ergeben sich aus noch nicht beglichenen Einkäufen und Handwerkerlöhnen.

Echte Kredite scheinen die Schulden von Carstens bei der Lexower und Recknitzer Kirche und bei dem Malchower Pastor darzustellen, während sie es bei dem Röbeler Kantor, wie aus dem Verzeichnis ersichtlich, nur z. T. sind. Insgesamt schuldete der Bauer der Kirche und ihren Dienern 118 Gulden, wobei beachtet werden sollte, daß es sich einerseits um Dorfkirchen und andererseits um städtische Kirchendiener als Kreditgeber handelte.

An ihre eigenen Dorfkirchen waren die meisten Sandpropsteibauern verschuldet. 1670 notierte der Sandpropst: "Demnach auß den Sietower Kirchen Registern befindlich, daß vor vielen jahren die Kirche daselbst, wie Sie zimbliche Mittel in Vorrath gehabt, den meisten Einwohnern in Sietow in ihrer Noth einige Capital Gelder jährlich zuverzinsen vorgestreckt, welche auch, so lange die dahmaligen Debitores bey gutem wolstande verblieben, ihre Zinsen besage Kirchen Register von jahren zu jahren richtig abgeföhret und erleget haben."<sup>26</sup> Die Kreditvergabe hatte hier die Form eines Rentenkaufs. Die Kredite waren nicht befristet. Der Kirche flossen aus ihrer Kapitalanlage in den Bauernhöfen regelmäßige Einnahmen zu. Über die Vergabe der Kredite entschied der Pastor mit den aus der Gemeinde stammenden Kirchenvorstehern, eventuell der Patronatsherr, der mit der klösterlichen Feudalherrschaft identisch war. Weitere geringe Summen schuldete der Debitor Carstens zwei Lexower Bauern (4 Gulden) und dem Sandpropst (2 Gulden 18 Schillinge). In beiden Fällen ist die Schuldensumme nicht repräsentativ für die Hofübergabeprotokolle der Sandpropstei. Meist waren die Bauern an eine Vielzahl anderer Bauern ihres eigenen Dorfes und der Nachbargemeinden mit kleinen Summen verschuldet, die aus nicht bezahlten Geschäften oder Dienstleistungen stammten. Seltener kamen auch größere, echte Kreditsummen vor.

Der Sandpropst war einer der Hauptkreditgeber der Bauern. In vielen Schuldverzeichnissen steht er an der Spitze der Kreditoren. Von 1644 bis 1710 übten die beiden Sandpropste mit dem gleichen Namen Hiero-

seiner Säkularisation im Jahre 1544, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, 6/1982, S. 332 ff.

26 StAS, KAD, PSP 1669/70, Bl. 299.

nymus Gerlach, Vater und Sohn, die Funktion des Klosterbeamten nur nebenher aus. Beide waren Bürgermeister von Röbel und mit dem Fernhandel von Getreide beschäftigt. Die bäuerlichen Schulden an sie stellten deshalb häufig Gelder für gekauftes, aber nicht bezahltes Saatgetreide dar. Aber auch größere Geldkredite wie der des Kaufmanns Blüte kamen vor.

Letzte Schuldengruppe in Höhe von 29 Gulden (vgl. dazu die folgende Übersicht) sind nicht gezahlte Gesindelöhne, ein immer wieder auftauchender Posten in derartigen Rechnungen. Bauern blieben ihren Knechten manchmal 10 Jahre und länger den Lohn schuldig, vor allem, wenn es sich um Verwandte handelte.<sup>27</sup> Dies machte dann in den Hofübergabeprotokollen beim Tode des Bauern beträchtliche Summen aus, wobei oft der Knecht auch dann noch um sein Geld betrogen wurde, da das Konkursverfahren in erster Linie die Kreditoren befriedigte.

Faßt man alle Kreditgeber im vorliegenden Beispiel in Gruppen zusammen, so erhält man folgendes Bild:

1. Städtische Kreditgeber:

Kaufmann Blüte	85 fl	= 29,5 %
Händler und Handwerker	39 fl	4 ß = 13,6 %
	<hr/>	
	124 fl	4 ß = 43,1 %

2. Kirchliche Kreditgeber:

Dorfkirchen	61 fl	= 21,2 %
Städtische Kirchendiener	57 fl	= 19,8 %
	<hr/>	
	118 fl	= 41,0 %

3. Ländliche Kreditgeber:

Fremde Feudalherrschaften	10 fl	= 3,5 %
Landwirtschaftliche Produzenten	4 fl	= 1,4 %
Sandpropst	2 fl 18 ß	= 0,9 %
Gesindelohnrückstände	29 fl	= 10,1 %
	<hr/>	
	45 fl 18 ß	= 15,9 %

<sup>27</sup> So war 1677 der Diemitzer Bauer Blancke seinem Schwiegersohn Bün-ger 43 Taler 2 Groschen Knechtslohn schuldig, die dieser in der Hoff-nung, "es würde der Schwieger-Vater Michel Blancke seinem Verspre-chen zufolge ihme den Hoff zusamt vorhandenem Vieh und Eigenthume, dafür Er den Vater undt Mutter Zeit lebens ehrlich halten, undt nach deren absterben gebührendt zur erden bestatten laßen wolte, frey über-lieffert haben", nicht eingefordert hatte (ebenda, PSP 1677/78, Bl. 177). Der Knechtslohn für 1 Jahr betrug nach Angaben des Sandprop-stes 5 Taler 18 Groschen (ebenda, Bl. 188).

In dieser Übersicht ist der Sandpropst, obwohl aus städtischem Milieu stammend, zu den ländlichen Kreditgebern wegen seiner Eigenschaft als Klosterbeamter gezählt worden. Ebenso geschah das mit den fremden Feudalherrschaften, die in Ausnahmefällen auch städtische Einrichtungen sein konnten. Im vorliegenden Fall stammen, trennt man die kirchlichen Kreditgeber noch, rund 63 % der Kredite aus der Stadt und nur 37 % aus der ländlichen Sphäre.

Im folgenden soll versucht werden, eine ähnliche Übersicht von allen auswertbaren Hofübergabeprotokollen aufzustellen. Leider enthält nicht jedes der 201 Erbschaftsprotokolle, die eine Verschuldung ausweisen, für diesen Zweck geeignetes Material. Manche geben nur die Gesamthöhe der Schulden an, andere auch die Gesamtzahl der Kreditoren, ohne sie im einzelnen zu benennen. So bleiben nur noch 115 Hofübergabeprotokolle mit verwertbaren Aussagen übrig, eine für die Analyse der Kreditgeber und Kredite noch immer beachtliche Zahl. Die folgende Übersicht gibt nicht die prozentuale Gesamtzahl der Kreditoren an, sondern die prozentuale Höhe der von ihnen verliehenen Gelder. Sie umfaßt sowohl echte Kredite als auch Rückstände in der Bezahlung von Geschäften und Dienstleistungen.

1. Stadthandwerker und Kaufleute	26,9 %
2. Kirche	15,6 %
3. Bauern	12,2 %
4. Sandpropst	9,6 %
5. Landhandwerker	7,4 %
6. Schulzen	6,7 %
7. Fremde Feudalherrschaften	3,7 %
8. Rückständiger Gesindelohn	2,8 %
9. Sonstige	15,1 %

Die durchschnittliche Gesamtzahl der Kreditoren eines bäuerlichen Schuldners liegt bei 14; davon sind etwa die Hälfte Bauern des eigenen Dorfes oder umliegender Dörfer. Ebenfalls hoch ist die Zahl städtischer Kreditgeber; sie gibt einen Überblick über die Vielfalt der von den Bauern in der nahen Kleinstadt in Anspruch genommenen Dienstleistungen, von Schneider, Schuster, Schmied über "Chirurgus, Barbierer, Badstöber"<sup>28</sup> bis zu Papiermüller<sup>29</sup>, Schreiber und Advokat. Auch unter der relativ großen Rubrik "Sonstige" verbirgt sich mancher interessante Fall, der aber nicht einer Kreditorengruppe zugewiesen werden konnte, weil die Quellen hier nur einen Namen oder Verwandtschaftsgrad angeben.

28 Ärzte u. ä. wurden von den Bauern oft aufgesucht, waren aber unter deren Gläubigern relativ selten. Offensichtlich verlangten sie aus verständlichen Gründen Sofortbezahlung.

29 Eine Minderheit von Bauern konnte schreiben, deshalb die Papierkäufe, vgl. Richter, J., Zur Schriftkundigkeit mecklenburgischer Bauern im 17. Jahrhundert, in: JWG, 3/1981, S. 79 - 102.

Die Stadthandwerker und Händler wurden offensichtlich wie die Landgewerbetreibenden nur einmal im Jahr bezahlt; nur so ist die in fast jedem Schuldverzeichnis auftretende hohe Zahl von städtischen Gläubigern mit kleinen Summen zu erklären. Ihre Kredite waren offenbar nicht verzinst. Sie stellten eine Art Kundendienst des kleinstädtischen Gewerbes dar. Echte Kredite, d. h. befristet überlassene Geldsummen gegen eine Zinszahlung, verliehen Bürger (meist Kaufleute), die Kirche, einzelne Bauern (selten über 20 Gulden), der Sandpropst, die Schulzen und fremde Feudalherrschaften. Erstere Art der Kredite, die zinslosen, kurzfristigen kleinen Beträge, diente der bäuerlichen Konsumtion, letztere Art aber war für Investitionen bestimmt.

Da die Schulzen bisher unter den Kreditgebern noch nicht auftauchten, muß noch ein Wort zu ihnen gesagt werden. Alle Dorfvorsteher in der Sandpropstei waren Frei- oder Lehnschulzen.<sup>30</sup> Als Remuneration für die der Herrschaft zu leistenden Dienste erhielten sie neben dem Schulzenhof gewisse Vorrechte in der Dorffeldmark, meist in Form von Liegenschaften, die bis hin zum Besitz von mehreren abgabefreien Hufen gehen konnten.<sup>31</sup> Dadurch, daß ihre Wirtschaft wenigstens partiell frei von feudalen Renten war, daß Teile ihres Landes durch Freiackerflächen, Schulzenkämpfe u. ä. separiert waren, was sie vom allgemeinen Arbeitstempo der Gemeinde unabhängiger machte, und daß sie durch ihre Verfügungsgewalt in der Gemeinde die Termine des Ackerbaus so festlegen konnten, wie sie ihnen am vorteilhaftesten erschienen, konnten die Schulzen mehr und gewinnbringender produzieren als ihre Dorfgenossen. Während sich bei den meisten Bauern bestenfalls eine einfache Reproduktion ergab, gelangten einzelne Schulzen zur Kapitalakkumulation.

In fast jedem Dorf gab es Bauern, die Schulden an ihre Schulzen hatten. Der extremste Fall ereignete sich in Lärz.<sup>32</sup> Am Ende des Dreißigjährigen Krieges kam der Schulze Bötticher, in Angst um seine verliehenen Gelder, zum Sandpropst und präsentierte ihm eine Rechnung, aus der hervorging, "das er den meisten Unterthanen in Lörtze das gantze Kriegeswesen durch, auf ihr instendiges bitten, in ihren hochsten nöthen, mit gelde und korn, einen zimblichen post furgestreckhet" hatte, und forderte nun Sicherheiten für seine Kredite. Ihm waren 14 von 21 Bauern mit insgesamt 230 Gulden 12 Schillingen verschuldet. Die Höhe der Kredite lag zwischen 6 und 32 Gulden, wie bei ländlichen Kreditgebern üblich. Obwohl durch Bürgen und Hypotheken abgesichert, hatte der Schulze das Pech, daß am Ende des Krieges die meisten Debitoren tot oder geflohen waren.

30 Zur Rolle der Freischulzen in der Sandpropstei vgl. Richter, Die feudale Landgemeinde ..., S. 78 - 93.

31 Z. B. besaß der Schulze von Schwarz 3 Hufen im Dorf, wovon 2 abgabefrei waren, und noch einmal 3 im brandenburgischen Zempow, wofür er nur, was selten geschah, die kurfürstlichen Jagdbedienten zu bewirten hatte. Quasi waren 5 seiner 6 Hufen, d. h. über 100 ha, frei von feudalen Belastungen (StAS, KAD, Visitationsprotokoll 1698, Bl. 62).

32 Ebenda, PSP 1647/48, Bl. 301 f.



Selten wird in den Quellen die Höhe der Zinsen angegeben. Da die Zinszahlung im vorliegenden Fall durch den Krieg über Jahre ausgeblieben war, wurde sie dem Protokoll des Sandpropstes anvertraut. So hatte ein Debitor 20 Gulden "zinßbahr geliehen", davon betrogen "Zehn Jherige Zinsen" als Rückstand 12 Gulden 12 Schillinge.<sup>33</sup> Das macht im Jahr 1 Gulden 6 Schillinge, d. h. der Zinsfuß betrug  $6 \frac{1}{4}$  %. Dies lag an der oberen Grenze der zeit- und ortsüblichen Kreditgeschäfte. Wo sich Zinsen errechnen lassen, liegen sie zwischen  $4 \frac{1}{2}$  und  $6 \frac{1}{2}$  %. Der Schulze nutzte also seine in Not geratenen Dorfgenossen ziemlich erbarungslos aus.

In der Regel bildete das Gehöft das hypothekarische Pfand für den Gläubiger, waren doch die Sandpropsteibauern Eigentümer ihrer Höfe. Im Fall des erwähnten Kaufmanns Blüte aus Güstrow, der dem Bauern Carstens in Lexow 85 Gulden geliehen hatte, brachten "Hauß und Hoff" des Debtors beim Konkurs nur 80 Gulden ein, die der neue Eigentümer dem Kaufmann in drei Raten bezahlen mußte.<sup>34</sup> Der Kreditor war über die wirtschaftliche Lage des Debtors offensichtlich schlecht informiert gewesen.

Die Schulden sah man weniger an eine Person gebunden als vielmehr an die Wirtschaft, die diese Person in Besitz hatte.<sup>35</sup> So mußten nach dem Dreißigjährigen Krieg die neuen Bauern, die die halbverfallenen Höfe ihrer getöteten Vorgänger wieder aufbauten, auch die Schulden mit übernehmen, die darauf lagen. Dies forderte der Lärzer Schulze Bötticher beim Eintrag der Schulden ins Protokoll der Sandpropstei, und dies forderte auch die Sietower Kirche, der vor dem Krieg fast das ganze Dorf verschuldet gewesen war: "So hat die Kirche ... ümb beßerer Versicherung ihrer Capitalien und davon jährlichen Zinßgeldern die Hoeffe, worauff die jenigen gewohnt, davon der Vorschub geschehen, gleichsam zu einer Hypotheca ergriffen, auch so viel beybehalten, daß die folgende Possessores von geruhiger Zeit an derselben den jährlichen Zinß zuerlegen befehliget werden."<sup>36</sup>

Wie differenziert ländliche Kreditgeber, aus genauer Kenntnis der wirtschaftlichen Lage der Kreditnehmer, die Kredite vergaben, beweist noch einmal das Beispiel des Lärzer Schulzen Bötticher. Die einen bekamen Gelder ohne fixierte Sicherheit geliehen, andere mußten Immobilien als Pfand verschreiben und wieder andere einen Bürgen stellen. So heißt es in der erwähnten Schuldenliste: "Jochim Tralowen hat er an geldt in seinen nöthen fürgestreckhet 7 fl, wofür er Ihme aufm Tralowschen Velde

33 Ebenda, Bl. 302.

34 Ebenda, PSP 1684/85, Bl. 68.

35 Das geht auch aus den Formulierungen in den Protokollen hervor. In der Beschwerde über einen Sietower Bauern heißt es, "das gemelter Beyer auff seinem Erbe (d. h. auf seiner Wirtschaft - J. R.) hafftende schulden, alß 24 fl 11 ß Capital vndt 9 fl 4 ß hinterstellige Zinsen, nicht abtragen wolle" (ebenda, PSP 1661/62, Bl. 57).

36 Ebenda, PSP 1669/70, Bl. 299.

von 1 1/2 sch (Scheffel - J. R.) Saatacker hypotheziret."<sup>37</sup> Und an anderer Stelle: "Michel Rösingen an korn und gelde gethan 10 fl, demnach zu einem Pferde 16 fl, dafür Jochim Lechsow gelobet."<sup>38</sup>

Kleinere Kreditgeschäfte wurden wohl mündlich unter Zeugen abgeschlossen. Diese Schulden werden in den Quellen "Plick-Schulden" genannt, d. h. offenbare, augenscheinliche, auf den ersten Blick erkennbare Schulden. Bei großen Kreditsummen wurden schriftliche Verträge aufgesetzt und in das Amtsprotokoll oder das Protokoll der Sandpropstei eingetragen. Wegen der Seltenheit dieser bäuerlichen Kreditbriefe sei hier einer von ihnen wiedergegeben.

Der Bauer Caspar Otto beabsichtigte, das Schulzengericht in Lärz zu kaufen, und ließ zu diesem Zweck bei seinem Schwager Joachim Patzke, "Thärbrenner bey Churf. Brandenb. Amte Zechelien", 100 Reichstaler zu 5 % Zinsen auf unbestimmte Zeit, aber kündbar ein halbes Jahr vorher. Als Hypothek setzte er, mit Bewilligung des Klosters, da es sich um Lehnbesitz handelte, sein erst zu erkaufendes Schulzengericht ein. Der Kreditbrief vom 17. Januar 1665, wahrscheinlich vom Sandpropst aufgesetzt<sup>39</sup>, hat folgenden Wortlaut:

"Ich Caspar Andreas Otto thue hirmit in Crafft dieses für mich, meine Erben vndt Erbnehmer vrkunden vndt bekennen, Das der Ersahmer vndt Namhaffter Jochim Patzke mein freundlicher lieber Schwager, mir auf mein fr. bitten vndt ansuchen zu erkauffung des Lörtzer Schultzgerichts Ein Hundert Rthaler zinßbar gelehnet vndt furgestreckt, welche ich Baar in einer Summa an gutten volwichtigen vndt wolgeltenden Rthalern empfangen, vndt dieselbe wieder besagter maßen angewendet, thu demnach wolgemelten meinen Schwehern Jochim Patzken der außgezählten Hundert Rthal halber gebürlich quittiren vndt mich der Exception non numonata pecuniae renumeriren, Gerade lobe vndt verpflichte mich hirauff meinen Schwehern oder deßen getrewen brieffes Einhabern, solche Hundert Rthal auf zukommenden Anthony ao 1666 zum ersten vndt hernacher ferner alle Jhar, so lange solche gelder bey mir bestehen bleiben, mit Fünff Rthal zuverzinsen, vndt Ihme dieselbe in seine Verwahrung einzuschaffen, Wir haben vnß auch die Loßkündigung ein halbes Jhar zuvor fürbehalten, Darmit nu aber mein Schwager Jochim Patzke oder seine Erben dieser Hundert Rthal sampt Zinsen vndt Expensen desto

37 Ebenda, PSP 1647/48, Bl. 301. - Es handelt sich hierbei offensichtlich nicht um ein Nutzpfund von klostereigenem Land, sondern von kleinen Flächen Eigentumsacker, die einzelne Bauern aus dem Bestand des säkularisierten Dominikanerklosters Röbel gekauft hatten (vgl. StAS, Prediger-Dominikaner-Mönchs-Kloster zu Röbel, Kloster und Klostergüter, Visitationsbericht von Conradus Becker und Daniel Clandrian an Herzog Ulrich vom 20. 7. 1571, Bl. 11, 14 f.).

38 StAS, KAD, PSP 1647/48, Bl. 302.

39 Ebenda, PSP 1664/65, Bl. 2 f.

beßer versichert sein mögen, alß thue mit des Closters bewilligung Ich Ihme zu einer wahren vndt sicheren Hypotheca wieder einsetzen, mein zu Lörtze erkaufftes Schultzergerichte, benebenst andere meinen Guttern beweg vndt vn beweglichen nichts darvon außbenommen, Da zum vnverhofften fall, alß ob Gott wil nicht geschehen soll, Ich oder meine Erben nach gethaner Loßkündigung mit erlegung der Hundert Rthal Kauffgeldern, Zinsen vndt Expensen seumig erfunden würde, oder aber da ich anderer Ortter meine Verbeßerung zusuchen getrieben were.

Eigenhändig vnterschieden vndt versiegelt

Caspar Andreas Otto".<sup>40</sup>

Eine so hohe Summe für ein Schulzengericht beweist, daß der Käufer sich Gewinn davon versprach. Dasselbe erwartete der Kreditgeber von dem Geschäft. Auch diese unbefristete Kreditvergabe stellte wie bei den meisten kirchlichen Krediten einen vererbaren Rentenkauf dar. Bei 5 % Zinsen hätte sich nach 20 Jahren das Darlehen amortisiert. Durch die Kündbarkeit mit halbjähriger Frist lag das Risiko, den gesamten Besitz zu verlieren, auf seiten des Schulzen. Als Otto zwei Jahre später in Mirow aus unklaren Gründen eingesperrt wurde, war an eine Rückzahlung nicht mehr zu denken, und er mußte das Schulzengericht seinem Gläubiger überlassen.<sup>41</sup> Acht Jahre danach verkaufte es Patzke für 240 Gulden, also mit 20 % Gewinn, an seinen Nachfolger Frentz.<sup>42</sup>

Dieser Schulze Frentz vererbte 1689 in seinem Testament "den bey Hn. Joch. Ernst Retzowen zu Retzow ausstehenden undt von seiner Mutter wegen herrührenden Geld-Post alß 150 fl, darüber gewisse Brieffe u. Sigel vorhanden", an seine 6 Kinder.<sup>43</sup> Hier wurde eine Leibrente bereits in der zweiten Generation vererbt. Offenbar war sie nie zurückgefordert worden, so daß sie allmählich zur Ewigrente wurde. Interessant ist der Fall auch deshalb, weil der Kreditnehmer kein Bauer, sondern ein Adliger war. Solche Sachverhalte dienten wieder der Erhöhung der Kreditfähigkeit des Kreditgebers.

Leibrenten zur Versorgung von Waisen wurden häufig erworben. Starben der Bauer und seine Frau, so wurde von Verwandten und Dorfgewossen ein Teil der Hinterlassenschaft verkauft und "zur alimentation" der Minderjährigen meist im eigenen Dorf, seltener in der Stadt als zinsbare Kredite angelegt. "Die Kleider vnd Silberzeugk, so des Kindes Mutter nachgelaßen, sollen dem Kinde zum besten vñs teurste verkauft werden,

40 Der Bauer Otto gehörte zu den rund 6 % schreibkundigen Agrarproduzenten der Sandpropstei, vgl. Richter, Zur Schriftkundigkeit ..., S. 89. - Der Besitz eines Siegels war noch seltener. Alle in der Sandpropstei auf bäuerlichen Schriftstücken in Resten erhaltenen Siegel stimmen mit dem bei Blaschke, K., Siegel und Wappen in Sachsen, Leipzig 1960, S. 86, Abb. 224, wiedergegebenen Motiv der drei Blumen überein.

41 StAS, KAD, PSP 1666/67, Bl. 224 ff.

42 Ebenda, PSP 1674/75, Bl. 58 f.

43 Ebenda, PSP 1689/90, Bl. 424.

und das gelt vf Rente gethan werden<sup>1</sup>, heißt es in einem Schwarzer Protokoll.<sup>44</sup> Nicht selten war der Bauer, der die Waise großzog, der Kreditnehmer. So war der dörflichen Sozialfürsorge Genüge getan, und das Geld verblieb in der ländlichen Sphäre.

Die Stadt als Kreditgeber für die Bauern wurde bereits dargestellt. Seltener und in der Literatur kaum berücksichtigt ist der Fall, daß auch Bauern in der Stadt ihr Geld als Kredite anlegten.<sup>45</sup> Offensichtlich gab es Agrarproduzenten, die trotz des Prinzips der ökonomischen Ausgleichenheit in der feudalen Landwirtschaft gewinnbringender wirtschafteten als ihre Dorfgenossen. Dies war insbesondere während der Agrarkonjunktur im letzten Drittel des 16. Jh. der Fall, als Bauern in der Sandpropstei ihr Ackerland extensiv ausweiteten und in okkupatorischer Weise Allmendeland umpflügten und einzäunten.<sup>46</sup> Die Hofübergabeprotokolle jener Zeit zeugen von der Kapitalakkumulation einiger Bauern, so z. B. bei dem Lärzer Zweihufner Simon Winckel.

Bereits 1578 hatte er seinen Neffen in einem Kriminalverfahren angeklagt, ihm eine Lade mit 400 Gulden gestohlen zu haben.<sup>47</sup> Als Winckel 1591 starb, vermerkte sein Hofübergabeprotokoll zwar 5 Gulden 12 Schillinge Schulden, jedoch hatte er 425 Gulden 6 Schillinge gewinnbringend als Kredite angelegt. 25 Gulden 6 Schillinge waren, wie üblich in kleinen Beträgen, Außenstände bei 4 Bauern in Lärz und Umgebung, aber 200

44 Ebenda, Amtsprotokoll 1605 - 1609, Bl. 127.

45 Am ehesten ist dieser Sachverhalt noch in der polnischen Literatur dargestellt. Vgl. Samsonowicz, H., Soziale und wirtschaftliche Funktionen der Kleinstädte im Polen des 15. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, 2/1978, S. 191 - 205; derselbe, Beziehungen zwischen den polnischen Kleinstädten und ihrem Hinterland im 15. Jahrhundert, in: Hansische Studien IV, hg. v. K. Fritze, E. Müller-Mertens, J. Schildhauer = Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Bd. 18, Weimar 1979, S. 118 - 126; Mączak, A., Chlopski kredyt na Zulawach (Bäuerlicher Kredit im Danziger Werder), Warszawa 1964; Lalik, T., Funkcje miast i miasteczek w Polsce późniejszego średniowiecza (Funktionen der Städte und Städtchen in Polen während des Spätmittelalters), in: Kwartalnik Historii Kultury Materialnej, 4/1975, S. 551 - 565; Wyrobisz, A., Rola miast prywatnych w Polsce w XVI i XVII w. (Die Rolle der privaten Städte in Polen im 16. und 17. Jh.), in: Przegląd Historyczny, 1/1974, S. 19 - 46. - Zu mecklenburgischen Städten als Kreditgebern der Bauern vgl. Fritze, K., Bürger und Bauern zur Hansezeit. Studien zu den Stadt-Land-Beziehungen an der südwestlichen Ostseeküste vom 13. bis zum 16. Jahrhundert = Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Bd. 16, Weimar 1976, S. 61, 90 ff.; Olechnowitz, K.-F., Landstädte und landstädtisches Bürgertum in Mecklenburg im 17. und 18. Jahrhundert, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, 3/1977, S. 231 - 237, erwähnt leider die Rolle der Stadt als bäuerlicher Kreditgeber nicht.

46 Vgl. Richter, Die feudale Landgemeinde ..., S. 38 ff., 119 ff.

47 StAs, KAD, Amtsgerichtsbuch 1587 - 1593, Bl. 178.

Gulden lagen als 'Barschaft vffm Rathauße' zu 12 Gulden, d. h. 6 % Zinsen, und ebenfalls 200 Gulden waren an den Wittstocker "frigschlechter Jeronimus" verliehen.<sup>48</sup> Setzt man voraus, die anderen Kredite waren zum gleichen Zinssatz wie der beim Wittstocker Rat angelegt, so bezog Winckel eine jährliche Rente von mehr als 25 Gulden. Das entsprach etwa dem halben Wert seiner sämtlichen feudalen Abgaben.<sup>49</sup>

Bauern wie Winckel, die Darlehen an städtische Institutionen und Bürger vergaben, kommen in den Quellen aus der Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr vor. Typisch für diese Jahrzehnte ist der städtischen Kaufleuten und Handwerkern verschuldete Bauer. Dagegen trat nach Henryk Samsonowicz der Bauer im 15. Jh. in der Stadt noch häufiger als Kreditgeber auf denn als Schuldner.<sup>50</sup>

Es bleibt das eingangs erwähnte Problem zu klären, warum die Bauern so oft Kredite aufnahmen, mitunter trotz Geldbesitzes und eines Hofwehrrüberschusses an Vieh, ja sogar bei gleichzeitiger Vergabe von Krediten, d. h., die Beziehung zwischen bäuerlichen Einkommen und Krediten ist zu klären. Erinnert sei, daß 81,4 % der Höfe in der Sandpropstei bei der Übergabe an einen Erbnnehmer verschuldet waren. Diese beließen die Schulden auf ihrer neuen Stelle und verkauften auch kein überschüssiges Vieh zur Schuldentilgung, obwohl gerade dessen Haltung bei den damals häufig auftretenden Seuchen riskant war.

Goroncy/Heitz vermuteten in ihrer Untersuchung des Gutsarchivs Werle bei gleicher Sachlage, daß die Schulden von den Bauern als Gegenmittel zu Forderungen des Gutsherrn benutzt wurden.<sup>51</sup> Diese Einschätzung mag richtig sein; sie kann aber für die unter grundherrschaftlichen Agrarverhältnissen wirtschaftenden Bauern der Sandpropstei mit ihren äußerst geringen Arbeitsrenten nicht zutreffen.

Eine befriedigende Antwort auf diese Frage ergäbe sich nur, wenn sich die bäuerlichen Einkommen genau ermitteln ließen. Nun war das bäuerliche Mehrprodukt alles andere als eine feststehende Größe. Es war abhängig von der Leistungsfähigkeit des Hofes, den Agrarpreisen und den Belastungen durch lokale und territorialstaatliche Feudalgewalten. Gerade letztere aber waren ständiges Objekt der Klassenauseinandersetzungen zwischen Herrschaft und Bauern. Rechnet man hinzu, daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse ständig schwanken, daß Seuchen und Mißernten die Erträge bedrohten, so war für den Bauern sein Einkommen eine von Jahr zu Jahr veränderliche und unsichere Größe. Henning bezeichnet es zutreffend als Residualgröße.<sup>52</sup>

48 Ebenda, Bl. 178 ff.

49 Vgl. Richter, Die feudale Landgemeinde ..., S. 19 ff.

50 Vgl. Samsonowicz, Soziale und wirtschaftliche Funktionen ..., S. 200 f.

51 Vgl. Goroncy/Heitz, S. 26.

52 Vgl. Berthold/Harnisch/Müller, S. 273 f.

Die deutsche Agrargeschichtsforschung hat immer wieder nach sicheren Quellenangaben zu den bäuerlichen Einkommen gesucht. Für die Spärlichkeit der Quellen spricht u. a., daß in der bürgerlichen Literatur die vor mehr als 100 Jahren veröffentlichten Gerichtsprotokolle über die wirtschaftliche Lage der Meier- und Kothöfe des Dorfes Petze bei Hildesheim vom Jahre 1774 noch immer zu ihrer Illustrierung dienen müssen.<sup>53</sup> Auch die DDR-Forschung hat punktuell derartige Quellen veröffentlicht. Stellvertretend für eine Reihe anderer seien zwei Beispiele aus ostelbischem Gebiet genannt. Harnisch edierte einen Ertragsanschlag aus dem Dorf Warthe in der Uckermark für 1766, nach dem für eine Bauernstelle ein Gewinn von 1 Reichstaler 12 Groschen 4 Pfennigen übrigblieb.<sup>54</sup> Die feudale Ausbeutung schöpfte hier den Ertrag so weit ab, daß für die Bauernfamilie gerade die einfache Reproduktion möglich war. Rolf Rodigast veröffentlichte die Untersuchung einer Kommission der schwedisch-pommerschen Regierung über die ökonomischen Verhältnisse von sechs der Stadt Greifswald gehörenden Dörfern für 1782. Deren Ertragsanschlätze für das Dorf mit den günstigsten Verhältnissen (Wilmshagen) ergaben einen reinen Gewinn pro Bauernstelle von 18 Reichstalern 1 Schilling, für das Dorf mit den schlechtesten Verhältnissen (Jeeser) einen Überschuß von gerade 24 Schillingen.<sup>55</sup>

Beide Autoren betonten aber, daß diese feudalherrlichen Berechnungen nicht real waren. Die Kommissionen berücksichtigten nicht die tatsächliche Aussaat, sondern die mögliche und unterschlugen auch eine Reihe feudaler Belastungen. So fehlte bei Jeeser das zusätzliche Dienstgeld an die Stadt in Höhe von 18 Reichstalern 16 Schillingen, so daß statt des geringfügigen Gewinns von 24 Schillingen ein Defizit von 17 Reichstalern 40 Schillingen real war.<sup>56</sup> Resümierend stellte Rodigast fest: "Es kann nicht verwundern, daß die Greifswalder Stadtbauern unter diesen Umständen in zunehmendem Maße verschuldeten, denn Unglücksfälle - Viehseuchen, Brandkatastrophen, Unwetterschäden und andere - vermochten sie ebensowenig auszugleichen wie Ertragsschwankungen oder erhöhte Steuerforderungen des Staates. Im Jahre 1783 lag auf den sechs Dörfern, die gegen den Rat prozessierten, eine Schuldsumme von 4 037 Reichstaler; das entspricht einem durchschnittlichen Schuldbetrag von 115 Reichstaler je Hof."<sup>57</sup>

53 Goertz-Wrisberg, W. Graf v., Die Entwicklung der Landwirtschaft auf den Goertz-Wrisbergschen Gütern in der Provinz Hannover = Sammlungen nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle, Bd. 2, H. 4, Jena 1880, S. 90 ff.

54 Harnisch, H., Die Herrschaft Boitzenburg. Untersuchungen zur Entwicklung der sozialökonomischen Struktur ländlicher Gebiete in der Mark Brandenburg vom 14. bis zum 19. Jahrhundert = Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam, Bd. 6, Weimar 1968, S. 218 f.

55 Rodigast, S. 108 ff.

56 Ebenda, S. 110.

57 Ebenda, S. 115.

Verglichen damit, ergibt die Addition sämtlicher Schulden in den 115 Hofübergabeprotokollen der 6 Sandpropsteidörfer eine Gesamtschuldsumme von 12 908 Gulden 19 Schillingen. Daraus errechnet sich eine durchschnittliche Verschuldung allein der verschuldeten Höfe von 112 Gulden 6 Schillingen. Das ist ziemlich genau die Hälfte der Verschuldung der unter gutsherrschaftlichen Agrarverhältnissen (und 100 Jahre später) lebenden Greifswalder Stadtbauern. Die Existenzbedingungen der hauptsächlich Natural- und Geldrente leistenden Sandpropsteibauern waren offensichtlich trotz der Kriegsfolgen besser. Aber wie ist ihre dennoch beträchtliche Verschuldung zu erklären?

Allen veröffentlichten Ertragsanschlägen des 18. Jh. haftet der Makel an, daß sie von feudalherrlicher Seite stammen, die die Verhältnisse vorteilhafter darstellte, als sie wirklich waren. Das trifft ebenfalls auf die in den Sandpropsteiakten wiedergegebenen bäuerlichen Ertragsanschläge bei Verkäufen der Wirtschaft zu, da sie vom Verkäufer aufgesetzt und die Erträge aus verständlichen Gründen höher veranschlagt wurden.<sup>58</sup> Nur bei den wenigen Pachtverträgen, die abgeschlossen wurden, wenn ein Bauer seine Stelle vorübergehend von einem anderen Agrarproduzenten bewirtschaften ließ, und den darauf folgenden Abrechnungen sind Einnahmen und Ausgaben real festgehalten, da Pächter und Verpächter sich gegenseitig kontrollierten.

1699 z. B. verpachtete der aus Dänemark stammende Bauer Henrich Key in Sietow seinen Hof auf 3 Jahre seinem Schwager Peter Voß, da er sich aus familiären Gründen in seinen Heimatort begeben mußte.<sup>59</sup> Als Key 1702 von Fünen zurückkehrte, wurde in Beisein des Sandpropstes ein genaues "Verzeichnis, waß Peter Voß nach Keien abreise in Dennemarck von deßen hinterbliebenen Guthe verkauft, u. waß Er hergegen vor Keien hinwiderümb ausgegeben u. bezahlet" hat, aufgestellt.<sup>60</sup> Dies gibt ein genaues Bild über Einnahmen und Ausgaben dieser Einhuferstelle und kann als repräsentativ für die Sandpropstei angesehen werden.

#### Einnahmen aus Verkauf:

##### 1. Ackerbau

22 Scheffel Gerste	48 Gulden
23 Scheffel Hafer	23 Gulden

##### 2. Viehhaltung

27 Schafe	54 Gulden
Wolle	14 Gulden
1 Stier	15 Gulden
3 Ziegen	4 Gulden 8 Schillinge
1 Sau	4 Gulden

---

Einnahmen gesamt:           162 Gulden 8 Schillinge  
 =====

<sup>58</sup> Vgl. z. B. StAS, KAD, PSP 1663/64, Bl. 134 f. - Hier wird grundsätzlich beim Verkauf nach dem 4. Korn gerechnet, obwohl andere Quellen nur das 2. bis 3. Korn nennen.

<sup>59</sup> Ebenda, PSP 1698/99, Bl. 502 f.

<sup>60</sup> Ebenda, PSP 1701/02, Bl. 43 ff.

# Ausgaben:

## 1. Getreide zur Saat und zum Verbrauch

14 Scheffel Roggen	14 Gulden	8 Schillinge
9 Scheffel 1 Viert Gerste	18 Gulden	
9 Scheffel Hafer	12 Gulden	
3 Scheffel Mattenkorn	12 Gulden	
1 Scheffel Wicken	1 Gulden	8 Schillinge
2 Pfund Flachs	4 Gulden	

## 2. Löhne

Schafhirt	9 Gulden	12 Schillinge
Weber	3 Gulden	8 Schillinge
Spinner	1 Gulden	10 Schillinge

## 3. Feudale Abgaben

Kontribution	14 Gulden	15 Schillinge	6 Pfennige
Pastor	2 Gulden	16 Schillinge	

## 4. Unkosten in der Dorfgemeinde

Errichtung von Feldscheiden	8 Gulden	22 Schillinge
-----------------------------	----------	---------------

## 5. Anschaffungen

Bettzeug	8 Gulden
----------	----------

## 6. Kredite

Schuldenrückzahlungen	37 Gulden	16 Schillinge
Krediterteilung	15 Gulden	

## Ausgaben gesamt:

162 Gulden 19 Schillinge 6 Pfennige  
 =====

Einnahmen und Ausgaben bezeugen, daß bestenfalls die einfache Reproduktion möglich war. Es ergibt sich ein geringes Defizit von 11 Schillingen 6 Pfennigen. Allerdings fehlt in der Aufstellung die Feudalrente an das Kloster, die jährlich aus 8 bis 9 Kornfuhrten von Röbel nach Malchow (20 km) und 1 Gulden 12 Schillingen Pacht bestand.<sup>61</sup> Im Grunde hätte sich also der Bauer die Investition von 8 Gulden für das Bettzeug schon nicht mehr leisten können. Auch die Tatsache, daß Gerste und Hafer sowohl verkauft als auch wieder gekauft wurden, weist auf wirtschaftliche Instabilität. Möglicherweise hatte der Bauer sogar versucht, die jahreszeitlichen Schwankungen der Getreidepreise zu seinem Vorteil auszunutzen. Bei Gerste war ihm das auch gelungen (Verkauf für 2 Gulden 6 Schillinge pro Scheffel, Kauf für 2 Gulden), den Hafer aber hatte er teurer wieder einkaufen müssen (Verkauf für 1 Gulden, Kauf für 1 Gulden 8 Schillinge).

<sup>61</sup> Ebenda, Visitationsprotokoll 1698, Bl. 55.



Der insgesamt noch erträgliche Verlust, der sicher jährlich unterschiedlich ausfiel bzw. auch in einen geringen Gewinn ausschlagen konnte, offenbart wie bei den von Harnisch und Rodigast untersuchten Höfen die ökonomische Schwäche der Bauernstelle Key/Voß: das ständige Wirtschaften am Rande des Defizits. Die jahraus, jahrein ohne Gewinn arbeitenden bäuerlichen Betriebe waren natürlich bei den geringsten Störungen - Mißernten, Seuchen, Kriege, Erhöhungen der Feudalrente - sofort auf Kredite angewiesen. Betrachtet man diese im vorliegenden Fall genauer, dann setzt sich der Posten "Schuldenrückzahlungen" von 37 Gulden 16 Schillingen so zusammen, daß 3 Dorfgenosser ihre Kredite zurückforderten: ein Bauer seinen Geldkredit von 20 Gulden, zwei Bauern ihre Naturalkredite von 2 Scheffel Gerste zu 4 Gulden 16 Schillingen und 10 Scheffel Roggen zu 13 Gulden. Im gleichen Zeitraum wurde aber einem vierten Bauern Korn im Wert von 15 Gulden geliehen, also ein Kredit gewährt. Offensichtlich war die Vergabe von Krediten in Geld- oder Naturalform an Nachbarn ein Gebot der dorfgenosserischen Fürsorge. Die feudale Landgemeinde konnte es sich nicht erlauben, daß eines ihrer Mitglieder wirtschaftlich ruiniert wurde, ohne sich dabei selbst zu schwächen. Nur so ist es zu erklären, daß ein großer Teil der verschuldeten Bauern selbst wieder Gläubiger war.

Als Fazit läßt sich feststellen, daß die bäuerlichen Betriebe der Sandpropstei wie im gesamten ostelbischen Gebiet nicht über die einfache Reproduktion hinaus entwickelt werden konnten und deshalb auf Kredite kleinerer Art für die Konsumtion und größerer Art für Investitionen angewiesen waren. Ein Blick auf die 115 Hofübergabeprotokolle zeigt, daß Verschuldungen bis zu etwa 300 Gulden von der klösterlichen Grundherrschaft als normal angesehen wurden und zu keinem Konkursverfahren führten. Dies geschah erst bei 400 oder 500 Gulden. Die relative Seltenheit solcher Verfahren macht aber klar, daß die Bauern über Generationen hinweg gelernt hatten, mit dem Instrumentarium der Kreditaufnahme umzugehen, immer in der Hoffnung, einst ihre Wirtschaften wie zur Zeit der Agrarkonjunktur im letzten Drittel des 16. Jh. zur extensiv erweiterten Reproduktion führen zu können.

## DISKUSSIONEN

### Allgemeingesellschaftliche Überlegungen zur wissenschaftlich-technischen Revolution

von Jürgen Kuczynski

#### 1. Die Rolle der Produktivkräfte\*

Einzigartig ist die Rolle, die Marx den Produktivkräften in der Geschichte der Menschheit zuschreibt. 1846 nennt er in seinem Brief an Annenkow die Produktivkräfte, über die die Menschen verfügen, "die Basis ihrer ganzen Geschichte"<sup>1</sup>. Und fast 40 Jahre später, 1884, schreibt Engels an Kautsky: "Die Werkzeuge des Wilden bedingen seine Gesellschaft grade so gut wie die neueren die kapitalistische Gesellschaft."<sup>2</sup> Darum heißt es auch schon im "Elend der Philosophie": "Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten."<sup>3</sup> Und 20 Jahre später im ersten Band des "Kapitals" formuliert Marx: "Nicht was gemacht wird, sondern wie, mit welchen Arbeitsmitteln gemacht wird, unterscheidet die ökonomischen Epochen."<sup>4</sup>

Die Benutzung von Arbeitsmitteln, sagen Marx und Engels, unterscheidet den Menschen vom Tier. Ihre Entwicklung war zunächst unglaublich langsam. Zwischen einer primitiven und einer höchst brauchbaren Steinaxt liegen nach Funden in Frankreich an hunderttausend Jahre.

Die alles entscheidende Wendung in der Geschichte der Menschheit brachte die Vervollkommnung der Arbeitsinstrumente und damit des Menschen, als es gelang, ein Mehrprodukt zu schaffen. Diese einzigartige Leistung vollbrachten die Ackerbauern und Hirten. Basis der Schaffung eines Mehrprodukts war der Übergang zum Pflanzenbau und zur Haltung von Vieh im Vorderen Orient, wohl im 9. Jahrtausend v. u. Z. Seit dem Übergang vom Regenfeldbau zum Irrigationsbodenbau etwa im 6. Jahrtausend v. u. Z. im Zusammenhang mit einer weiteren Verbesserung der Arbeitsinstrumente in den Ebenen am Unterlauf von Euphrat und Tigris war die Gewinnung eines regelmäßigen Mehrprodukts relativ gesichert.

\* Vgl. auch Einheit, 7/1984, S. 619 ff.

1 Marx, K., an P. W. Annenkow, Brüssel, 28. 12. 1846, in: Marx/Engels, Werke (MEW), Berlin 1956 ff., Bd. 4, S. 548.

2 Engels, F., an Karl Kautsky, London, 26. 6. 1884, in: MEW, Bd. 36, S. 167.

3 Marx, K., Das Elend der Philosophie, in: MEW, Bd. 4, S. 130.

4 Derselbe, Das Kapital, Bd. 1, in: MEW, Bd. 23, S. 194 f.

Theoretisch konnte sich die Menschheit seit der Menschheitentwicklung nun auf zwei Wegen fortsetzen. Entweder blieb man bei der egalitären Verteilung des Mehrprodukts. Dann würde es Zehntausende von Jahren und vielleicht noch viel länger dauern, bis die Menschheit sich hauptberuflich der Verbesserung der Produktivkräfte, schließlich durch die Entwicklung der Wissenschaft, widmen könnte. Oder man ging den Weg der ungleichmäßigen Verteilung des Produkts der Arbeit der Gesellschaft und schuf eine Arbeitsteilung, die Engels dann als historische Tatsache so schildert: "Es ist klar: solange die menschliche Arbeit noch so wenig produktiv war, daß sie nur wenig Überschuß über die notwendigen Lebensmittel hinaus lieferte, war Steigerung der Produktivkräfte, Ausdehnung des Verkehrs, Entwicklung von Staat und Recht, Begründung von Kunst und Wissenschaft nur möglich vermittelt einer gesteigerten Arbeitsteilung, die zu ihrer Grundlage haben mußte die große Arbeitsteilung zwischen den die einfache Handarbeit besorgenden Massen und den die Leitung der Arbeit, den Handel, die Staatsgeschäfte, und späterhin die Beschäftigung mit Kunst und Wissenschaft betreibenden wenigen Bevorrechteten."<sup>5</sup>

Es entstand eine Klassengesellschaft, in der jedoch die den Fortschritt der Produktivkräfte begünstigende Arbeitsteilung durch Umverteilung des Mehrprodukts mittels Ausbeutung weit über das historisch für den möglichst schnellen Fortschritt notwendige Maß hinausging. Darum bemerkt auch Engels an der gleichen Stelle: "Solange die wirklich arbeitende Bevölkerung von ihrer notwendigen Arbeit so sehr in Anspruch genommen wird, daß ihr keine Zeit zur Besorgung der gemeinsamen Geschäfte der Gesellschaft - Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Rechtsangelegenheiten, Kunst, Wissenschaft etc. - übrigbleibt, solange mußte stets eine besondere Klasse bestehen, die, von der wirklichen Arbeit befreit, diese Angelegenheiten besorgte; wobei sie denn nie verfehlte, den arbeitenden Massen zu ihrem eigenen Vorteil mehr und mehr Arbeitslast aufzubürden."<sup>6</sup>

Nach der so entscheidenden Leistung der Menschheit, der Schaffung von Mehrprodukt, bereitete die Bourgeoisie die zweite entscheidende Leistung vor. Im "Kommunistischen Manifest" heißt es: "Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktivkräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen."<sup>7</sup> Und was ist die Folge? Hören wir wieder Engels: "Erst die durch die große Industrie erreichte ungeheure Steigerung der Produktivkräfte erlaubt, die Arbeit auf alle Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme zu verteilen und dadurch die Arbeitszeit eines jeden so zu beschränken, daß für alle hinreichend freie Zeit bleibt, um sich an den allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft - theoretischen wie praktischen - zu beteiligen. Erst jetzt also ist jede herrschende und ausbeutende Klasse überflüssig, ja ein Hindernis der gesellschaftlichen Entwicklung geworden, und erst jetzt auch wird sie unerbittlich beseitigt werden, mag sie auch noch so sehr im Besitz der 'unmittelbaren Gewalt' sein."<sup>8</sup>

Die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung, der sozialistischen, basierend vor allem auf den materiellen Vorarbeiten der Bourgeoisie hinsichtlich der Entwicklung der Produktivkräfte, ist das Werk der Arbeiterklasse, der letzten der Ausbeutung unterliegenden Klasse, der ersten Klasse der Werktätigen, die eine

5 Engels, F., Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft ("Anti-Dühring"), in: MEW, Bd. 20, S. 168.

6 Ebenda, S. 169.

7 Marx, K./Engels, F., Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 467.

8 Engels, Herrn Eugen Dührings ..., S. 169.

neue Gesellschaft formiert, die die gewaltige Leistung der Ackerbauern und Hirten der Vorklassengesellschaft, die Schaffung von Mehrprodukt, zur vollen Reife bringt.

Die Gesellschaft der Bourgeoisie, der Kapitalismus, liegt heute im Sterben. Doch unterscheidet sich dieser Sterbeprozess von denen aller anderen vorangegangenen Gesellschaften. Jede sich überlebende Gesellschaft, sei es das Römische Reich oder der deutsche Feudalismus, hat stets an einem Rückgang der Produktivkräfte gelitten. Anders der Kapitalismus. Schon im "Kommunistischen Manifest" hatten Marx und Engels festgestellt: "Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren."<sup>9</sup> Und das gilt bis heute.

So kommt es, daß heute die letzte und entscheidende historische Revolution der Produktivkräfte, deren Kernstück die Automatisierung ist, in ihren allerersten Anfängen sowohl im Kapitalismus wie im Sozialismus zu beobachten ist. Jedoch so identisch diese Revolution rein technisch bisher verläuft - mit austauschbaren Produkten -, so grundverschieden sind ihre gesellschaftlichen Folgen: Im Kapitalismus Aggressivität nach außen sowie zunehmende Verschlechterung der materiellen Lage der Werktätigen durch eine Tendenz zu steigender Arbeitslosigkeit und Abbau sozialer von der Arbeiterklasse zuvor erkämpfter Leistungen. Im Sozialismus dagegen steigende Produktivkraft, verbunden mit zunehmender Wohlfahrt der Werktätigen, verbunden auch mit dem Streben, unter allen Umständen den Frieden unter den Völkern zu erhalten. Im Kapitalismus zunehmende Entpersönlichung des Menschen, im Sozialismus zunehmende Selbstverwirklichung der Persönlichkeit, zunehmende Ausbildung und Betätigung aller Fähigkeiten des Menschen.

Frage: Wie weit kann der Kapitalismus auf dem Wege der letzten und entscheidenden Revolution der Produktivkräfte gehen? Das Endziel dieser Revolution hat Marx ganz klar in den "Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie" gekennzeichnet. Marx unterscheidet notwendige Arbeit und Arbeit in Freiheit. Notwendige Arbeit ist die Arbeit, die erforderlich ist, um den Menschen am Leben zu erhalten, Arbeit in Freiheit ist die Arbeit, die den Menschen sich selbst verwirklichen läßt, die Arbeit in der Zeit, die wir heute Beschäftigung in der Freizeit nennen. Marx sieht eine Entwicklung der Automatisierung der Arbeit voraus, die schließlich zur automatischen Fabrik führt. Der Mensch "tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein". "Die Arbeit erscheint nicht mehr so sehr als in den Produktionsprozeß eingeschlossen, als sich der Mensch vielmehr als Wächter und Regulator zum Produktionsprozeß selbst verhält."<sup>10</sup>

Der Mensch tritt neben den Produktionsprozeß. Er paßt nur noch auf, daß die automatische Fabrik funktioniert. Statt 100 Millionen Werktätige würden in den USA nur noch 100 Tausend gebraucht werden, und die Arbeitslosigkeit würde 99,9 Prozent betragen. Entsprechend in den übrigen monopolkapitalistischen Staaten. Schon heute ist die Prognose für den Kapitalismus die Tendenz zu ständig steigender Arbeitslosigkeit. Wenn sich der sterbende Kapitalismus von anderen sterbenden Gesellschaftsordnungen durch ständig steigende Arbeitsproduktivität unterscheidet, so findet diese doch bei ständig steigender Ausschaltung der Produktivkraft Mensch statt. Genau dieser Widerspruch und seine ständige Zuspitzung zeigt so deutlich die erschreckende Form der Selbst-

<sup>9</sup> Marx/Engels, Manifest ..., S. 465.

<sup>10</sup> Marx, K., Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 601.

zerstörung der Gesellschaft, die eine längere Durchführung der gegenwärtigen Revolution der Produktivkräfte im Kapitalismus bedeuten würde. Und zugleich zeigt dieser Widerspruch einen neuen Grund für die absolute Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus.

Wie anders sieht die Zukunft der Entwicklung der gleichen materiellen Produktivkräfte für die sozialistische Gesellschaft aus. Lenin hat nie etwas gegen das, was er "reale Träume eines Kommunisten" genannt hat, gehabt. So hat auch Marx real geträumt und mit generöser Begeisterung einen anonymen Pamphletisten Englands zitiert: "Reichtum ist verfügbare Zeit (Freizeit - J. K.), und sonst nichts"<sup>11</sup>. Und in dieser Freizeit wird sich der Mensch zum universellen Wesen bilden. "Die freie Entwicklung der Individualitäten, und daher nicht das Reduzieren der notwendigen Arbeitszeit, um Surplusarbeit zu setzen, sondern überhaupt die Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen durch die für sie alle freigeordnete Zeit und geschaffnen Mittel entspricht."<sup>12</sup> Der Mensch wird sich jedoch in der Freizeit nicht nur universell bilden, sondern auch universell betätigen, freudig hart entsprechend seinen Neigungen arbeiten. "Wirklich freie Arbeiten, z. B. Komponieren, ist grade zugleich verdammtester Ernst, intensivste Anstrengung"<sup>13</sup>, erklärt Marx.

Seit 1949 geht unsere Republik dieser einzigartigen Zukunft entgegen. Viel langsamer, als wir es an sich könnten, da der aggressive Imperialismus uns ständig behindert und wir den Sozialismus nicht einfach aufbauen können, sondern auch ständig Maßnahmen zur Sicherung des Aufbaus treffen müssen. Viel langsamer ... doch jedem spürbar.

Unser Bestreben ist es, gerade im Angesicht des Feindes diesen Aufbau zu beschleunigen. Mit "verdammtstem Ernst", mit "intensivster Anstrengung" gilt es, unsere Produktivkräfte zu steigern, das heißt das, was wir die wissenschaftlich-technische Revolution nennen, voranzutreiben, denn die Produktivkräfte sind, wie Marx erkannte, die Basis der ganzen Geschichte der Gesellschaft der Menschen.

Seit vielen tausend Jahren bestimmt die Wissenschaft in gewisser Weise das gesellschaftliche Leben. Zunächst waren es die Gesellschaftswissenschaften, die sich entwickelten. Städte, Staaten und gar Reiche wie das persische und andere noch frühere erforderten natürlich ein Regelsystem der Verwaltung und eine den Verhältnisse, entsprechend ausgebildete Rechtswissenschaft. Wenn Marx einmal sagt: "Als die erste große Produktivkraft erscheint das Gemeinwesen selbst"<sup>14</sup>, dann haben die Gesellschaftswissenschaften eher als die Naturwissenschaften zur Entwicklung der Produktivkräfte beigetragen. Doch auch die Naturwissenschaften wirkten schon in der frühesten Klassengesellschaft als Produktivkraft. Mathematische Texte in Keilschrift, aus dem Ende des 4. Jahrtausends stammend, sind am Unterlauf des Euphrat und Tigris (Mesopotamien) gefunden worden. Sie dienten sowohl zur Bestimmung von Maßen wie zur Land-Vermessung (auf griechisch Geo-Metrie). Etwa 2 000 Jahre später folgten, nach den bisherigen Funden, die ersten Anfänge der Astronomie, die sowohl für die Landwirtschaft wie für die Schifffahrt und auch allgemein zur Schaffung des Kalenders von Bedeutung wurde.

11 Derselbe, Theorien über den Mehrwert, T. 3, in: MEW, 26.3., S. 252.

12 Marx, Grundrisse ..., S. 601.

13 Ebenda, S. 512.

14 Ebenda, S. 403.

Eine größere Rolle begann die Wissenschaft als Produktivkraft dann in der Renaissance zu spielen. Doch erst heute ist sie von fundamentaler Bedeutung für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden. Wir können von einem Gesetz der tendenziellen Zunahme der Rolle der Wissenschaft in der Geschichte der Menschheit sprechen. Beruhte der Fortschritt zunächst auf Erfahrung und Glauben, so eroberte sich im Laufe der Zeit die Wissenschaft, das Wissen um Ursache und Wirkung und Gesetze, einen immer breiteren Platz in der Aneignung der Welt.

Dabei beobachten wir wieder eine Gleichheit und eine grundlegende Verschiedenheit der Entwicklung in den Ländern des Sozialismus und des Kapitalismus. In beiden Gesellschaftsformationen wird gegenwärtig etwa die gleiche Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung beigemessen, und die relativen Ausgaben für Wissenschaft und Technik sind ebenfalls nicht grundsätzlich verschieden. In der Welt des Monopolkapitals soll jedoch die Steigerung der Produktivität durch die Entwicklung der Wissenschaft dem Profit einer winzigen Minderheit und der imperialistischen Aggressivität, im Sozialismus der Erhöhung des Wohlstandes des ganzen Volkes und der Sicherung des Friedens dienen.

So bedeutet die Entwicklung der Wissenschaft im Kapitalismus heute ein Unglück für die Menschheit aufgrund ihrer gesellschaftlichen (nicht notwendigerweise auch persönlichen!) Motivation und ihrer gesellschaftlichen Zielsetzung - und ein Glück für die Menschheit im Sozialismus, in dem persönliche und gesellschaftliche Motivation wie Zielsetzung eine Einheit bilden sollen.

## 2. Maschinenstürmer einst und heute

Ein fortschrittlich denkender Gewerkschaftsführer

Es gibt auch reaktionäre Bewegungen, gegen die unser Kopf revoltiert und für die unser Herz blutet. Man denke an die Maschinenstürmer zu Beginn des 19. Jahrhunderts, völlig verarmte Handwerker, denen die modernen Fabriken mit ihren mechanischen Webstühlen ihr Brot geraubt, ihre Existenz untergraben hatten. Es war reaktionär und auch dumm, die Maschinen zu zerstören, denn nicht die Maschinen waren schuld an ihrem Elend, sondern die kapitalistische Handhabung der Maschinen. Es war vor allem Marx, der das klarstellte in jener wundervollen Passage im ersten Band des "Kapitals", die so beginnt: "Da also die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht ..." <sup>15</sup>

Heute gibt es wieder Maschinenstürmer in der Welt des Kapitalismus, die sich tief erschreckt durch die furchtbare Handhabung der Technik in ihren Ländern, gegen die Technik an sich wenden. Aber wir, dem Beispiel von Marx folgend, sagen: Es ist nicht die moderne Technik, nicht die wissenschaftlich-technische Revolution, gegen die man sich wenden muß, sondern es ist ihre Handhabung durch das moderne, durch das Monopolkapital.

Aber ist damit die Problematik erschöpft?

In einem wahrlich beachtenswerten Artikel <sup>16</sup>, betitelt "Einbahnstraße Technik? Das Verhältnis der Gewerkschaften zu den 'neuen Technologien'", hat Franz Steinkühler, zweiter Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall, sich über die Haltung der Gewerkschaften zur modernen Technik geäußert.

<sup>15</sup> Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 465.

<sup>16</sup> Steinkühler, F., Einbahnstraße Technik? Das Verhältnis der Gewerkschaften zu den "neuen Technologien", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, 2/1984, S. 188 ff.

Die Wirkungen der neuer. Technik in der BRD schildert er so: "Die Bilanz des Technikeinsatzes in den Betrieben für die abhängig Beschäftigten ist in der Regel negativ:

- drastischer Arbeitsplatzabbau,
- Verlust traditioneller Qualifikationen und langjährig erworbener Berufserfahrung,
- Gefährdung der Einkommen,
- Gesundheitsverschleiß durch Erhöhung des Arbeitstempos und der Leistungsverdichtung,
- Einengung des Dispositions- und Handlungsspielraums der Arbeitnehmer, oder anders ausgedrückt: Zunahme von Kontrolle durch die neuen EDV-Systeme."<sup>17</sup>

Doch das sind eben nur die Auswirkungen der modernen Technik in der BRD, das heißt in einem Land, in dem das Monopolkapital herrscht. Steinkühler, einer berühmten Passage im "Kapital"<sup>18</sup> folgend, formuliert daher:

"Ich will es einmal vereinfacht ausdrücken: Die Möglichkeiten der Technik könnten - an sich betrachtet -

- die Arbeitszeit verkürzen - kapitalistisch angewandt verlängern sie den Arbeitstag (zum Beispiel durch Schichtarbeit);
- sie könnten die Arbeit erleichtern - kapitalistisch angewandt steigern sie die Arbeitsintensität;
- sie könnten ein Sieg der Menschen über die Natur sein - kapitalistisch angewandt zerstören sie Lebens- und Arbeitschancen und machen Menschen zu Anhängseln von Maschinen;
- sie könnten den Reichtum der Produzenten, der Arbeitnehmer, vermehren - kapitalistisch angewandt wird die Kluft zwischen Kapitalanhäufung in den Händen weniger und dem großen Heer derjenigen, die im Grunde nur ihre Arbeitskraft besitzen, immer größer."<sup>19</sup>

Und dann fährt er fort und dringt noch tiefer in die Problematik ein:

"Ich finde es zunehmend unerträglicher, daß die Aussage 'Die Gewerkschaften sind keine Maschinenstürmer' zu einer Ausrede geronnen ist, zu einer Art Verteidigungshaltung, mit der wir jede kritische Betrachtung der Technikentwicklung meinen einleiten zu müssen. Liegt dieser Beflissenheit nicht ein völlig verkehrter politischer Ansatz zugrunde? ...

Wir werden in Zukunft weniger Bemühen darein verwenden, den verbalen Beweis dafür anzutreten, daß wir keine Maschinenstürmer sind, als vielmehr offensiv und präzise zu formulieren, was wir unter technologischem - und das meint in unseren Verständnis auch immer gesellschaftlichem - Fortschritt verstehen. Wir müssen anders gewichten.

Unsere bisherige Position 'neue Technik ja, aber sie darf nicht zu negativen Auswirkungen auf die Beschäftigten führen', greift zu kurz. Sie muß durch die politische Grundhaltung: 'Es darf nur solche Technik entwickelt und eingesetzt werden, die gesellschaftliche und menschliche Existenz erleichtert' ersetzt werden. Diese andere Gewichtung hat - konsequent weitergedacht - bedeutende Auswirkungen auf unser Verhältnis zur Technikentwicklung insgesamt und darüber hinaus für eine gewerkschaftliche Strategie in der konkreten gesellschaftlichen und betrieblichen Auseinandersetzung."<sup>20</sup>

17 Ebenda, S. 192.

18 Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 465.

19 Steinkühler, S. 194.

20 Ebenda, S. 194 f.

Also doch Maschinenstürmer - und nicht mit vollem Recht?! Technik, die nicht "die gesellschaftliche und menschliche Existenz erleichtert", soll bekämpft werden. Wieder so richtig bemerkt Steinkühler: "Je kritischer und differenzierter wir an die Beurteilung von Technik herangehen, umso wahrscheinlicher werden jene Fälle, in denen wir Widerstand leisten müssen und werden. Widerstand gegen technische Maßnahmen, die ideologisch ummäntelt mit dem Begriff 'Fortschritt' Menschen zu mathematisch berechenbaren, bis in das Innerste ihrer Gedanken und Bedürfnisse kontrollierten, der Organisation von EDV-gestützten Arbeitssystemen angepaßten, aller Möglichkeiten kreativer Tätigkeit und selbständiger Arbeitsausführung enthobenen 'Funktionen' degradieren und damit ihres Menschseins berauben!" Merkwürdigerweise fährt Steinkühler jedoch fort: "Das ist keine Maschinenstürmerei, das ist der berechnete und gesellschaftlich notwendige Kampf gegen die Unmenschlichkeit der nur auf Gewinnmaximierung basierenden Kapitallogik."<sup>21</sup>

Natürlich ist das Maschinenstürmerei, und zwar durchaus berechnete. Maschinenstürmerei unter besonderen Bedingungen.

Warum haben sich Marx und Engels gegen das Maschinenstürmen gewandt? Weil die Maschine objektiv Fortschritt für die Zukunft der Menschheit brachte, auch wenn sie bei ihrer Einführung zunehmendes materielles und geistiges Elend für die Werktätigen bedeutete. Der Kapitalismus muß die gesamtgesellschaftliche Position der Werktätigen erniedrigen. Und wenn die Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse gegen diese Erniedrigung ihrer gesellschaftlichen Position kämpfen, dann mit dem taktischen Ziel, diese Erniedrigung möglichst gering zu halten, und mit dem strategischen Ziel, diese Erniedrigung durch Sturz des Kapitals abzuschaffen und eine ständige Erhöhung ihres gesellschaftlichen Niveaus in einer sozialistischen Gesellschaft zu sichern.

Wissenschaftlich-technischer Fortschritt in einer Ausbeutergesellschaft geht stets auf Kosten der Werktätigen vor sich. Und solange es nur Ausbeutergesellschaften gibt, ist jede Maschinenstürmerei gegen den Fortschritt gerichtet. Daher auch die Haltung von Marx und Engels gegen die Maschinenstürmer.

Heute aber, so ganz im Gegensatz zu den Zeiten von Marx und Engels, gibt es eine Gesellschaftsordnung, in der der wissenschaftlich-technische Fortschritt nicht auf Kosten der Werktätigen, sondern zu ihrem Wohl vor sich geht: die sozialistische. Heute ist der wissenschaftlich-technische Fortschritt nicht mehr auf den Kapitalismus angewiesen. Kann darum die Menschheit nicht auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt im Kapitalismus verzichten? Richtet sich darum Maschinenstürmerei im Kapitalismus nicht mehr gegen den Fortschritt, der in den Händen des Sozialismus auf das Beste und zum Wohle der Menschheit gesichert ist? Ich glaube, so ist es.

Wenn - so ganz im Gegensatz zum 19. Jahrhundert - wissenschaftlich-technischer Fortschritt zu all den alten Übeln für die Werktätigen, wie etwa der steigenden Intensität, ja Hektik der Arbeit, die Marx und Engels aufgezeichnet haben, auch noch die Schaffung einer ständigen großen Arbeitslosenarmee hinzufügt, ist dann nicht ein Maschinensturm wahrhaftig berechtigt?

Der DGB-Bundeskongreß in Berlin hat bereits einen ersten und wahrlich nicht unwichtigen Schritt zu einer Neuregelung des Verhältnisses der Gewerkschaften zur Technik getan, als er mit großer Mehrheit das Verbot von Personalinformationssystemen beschloß. Der Gewerkschaftstag der IG Metall Anfang 1984 hat die Einführung von Heimarbeit am Bildschirm grundsätzlich abgelehnt. Ist das nicht wahrlich Maschinenstürmerei, und doch wohl sehr berechnete!



Natürlich gibt es einzelne Gebiete, auf denen man sich auch im Kapitalismus nicht gegen den wissenschaftlich-technischen Fortschritt wenden wird, wie etwa das der Medizin.

Natürlich gibt es ein Gebiet, auf dem die Menschheit sich schon seit längerem ganz offen gegen wissenschaftlich-technischen Fortschritt wendet, insbesondere die Welt des Sozialismus, und das ist die Herstellung immer "effektiverer" Rüstungen. Hier gibt es seit langem ein einträchtiges Bemühen aller friedliebenden Menschen, zu einem globalen Abkommen über die Begrenzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu kommen, ja sobald wie möglich seinen Rückschritt, etwa durch Abschaffung der nuklearen Waffen, einzuleiten.

Die große Frage für die fortschrittlichen Kräfte, für alle Werktätigen in der Welt des Kapitalismus im Zusammenhang mit dem hier von uns behandelten Problem ist: Inwieweit kann es den Werktätigen gelingen, den ihnen so schädlichen, auch ständig die Arbeitslosigkeit erhöhenden, wissenschaftlich-technischen Fortschritt aufzuhalten?

Sicherlich kann das punktuell geschehen; Siege können hie und da errungen werden. Aber ein wirklich ernsthafter Erfolg kann zunächst nur durch Zählung der Rationalisierungswut des Kapitals erreicht werden. Den Endsieg bringt der Sturz des Kapitals.

Man soll sich auch folgendes überlegen: Wenn wir in der DDR so oft und mit so viel Recht in unseren Analysen der wirtschaftlichen Lage des Weltkapitals auf die Verflechtung von allgemeiner und zyklischer Krise hinweisen, insbesondere auch auf die steigende Arbeitslosigkeit in Zeiten steigender Produktion und Profite, dann ist diese Erscheinung fast ausschließlich auf die Rationalisierung mittels wissenschaftlich-technischen Fortschritts zurückzuführen. Der mit der Zuspitzung der allgemeinen Krise verbundene depressive Charakter der monokapitalistischen Produktion verhindert eine höhere Steigerung der Produktion als der Produktivität und muß zu steigender Arbeitslosigkeit führen. Das heißt, die steigende Arbeitslosigkeit durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt ist ein Charakteristikum der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitals. Maschinenstürmerei heute ist also zwar in erster Linie ein Kampf für den Frieden, doch auch ein Kampf gegen die steigende Arbeitslosigkeit.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt aber schreitet gleichzeitig ständig zum Wohle der Menschheit voran in den sicheren Händen der Welt des Sozialismus - doch dieser Fortschritt ist uns, wir sagen es offen, noch nicht schnell genug.

### 3. Arbeitslosigkeit und wissenschaftlich-technische Revolution

Eine reformistische "Lösung"

Allmählich erkennen auch Vertreter des Kapitals die Gefahr ständig steigender Arbeitslosigkeit infolge wissenschaftlich-technischen Fortschritts und geringer Steigerung der Produktion in der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Charakteristisch für diese Erkenntnis ist die Veröffentlichung eines Buches zu dieser Thematik durch den Club of Rome unter dem Titel "Wohin führt der Weg?".

Autor des Buches ist Adam Schaff, einer der wenigen Gesellschaftswissenschaftler, die, wie auch Strachey und Sweezy, die Eigenschaft haben, komplizierte Probleme in den Schriften von Marx einfach und klar darzulegen. Doch wie unglücklich verlief ihr Weg! John Strachey entfernte sich von der Kommunistischen Partei Großbritanniens zu Beginn des zweiten Weltkrieges, Paul Sweezy wurde nach dem zweiten Weltkrieg zu einem heftigen Kritiker der Sowjetunion, Schaff wurde 1984 aus der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei ausgeschlossen.

Schaff beginnt sein Kapitel "Wandel der ökonomischen Gesellschaftsformation" so:

"Das erste in die Augen springende Problem, das eine Folge der neuen industriellen Revolution ist, findet seinen Ausdruck in der Frage, wie der Unterhalt einer Armee von Menschen bestritten werden soll, die infolge der Automatisierung und Robotisierung von Produktion und Dienstleistungen strukturell arbeitslos sind.

Soweit die Rede von den industriell entwickelten Ländern ist - in den Entwicklungsländern werden sich die Dinge viel schwieriger gestalten, ja geradezu tragisch, wenn man ihre Armut berücksichtigt -, also in den Ländern, deren Nationaleinkommen es im Prinzip ermöglicht, die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung zu befriedigen, und das auf hohem Niveau, werden wir uns unvermeidlich mit der Frage konfrontiert finden, wie dieses Einkommen in einer neuen Situation verteilt werden soll. Einerseits werden nämlich die Automatisierung und Robotisierung (unter der Voraussetzung einer steigenden Energielieferung für die Produktion als Folge der Erschließung neuer Energiequellen) eine ungeheure Steigerung der Produktionseffizienz und des gesellschaftlichen Reichtums mit sich bringen, andererseits werden dieselben Prozesse zu einer verringerten Nachfrage nach menschlicher Arbeit führen, die mit der Zeit spektakulären Charakter annehmen wird. Das ist unvermeidlich, ganz unabhängig davon, wieviel traditionelle Arbeitsgebiete erhalten werden und wieviel neue als Folge der Entwicklung der Mikroelektronik und der mit ihr verbundenen Produktionsbereiche entstehen werden. Die sich in dieser Frage ehrlich aussprechenden Fachleute haben in dieser Einsicht keine Zweifel.

Ich will nur zwei meiner Ansicht nach maßgebliche Meinungen anführen, in denen das Problem klar gestellt ist: die Losung der japanischen Unternehmer - und diese sind, wie die bisherige Erfahrung zeigt, glaubwürdig -, wonach bis zum Ende unseres Jahrhunderts die körperliche Arbeit in den industriellen Unternehmen Japans zu 100 Prozent abgeschafft werden soll (selbst wenn wir in dieser Losung einen Werbespruch sehen, hat sie ihre Bedeutung), und den Sonderbericht Science Council of Canada Report (Nr. 33, 1982), der für Kanada die Anzahl der infolge der Automatisierung entlassenen Arbeiter bis zum Jahrhundertende auf mäßige 25 Prozent veranschlagt; es handelt sich dabei um den Bericht einer wissenschaftlich äußerst gewissenhaften staatlichen Institution. Uns bleibt also die Wahl zwischen 100 und 25 Prozent, welche Differenz mit der höheren Entwicklung der Elektronik in der japanischen Industrie verbunden sein kann, wo schon jetzt sogenannte un manned factories funktionieren. Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß die strukturelle Arbeitslosigkeit ganze Bevölkerungsmassen erfassen wird. Davon zeugen auch die entsprechenden amerikanischen Prognosen, in denen von 35 Millionen infolge der Automatisierung liquidierten Arbeitsplätzen bis zum Jahrhundertende die Rede ist."<sup>22</sup>

Schaff spürt selbst, daß die japanische Losung eine heftige Übertreibung ist; die Zahlen für Kanada und die Vereinigten Staaten von Amerika aber sind nicht unwahrscheinlich, und deutlicher als Schaff es getan hat, kann man die Drohung der Zukunft, die schon heute Wirklichkeit wird, kaum darlegen. Heftig kämpft er auch gegen billigen Optimismus in dieser Frage: "Es ist offensichtlich, daß präzise und glaubwürdige Prognosen in dieser Beziehung nicht möglich sind, da wir es mit einer allzu großer Anzahl von Variablen zu tun haben, die das Gewicht in der einen oder anderen Richtung verschieben können. Eins ist aber sicher: Die optimistischen Folgerungen, die auf der Grundlage von empirischen Untersuchungen der Relationen zwischen technischen Innovationen und der Beschäftigung in einer bestimmten Industrie- oder Dienstleistungsbranche während der letzten fünf oder zehn Jahre gezogen worden sind,

<sup>22</sup> Schaff, A., *Wohin führt der Weg?*, Wien/München/Zürich 1985, S. 30 f.

erweisen sich als unsolide, methodologisch falsch und in ihrem Resultat (bewußt?) irreführend: erstens, weil das Tempo dieser Innovationen ständig wächst; zweitens, weil das Tempo ihrer technischen Effektivität zunimmt und damit auch ihr Druck auf den Arbeitsmarkt; drittens, weil einstweilen noch eine weitgehende Differenzierung der einzelnen Produktions- und Dienstleistungsbereiche vom Standpunkt ihrer Aufgeschlossenheit für neue Techniken besteht, was sich rasch ändern wird; viertens schließlich deswegen, weil der faktische Stand oftmals durch die Stabilität, ja sogar durch eine gewisse Beschäftigungszunahme verwischt wird, die eine mehrfach größere Steigerung der Funktionen und des Umsatzes begleitet, wie das zum Beispiel im Westen auf dem Banksektor der Fall war - trotz der Computerisierung seiner Funktionen. Die Beruhigung der öffentlichen Meinung und der interessierten Industrie- und Dienstleistungsbranchen, die den offensichtlichen Tatsachen kraß widerspricht, ist gesellschaftlich schädlich."23

Welche Lösung sieht Schaff? Keinesfalls in der Arbeitslosenunterstützung: "... dieses Problem kann nicht durch Arbeitslosenunterstützung gelöst werden, vor allem dann nicht, wenn es sich um junge Menschen handelt, denen die neuen technischen Trends die Arbeitsmöglichkeiten im traditionellen Sinn des Wortes schon vom Anfang ihres selbständigen Lebens an nehmen werden. Hier muß es zu etwas Neuem kommen, die Lösungen müssen ganz anders sein."24

Er konstatiert vielmehr, "daß die Lösung in einer neuen Verteilung des Nationaleinkommens ihren Ausdruck finden wird. Das aber läßt sich nicht verwirklichen, ohne das bisher herrschende Eigentumsrecht zu verletzen oder jedenfalls zu modifizieren."25

Völlig klar sieht er auch, daß die Arbeitszeitverkürzung nur temporär die Situation etwas erleichtern kann: "Man kann die Arbeitszeit nicht erst auf 35 Wochenstunden herabsetzen, dann, beispielsweise, auf 25, 20 usw., bis man auf eine oder eine halbe Stunde wöchentlich kommt. Das wäre vom Standpunkt des Produktions- oder Dienstleistungsprozesses organisatorischer Unsinn."26

Wenn Schaff jedoch fortfährt: "... es wäre aber auch nicht weniger sinnlos vom Standpunkt der psychischen Erfahrungen des arbeitenden Menschen; unterhalb eines gewissen Minimums der Arbeitszeit (welches Minimum?) wird die sogenannte Freizeit zur psychischen Belastung: Es kommt zu einer 'Verschmutzung' der Freizeit."27 -

dann zeigt er, daß er den Begriff der Freizeit, wie ihn Marx verwendet und wie wir ihn im Sozialismus zu realisieren beginnen, nicht begriffen hat. Freizeit im Sinne von Marx und in der Realität des Sozialismus ist nämlich nicht identisch mit Muße, sondern kann auch intensive Arbeit, aber eben nicht aus Zwang und Notwendigkeit, sondern in Freiheit, bedeuten.

Und nun stellt er folgende Überlegung an, die man einem wirren Utopisten vor 200 Jahren verzeihen könnte, jedoch nicht einem ehemaligen Kommunisten, der ein guter Kenner der Gedanken von Marx, Engels und Lenin gewesen war: "In dieser Situation wird es notwendig, die traditionelle Arbeit, das heißt die Erwerbsarbeit, durch nicht entlohnte Beschäftigungen zu ersetzen, die ein Äquivalent der heutigen Arbeit wären, wenn es sich um den 'Sinn des Lebens' handelt, das heißt um die Motivierung menschlicher Lebenshandlungen. Es

23 Ebenda, S. 31 f.

24 Ebenda, S. 33.

25 Ebenda, S. 34.

26 Ebenda, S. 38.

27 Ebenda.

versteht sich, daß ein solcher 'Ersatz' der heutigen Arbeit schon vom Standpunkt des psychischen Wohlbefindens der nicht arbeitenden Menschen notwendig sein wird - wir werden in unseren weiteren Überlegungen ausführlicher darauf zurückkommen. Da es sich aber dabei nicht um Erwerbsarbeit handeln wird, auf die sich der Lebensunterhalt des heutigen Menschen noch immer stützt, muß ihm die Gesellschaft die Unterhaltsmittel zur Verfügung stellen, wenn sie ihre strukturell Arbeitslosen nicht zum Hungertod verurteilen will. Das wird sie nicht wollen, und sollte trotzdem jemand auf diesen teuflischen Einfall verfallen, würde es nicht gelingen, ihn zu verwirklichen; ein Aufstand der Massen, vielleicht sogar ein blutiger, würde es verhindern. Aber es wird natürlich überhaupt nicht so weit kommen; dafür sind die besitzenden Klassen der hochentwickelten Länder viel zu vernünftig und haben in einer Zukunftsgesellschaft, die im Vergleich mit der heutigen dank ihrer Informatik und Automatisierung der Produktion und der Dienstleistungen erheblich reicher sein wird, zu viel zu verlieren, um den Verlust ihrer, wenn auch eingeschränkten, materiellen Herrschaft zu riskieren - und das infolge einer unklugen Verteidigung kurzfristiger Klasseninteressen."<sup>28</sup>

Und die Lösung? Sie lautet: "Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Gesellschaft einer nahen Zukunft, die sich notwendigerweise von der heutigen weitgehend unterscheiden wird, zu einem Wirtschaftsmanöver greift, wie es zum Beispiel im heutigen Schweden angewandt wird. Ohne die Industrie und die Dienstleistungen (mit einigen Ausnahmen, zum Beispiel der Eisenbahnen) zu nationalisieren und ohne das Privateigentum formell zu verletzen, nimmt der Staat seinen Bürgern durch progressive Besteuerung bis zu 90 Prozent ihres Einkommens oder ihrer Gewinne, um damit seine Ausgaben zu decken. Auf diese Weise bleibt der Ansporn der Privatinitiative erhalten, gleichzeitig wird aber ein gewaltiger Teil des Nationaleinkommens vom Staat übernommen (der Teil, der übrigbleibt, wenn das persönliche Einkommen abgesetzt ist, das erfahrungsgemäß, auf einem gegebenen historischen Niveau, die Bedürfnisse des Bürgers deckt). Dieser vom Staat übernommene Teil dient wiederum zur Deckung aller gesellschaftlichen Bedürfnisse, darunter eventuell auch der Unterhaltskosten für eine Armee von strukturell arbeitslosen Menschen, die verschiedenen Beschäftigungen nachgehen. Das wäre etwas ganz anderes als die gegenwärtige Arbeitslosenunterstützung; denn es würde sich um eine Rente auf Lebenszeit handeln, deren Höhe je nach dem Charakter und der Qualität der ausgeübten Tätigkeit differenziert sein könnte, was den Unterschied zwischen einer solchen Rente und dem Arbeitslohn immer mehr verwischen würde."<sup>29</sup>

Was also geschieht mit dem Mehrwert? "Er bleibt nicht in der Hand des Kapitalisten und steht ihm nicht mehr zur Verfügung, sondern geht in den Besitz der Gesellschaft über und steht ihr für die Bedürfnisse der Allgemeinheit zur Verfügung."<sup>30</sup>

Doch dann kommen offenbar Schaff Erinnerungen an alte Zeiten, als er die gesellschaftlichen Verhältnisse noch klar sah, und er schreibt: "Die 'Orthodoxen' unter den Marxisten möchte ich daran erinnern, daß Lenin zur Zeit des Ersten Weltkriegs die Möglichkeit voraussah, daß es in manchen, von sozialistischen Staaten umgebenen Ländern (er führte als Beispiel die Schweiz an) zu einem spezifischen, friedlichen Übergang zum Sozialismus kommen könne, wobei der Staat das Eigentum der Kapitalisten aufkaufen würde und ihnen in den gekauften Produktions- beziehungsweise Dienstleistungsbetrieben leitende Managerstellungen überlassen könnte, da sie sich darin auskennen. Besteht da keine Anlage zu der oben besprochenen heutigen Situation?"<sup>31</sup>

28 Ebenda.

29 Ebenda, S. 42.

30 Ebenda, S. 43.

31 Ebenda.

Der letzte Satz ist wohl als rhetorische Frage gedacht. Doch dann scheint sie ihm wohl so einfach dastehend zu absurd, und er ergänzt: "Wobei noch hinzuzufügen wäre, daß die gegenwärtige industrielle Revolution eine so wirkungsvolle Variable darstellt, daß man ruhig auf die Vorbedingung der Umgebung durch sozialistische Länder verzichten kann, um ein bestimmtes ökonomisches Ziel zu realisieren."<sup>32</sup>

Die Idee einer von gewissermaßen klassenloser Vernunft beseelten und voll humanem Gefühl überfließenden Klasse von Monopolisten ist wahrlich grotesk (genau wie seine völlig falsche Darstellung der Verhältnisse in Schweden)! Wie grotesk, beweist Schaff selbst. Denn während er dem Kapital aus Vernunftgründen und weil Millionen hungernde Menschen es stören könnten, zutraut, daß es freiwillig auf den Mehrwert verzichtet, sich also selbst kastriert, kann er folgendes über die Abrüstungsaussichten (und daraus entspringende Hilfe für die "Dritte Welt") schreiben: "Es ist natürlich sehr leicht auszurechnen, daß eine Herabsetzung der Rüstungen in der Welt um einige Prozent das ganze Problem lösen würde; die Schwierigkeit besteht aber darin, daß nur politisch sehr naive Menschen glauben können, daß die Rüstungsausgaben im Laufe der kommenden zwanzig bis dreißig Jahre (das ist die zeitliche Perspektive, um die es uns geht) gesenkt werden können - im Gegenteil, man sollte vernünftigerweise annehmen, daß sie gefährlich wachsen und einen Großteil des wachsenden Reichtums der Völker verschlingen. Dagegen wird kein lyrisches Lamentieren der verschiedensten, im höchsten Grad edelmütigen, aber praktisch hilflosen Humanisten, Pazifisten usw. helfen, für die ich Sympathie empfinde, an deren Realismus ich aber nicht glaube. Ich höre schon den Chor empörter Stimmen als Echo auf diese Skepsis, ich höre auch die Stimme der amerikanischen Administration mit ihren irrsinnigen Plänen eines 'Sternenkriegs' im 21. Jahrhundert (andere Regierungen sind um so viel 'vernünftiger', als sie zwar dasselbe denken und tun, aber nicht laut darüber sprechen), und ich muß bekennen, daß ich diese Stimmen - leider - für glaubwürdig halte, obwohl sie moralisch abstoßend sind. In der Politik zählt jedoch der Realismus der Stärke und nicht die moralische Schönheit der Taten."<sup>33</sup>

Also, bis zum Ende des Jahrhunderts unbemannte Fabriken in Japan - und darum schafft das Monopolkapital aus Vernunftgründen den Mehrwert ab. Doch gleichzeitig dauert der Wahnsinn steigender Rüstungsausgaben, die die ganze Menschheit bedrohen, weiter an. Da helfe kein "lyrisches Lamentieren".

Welch geistige Verwirrung und realistisch gemeinter Zynismus von Adam Schaff!

Aber nur von ihm? Auf dem Titelblatt steht nicht nur der Club of Rome als Herausgeber, sondern auch noch: "Mit Unterstützung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes".

Nein! Eine sich aus allen Klassen und Schichten nährenden Friedensbewegung, die auch Teile des Kapitals umfaßt, welche nicht von der Aufrüstung profitieren und begreifen, was ein Nuklearkrieg bedeutet, kann sehr wohl der ständigen Aufrüstung Einhalt tun! Um aber die private Aneignung von Mehrwert abzuschaffen, dafür bedarf es in den entwickelten Industriestaaten unter den gegenwärtigen Verhältnissen, in denen eben noch nicht eine Schweiz von sozialistischen Staaten umringt ist, einer Revolution unter Führung der Arbeiterklasse.

32 Ebenda.

33 Ebenda, S. 111 f.

## Zum Problem der Markgenossenschaft und der Markgenossenschaftslehre

Geschichte, Stand und Aufgaben der Forschung aus rechtshistorischer Sicht

von Bernd Schildt

Die Markgenossenschaft ist ein äußerst umstrittener Problembereich in der modernen Mediävistik. Von der bürgerlichen Geschichtsschreibung wird ihre generelle Bedeutung für die deutsche Agrarverfassung im Feudalismus weitgehend geleugnet. Dagegen vertritt die Mehrzahl der bürgerlichen Rechtshistoriker wesentlich differenziertere Positionen hinsichtlich der Entstehung, des Charakters und der Bedeutung der Markgenossenschaft. In der marxistischen Mediävistik sind vor allem ihre Genesis und ihre Relevanz für die konkreten Formen des Klassenkampfes insbesondere während des Feudalisierungsprozesses strittig.<sup>1</sup> Die Markgenossenschaftslehre wurde im 19. Jh. maßgeblich von germanistischen Rechtshistorikern<sup>2</sup> entwickelt und zu einer detaillierten Theorie ausgeformt (Georg Ludwig von Maurer). Diese Markentheorie erfuhr eine präzise und juristisch scharfsinnige Untersetzung durch Otto von Gierke. Entsprechend dem Zeitgeist ist die Markgenossenschaftslehre nicht frei von romantisch-idealisiertem Germanentum, allerdings nicht in der nationalistischen Zielrichtung eines Felix Dahn.

<sup>1</sup>Vgl. dazu Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, Berlin 1982 ff., Bd. 1, S. 244, bes. Anm. 59; Epperlein, S., Herrschaft und Volk im karolingischen Imperium, Berlin 1969, S. 153 ff.; Herrmann, J., Sozialökonomische Grundlagen und gesellschaftliche Triebkräfte für die Herausbildung des deutschen Feudalstaates, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 6/1971, S. 758 ff. - Zu den Auffassungen bürgerlicher Rechtshistoriker vgl. Wernli, F., Markgenossenschaft, in: HRG, Bd. 3, Sp. 302 ff.; Sachers, E., Allmende, in: ebenda, Bd. 1, Sp. 108 ff.

<sup>2</sup>Eichhorn, K. F., Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, 5. Aufl., Bd. 1, Göttingen 1843; Maurer, G. L. v., Einleitung zur Geschichte der Mark-, Hof-, Dorf- und Stadt-Verfassung und der öffentlichen Gewalt, München 1854; derselbe, Geschichte der Markenverfassung in Deutschland, Erlangen 1856; Gierke, O. v., Das deutsche Genossenschaftsrecht, Bd. 1 - 3, Berlin 1868 - 1881.

Die erste Ansiedlung der germanischen Stämme erfolgte nach Maurer bereits in prähistorischer Zeit auf markgenossenschaftlicher Grundlage.<sup>3</sup> Diese überwiegend sehr großen Marken waren wahrscheinlich über ganz Deutschland verbreitet. Eine öffentliche Gewalt bestand noch nicht, sie wurde vielmehr in späteren Zeiten der Markenverfassung nachgebildet. Für die Größe und Organisationsform (ein oder mehrere Urdörfer) einer Mark war die Volkszahl des landnehmenden Stammes bzw. des Geschlechtes entscheidend. Dementsprechend gab es ursprünglich ungeteilte Marken und solche, in denen den einzelnen Urdörfern zumindest die Ackerflur als Sonderdorfmark zugeteilt wurde; wobei in diesem Fall der unausgeschiedene Teil der Mark in ungeteilter Gemeinschaft aller Dorfschaften verblieb (gemeine Mark). Ein individualisiertes Nutzungsrecht einzelner Genossen, geschweige denn Eigentum, gab es ursprünglich weder an der Ackerflur noch an Wald, Weide oder Gewässern. Erst später entstand daran Sondereigentum. Eine begrenzte markgenossenschaftliche Einflußnahme blieb jedoch auch dann noch hinsichtlich des Wirtschaftsbetriebes (Flur- und Hutungszwang, Brachennutzung) bestehen. In den bis ins 19. Jh. hinein bestehenden Marken des Spätmittelalters sah Maurer die Trümmer der großen bis in die germanische Frühzeit zurückreichenden Marken. Die einen waren für ihn End- die anderen Ausgangspunkt einer mehr oder weniger kontinuierlichen Entwicklung, die eine weitgehende Aushöhlung bäuerlich-genossenschaftlicher Bindungen beinhaltete.

Die Markgenossenschaftslehre blieb nicht lange unangefochten,<sup>4</sup> obwohl sie insgesamt im 19. Jh. deutlich dominierte. Der Haupteinwand der Kritiker zielte auf das hohe Alter der Markgenossenschaft (Alfons Dopsch, Friedrich Lütge, Karl Siegfried Bader).<sup>5</sup> Deren Entstehung wird überwiegend im späten (Bader), frühestens jedoch im hohen Mittelalter (Lütge) angesiedelt. Weitgehend geleugnet wird die Existenz der Markgenossenschaft für die germanische und fränkische Zeit.

Gestützt auf eine neuartige Interpretation des Tit. 45 der Lex Salica, behauptet Bader, das Gemeinland sei sekundär entstanden, und zwar erst, nachdem die ursprünglich herrschende freie Sondernutzung wegen Landmangels nicht mehr möglich war. Darüber hinaus wendet er sich gegen die u. a. von Gierke und Hermann Wopfner<sup>6</sup> vertretene Auffassung,

<sup>3</sup> Hier u. im folgenden vgl. Anm. 1 u. 2 bis Maurer.

<sup>4</sup> Thudichum, F. v., Die Gau- und Markenverfassung in Deutschland, Gießen 1860, nimmt bereits sehr früh Sondereigentum am Ackerland an.

<sup>5</sup> Dopsch, A., Die Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit, vornehmlich in Deutschland, Bd. 1, Weimar 1912, Bd. 2, Weimar 1921; Lütge, F., Die Agrarverfassung des frühen Mittelalters im mitteldeutschen Raum, vornehmlich in der Karolingerzeit, Jena 1937; derselbe, Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1963; Bader, K. S., Studien zur Rechtsgeschichte des mittelalterlichen Dorfes, Bd. 1 - 3, Weimar 1957 - 1973.

<sup>6</sup> Wopfner, H., Beiträge zur Geschichte der älteren Markgenossenschaft, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung, 33/1912, 34/1913; derselbe, Zur Frage der Markgenossenschaft (Replik), in: ebenda, 34/1913.

es hätten bereits in fränkischer Zeit Großmarkgenossenschaften und Dorfmarkgenossenschaften nebeneinander existiert, zwischen denen kein prinzipieller Unterschied bestanden hätte. Vielmehr seien die Großmarken erst im späten Mittelalter durch den Zusammenschluß von Dorfmarken entstanden. Dem trat, gestützt auf spätmittelalterliche Schweizer Quellen, Fritz Wernli entgegen.<sup>7</sup>

Ein durchgängiger Mangel in der Argumentation sowohl der Befürworter als auch der Gegner der Markgenossenschaftslehre besteht darin, daß sie als Beleg für ihre Auffassungen regional mehr oder weniger begrenzte Quellen heranziehen. Allgemeingültige Aussagen bedürfen aber überregionaler, wenn nicht internationaler Vergleiche. Dem in der Literatur nicht zu übersehenden Hang zur Überbewertung der jeweils selbst untersuchten - und in der Regel lieb gewonnenen -, zumeist heimatlichen Quellen gilt es zu widerstehen. Die Begrenztheit regionaler Untersuchungen besteht m. E. in 3facher Weise: 1. im Hinblick auf die überwiegend geographisch-landschaftlich geprägten Produktionsbedingungen (geschlossene Waldgebiete, Gebirgslage, Moor- und Marschgebiete, Flußsysteme usw.). Dieser Gedanke ist keineswegs neu; er wird jedoch häufig nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt. 2. bestehen z. T. gravierende Unterschiede im Entwicklungsstand der Stämme zum Zeitpunkt ihrer Siedlungs- und Seßhaftwerdung. Während in den Altsiedelgebieten zum Zeitpunkt der Landnahme gentilgesellschaftliche Verhältnisse dominierten, war während der Ostkolonisation im Hochmittelalter der Feudalisierungsprozeß bereits sehr weit fortgeschritten, wenn nicht abgeschlossen. Zwangsläufig trat deshalb im mitteldeutschen Raum das grundherrliche Element bei der Entstehung der Markgenossenschaft relativ stark in den Vordergrund. Hier bildete sich die Bauerngemeinde, in der das Gemeineigentum an der Ackerflur wohl eher die Ausnahme, die Regel dagegen das ursprünglich freie bäuerliche Allod war, originär heraus.<sup>8</sup> 3. ist der unterschiedliche Grad der Beeinflussung durch die römische Klassengesellschaft in Rechnung zu stellen. Zweifellos wurde die Entstehung des Grundeigentums in Form des Privateigentums - also mit der Maurerischen Markgenossenschaftslehre unvereinbar - bei den germanischen Stämmen begünstigt, die in besonders engem Kontakt zum Römischen Reich lebten und teilweise sogar auf römischem Gebiet siedelten.

In einer umfangreichen, den Feudalisierungsprozeß in Westeuropa darstellenden Monographie bezeichnet der sowjetische Mediävist A. I. Njeussychnin - fußend auf Marx und Engels - die Mark als den jüngsten von 3 aufeinander folgenden Gemeindetypen. Die Abfolge von der Sippen- gemeinde über die Ackerbaugemeinde zur Mark verlief danach in einem

<sup>7</sup> Wernli, F., Zur Frage der Markgenossenschaften, Trübbach 1961; derselbe, Die Talgenossenschaften der Innerschweiz. Ein Beitrag zur Frage der Hundertschaften und Markgenossenschaften, Trübbach 1968, <sup>8</sup> Deutsche Geschichte..., Bd. 1, S. 244.



evolutionären Prozeß von regional sehr unterschiedlicher Dauer und kennzeichnet den Übergang von der Gentil- zur Klassengesellschaft. Unterscheidungskriterium der 3 Gemeindeformen war die Stellung des einzelnen zum Boden, speziell zum Ackerland. Während in der Sippen- und Ackerbaugemeinde Gemeineigentum auch an der Ackerflur bestand - unterschieden durch kollektive Produktion und Aneignung der Früchte hier und individuelle Nutzung des Ackerlandes durch die Mitglieder der Ackerbaugemeinde dort -, hatte die Mark die Existenz des Allods, als freies, veräußerliches, nur den produktionsbedingten Markverpflichtungen unterworfenen Eigentum zur Voraussetzung.<sup>9</sup>

Das eigentliche Kernproblem in der Diskussion um die Entstehung der Markgenossenschaft ist damit genannt: die Frage nach der Entstehungsform des Grundeigentums.<sup>10</sup> Hierin liegt auch die aktuell-politische Bedeutung der Auseinandersetzung, wie sie der amerikanische Jurist William Seagle überaus treffend formuliert hat: "Denn wenn es gelänge, - so folgert man - (gemeint sind ein Teil der bürgerlichen Anthropologen und Soziologen - B. S.) ein für allemal zu widerlegen, daß es jemals einen primitiven Kommunismus gegeben habe, dann sei erwiesen, daß der 'Sinn für Privateigentum' einen untrennbaren Bestandteil der ewigen menschlichen Urnatur darstelle, und damit die Grundlage aller rechtlichen sowohl als auch sozialen Einrichtungen."<sup>11</sup>

Bereits Karl Marx und Friedrich Engels betonten die Originalität kollektiver Eigentumsformen gegenüber dem Privateigentum als einem historischen Produkt. Marx ging offensichtlich in universalhistorischem Sinn von einer ursprünglich gemeineigentümlichen Entstehung des Grundeigentums aus: "Alle Formen, worin dies Eigentum vorkommt, unterstellen ein Gemeinwesen, dessen Mitglieder, obgleich formelle Unterschiede zwischen ihnen sein mögen, als Mitglieder desselben Eigentümer sind. Die ursprüngliche Form dieses Eigentums ist daher selbst unmittelbares Gemeineigentum (orientalische Form, modifiziert im slawischen; bis zum Gegensatz entwickelt, aber doch noch als die geheime, wenn auch gegensätzliche Grundlage im antiken und germanischen Eigentum)."<sup>12</sup>

9 Herrmann, S. 758; Njeussychin, A. I., Die Entstehung der abhängigen Bauernschaft, Berlin 1961.

10 Hier u. im folg. ist - von seinem grundlegenden ökonomischen Wesen weitgehend abstrahierend - der Eigentumsbegriff in seiner juristischen Reflexion zu verstehen. - Vgl. Philosophisches Wörterbuch, Bd. 1, Leipzig 1975, S. 294.

11 Seagle, W., Weltgeschichte des Rechts, Berlin 1951, S. 82.

12 Marx, K., Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), in: Marx/Engels, Werke (MEW), Berlin 1956 ff., Bd. 42, S. 405. - Dieser Gedanke erscheint im Grundsatz bereits in der von Marx und Engels gemeinsam verfaßten Schrift "Die deutsche Ideologie": "Die neueren rechtsgeschichtlichen Forschungen haben nämlich herausgestellt, daß sowohl in Rom wie bei den germanischen, keltischen und slawischen Völkern die Eigentumsentwicklung vom Gemeindeigentum oder Stammeigentum ausging und das eigentliche Privateigentum überall durch Usurpation entstand." (MEW, Bd. 3, S. 348).

Marx beabsichtigte, das System der bürgerlichen Ökonomie in 6 Büchern darzustellen - Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit, Staat, auswärtiger Handel, Weltmarkt. Bekanntlich konnte er nur das erste fertigstellen, so daß zum Grundeigentum keine geschlossene Darstellung vorliegt. Wir sind deshalb auf oftmals in anderem Zusammenhang und folglich unter fremdspezifischen Gesichtspunkten gemachte Äußerungen angewiesen. Einleitend zu Kapitel 37 des 3. Bandes des "Kapitals" weist Marx auf diesen Umstand ausdrücklich hin.<sup>13</sup> Erschwerend kommt hinzu, daß er sich sehr viel häufiger und auch eindeutiger zur Entstehung des Grundeigentums in Indien und in Rom als bei den germanischen Stämmen geäußert hat. Es blieb Engels vorbehalten, in den 80er und 90er Jahren diese Diskrepanz auf der Basis neuerer Forschungsergebnisse, die Marx zwar z. T. gekannt und hochgeschätzt hat (etwa die Arbeiten Maurers, Kowalewskis oder Morgans), aber nicht mehr in breitem Umfang publizistisch verwerten konnte, teilweise auszugleichen, ohne allerdings eine geschlossene Darstellung, wie sie das "Kapital" bietet, für das Grundeigentum zu schaffen.

Aufschluß über die Marxschen Kenntnisse zum Forschungsstand seiner Zeit als auch über seine eigenen Auffassungen geben neben seinem Lesefeld zur Grundeigentumsproblematik vor allem seine umfangreichen Exzerpte.<sup>14</sup> In welchem Maße er von der Markgenossenschaftslehre beeinflusst war und inwieweit er sie übernommen hatte, wird eine auf der Grundlage der MEGA-Edition in absehbarer Zeit mögliche Auswertung und Analyse seiner umfangreichen Exzerpte, besonders der Werke Maurers, ergeben.<sup>15</sup>

13 MEW, Bd. 25, S. 627.

14 Beides nachgewiesen bei Harstick, H.-P., Karl Marx über Formen vorkapitalistischer Produktion. Vergleichende Studien zur Geschichte des Grundeigentums 1879 - 1880, Amsterdam 1977, S. 242 ff.; umfassend derselbe, Vergleichende Studien zur Geschichte des Grundeigentums im Nachlaß von Karl Marx, phil. Diss., Münster 1974, Anhang. - Aufgrund seiner detaillierten Forschungen stellt Harstick in "Karl Marx über Formen ..." folgende These auf: "Immerhin reicht das vorgelegte Material bereits jetzt aus, für Marx wie übrigens auch für Friedrich Engels über die bekannten 'drei Quellen und Bestandteile des Marxismus' hinaus eine bewußte Anknüpfung an das klassische Leitbild der rechts- und verfassungsgeschichtlichen Forschung festzustellen." (S. XLVIII). - Die MEGA-Edition wird künftig einem größeren Kreis von Wissenschaftlern die Möglichkeit eröffnen, sich eingehend mit dieser m. E. weitreichende Konsequenzen in sich bergenden These kritisch auseinanderzusetzen.

15 Marx hat auf insgesamt 286 S. folgende Werke Maurers exzerpiert (nach Harstick, Karl Marx über Formen ..., S. 246):  
- Einleitung zur Geschichte der Mark-, Hof-, Dorf- und Stadt-Verfassung und der öffentlichen Gewalt, München 1854 (exzerp. März 1868 bzw. Mai/Juni 1876, 101 1/2 S.);

Engels hat sich, wie aus einem Brief an August Bebel<sup>16</sup> hervorgeht, erst seit Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre intensiv mit der deutschen Geschichte beschäftigt. Auch er ging konsequent von der ursprünglichen Existenz des Gemeineigentums bei allen Völkern, also auch der Germanen, aus. Die Entstehung der germanischen Ackerbaugemeinde datiert er wie Marx in das 2./3. Jh. Andeutungsweise bereits in dem Fragment "Zur Urgeschichte der Deutschen"<sup>17</sup> enthalten, fügte er in seine 1884 erschienene Schrift "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats", in der er als Erfüllung eines Vermächtnisses den Marxschen Morgan-Konzept verarbeitet hatte, in die letzte von ihm autorisierte Ausgabe von 1891 ein: "Nun aber behauptet Kowalewski, der von Tacitus geschilderte Zustand habe nicht die Mark- oder Dorfgemeinschaft, sondern die Hausgenossenschaft zur Voraussetzung; erst aus dieser letzteren habe sich dann viel später, infolge des Anwachsens der Bevölkerung, die Dorfgemeinschaft entwickelt. Hiernach hätten die Ansiedlungen der Deutschen auf dem zur Römerzeit von ihnen besetzten wie auf dem den Römern später abgenommenen Gebiet nicht aus Dörfern bestanden, sondern aus großen Familiengenossenschaften, die mehrere Generationen umfaßten, eine entsprechende Landstrecke unter Bebauung nahmen und das umliegende Ödland mit den Nachbarn als gemeine Mark nutzten ... Erst nach Jahrhunderten, als die Kopffzahl der Hausgenossen eine solche Stärke erreicht, daß gemeinsame Wirtschaft unter den damaligen Produktionsbedingungen nicht mehr möglich, hätten sie sich aufgelöst; die bisher gemeinsamen Äcker und Wiesen seien in der bekannten Weise unter die sich nunmehr bildenden Einzelhaushaltungen verteilt worden, anfangs auf Zeit, später ein für allemal, während Wald, Weide und Gewässer gemeinsam blieben."<sup>18</sup> Damit korrigierte Engels einige Überzeichnungen in seiner Schrift "Die Mark".<sup>19</sup> Die dort überbetonte Kontinuität der historischen Entwicklung von der germanischen Gentilverfassung zur mittelalterlichen Markenverfassung erklärt sich m. E. sowohl aus dem Zweck dieser Schrift als auch aus der für Engels unzureichenden Forschungslage. In einer 1892 geschriebenen Vorbemerkung zur "Mark" weist er erneut ausdrücklich auf Kowalewskis Forschungsergebnisse hin.<sup>20</sup> Daß Engels die Vorstellung von der generellen Originalität der mittelalterlichen Markgenossenschaft überwunden hatte, wird in dem von ihm verfaßten Nachtrag zum 3. Band des "Kapitals" deutlich. Er bezeichnet dort die Markgenossenschaft als einen direkten Ableger des Urkommunismus.<sup>21</sup>

- Geschichte der Markenverfassung in Deutschland, Erlangen 1856 (exzerp. Mai/Juni 1876, 35 1/2 S.);
- Geschichte der Dorfverfassung in Deutschland, Bd. 1 - 2, Erlangen 1865 - 1866 (exzerp. Juni 1876, 29 3/4 S.);
- Geschichte der Fronhöfe, der Bauernhöfe und der Hofverfassung in Deutschland, Bd. 1 - 4, Erlangen 1862 - 1863 (exzerp. Mai/Juni 1876, 119 1/4 S.).

16 MEW, Bd. 35, S. 417.

17 MEW, Bd. 19, S. 433.

18 MEW, Bd. 21, S. 136 f.

19 MEW, Bd. 19, S. 315 ff.

20 MEW, Bd. 22, S. 291.

21 MEW, Bd. 25, S. 911.

Resümierend kann festgehalten werden, daß spätestens für die Karolingerzeit die Existenz der Markgenossenschaft für einige Gebiete Deutschlands sicher belegt ist.<sup>22</sup> Darüber hinaus gibt es gewichtige Gründe, das Bestehen markgenossenschaftlicher Verbände gebietsweise bereits früher anzunehmen.<sup>23</sup> Dabei ist für die älteren Markgenossenschaften von ursprünglich umfassendem Gemeineigentum an Ackerflur, Wald und Weide auszugehen, wobei in der Tendenz eine rasche Allodifizierung zumindest des Ackerlandes anzunehmen ist. In den früh- und hochmittelalterlichen Rodungssiedlungen, die hauptsächlich auf grundherrliche Initiative entstanden, erhielten die bäuerlichen Hintersassen überwiegend ein individuelles Besitzrecht an Haus, Hof und Acker. Ergänzend stand der Dorfgemeinde ein genossenschaftliches - später häufig eingeschränktes - Nutzungsrecht an der Allmende zu.<sup>24</sup>

Die Notwendigkeit, die Markgenossenschaft und ihre Genesis auch aus rechtshistorischer Sicht zu erforschen, ist unbestreitbar ein wichtiger Teilaspekt bei der Schließung der im Vorwort zum 3. Band der "Deutschen Geschichte" beklagten Forschungslücken in der Rechtsgeschichte.<sup>25</sup> Vorrang sollten dabei quellenkritische Analysen haben, wobei der bisherige Stand einen für die einzelnen Quellengruppen differenzierten Ausgangspunkt bietet. Während sowohl die Volksrechte als auch die fränkischen Kapitularien und früh- bzw. hochmittelalterlichen Urkunden bereits in relativ breitem Umfang ausgewertet wurden<sup>26</sup> - wenngleich sie durchaus noch nicht nach allen Seiten hin ausgeschöpft sind -, ist beispielsweise der Sachsenspiegel bisher kaum unter dem Aspekt der Markgenossenschaft untersucht worden.<sup>27</sup> Inwieweit die Rechtsbücher die allgemein beklagte Quellenlücke zwischen den Leges barbarorum und Urkunden aus der Karolingerzeit sowie den vornehmlich im Spätmittelalter aufgezeichneten Weistümern, Dorfordnungen, Rügen, Öffnungen usw. zu schließen vermögen, sei einstweilen dahingestellt. Bekanntlich enthält der Sachsenspiegel einige Artikel zum Nachbarrecht, wie beispielsweise Schadenersatzpflicht für Fahren oder Reiten über die Saat (Ldr. II 27), kein Schadenersatz für den, der sein Korn nicht mit den Nachbarn einbringt (Ldr. II 48), Mehrheitsprinzip bei Gemeindebeschlüssen (Ldr. II 55) und auch das bekannte Rechtssprichwort "wer zuerst kommt, mahlt zuerst" (Ldr. II 59). Eine umfassende Regelung markge-

22 Epperlein, S. 163 ff.

23 Wernli, Markgenossenschaft, Sp. 312 ff.; zum Umwandlungsprozeß von der Ackerbaugemeinde zur Mark Njeussychin, S. 17 ff.

24 Maurer, Geschichte der Markenverfassung ..., S. 65 ff.

25 Deutsche Geschichte ..., Bd. 3, S. 8.

26 Z. B. bei Njeussychin und Epperlein.

27 Im Ansatz bei Quirin, K. H., Herrschaft und Gemeinde nach mittel-deutschen Quellen des 12. - 18. Jahrhunderts, Göttingen 1952, S. 55 ff.; Buchda, G., Die Dorfgemeinde im Sachsenspiegel, in: Vorträge und Forschungen, 8/1964, S. 7 ff.; unter speziellem Sachaspekt; Held, W., Die Tagelohnarbeit in den thüringischen Dörfern im 15. und 16. Jahrhundert im Spiegel der Dorfordnungen und Weistümer, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2/1978, S. 93 ff., bes. 95.

nossenschaftlicher Verhältnisse bietet der Sachsenpiegel zwar nicht, aber das würde auch nicht seinem sonstigen Charakter entsprechen. Überdies waren die Markgenossenschaften stark lokal bzw. regional geprägte Verbände, die zwar einen grundsätzlich gleichen oder ähnlichen Gegenstand zu normieren hatten, im Detail jedoch erhebliche Unterschiede aufwiesen.

Von besonderem Interesse für die spätere Phase und den Niedergang der Markgenossenschaft sind die in großer Zahl überlieferten ländlichen Quellen des 16. bis 18. Jh. Sie gewähren einen unmittelbaren Einblick in die wirtschaftlichen, sozialen und vor allem rechtlichen Verhältnisse des spätmittelalterlichen Dorfes. Zu dieser sowohl der Form als auch dem Inhalt nach regional unterschiedlichen Quellengattung steht eine auf dem historischen und dialektischen Materialismus basierende, verallgemeinernde Einschätzung noch aus. Die Aufgabe der marxistischen Rechtsgeschichtswissenschaft besteht m. E. darin, entsprechend ihrem spezifischen Gegenstand, mittels quellenkritischer Einzel- und Spezialuntersuchungen dafür den notwendigen Forschungsvorlauf zu erbringen.

## LITERATURKRITIK

### Anregende Forschungsergebnisse zum Kapitalismus in Entwicklungsländern

Kapitalismus in Entwicklungsländern. Ergebnisse der Forschungsarbeit von Mitarbeitern des Instituts Ökonomik der Entwicklungsländer, Sektion Außenwirtschaft, an der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" unter der Ltg. v. W. Schmidt = Studien über Asien, Afrika und Lateinamerika, hg. v. Zentralen Rat für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der DDR unter Ltg. v. L. Rathmann, Bd. 36

Akademie-Verlag, Berlin 1983, 316 S., 6 Abb., Pr.: 22,- M

von Gerhard Scharschmidt/Manfred Stelter

"Viele ehemals koloniale Länder haben eine kapitalistische Entwicklungsrichtung eingeschlagen. Aber auch hier vertieft sich der antiimperialistisch-demokratische Charakter und der soziale Inhalt des Befreiungskampfes der Volksmassen. Denn immer deutlicher erweist sich, daß es auf diesem Wege nicht möglich ist, die ökonomisch abhängige, ungleiche und rückständige Stellung dieser Länder zu beseitigen, Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung im nationalen Interesse und zum Wohle des Volkes zu gestalten und die Verelendung breiter Massen zu überwinden."<sup>1</sup> Diese von Kurt Hager auf der Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz des ZK der SED vorgenommene Charakteristik eines Aspekts des revolutionären Weltprozesses unserer Tage lenkt nachdrücklich das Augenmerk der Forschung auf jene Länder, "in denen vom Weltkapitalismus abhängiger, deformierter Kapitalismus entsteht und in denen 90 Prozent der Bevölkerung der 'dritten Welt' leben".<sup>2</sup>

Obwohl diese Fragen seit längerem Gegenstand wissenschaftlicher Publikationen unseres Landes sind - verwiesen sei beispielsweise auf die 1981 erschienene Monographie "Entwicklungsländer. Sozialökonomische Prozesse und Klassen" - ist es notwendig, theoretisch wie empirisch noch tiefer den Kapitalismus in Entwicklungsländern zu erforschen, um so wichtige Erkenntnisse über den realen Kapitalismus und seine Entwicklungstendenzen als Gesamtsystem zu gewinnen.

Mit "Kapitalismus in Entwicklungsländern" liegt eine Studie vor, die sich wichtigen Seiten der genannten Problematik zuwendet. Der in 5 Kapiteln (für die Waldtraut Schmidt als Leiterin sowie 5 weitere Autoren verantwortlich zeichnen) gespannte Bogen ist breit angelegt: Die Darstellung beginnt mit Erörterungen

1 Hager, K., Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche - Triebkräfte und Werte des Sozialismus, Rede auf der Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz des Zentralkomitees der SED am 15. und 16. Dezember 1983 in Berlin, Berlin 1983, S. 21.

2 Rathmann, L., Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt in Asien, Afrika und Lateinamerika, in: Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche - Triebkräfte und Werte des Sozialismus, Diskussionsreden auf der Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz des ZK der SED am 15. und 16. Dezember 1983 in Berlin, Berlin 1984, S. 93.

zum Charakter und zu den widerspruchsvollen Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus in ökonomisch schwachentwickelten Ländern. Dann wird versucht, das Breiten- und Tiefenwachstum kapitalistischer Produktionsverhältnisse qualitativ und quantitativ einzuschätzen. Schließlich wenden sich die Autoren Problemen der Kapitalakkumulation in diesen Entwicklungsländern zu. Breiten Raum nehmen in der Studie Passagen über die Stellung der Entwicklungsländer in der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung ein. Die abschließenden Ausführungen sind Fragen der Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung gewidmet.

Im 1., von Waldtraut Schmidt verfaßten Kapitel wendet sich die Studie wesentlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Charakter des Kapitalismus in Entwicklungsländern zu. Dabei werden sowohl Ergebnisse der seit längerem geführten wissenschaftlichen Diskussion zu dieser Problematik verwertet, als auch neue Akzente gesetzt. Der theoretisch-methodologische Ausgangspunkt für die Bestimmung von Charakter und Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus in ökonomisch rückständigen Ländern wird in der Tatsache gesehen, daß "das Kapitalverhältnis in die heutigen Entwicklungsländer weitgehend von außen hineingetragen (wurde), was Auswirkungen bis in die Gegenwart hat", und "die Entwicklungsländer mehr oder weniger stark in die internationale kapitalistische Arbeitsteilung einbezogen" sind und "in ihr spezifische Positionen" einnehmen (S. 1).<sup>3</sup> Die hiervon ausgehende Frage, wie nämlich Herkunft und Perspektive kapitalistischer Produktionsverhältnisse in ökonomisch schwachentwickelten Ländern vor allem politökonomisch einzuschätzen seien, wird zunächst in eine Polemik mit der Kennzeichnung des Kapitalismus dieser Länder als "abhängiger Kapitalismus" eingebettet. Dem hierbei geäußerten Gedanken, wonach sich hinter dem Begriff "abhängiger Kapitalismus" in Entwicklungsländern nicht das Wirken spezifischer Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Entwicklung in diesen Ländern verbergen könne, ist sicher zu folgen. Mit Bezug auf Marx<sup>4</sup> folgert die Autorin: "Die kapitalistische Produktion in den ökonomisch schwachentwickelten Ländern folgt den gleichen objektiven ökonomischen Gesetzen, die ihrer Entfaltung in den heute imperialistischen Ländern zugrunde liegen." (S. 5)

Bei dieser Feststellung wird aber nicht stehengeblieben. Die theoretischen und praktisch-politischen Anforderungen an die Forschungsarbeit zu diesem Problem machen es erforderlich, die Frage nach den konkret-historischen Wirkungsbedingungen der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus in Entwicklungsländern, nach dem Mechanismus der Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in diesen Ländern zu stellen und zu beantworten. Dies verlangt zum einen, den Kapitalismus in Entwicklungsländern hinsichtlich seiner kolonial-kapitalistischen Genesis, seines historischen Platzes zu charakterisieren, und zum anderen, die Dialektik innerer und äußerer auf die kapitalistisch orientierte Entwicklung dieser Länder einwirkender Faktoren (Widersprüche und damit Triebkräfte) aus der Sicht eines einheitlichen Mechanismus zu fassen. Zu beiden Fragen äußert sich die Autorin unter verschiedenen Gesichtspunkten, wie z. B. Ausprägung des Kapitalverhältnisses in Entwicklungsländern unter den Bedingungen der historischen Überlebtheit kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung, Kapitalismusorientierung im ökonomisch rückständigen Teil der kapitalistischen Weltwirtschaft vor dem Hintergrund sich stürmisch entwickelnder Internationalisierung der Produktivkräfte, sich entfaltender Prozesse ökonomischer Integration und zügellosen Wachstums internationaler Monopole sowie Gemeinsamkeiten und Differenzierungen kapitalistisch orientierter Entwicklung in asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern.

3 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier rezensierte Buch.

4 Marx, K., Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Berlin 1956 ff., Bd. 23, S. 304.

Trotz einer Reihe durchaus interessanter Darlegungen und zu teilender Auffassungen macht gerade das 1. Kapitel eine Schwäche in der konzeptionellen Anlage der Studie sichtbar: Die Herausbildung und Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in Entwicklungsländern hätte von vornherein als Formierung und Entfaltung eines international strukturierten Reproduktionsmechanismus des Kapitalismus in diesen Ländern behandelt werden können. Damit wäre deutlich geworden, daß - wie das 4. Kapitel zeigt - auf der Grundlage kapitalistischer Warenwirtschaft und der Einbindung in internationale Kapitalkreisläufe Rückständigkeit, Abhängigkeit und Ausbeutung der sich kapitalistisch orientierenden Entwicklungsländer durch den Imperialismus reproduziert wird.<sup>5</sup> So wäre es nach Ansicht der Rezensenten besser gelungen, die einzelnen, z. T. sehr anregenden Passagen zur Charakteristik und zur Ausprägung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in ökonomisch schwachentwickelten Ländern sowie zu Reproduktion und Akkumulation mit dem theoretisch überaus interessanten Abschnitt über die Entwicklungsländer in der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung methodologisch zu verbinden.

Das 2. Kapitel der Studie beschäftigt sich mit der Verbreitung und Vertiefung kapitalistischer Verhältnisse in ökonomisch rückständigen Ländern. Im Abschnitt "Einheimisches und ausländisches Kapital" (Eleonore Jacob/Arnold Voigt) analysieren die Autoren vor allem die Rolle und Bedeutung des staatlichen Wirtschaftssektors und der "Staatsintervention" (Marx) in den Reproduktionsprozeß bei der Durchsetzung kapitalistischer Orientierung in Entwicklungsländern. Ohne den Terminus Staatskapitalismus expressis verbis zu verwenden, gelingt es ihnen, die im Staatskapitalismus der zur Debatte stehenden Länder angelegte Widersprüchlichkeit, seine reaktionäre, aber auch seine progressive (gesamtnationale, tendenziell demokratische) Komponente deutlich zu machen.<sup>6</sup> Die Autoren schließen: "Die Existenz des Staatssektors sprengt nicht die Grenzen der kapitalistischen Entwicklung, auch er orientiert sich - wenn auch indirekt - an den Bedürfnissen der Kapitalverwertung, aber er erweitert den Spielraum für die Bewegung der kapitalistischen Widersprüche." (S. 44) Damit werden zugleich in anderen marxistischen Veröffentlichungen vorgestellte Positionen verifiziert und erhärtet. Als eine in diese innere Widersprüchlichkeit eingeschlossene Seite weisen die Autoren nach, "daß sich in einigen Entwicklungsländern bzw. in bestimmten Etappen jene Kreise durchsetzen, die die gegebenen Mittel vor allem zum Zurückdrängen des ausländischen Einflusses auf die eigene Wirtschaftsentwicklung nutzen, während in anderen Fällen die Führungskräfte darauf Kurs nehmen, die eigene kapitalistische Entwicklung im Gefolge und in Abhängigkeit vom Auslandskapital zu vollziehen" (S. 29).

In den Abschnitten des 2. Kapitels "Das Wachstum der Lohnarbeiterschaft" und "Strukturveränderungen der Wirtschaft im Zuge der kapitalistischen Industrialisierung" (Waldtraut Schmidt) werden einige Fragen aufgegriffen, die mit Voraussetzungen und Resultaten der Kapitalakkumulation in Verbindung stehen, so die Problematik charakteristischer Züge der Entwicklung der Arbeiterklasse in asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern sowie der Problemkreis wirtschaftsstruktureller Veränderungen im Prozeß kapitalistischer Industrialisierung in schwachentwickelten Ländern. Die dabei zur Entwicklung

5 Vgl. hierzu Faulwetter, H./Hoffmann, U., Die Mechanismen der Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in Entwicklungsländern, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, 6/1983.

6 Siehe auch Entwicklungsländer: Sozialökonomische Prozesse und Klassen, hg. v. K. Ernst u. H. Schilling, Berlin 1981, S. 90 f. - In der hier angeführten Passage der Studie "Kapitalismus in Entwicklungsländern" werden die Entstehung von staatsmonopolistischem Kapitalismus und Finanzkapital in einigen Entwicklungsländern an einigen Stellen zwar angesprochen, jedoch nicht weiter thematisiert.



kapitalistischer Lohnarbeit in ökonomisch schwachentwickelten Ländern dargelegten Fakten, Interpretationen und Zusammenhänge setzen z. T. die von der Autorin seit längerem betriebenen Forschungen fort. Sie stellen darüber hinaus Ergebnisse dar, die im wesentlichen durch anderweitige Veröffentlichungen bereits Eingang in die wissenschaftliche Diskussion gefunden haben. Letzteres gilt insbesondere für die von Schmidt im Abschnitt des 3. Kapitels "Die Ausbeutung der Lohnarbeit in Entwicklungsländern" zusammengefaßten Darlegungen zu "Wert und Preis der Arbeitskraft" sowie zu "Charakteristika der kapitalistischen Ausbeutung".<sup>7</sup>

Im Hinblick auf den Aspekt der Strukturveränderungen der Wirtschaft im Rahmen der kapitalistischen Industrialisierung, die im angegebenen Kapitel vor allem anhand von UNIDO-Materialien beschrieben werden, hebt die Verfasserin als eine Schlußfolgerung hervor: "Wesentlich für die Formierung eines nationalen Reproduktionsmechanismus sind nicht nur die Vervollkommnung der Industriezweigstruktur, sondern auch die quantitative und qualitative Entwicklung der Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft." (S. 80 f.) Diese Situation, die aus der in der einschlägigen Literatur übereinstimmend anerkannten spezifischen Stellung der Landwirtschaft im Reproduktionsprozeß der Masse der Entwicklungsländer herrührt, wird dann im Abschnitt des 2. Kapitels "Zum Einfluß der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft auf die Entwicklung des Kapitalismus in die Breite und Tiefe" (Arnold Voigt) ausführlicher diskutiert. Obwohl offenbar aus Platzgründen im wesentlichen nur eine, die sozusagen agrarinterne Seite der in der Überschrift benannten Problematik behandelt wird, gelingt dem Autor eine interessante und anregende Gesamtschau der fraglos wichtigsten Prozesse auf dem Gebiet der Entwicklung kapitalistischer Landwirtschaftsproduktion in ökonomisch rückständigen Ländern. Sie bietet gute Ansatzpunkte, um die theoretisch wie auch praktisch-politisch gleichermaßen bedeutsame Frage nach den realen Perspektiven der notwendigen Intensivierung der Agrarproduktion in sich kapitalistisch orientierenden Entwicklungsländern weiter zu durchdenken.

Das 3. Kapitel der vorliegenden Studie befaßt sich mit Problemen der erweiterten kapitalistischen Reproduktion in Entwicklungsländern. Die entsprechenden Passagen, für die wiederum Waldtraut Schmidt verantwortlich zeichnet, greifen zunächst das Problem kapitalistischer Lohnarbeit und ihrer Ausbeutung in Entwicklungsländern auf.<sup>8</sup> Die Verfasserin geht in diesem Zusammenhang davon aus, daß die sich in asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern zunehmend ausbreitende Möglichkeit kapitalistischer Akkumulation durch eine Reihe von Widersprüchen gekennzeichnet sei. Nachdrücklich zu unterstützen ist insbesondere die Forderung der Autorin, daß bei der Feststellung dieser Widersprüchlichkeit, selbst wenn sie auf Grundprobleme aufmerksam macht, nicht stehengeblieben werden darf, resultieren doch maßgebliche Determinanten auch für die interne Akkumulationssituation in diesen Entwicklungsländern aus ihrer spezifischen Einbeziehung in die internationale kapitalistische Arbeitsteilung. Dies bestätigt den von uns eingangs gegebenen Hinweis hinsichtlich der Erklärung des Reproduktionsmechanismus kapitalistischer Produktionsverhält-

<sup>7</sup> Vgl. u. a. Schmidt, W., Wege zur Herausbildung kapitalistischer Lohnarbeit in heutigen Entwicklungsländern Asiens und Afrikas, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 4/1978, S. 57 ff., sowie dieselbe, Wert und Preis der Arbeitskraft in kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, 4/1980, S. 616 ff.

<sup>8</sup> Für Interessierte, denen die hier rezensierte Studie nicht zur Verfügung steht, sei in bezug auf die Akkumulationsproblematik auch verwiesen auf: Schmidt, W., Probleme und Perspektiven der Akkumulation in Entwicklungsländern, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 5/1982, S. 788 ff.

nisse in den zu untersuchenden Ländern. Anhand einiger theoretischer Erörterungen und auch quantitativer Belege zeigt Schmidt innere Akkumulationsquellen in sich kapitalistisch orientierenden Entwicklungsländern, macht deren widersprüchliche Existenzbedingungen sichtbar und äußert sich zu Problemen, die sich aus der Inanspruchnahme äußerer Akkumulationsquellen ergeben, ebenso wie zur Rolle des Staates (Staatssektor, Staatshaushalt u. a.) im Prozeß der Kapitalakkumulation dieser Länder. Die Untersuchungen zu Umfang und Tempo der kapitalistischen Akkumulation in Entwicklungsländern lassen erkennen, daß bei einem auf kapitalistischer Orientierung beruhenden Wirtschaftswachstum die sozialökonomischen und technisch-ökonomischen Probleme im Inneren dieser Entwicklungsländer nicht zu lösen sind. Auch die "zwischen den Entwicklungsländern bereits bestehenden Niveauunterschiede werden auf diese Art und Weise weiterhin vergrößert" (S. 163).

Das 4. Kapitel ist der Stellung der Entwicklungsländer in der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung gewidmet. Im Abschnitt "Die Entwicklungsländer im Prozeß der Internationalisierung der Produktion" (Rudi Fronhöfel/Peter Stier) wird deren Produktivkraftentwicklung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution betrachtet. Im Rahmen dieser Prozesse, so unterstreichen die Verfasser, hat die enorme Beschleunigung der Entwicklung der Produktivkräfte weitreichende Auswirkungen auf die internationale Arbeitsteilung zwischen kapitalistischen Industrieländern und Entwicklungsländern sowie auf die Vertiefung der Ausbeutung und Unterdrückung letzterer durch die ersteren. Sie stellen zu Recht fest, daß sich auf Basis der Intensivierung der Produktion in kapitalistischen Industriestaaten "neue und weitaus effektivere Formen der Ausbeutung zu entwickeln" vermögen (S. 175). Anhand von Zahlen wird aufgezeigt, wie bestimmte Entwicklungsländer (besonders in Südostasien und Lateinamerika) bereits in beachtlichem Umfang Fertigwaren exportieren.<sup>9</sup> Die einseitige und direkte Abhängigkeit der neuen Produktionszweige vom ausländischen Monopolkapital ist z. B. in Hongkong und Singapur besonders augenscheinlich. Die Autoren unterstreichen, daß die Verwertungsbedingungen des Kapitals diese Prozesse bestimmen.

Die zyklischen Krisen des Kapitalismus seit Anfang der 70er Jahre machen die hohe Anfälligkeit gerade auch der Fertigwarenexporte der Entwicklungsländer besonders deutlich. Auf diese Prozesse gehen die Autoren leider nicht ein, obwohl die Frage nach den Zentren des Ausbruchs dieser Krisen und den Ländern, die davon in Mitleidenschaft gezogen werden, wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen im kapitalistischen Lager führt. Gerade durch die wachsende Internationalisierung der Produktion und die zunehmende Einbeziehung der Entwicklungsländer in das System der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung werden diese durch die Krisen stärker betroffen. Insofern ist die Feststellung zu erhärten, daß die "strukturelle Abhängigkeit der Entwicklungsländer ... mit dieser 'neuen internationalen Arbeitsteilung' des Weltkapitalismus auf erweiterter Grundlage und in komplexer neuer Art und Weise reproduziert" wird (S. 177). In diesem Zusammenhang erscheint die Auseinandersetzung mit bürgerlichen Auffassungen zum Konzept des "Redeployment" sehr wichtig. Diese besagen, daß durch Veränderung materieller Strukturen auch das Wesen der Stellung der Entwicklungsländer im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem verändert wird.

<sup>9</sup> Die weitere Beschleunigung des Fertigwarenexports im Vergleich zum Rohstoffexport der Entwicklungsländer in jüngster Zeit geht auch aus Untersuchungen des IPW hervor. Vergleiche dazu Seidel, H., Entwicklungsstendenzen im kapitalistischen Welthandel, in: IPW Berichte, H. 1/1985, S. 49.

Fronhöfel und Stier übersehen nicht, daß nach wie vor Rohstoffe in Produktion und Export der Entwicklungsländer im allgemeinen dominieren. "Der Rohstoffsektor ist in den vergangenen Jahren zunehmend zum Gegenstand erbitterter Auseinandersetzungen zwischen dem Imperialismus und den Entwicklungsländern geworden." (S. 185) Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, daß Entwicklung des Kapitalismus in Entwicklungsländern auch industrielle Kooperation zwischen Entwicklungsländern - gerade bei der Rohstoffverarbeitung sowie vor allem regional - einschließt. Abschließend wird resümiert, daß der Einfluß der Internationalisierung der Produktion auf die Entwicklung des Kapitalismus in Entwicklungsländern mehrfach vermittelt wird, und zwar sowohl durch strukturelle Veränderungen der materiellen Produktion als auch durch wachsende Verelendung breiter Volksmassen sowie eine sich erweiternde Produktivitätskluft zwischen imperialistischen Staaten und sich kapitalistisch entwickelnden Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Die von Helmut Faulwetter verfaßten Abschnitte des 4. Kapitels "Die Ausbeutung der Entwicklungsländer durch den Imperialismus" und "Die Auslandsverschuldung von Entwicklungsländern" knüpfen an diese Überlegungen über die internationale Arbeitsteilung, die die Entwicklungsländer benachteiligt, an und helen insbesondere die Prozesse des Wert- und Ressourcenabflusses aus Entwicklungsländern in die vom Monopolkapital beherrschten Staaten auf. Der Abschnitt über die Ausbeutung der Entwicklungsländer enthält interessante theoretische Verallgemeinerungen dazu. Faulwetter stellt die von Marx und Lenin entwickelten Gedanken zum internationalen Ausbeutungsmechanismus des Kapitals in das aktuelle Geschehen von Entwicklungsländern. Er unterstreicht, daß es zur allseitigen Erfassung dieses Prozesses notwendig ist, sowohl die direkte Ausbeutung (durch Lohnarbeit) als auch die Aneignung von Mehrwert oder Mehrprodukt nichtkapitalistischer Sektoren (durch Umverteilung über Preis, Zins usw.) und den Abfluß akkumulierten Mehrwertes oder nationalen Vermögens der Entwicklungsländer überhaupt (Kapitalabfluß in Waren- und Geldform und als produktives Kapital) zu untersuchen. Dabei wendet er sich gegen nicht selten anzutreffende Vereinfachungen dieses Mechanismus, indem der quantitative Umfang der Ausbeutung mit dem Gewinntransfer der Monopolunternehmen identifiziert wird. Der Wertentfaltung nachgehend, veranschaulicht der Autor, wie es zur Herausbildung des internationalen Wertes - als historischer Tendenz - kommt. Das trifft, wenn auch sehr unterschiedlich, je nach dem Grad der Einbeziehung der Waren in den internationalen Handel, auf alle Entwicklungsländer zu.

Was in diesem Zusammenhang die Ausbeutung über den internationalen Handel angeht, wäre festzuhalten, daß diese bei Austausch zum internationalen Wert (tatsächlich zu Weltmarktpreisen bzw. zu Preisen der Hauptwarenmärkte) stattfindet. Faulwetter sagt das zwar nicht ausdrücklich, aber seine Darlegungen führen zu diesem Schluß. Heute vollzieht sich dieser Wertbildungsprozeß auf dem kapitalistischen Weltmarkt unter der Dominanz des Monopolkapitals. Das verändert diesen grundlegenden Mechanismus nicht, wohl aber die Bedingungen, unter denen er sich vollzieht, sowie Tiefe und Breite der Bereiche, die er in Entwicklungsländern erfaßt. Anzumerken ist, daß Faulwetter auf Auffassungen anderer marxistischer Ökonomen, die die Möglichkeit der Herausbildung eines internationalen Produktionspreises anzweifeln, nicht eingeht.<sup>10</sup> Für ihn ist das, mit geringen Einschränkungen, ein Tatbestand. "Die Internationalisierung der Warenwirtschaft" macht "die Kategorien internationaler Wert, internationaler Produktionspreis und Monopolpreis zu regulierenden Elementen der wirtschaft-

<sup>10</sup> Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Berlin 1981, S. 265; Kohlmeij, G., Karl Marx' Theorie von den internationalen Werten, in: Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Bd. 5, Berlin 1962, S. 57; Wenger, S., Außenhandel auf dem kapitalistischen Weltmarkt, Berlin 1978, S. 112.

lichen Abläufe" (S. 198 f.). So absolut ist das jedoch wenige Seiten später schon nicht mehr zu lesen. "In der durch die internationalen Monopole beherrschten 'Schicht' ist diese Annäherung an eine einheitliche Profitrate noch weniger klar als im nichtmonopolistischen Bereich." (S. 204) Bei Fronhöfel/Stier im 4. Kapitel heißt es sogar: "Die bestehende Monopolisierung der Wirtschaft verhindert einen Ausgleich der Profitrate." (S. 188) Sicher ist die Kompliziertheit dieses Problems von solchem Gewicht, daß es weitere theoretische Erörterungen verdient.

Eingehend und anschaulich deckt Faulwetter auch den Ressourcenfluß in beide Richtungen, zwischen imperialistischen und Entwicklungsländern, für den nichtmonopolistischen Sektor auf. Er weist nach, daß über die nichtmonopolisierten Märkte ein beträchtlicher Teil des in Entwicklungsländern produzierten Mehrwertes in die Wirtschaft der hochentwickelten kapitalistischen Länder fließt. Die Realisierung des Monopolprofits aus Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungsländern wird eingehend untersucht. Außerdem wird deutlich gemacht, welche enormen Profite das Monopolkapital aus dem Monopolpreisdiktat erzielt. "Monopolpreise im Import, im Export wie auch beim unsichtbaren Handel sind also wesentlicher Kanal der neokolonialen Ausbeutung der Entwicklungsländer. Diese Umverteilung zugunsten der hochentwickelten kapitalistischen Länder existiert komplementär zur Ausbeutung mittels der Mechanismen des nichtmonopolisierten Marktes ... 1980 betrug dieser Transfer (in die imperialistischen Staaten - G. S./M. S.) weit mehr als 200 Mrd. Dollar." (S. 223) Eine wesentliche theoretische Schlußfolgerung Faulwetters besteht darin, daß die Ausbeutung der Entwicklungsländer vor allem über den Marktmechanismus erfolgt, also auf der Grundlage der Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze - das Wertgesetz eingeschlossen - und nicht durch deren Außerkräftsetzung.

Im Abschnitt über die Auslandsverschuldung behandelt Faulwetter die Zuspitzung des Schuldenproblems für die Mehrheit der Entwicklungsländer. Er bezeichnet diese äußere Verschuldung in gewissem Sinne als eine Erscheinung der "ursprünglichen Akkumulation" sowie der Akkumulation unter relativ entwickelten kapitalistischen Verhältnissen als Ausdruck der Ausbeutung der Entwicklungsländer durch die internationalen Monopolunternehmen. Nachdem der Autor sich mit dem eigentlichen Inhalt der Verschuldung beschäftigt hat, kommt er auf deren Ursachen zu sprechen. Viele innere und äußere Faktoren der ökonomischen Entwicklung der Entwicklungsländer haben darauf Einfluß. "Es gibt also nicht den konkreten Grund für die Verschuldung von Entwicklungsländern, sondern ein Bündel potentieller Gründe, aus dem jeweils einer oder mehrere direkt diese Prozesse der Verschuldung auslösen oder verstärken." (S. 244) Die Schuldenentwicklung wurde durch die Differenz zwischen Export und Import sowie Dienstleistungen geprägt, stellt Faulwetter fest. Diese Schuldenentwicklung ging zeitlich der raschen Beschleunigung der Fälligkeiten in den betreffenden Entwicklungsländern voraus. Er untersucht die Ursachen dieses Prozesses im einzelnen, so die im Verhältnis zu den Importen weniger rasch expandierenden Exporte vieler Entwicklungsländer, die sich verschlechternden "terms of trade", die Struktur der Importe, das Verhältnis der Aufnahme von staatlichen Krediten und von privatem Kapitalexport und die Rolle des Auslandskapitals in Entwicklungsländern. Faulwetter kommt zu der Feststellung, daß das Monopolkapital zweifelsohne die prekäre Situation vieler Entwicklungsländer zur Ausübung politischen und wirtschaftlichen Drucks auszunutzen versucht. In den Kampf der Entwicklungsländer um eine Veränderung ihrer Position in der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung ist auch die grundsätzliche Lösung des Problems der Verschuldung gegenüber kapitalistischen Industrieländern einzuordnen.

Im abschließenden 5. Kapitel über die Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung gibt Waldtraut Schmidt Resümee und Ausblick. Viele soziale Probleme häufen sich in den Entwicklungsländern an und spitzen sich zu. Voraussetzungen zu ihrer tatsächlichen Lösung werden erst mit dem Übergang zum Sozialismus geschaffen. Im Kampf um nationale und soziale Befreiung ist die Sicherung

des Weltfriedens erste Voraussetzung, unterstreicht die Autorin. Das bedeutet aber auch, Kräfte in Entwicklungsländern für einen aktiven Friedenskampf zu mobilisieren. Davon ausgehend ist die tatsächliche Umsetzung der progressiven Forderungen im Kampf um eine "neue internationale Wirtschaftsordnung" ein wichtiger Beitrag auf dem Weg zur nationalen und sozialen Befreiung. "Das konsequente Vertreten antiimperialistischer Forderungen in den Auseinandersetzungen um die Gestaltung der internationalen ökonomischen Beziehungen erleichtert nicht nur die nationale ökonomische Entwicklung, sondern kann auch zur Zurückdrängung sozialer Probleme beitragen." (S. 251) Schmidt verweist auch auf die reale Gefahr, die aus einem Bündnis der Oberschicht der Bourgeoisie in Entwicklungsländern mit dem Imperialismus für diesen Kampf erwächst. Sie zeigt außerdem auf, daß bürgerliche Sozialwissenschaftler, die sich auf die Existenz des Kapitalismus in Entwicklungsländern stützen, vielfältige Konzepte verfassen und damit versuchen wollen, den antiimperialistischen Charakter der Bewegung zur nationalen und sozialen Befreiung abzuschwächen und abzubauen. Dazu zählen u. a. "Vorschläge" zur Zusammenarbeit mit internationalen Konzernen oder die Ausarbeitung von Empfehlungen im Rahmen einer "Grundbedarfsstrategie". Zur Stärkung der antiimperialistischen und demokratischen Bewegung in diesen Ländern müssen die fortschrittlichen Kräfte, voran die kommunistischen und Arbeiterparteien eine auf eine Einheitsfront gerichtete Strategie entwickeln. Abschließend unterstreicht die Autorin nochmals die Notwendigkeit eines breiten Bündnisses der fortschrittlichen Kräfte in allen Teilen der Welt, um den Anforderungen des Kampfes um nationale und soziale Befreiung gerecht zu werden. Die mit dieser Studie vorgelegten Forschungsergebnisse sind zweifellos ein wichtiger Beitrag zum Thema Kapitalismus in Entwicklungsländern. Sie geben viele Anregungen für die Diskussion und für weitere wissenschaftliche Untersuchungen.

Genauer über Zielstellung und auch Charakter der Veröffentlichung wäre wohl aus einer Einleitung, zu der sich am Ende der Studie Anmerkungen finden, zu entnehmen gewesen. Aufgrund eines bedauerlichen Versäumnisses des Verlages sucht der Leser diesen Abschnitt jedoch vergebens.

## Keynesianismus aus wirtschaftshistorischer Sicht

Der Keynesianismus = Wirtschaftspolitische Studien (im folgenden: I)

- Bd.1: Theorie und Praxis keynesianistischer Wirtschaftspolitik, hg. v. G. Bombach, H.-J. Ramser, M. Timmermann u. W. Wittmann  
Springer-Verlag, Berlin (West)/Heidelberg/New York 1976, VIII u.  
296 S., Pr.: 45,- DM
- Bd.2: Die beschäftigungspolitische Diskussion vor Keynes in Deutschland,  
hg. v. G. Bombach, H.-J. Ramser, M. Timmermann u. W. Wittmann  
Springer-Verlag, Berlin (West)/Heidelberg/New York 1976, VI u.  
331 S., Pr.: 47,- DM
- Bd.3: Die geld- und beschäftigungstheoretische Diskussion in Deutschland  
zur Zeit von Keynes, hg. v. G. Bombach, K.-B. Netzband, H.-J.  
Ramser u. M. Timmermann  
Springer-Verlag, Berlin (West)/Heidelberg/New York 1981, XII u.  
469 S., Pr.: 92,- DM
- Bd.4: Die beschäftigungspolitische Diskussion in der Wachstumsepoche der  
Bundesrepublik Deutschland, hg. v. G. Bombach, K.-B. Netzband,  
H.-J. Ramser u. M. Timmermann  
Springer-Verlag, Berlin (West)/Heidelberg/New York 1983, IX u.  
409 S., Pr.: 98,- DM
- Bd.5: Makroökonomik nach Keynes, hg. v. G. Bombach, H.-J. Ramser u.  
M. Timmermann  
Springer-Verlag, Berlin (West)/Heidelberg/New York/Tokyo 1984,  
XI u. 221 S., Pr.: 44,- DM

Nicholas Kaldor, Grenzen der "General Theory" = Merton Lesungen an der  
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, hg. v. B. Schefold  
(im folgenden: II)

Springer-Verlag, Berlin (West)/Heidelberg/New York/Tokyo 1983,  
62 S., Pr.: 19,80 DM

von Karin Lehmann

Von der ursprünglich auf 4 Bände berechneten, später um einen Band erweiter-  
ten und von den Herausgebern immer noch nicht als abgeschlossen betrachteten  
Darstellung einer Geschichte des Keynesianismus in Deutschland liegen 5 Bände  
vor. In ihnen sind außer zahlreichen historischen Dokumenten und zeitgenössi-  
chem Schrifttum ökonomisch-theoretische sowie historische Abhandlungen von  
Wirtschaftswissenschaftlern der BRD enthalten. Der wirtschaftshistorisch inter-  
essierte Leser wird die Bände nicht nur der Dokumente wegen in die Hand neh-  
men. Er findet in den Abhandlungen sowohl Anhaltspunkte für die Wechselwir-  
kungen zwischen wirtschaftlichen Prozessen und ökonomischen Theorien als  
auch dafür, wie sich der pragmatische Aspekt der bürgerlichen Theorie im Um-  
feld sozialer und politischer Ereignisse und ideologischer Kontroversen aus-  
prägte.

Die Dokumente umfassen bis auf geringfügige Ausnahmen den Zeitraum von der  
Weltwirtschaftskrise 1929/32 bis zur Mitte der 70er Jahre, die Studien den Zeit-  
raum vom Ende des ersten Weltkrieges bis zur Gegenwart.

In den Dokumenten sind Stellungnahmen verschiedener bürgerlicher Parteien, Gruppierungen und Persönlichkeiten zu wichtigen Fragen der entsprechenden historischen Perioden enthalten. Darin werden Fragen angesprochen, die an markanten Punkten der politischen und ökonomischen Entwicklung im imperialistischen Deutschland bzw. der BRD im Mittelpunkt innenpolitischer Auseinandersetzungen standen. Genannt seien Dokumente, die während der Weltwirtschaftskrise 1929/32 und damals besonders in den letzten Monaten der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie bzw. während der Errichtung der faschistischen Diktatur entstanden, sowie Dokumente aus den ersten Jahren nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges, als der Imperialismus in Westdeutschland wiedererrichtet wurde.

Sowohl bei den Dokumenten als auch bei den Studien stehen die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft im Mittelpunkt. Damit erhält der Leser Aufschluß über Widerspiegelung und Verarbeitung objektiver Entwicklungsprozesse des staatsmonopolistischen Kapitalismus in bürgerlichen ökonomischen Theorien sowie über ideologische Einflüsse auf die Ausprägung der staatsmonopolistischen Regulierung.

Der erste Band enthält 3 Aufsätze von BRD-Ökonomen, die einen Überblick über die Entstehung und Entwicklung einer aktiven Konjunkturpolitik in Theorie und Praxis geben. Andreas Korsch behandelt den Stand der Diskussion über die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in Deutschland. Er geht von der ökonomischen Entwicklung in den Jahren 1918 bis 1933 aus und gibt die Argumentation derjenigen Politiker und Ökonomen wieder, die während der Krise 1929/32 den Übergang zu einer aktiven, antizyklischen Konjunkturpolitik befürworteten und als Alternativen zur krisenverschärfenden Deflationspolitik Programme zur Arbeitsbeschaffung entwarfen. Die Notwendigkeit der Staatsintervention wurde von allen "Reformern" anerkannt, wobei für sie die Aufrechterhaltung der privatkapitalistischen Verhältnisse eine Selbstverständlichkeit war. Ihre Programme unterschieden sich hinsichtlich der Art und Weise sowie des Umfangs der vorgeschlagenen Eingriffe der öffentlichen Hand und hinsichtlich der angestrebten volkswirtschaftlichen Auswirkungen. Sie enthielten auch Finanzierungsvorschläge. Je nachdem, ob der Staat dabei unmittelbar oder mittelbar in Erscheinung treten sollte, unterscheidet Korsch direkte bzw. indirekte Methoden der Arbeitsbeschaffung. Von den indirekten Methoden empfehlenden Programmen stellt er näher aus von Rudolf Dalberg 1931 konzipierte Devaluationsprojekt vor. Dalberg war während der Weimarer Republik zeitweise Beamter des Reichsfinanzministeriums. Korsch analysiert ferner aus 1932 entwickelte Papen-Programm. Sowohl Dalberg als auch Papen wollten die indirekten Finanzierungsmethoden durch einige direkte Maßnahmen ergänzen.

In den von Korsch beschriebenen Programmen der direkten Arbeitsbeschaffung war eine unmittelbare Intervention des Staates als Auftraggeber eingeplant. Die staatlichen Aufträge sollten durch Kreditschöpfung finanziert werden. Korsch nennt u. a. das Gutachten der von der Regierung eingesetzten, unter Leitung des Reichsarbeitsministers Heinrich Brauns stehenden Kommission, in dem öffentliche Investitionen gefordert wurden. Vorschläge zu ihrer Finanzierung sind allerdings hier nicht enthalten. Ferner führt Korsch das Programm des Ökonomen und Kapitalisten Robert Friedlaender-Prechtl an. Letzterer empfahl u. a. den Bau von Autobahnen und vertrat Autarkievorstellungen. Außerdem rechnet Korsch den nach seinen Schöpfern Wladimir Woytinsky, Fritz Tarnow und Fritz Baade benannten WTB-Plan der reformistischen Gewerkschaften zu den direkten Arbeitsbeschaffungsprogrammen. Der WTB-Plan sah vor, Arbeitsplätze für 1 Mill. Arbeitslose mit einem Aufwand von 2 Mrd. RM zu schaffen. Die Finanzierung sollte mit Hilfe staatlicher Schuldverschreibungen als Kreditgrundlage erfolgen. Korsch gibt außerdem die Grundideen folgender Programme zur direkten Arbeitsbeschaffung wieder: des Programms des Reichswirtschaftsrates, das die Finanzierung durch besondere Institute vorsah, des nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramms, das von Gregor Strasser maßgeblich beeinflusst worden war, des von Heinrich Dräger, einem Mitbegründer der "Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft", entwickelten Programms, des Arbeits-

beschaffungsprogramms der Regierung Schleicher und der Reinhardt-Programme. Die Vorschläge des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium Fritz Reinhardt erlangten im ersten Jahr der faschistischen Herrschaft Gesetzeskraft. Sie zielten auf eine Verknüpfung staatlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit steuerlichen Anreizen für privatkapitalistische Unternehmer.<sup>1</sup> Die große Aufmerksamkeit für Finanzierungsfragen hing vor allem mit den starken Störungen in der Zirkulationssphäre zusammen. Die auch noch nach Beendigung der Krise anhaltende Erstarrung des Kreditmarktes erzwang den Übergang zur Defizitfinanzierung. Daß der Notenbankkredit dem Staat zur Verfügung gestellt wurde und auch in der Theorie vom Prinzip des Haushaltsgleichgewichts abgegangen wurde, war eine bemerkenswerte Entwicklung in der Finanzgeschichte. Es war die Wende zur antizyklischen Regulierung.

Oliver Landmann behandelt die Rolle von John Maynard Keynes in der Wirtschaftstheorie. Er zeigt, wie Keynes' Ansichten in der bürgerlichen Ökonomie weiterentwickelt wurden. Sodann wendet er sich ausführlich dem modernen Monetarismus zu. Dessen theoretische Grundlagen arbeitete vor allem die sog. Chicagoer Schule mit ihrem wohl prominentesten Vertreter Milton Friedman in den 70er Jahren aus, als Antwort auf die Verflechtung von allgemeiner und zyklischer Krise und in ausgesprochenem Gegensatz zum Keynesianismus.<sup>2</sup>

Heinz-Peter Spahn untersucht den Einfluß des Keynesianismus auf die Wirtschaftspolitik in der BRD, in den USA und in Großbritannien sowie die Gründe für das Schwinden dieses Einflusses und für das Hervortreten des Monetarismus.

Der zweite Band hat den Charakter einer kommentierten Dokumentation. Er bietet auszugsweise theoretische Schriften aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929/32, Gutachten, Aufsätze usw. mit Vorschlägen zur Beseitigung der damals herrschenden Massenarbeitslosigkeit sowie Briefe von Heinrich Brüning (aus dem Jahre 1954), Hans Luther, Lutz Graf v. Schwerin-Krosigk und Hans Schäffer (aus dem Jahre 1953) sowie von Hjalmar Schacht (aus dem Jahre 1967) an Heinrich Dräger. In ihnen wird zu der damaligen Situation, den Ereignissen und Vorgängen Stellung genommen.

Dräger fordert in seinem 1976 geschriebenen Nachwort zu diesem Band von den bürgerlichen Ökonomen, aus der Weltwirtschaftskrise Lehren für die Gegenwart zu ziehen. Mit dieser Forderung entsprach er den Intentionen der Herausgeber. Er weist darauf hin, daß die Mitte der 70er Jahre hervorgetretenen Probleme, wie die Stagnation des Bevölkerungswachstums in der BRD, die Krise des Weltwährungssystems, die strukturell bedingte Arbeitslosigkeit und die Situation der ausländischen Arbeitskräfte in der BRD, nach seiner Ansicht nicht mehr mit alten Rezepten des Keynesianismus zu lösen seien. Es müßten auch Wachstums- und nicht nur Konjunkturprobleme berücksichtigt werden. (I, Bd. 2, S. 324)<sup>3</sup> Dräger schreibt sogar noch: "Vorrangig ist heute das Ziel der W i e d e r g e w i n n u n g d e r V o l l b e s c h ä f t i g u n g ." (I, Bd. 2, S. 323) Hier zeigt sich, daß die Situation des Imperialismus seit den 70er Jahren labiler geworden ist.

- 1 Siehe Zumpe, L., Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945 = Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 in drei Bänden, hg. v. H. Nussbaum u. L. Zumpe, Bd. 3, Berlin 1980, S. 67 ff
- 2 Siehe Müller, K. O. W., Neokeynesianismus, Berlin 1974; Bürgerliche Ökonomie ohne Perspektive, hg. v. H. Meißner, Berlin 1976; Bönisch, A./Iša, J., Keynes oder Friedman? Wirtschaftstheorie und -praxis im Kapitalismus, Berlin 1978.
- 3 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben beziehen sich auf die hier besprochenen Bücher.



Leider erfaßt die Zusammenstellung biographischer Daten am Schluß des Bandes nicht alle genannten wichtigen Persönlichkeiten.

Der dritte Band gibt Aufschluß über die geld- und beschäftigungstheoretische Diskussion in Deutschland zu Keynes' Zeit und ist in 2 Teile gegliedert.

Im ersten Teil werden 10 deutsche Ökonomen (Nicholas A. L. J. Johannsen, L. Albert Hahn, Heinrich Mittershausen, Ferdinand Grünig, Erich Preiser, Otto Donner, Robert Nöll von der Nahmer, Hans Gestrich, Carl Föhl, Paul Binder) durch Auszüge aus ihren Schriften vorgestellt, die jeweils von Christian Müller eingeleitet werden. Die Arbeiten entstanden in Deutschland teils vor, größtenteils jedoch während der Weltwirtschaftskrise. Sie werden von Müller als Beitrag zur "Neuen Wirtschaftslehre" gewertet. Es handelt sich um eigenständige Arbeiten, die parallel zu Keynes' "Treatise on Money" (1930, deutsch 1932), einer wichtigen Vorstufe seiner "General Theory of Employment, Interest, and Money", entstanden sind. Die stark gestörten Weltwirtschafts-, Währungs- und Kreditbeziehungen und die tiefen Folgen der zyklischen Krise hatten in den meisten imperialistischen Ländern ähnliche Fragen aufgeworfen, so nach der Rolle des Staatshaushalts, nach dem Verhältnis von Staatsfinanzen und Währung sowie nach den Beziehungen zwischen Konjunktur-, Haushalts- und Währungspolitik.

Der zweite Teil des dritten Bandes beginnt mit einer Abhandlung Oliver Landmanns über die Opposition gegen die krisenverschärfende Deflationspolitik. In ihr untersucht der Verfasser Zusammenhänge der ökonomischen und politischen Situation mit deren Widerspiegelung in wirtschaftstheoretischen Diskussionen. Die theoretischen Grundlagen für eine staatsmonopolistische Regulierung mit dem Ziel, die Krise zu überwinden, wurden von einer Minderheit unter den deutschen Ökonomen vertreten. Die im folgenden erwähnten Auszüge aus verschiedenen Schriften verdeutlichen den Stand der damaligen Auseinandersetzungen. Keynes' Äußerungen aus den Jahren 1930 bis 1932 zeigen die Entwicklung seiner Ansichten unter dem Einfluß der Krise. Mitgeteilt ist das auch von Keynes unterschriebene Minderheitsgutachten, das 1931 als Anhang zum Macmillan-Report veröffentlicht wurde.<sup>4</sup> Enthalten sind ferner Auszüge aus Schriften des höheren Beamten im Reichswirtschaftsministerium (RWM) Wilhelm Lautenbach, der Ökonomen Wilhelm Röpke und Harald Fick sowie der Ökonomen und Gewerkschaftsvertreter Gerhard Colm, Woytinsky und Tarnow. Landmann sieht in den Gewerkschaften die einzige politische Gruppierung, die bereits sehr früh Arbeitsbeschaffungsforderungen erhoben habe. (I, Bd. 3, S. 382) Die gewerkschaftlichen Vorschläge hätten jedoch von der SPD keine Unterstützung erhalten. (Vgl. I, Bd. 3, S. 385 f.) Die ideologischen Ursachen für diese Haltung entsprangen der Überzeugung, daß die Krisen dem Kapitalismus immanent seien und eine Arbeitsbeschaffung den automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus aufhalte.

Rudolf Regul erläutert den Plan Ernst Wagemanns, der Präsident des Statistischen Reichsamts und Gründer des Instituts für Konjunkturforschung war. Dieser im Januar 1932 veröffentlichte Plan betonte die Verantwortung des Staates

4 Im Sommer 1931 vorgelegter Bericht des Committee on Finance and Industry (Vorsitz: Macmillan) über die ökonomische Situation. Das sog. Minderheitsgutachten zum Bericht wurde nur von 5 Kommissionsmitgliedern verfaßt. Es enthielt Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung durch staatliche Investitionen bzw. staatliche Förderung privater Investitionen. Diese Vorschläge wurden von den übrigen Kommissionsmitgliedern nicht geteilt.

und der Reichsbank für die Lenkung der Konjunktur. Sein Kern war die aktive Kreditschöpfung. Regul weist darauf hin, daß wichtige Regulierungsinstrumente der Reichsbank während des Faschismus den Vorstellungen Wagemanns entsprachen.

Hanns-Joachim Rüstow, der wie Lautenbach als Grundsatzreferent im RWM tätig war, beschreibt den Papen-Plan, mit dem Ende 1932 in Deutschland die Wende zu einer aktiven Krisenbekämpfung eingeleitet wurde.<sup>5</sup> Persönliche Daten der im Band behandelten Ökonomen sind als Anhang beigefügt.

Sowohl Landmann (I, Bd. 3, S. 222 f.) als auch Rüstow (I, Bd. 3, S. 454 f.) greifen in ihren Aufsätzen die schon oft in der bürgerlichen Historiographie und auch von den Schöpfern der Reformpläne später selbst gestellte Frage auf, ob nicht eine rechtzeitige Arbeitsbeschaffung, d. h. die Realisierung ihrer Pläne bereits in der Krise, die Machtergreifung des nationalsozialistischen Regimes hätte abwenden können. Landmann verweist auf den spekulativen Charakter dieser Erörterungen, da die Reformer keine Chance zur Verwirklichung gehabt hätten. Doch seine Argumente bleiben an der Oberfläche stecken. "Tatsache bleibt, daß die Gefahr, wie dem Weimarer Staat aus der erdrückenden wirtschaftlichen Not der Massen erwuchs, in den ganzen Kontroversen der Jahre 1930 - 1933 eines der zentralen, immer wiederkehrenden Argumente für die Arbeitsbeschaffung war. Den Widersachern der Reformer mag das Schicksal der Republik zwar nicht weniger am Herzen gelegen haben, aber sie bliebe völlig auf die Gefahr einer erneuten Inflation fixiert und stemmten sich daher mit allen Kräften gegen das 'abenteuerliche Experiment' einer Ankurbelungspolitik. Daß die Gefahren in Wirklichkeit von ganz anderer Seite drohten, vermochte daran nichts zu ändern." (I, Bd. 3, S. 223) Daß die eigentliche Gefahr zunächst vom extremsten Teil des Monopolkapitals und schließlich von der Mehrheit der Monopolbourgeoisie ausging, wird weder von ihm noch von den anderen Autoren gesagt.

So schildert Rüstow, der sich nach eigenen Aussagen (I, Bd. 3, S. 453 f.) bemüht hatte, den Papen-Plan in die Praxis umzusetzen, die Widerstände, die es noch 1932 gegen eine aktive Arbeitsbeschaffungspolitik gegeben hatte. Erst ab September 1932, als bereits die zyklische Abwärtsbewegung zu Ende war, wurde zunächst unter Papen, später unter der Regierung Schleicher eine solche Politik eingeleitet. Finanzwirtschaftlich waren damit entscheidende Schritte getan, indem durch die Steuergutscheine und mit den sog. Arbeitsbeschaffungswechseln die staatliche Kreditschöpfung eingeleitet wurde. Diesen Weg nutzte der faschistische Staat zur Finanzierung der Aufrüstung.<sup>6</sup>

Rüstows Schlußfolgerung aus den damaligen historischen Ereignissen, daß letztlich die Uneinigkeit der Wirtschaftswissenschaftler Brünnings falsche Wirtschaftspolitik und damit dessen Sturz und die Machtübernahme des Nationalsozialismus verschuldet habe, verschleiert die Ursachen für die Errichtung der faschistischen Diktatur und ist irreführend. Zwar erwies sich der hohe Stand der Arbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise als starke Triebkraft für ein intensiveres Eingreifen des Staates in die Wirtschaft. Es ist jedoch nicht richtig, die primären Ursachen für die Errichtung der faschistischen Diktatur in unbewältigten ökonomischen Problemen zu sehen. Eine hohe Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe in den Reproduktionsprozeß gab es

<sup>5</sup> Siehe Nussbaum, M., Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik = Wirtschaft und Staat in Deutschland ..., Bd. 2, Berlin 1978, S. 374 ff.

<sup>6</sup> Siehe Zumpe, S. 54 ff.

doch auch in anderen imperialistischen Ländern, vor allem in den USA. In Deutschland spielte eine Reihe anderer Faktoren die ausschlaggebende Rolle: die politische Krise des Weimarer Staates, die sich seit Mitte 1932 akut verschärft hatte, und die Forderung entscheidender Teile des Finanzkapitals zur Berufung Hitlers als Reichskanzler. Diese Kräfte erwarteten mehr vom Faschismus als eine Bewältigung der ökonomischen Krise. "Sie wußten, daß Hitler als Spitzenfigur des Faschismus... nicht mit einem kleinkarierten Notverordnungsprogramm aufwarten würde, sondern bereit war, die Grundfragen anzupacken, die das deutsche Monopolkapital seit 1918/19 drückten - Aufhebung aller Hemmnisse bei der Profitschöpfung, Vernichtung der Arbeiterbewegung, Ausschaltung aller demokratischen Kräfte aus dem gesellschaftlichen Leben, Rückgängigmachung der Kriegsergebnisse und der Novemberrevolution, Durchsetzung des deutschen Führungsanspruches in einem antisowjetischen Kreuzzug, Kursnahme auf einen neuen Eroberungskrieg."<sup>7</sup> Hinzu kam, daß die politische Haltung weiter Teile des in der großen Inflation und während der Weltwirtschaftskrise ruinierten Klein- und Mittelbürgertums die Schaffung einer Massenbasis des Faschismus begünstigte. Die Spaltung der Arbeiterbewegung wurde von der rechten sozialdemokratischen Führung aufrechterhalten und lähmte den Kampf gerade derjenigen Kraft gegen den Faschismus, die ihn hätte verhindern können.

Die Geschichte des Keynesianismus in der BRD nach dem zweiten Weltkrieg ist Gegenstand des vierten Bandes. Der erste Teil dieses Bandes, der von Hans-Jürgen Ramser eingeleitet wird, umfaßt den Zeitraum etwa von 1948 bis zur Mitte der 70er Jahre und untersucht wirtschaftswissenschaftliche und -politische Konzepte. Es handelt sich um Lehrmeinungen oder Vorstellungen aus Beratergremien zur Gestaltung der Konjunktur-, Einkommens- und Vermögenspolitik.

Im zweiten Teil kommentiert Karl-Bernhard Netzband wirtschaftspolitische Programme der SPD, CDU/CSU und FDP sowie Programme von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden. Einige dieser Dokumente sind auszugsweise wiedergegeben. Sie stammen aus den Jahren unmittelbar nach der Niederlage des Hitlerfaschismus und enthalten Nachkriegskonzeptionen von SPD, CDU/CSU und FDP. Den Hauptanteil bestreiten Dokumente aus den 50er und 60er Jahren. Sie zeigen nicht nur, wie sich der Keynesianismus nach der Phase der "liberalen Marktwirtschaft" durchsetzte, sondern verdeutlichen in entscheidenden Fragen auch die Positionen maßgeblicher gesellschaftlicher Kräfte zur Nachkriegsentwicklung der BRD. So lassen sich die Dokumente mit den wirtschaftspolitischen Strategien der Unternehmer verschiedenen aufeinanderfolgenden Entwicklungsphasen zuordnen. Zunächst ging es dem deutschen Monopolkapital um die Restauration seiner Macht. Analog zur Situation nach Beendigung des ersten Weltkrieges waren die Unternehmer bestrebt, eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse abzuwehren und eine Aufsplitterung der Unternehmen zu verhindern. Deshalb waren sie zu einer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bereit. Als die Machtpositionen des deutschen Monopolkapitals mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte, vor allem der USA, genügend gefestigt waren, die Wirtschaft hohe Wachstumsraten aufwies, Außenhandel und Kapitalexport zunahm, spiegelte sich in den Dokumenten zunehmend eine neue Tendenz wider. Sie bestand darin, daß seit etwa Ende der 50er Jahre die Wirtschaftstheorie für die Wirtschaftspraxis, besonders für die staatliche Konjunktur- und Wachstumspolitik, wissenschaftliche Grundlagen und Instrumentarien zu liefern hatte. Das zeigt sich vor allem in den abgedruckten Sachverständigenutachten.

<sup>7</sup> Ruge, W., Das Ende von Weimar. Monopolkapital und Hitler, Berlin 1983, S. 313 f.

Der dritte Teil des vierten Bandes umfaßt die Konzepte von Bundesregierung und Bundesbank. Er wird von Manfred Timmermann eingeleitet. Ausgehend vom Zustand der Wirtschaft, vornehmlich des Geld- und Kreditwesens in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg, schätzt er die Wirtschaftspolitik von 1949 bis 1963 ein. Timmermann informiert darüber, wie sich die Regulierungstätigkeit des Staates in der BRD entwickelte, intensivierte und wie sie weitere Bereiche erfaßte. Damit schildert er einen Prozeß, der auf dem erhöhten Grad der Kapitalkonzentration und Monopolisierung sowie auf einer enger gewordenen Verflechtung der Monopole mit dem Staatsapparat der BRD basierte. Auch die Verlangsamung der konjunkturellen Entwicklung zu Beginn der 60er Jahre und das spürbare Nahen einer Wirtschaftskrise wirkten auf die Weiterentwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung. Wirtschaftspolitisch waren diese Vorgänge durch die als Globalsteuerung bezeichnete Stabilitätspolitik und wirtschaftstheoretisch durch die Ablösung des Neoliberalismus durch den Neoklassizismus charakterisiert. Die diesem Zeitraum zugeordnete Dokumentation enthält Auszüge aus gesetzlichen Regelungen im Rahmen der Stabilitätspolitik von 1957 bis 1967, aus Regierungserklärungen von 1949 bis 1976 und aus Reden der jeweiligen Bundeswirtschaftsminister aus den Jahren 1950 bis 1974.

Eine neue Zäsur - auch in der Darstellung von Timmermann - bildet die zyklische Krise von 1974/75. In dieser Krise traten parallel zur binnenkonjunkturellen Erschütterung in verstärktem Maße Störungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft auf. Die Zuversicht bürgerlicher Wirtschaftstheoretiker und Politiker, durch staatsmonopolistische Regulierung die wirtschaftliche Entwicklung steuern zu können, wurde zunichte gemacht. Es kam zu einem Differenzierungsprozeß in der bürgerlichen Ökonomie, der durch die kapitalistische Weltwirtschaftskrise von 1980/83 noch beschleunigt wurde. Im Gegensatz zur Weltwirtschaftskrise von 1929/32, als bürgerliche Wirtschaftsexperten in den meisten imperialistischen Ländern für eine verstärkte Intervention des Staates in der Wirtschaft eintraten, wurde zu Beginn der 80er Jahre von vielen Theoretikern eine Einschränkung staatlicher Interventionen gefordert. Dieser z. Z. noch dominierende neokonservative Kurs in der bürgerlichen Ökonomie entsprach dem Vordringen konservativer Parteien und Politiker, die mit Hilfe einer restriktiven Wirtschafts- und Haushaltspolitik Sozialabbau betreiben, die Rüstungsausgaben erhöhen und insgesamt die Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten des Monopolkapitals beschleunigen. Er hing aber auch damit zusammen, daß in fast allen imperialistischen Ländern hohe Haushaltsdefizite und zunehmende Inflationsraten herrschten.

Da auch nach Beendigung der zyklischen Krise von 1980/83 vielfältige politische und ökonomische Krisenprozesse andauern und vor allem die Arbeitslosigkeit hoch bleibt, ist es nicht verwunderlich, daß im fünften Band von den Verfassern z. B. folgende Fragen gestellt werden: Wie steht es um die Lehre von Keynes und deren Anpassungsfähigkeit an neue Konstellationen? Ist seine Lehre allgemein gültig oder zeitbedingt?

In den zwei Aufsätzen dieses Bandes wird versucht zu zeigen, "was an brauchbaren Bausteinen der Makrotheorie nach Revolution (nach Auffassung der Anhänger von Keynes hat dieser eine Revolution in der ökonomischen Theorie hervorgerufen - K. L.), Gegenrevolution (gemeint ist die Kritik durch den Neokonservatismus - K. L.) und nach dem Wiederanknüpfen an Keynes verblieben ist, wie sich diese Bausteine zu einem neuen Theoriegebäude zusammenfügen lassen, und welche Aufgaben noch zu bewältigen sind, um das Wirtschaftsgeschehen nach den Turbulenzen der 70er Jahre analytisch in den Griff zu bekommen". (I, Bd. 5, S. IX)

Hans-Jürgen Ramser untersucht die "Perspektive einer Neuformulierung der makroökonomischen Theorie", die kurz- und mittelfristige Zeithorizonte betrifft. Oliver Landmann wendet sich Löhnen, Preisen, Einkommen und Beschäftigung in einer offenen Volkswirtschaft zu. Interessant ist, daß die Autoren

bemüht sind, bisher vernachlässigte Faktoren ins Blickfeld der bürgerlichen Ökonomie zu rücken, wie die Auswirkungen des technischen Fortschritts und des durch ihn ausgelösten Strukturwandels auf die Volkswirtschaft, also Erscheinungen des heftiger werdenden Konkurrenzkampfes um Monopolisierung der modernen Technologien. Die Verfasser sehen einen weiteren Mangel vieler bisheriger makroökonomischer Modelle darin, daß diese als geschlossene Systeme dargestellt wurden.

Gerade die zwei genannten Mängel stellt Nicholas Kaldor an der "General Theory" von Keynes fest und kritisiert sie in seinen Vorlesungen. Er bemerkt, daß die Kritik an Keynes da ansetzte, wo dessen Auffassungen noch zu sehr traditionellen Denkweisen der bürgerlichen Ökonomie verhaftet waren. Keynes hätte u. a. regionale und interregionale Zusammenhänge vernachlässigt und nicht beachtet, daß sich die Wirtschaft weiterentwickelte (II, S. 31), sowie die Rolle des Exports beiseite gelassen (II, S. 52 ff.). Diese Mängel seien schon bald nach dem zweiten Weltkrieg sichtbar geworden, als sich die Stellung Großbritanniens in der Weltwirtschaft geändert habe. Aber in der Theorie wurden sie nicht überwunden. Wie Landmann ausführt (I, Bd. 5, S. 116), haben die zunehmende Kapitalmobilität seit Ende der 50er Jahre, der Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods im Jahre 1973 und vor allem die beiden Ölpreisschocks 1973/74 bzw. 1979/80 die ökonomische Stabilität anstrebende Wirtschaftspolitik imperialistischer Staaten vor neue Probleme gestellt.

Eine weitere Frage, mit der sich Landmann auseinandersetzt, ist die Inflation bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit. Eine Koppelung dieser beiden Erscheinungen gab es in den 30er Jahren nicht. Landmann rührt die Arbeitslosigkeit auf ein überhöhtes Niveau der Reallöhne und einen Nachfragemangel zurück und schlägt deshalb eine Verknüpfung von Reallohnsenkungen mit keynesianischer Nachfrageexpansion vor.

Insgesamt plädiert er für eine stärkere Koordinierung der Konjunktur- und Außenwirtschaftspolitik sowie für eine Berücksichtigung der internationalen Finanz-, Währungs- und Weltmarktbeziehungen. Möglicherweise werden die im fünften Band aufgeworfenen Fragen bei einer weiteren Anpassung der bürgerlichen politischen Ökonomie an die ökonomische Entwicklung eine Rolle spielen.

Die hier besprochene Literatur, die repräsentative Literaturverzeichnisse und Namensregister enthält, informiert über 50 Jahre bürgerliche Wirtschaftstheorie und -politik. Sie dokumentiert anhand einer bedeutenden Richtung, des Keynesianismus bzw. des an ihn anknüpfenden Neokeynesianismus, die Ausrichtung der Theorie auf die Bedürfnisse des Monopolkapitals in verschiedenen historischen Perioden und spiegelt das Bemühen wider, die Effizienz der staatsmonopolistischen Regulierung durch theoretische Bewältigung der in der kapitalistischen Wirtschaft auftretenden Probleme und Widersprüche zu erhöhen. Das ist letztlich ein Ausdruck dafür, daß sich die staatsmonopolistische Entwicklung weiterhin äußerst widersprüchlich vollzieht.

Gerade die Tatsache, daß die neokonservativ geprägte Wirtschaftspraxis die sozialen Widersprüche verschärft hat, führte zu einer weiteren Differenzierung innerhalb der bürgerlichen Ökonomie. So entwickelten sozialdemokratische Theoretiker ihre Vorstellungen von einer reformistischen Gesellschaftspolitik unter Einbeziehung neokeynesianischer Elemente in den letzten Jahren weiter. Außerdem wurden in bewußter Gegnerschaft zu neokonservativen und rechtskeynesianischen Theorien alternative antimonopolistische Strategien von fortschrittlichen Wirtschaftstheoretikern ausgearbeitet, in denen die grundlegenden Interessen der Werktätigen berücksichtigt werden. Welches Konzept sich in der politischen Praxis durchsetzt, wird sich letztlich im Verlauf der Klassenauseinandersetzungen entscheiden.

## Wie die kleinen Leute lebten

Lebenserinnerungen, Gesprächsprotokolle und Briefe zum Leben der Arbeiter, Bauern und Handwerker im Raum Sebnitz in der 2. Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, bearb. und hg. im Auftrage des Heimatmuseums Sebnitz v. M. Schober,

Sebnitz 1982, 49 S.

von Jürgen Kuczynski

Seit einigen Jahren schreibe ich darüber, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen Theologen oder Pfarrern und Wirtschaftshistorikern ist. Gleich die redaktionelle Vorbemerkung zum ersten Lebensbericht von August Arnold in dieser so nützlichen Broschüre bestätigt das wieder. Sie lautet: "Diese Erinnerungen wurden 1912 unter dem Titel 'Aus Neustadts vergangenen Tagen. Zustände in der Stadt und Leben seiner Bewohner in den Jahren 1844 - 1845. Kindliche Erinnerungen eines alten Neustädter Bürgers' im '3. Ergänzungsheft zu den Kirchlichen Nachrichten aus der Parochie Neustadt in Sachsen, Neustadt 1912', Seite 32 - 52, veröffentlicht. Ihre Niederschrift erfolgte im Jahre zuvor durch den Kürschnermeister August Arnold von Neustadt. Dieser Nachdruck ist eine auszugswweise und stellenweise leicht gekürzte Fassung."

Manche der erklärenden Bemerkungen zu den stets überaus interessanten Berichten muten naiv-dogmatisch an. So wenn Louis Hippe schreibt: "In den sechziger Jahren, nachdem durch das unvergleichlich agitatorische Wirken unseres Vorkämpfers Lasalle überall in Deutschland die Arbeiterbewegung einsetzte, war auch Sebnitz von dem neuen Geiste nicht unberührt geblieben, und es haben auch damals in Sebnitz schon verschiedentlich Versammlungen stattgefunden, in denen verschiedene bekannte Persönlichkeiten, u. a. Försterling und Mende, gesprochen haben." - und der Herausgeber in einer Fußnote bemerkt: "Hippe erkannte offenbar auch im Alter noch nicht die opportunistische Rolle, die Ferdinand Lasalle innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung gespielt hat. Lasalle übte allerdings auf viele Arbeiter und Arbeiterfunktionäre einen bedeutenden Einfluß im vorigen Jahrhundert aus. August Bebel schreibt in seinen Erinnerungen: 'Ich bin vielmehr, wie fast alle, die damals Sozialisten wurden, über Lasalle zu Marx gekommen. Lasalles Schriften waren in unseren Händen, noch ehe wir eine Schrift von Marx und Engels kannten.' Vgl. August Bebel, Aus meinem Leben, Berlin 1946." Den gleichen "Fehler" wie Hippe machte offenbar auch Lenin, als er den Namen Lasalle auf die Stele der großen Revolutionäre im Kreml-Carten setzte.

Aber nicht um der Fußnoten willen lesen wir diese Broschüre, sondern wegen der wahrlich interessanten Mitteilungen über Leben und Werk "kleiner Leute" im Raum Sebnitz.

Bäuerliche Bewegungen, ins Abseits vom kapitalistischen Fortschritt gestellt

Christof Dipper, Die Bauernbefreiung in Deutschland 1790 - 1850  
= Urban-Taschenbücher, Bd. 298

Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart/Berlin (West)/Köln/Mainz 1980,  
215 S., Pr.: 16,- DM

von Helmut Bleiber

Der bemerkenswerteste Teil dieses Buches ist sein viertes Kapitel, in dem auf 36 Druckseiten eine Darstellung der bäuerlichen Bewegungen in den deutschen Staaten (mit Ausnahme Österreichs) zwischen 1790 und 1848 geboten wird. Bemerkenswert daran ist vor allem, daß damit ein erster Versuch einer zusammenfassenden Behandlung dieses Themas vorliegt. Nach der Rolle der Bauern im Übergang von der feudalen zur bürgerlich-kapitalistischen Ordnung in Deutschland zu fragen, lag für die ältere, ganz auf den Ausgleich zwischen (preußischem) Adel und gemäßigt-liberalem Bürgertum orientierte bürgerliche Geschichtsschreibung außerhalb ihres Interessenhorizonts. Die Leistungen einiger älterer bürgerlicher Agrarhistoriker, die wie Georg Friedrich Knapp oder Johannes Ziekursch von linksliberal-antijunkerlicher Position her bedeutende Beiträge zur Erforschung der Agrarreformen in der 1. Hälfte des 19. Jh. beisteuerten, blieben Ausnahmen von der Regel. Zudem: Die Funktion bäuerlicher Bewegungen im Prozeß der bürgerlichen Umwälzung war auch für sie kein relevantes Thema.

Größerer Aufmerksamkeit seitens bürgerlicher Historiker erfreuen sich die Probleme von "Agrargesellschaften" und damit auch Bauernbewegungen erst, seitdem die sog. Entwicklungsländer als aktive Kraft auf der historischen Bühne in Erscheinung getreten sind. Vor allem von Historikern in den USA entwickelt, von Konzepten der "Konfliktforschung" und von der "Modernisierungstheorie" beeinflusst, ist diese Forschungsrichtung in erster Linie antikommunistisch motiviert. Die Bauern interessieren als eine sich von der Arbeiterklasse unterscheidende, angeblich am Althergebrachten hängende und somit sich vermeintlich gegen sozialistisch-kommunistische Perspektiven verschließende Kraft.

Christof Dippers Arbeit ist in diesem angedeuteten politisch-ideologischen Umfeld verwurzelt. Er rühmt ausdrücklich den Forschungsansatz der sog. Bauernsoziologie (S. 36)<sup>1</sup> und versteht die Bauernbefreiung in den deutschen Ländern als "Musterbeispiele partieller Modernisierung" (S. 114). Ein wesentliches Anliegen des Verfassers ist denn auch die direkte Polemik gegen marxistische Auffassungen oder was er dafür hält. Die diesbezüglichen Auslassungen offenbaren eine Mischung von Unkenntnis, Halbwissen, Unterstellung, Arroganz und böswilliger Voreingenommenheit, die den einfachsten Erfordernissen wissenschaftlicher Solidität widersprechen. Der Verfasser verurteilt die marxistische Historiographie zu grundsätzlicher Verdammnis, sprich Unfähigkeit, was die Agrargeschichte betrifft. Es fehle ihr "der theoretische Rahmen" zum Erfassen dieses Themas, "weil der Bereich der Landwirtschaft nicht als eigenständige historische Größe

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

anerkannt wird" (S. 32). Von entscheidendem Niveau der Kenntnis und des Denkens zeugt etwa das Argument, die marxistische Geschichtsschreibung habe mit ihrem "Klassenkampfeschema" dem bäuerlichen Selbstverständnis, das die Welt nicht als Klassengesellschaft begreife, Gewalt angetan (S. 143).

Mit welchen neuen Ergebnissen bereichert nun der Autor, ausgestattet mit dem "echten Schlüssel" zum Verständnis agrarhistorischer Prozesse und bäuerlichen Wollens und Tuns, unseren Kenntnisstand? Der Nenner, auf den jede Form bäuerlichen Verhaltens zu bringen sei, so meint der Verfasser, bestehe "in der traditionellen Ausrichtung des bäuerlichen Horizonts auf die Dorfgemeinschaft" (S. 164), in einer defensiven Haltung "gegenüber allem, was von außerhalb in die dörfliche Gemeinschaft einzudringen versucht" (S. 167). Der Kernpunkt dieser These ist die Behauptung, daß Bauern bzw. bäuerliche Bewegungen einerseits und Bürgertum bzw. Kampf um die Durchsetzung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung andererseits zwei Größen seien, die säuberlich getrennt nebeneinander existierten und praktisch nichts miteinander zu schaffen hatten.

Wie zumeist in falschen Theorien, steckt auch in dieser These ein Körnchen Wahrheit. Richtig ist, daß die Bauern in der Regel nicht bewußt nach bürgerlichem Fortschritt strebten. Falsch aber ist es, deshalb die enorme Rolle negieren zu wollen, die die Bauernschaft objektiv als Triebkraft der bürgerlichen Umwälzung spielte. Das gemeinsame Interesse an der Überwindung des Feudalismus verband bäuerlichen Widerstand und bürgerliche Opposition. Dieses gemeinsame Interesse war die unabdingbare Voraussetzung und der wirksame Hebel für den Untergang der Feudalordnung und die Durchsetzung des Kapitalismus. Ob und wieweit sich alle Beteiligten dieses objektiven Zusammenhangs bewußt waren, bleibt für den Tatbestand ganz unerheblich.

In dem Bemühen, diese Beziehung zwischen bäuerlicher antifeudaler Bewegung und bürgerlich-kapitalistischem Fortschritt zu bestreiten oder doch grundsätzlich in Frage zu stellen, offeriert der Verfasser im einzelnen eine Reihe von Urteilen und Behauptungen, die teils einseitig und schief sind, teils schlicht und einfach der historischen Realität widersprechen. Letzteres gilt etwa für die These, die Forderung nach entschädigungsloser Beseitigung der Feudallasten 1848/49 sei eine Erfindung der Demokraten (S. 160) und nicht ein originär bäuerliches Anliegen. Die Quellen bezeugen dagegen, daß die entschädigungslose Abschaffung aller Feudallasten eine elementare bäuerliche Forderung war, die von den Demokraten - zum Teil zögernd und verspätet<sup>2</sup> - aufgegriffen und zum Kernpunkt ihres Agrarprogramms gemacht wurde. Dem Ziel, Bauern und bürgerliche Umwälzung durch die Konstruktion eines künstlichen Damms voneinander zu trennen, dient auch der Rückgriff auf die jüngste "Bereicherung" bürgerlicher Betrachtung der Großen Französischen Revolution, die darin besteht, den einheitlichen Gesamtprozeß der Revolution in angeblich voneinander unabhängige Aktionen verschiedener gesellschaftlicher Kräfte aufzulösen.<sup>3</sup> Auch die deutsche Revolution 1848 müsse im Lichte dieser These gesehen werden. Zu den sachlichen und logischen Ungereimtheiten dieses Buches gehört es, wenn in diesem Zusammenhang in einem Atemzug den Bauern - übrigens im Gegensatz zu früheren Aussagen - ihre antifeudale Haltung attestiert wird, sie aber dennoch als eine sozial-konservative Bevölkerungsgruppe abgestempelt werden (S. 165 f.).

<sup>2</sup> Weber, R., Die Revolution in Sachsen 1848/49, Berlin 1970.

<sup>3</sup> Furet, F./Richtel, D., Die Französische Revolution, Frankfurt (Main) 1968; Schmitt, E., Einführung in die Geschichte der Französischen Revolution, München 1976. - Kritisch dazu Kossok, M., Vergleichende Revolutionsgeschichte der Neuzeit. - Forschungsprobleme und Kontroversen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1/1978, S. 5 - 34.



Als Beleg für den angeblichen Traditionalismus der Bauernschaft verweist der Autor wiederholt auf die bäuerliche Forderung nach dem alten Recht. Sie soll das behauptete Festhalten am Althergebrachten und die Ablehnung alles Neuen und Nichtdörflichen als Grundzug der Bauernschaft beweisen. Aber auch in diesem Fall hat die Beweisnot, in der er sich als Verfechter eines falschen Konzepts befindet, den Verfasser bewogen, den Schein für das Sein auszugeben. Jede halbwegs gewissenhafte Analyse der Umstände, unter denen Bauern sich auf das alte Recht berufen, führt zu der Einsicht, daß diese Forderung ein untrügliches Indiz für die Verschärfung der Ausbeutung durch die Feudalherren ist und damit dem Wesen nach elementar-demokratische Interessen der Bauernschaft zum Ausdruck bringt. Das Bestreben, in Polemik gegen marxistische Auffassungen den Bauern ihre objektive historische Funktion abzusprechen, als Triebkraft der bürgerlichen Umwälzung zu wirken, zeitigt also keine neuen Erkenntnisse, dafür aber eine Reihe von falschen Konstruktionen und Fehlurteilen.

Einen insgesamt positiveren Eindruck hinterläßt die Lektüre der Kapitel, in denen die Durchführung der Agrarreformen in den deutschen Staaten skizziert und einige Sachkomplexe, wie Staat, Recht, Adel, Produktion, Pauperismus und andere, behandelt werden. Wesentliche Passagen dieser teilweise instruktiven Übersicht sind den Ergebnissen der DDR-Agrargeschichtsschreibung, insbesondere Hartmut Harnisch und Rudolf Berthold, verpflichtet. Aber auch diese Teile des Buches sind nicht frei von Auffassungen, denen nicht zugestimmt werden kann. So besteht eine wesentliche Schwäche des Kapitels, in dem die Reformen dargestellt werden, in der Tendenz, spätfeudale Veränderungen der Feudalrente von der Arbeits- oder Naturalform zur Geldform als den Beginn bürgerlicher Agrarreform hinzustellen. Einspruch zu erheben ist auch gegen das Verfahren, den bäuerlichen Landgewinn aus den Separationen als absoluten Gewinn auszugeben und als Argument zur Verkleinerung des Landverlustes an die Junker zu benutzen (S. 117). Die Unzulässigkeit einer solchen Aufrechnung ergibt sich daraus, daß das den Bauern bei der Aufteilung der Gemeinheiten zugefallene Land eine Entschädigung für die Aufgabe ihrer Nutzungsrechte am kollektiven Eigentum der Dorfgemeinde war. Der Ersatz für den Mitbesitz von genossenschaftlichem Eigentum darf also nicht als absoluter Neugewinn hingestellt werden.

Abschließend ist darauf aufmerksam zu machen, daß das vom Verfasser entworfene Bild - abgesehen von den bisher bezeichneten Verzerrungen und falschen Strichen - einen grundlegenden Aspekt seines Themas nicht voll erfaßt, der in den neuen Bedingungen besteht, die sich für Lage und Bewegung der deutschen Bauern durch die in Gang befindlichen Agrarreformen ergaben. Bäuerliche Forderungen nach Revision von Ablösungsrezessen werden zwar gelegentlich erwähnt, aber nirgends als Ausdruck einer neuen gesellschaftlichen Qualität erfaßt und als elementar-demokratischer Protest der Bauernschaft gegen die agrarkapitalistische Entwicklung auf dem Reformwege gewertet. Ebenso wenig werden die den antifeudalen Widerspruch entschärfenden Wirkungen der Agrarreformen reflektiert.

Helmut Matthes, RGW: Wirtschaftspolitik zum Wohle der Völker  
Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik,  
Berlin 1983, 92 S., Pr.: 2,- M

Die Erforschung der jüngsten Vergangenheit bereitet dem Wirtschaftshistoriker stets eine Reihe von Problemen: Archivalien, gewohntes und unentbehrliches Arbeitsmittel für die wirtschaftshistorische Analyse, stehen ihm in der Regel (noch) nicht zur Verfügung. Die Auswertung der thematisch oftmals sehr eingegrenzten und an der jeweiligen aktuellen Fragestellung orientierten wirtschaftswissenschaftlichen Fachliteratur bzw. der Wirtschaftspresse ist außerordentlich aufwendig. Unter diesen Umständen sind wirtschaftswissenschaftliche Publikationen, die die Entwicklung der letzten Jahre zusammenfassen, besonders wertvoll, da sie dem Wirtschaftshistoriker eine erste Orientierung für die Ausrichtung seiner Forschungen ermöglichen. Auch die vorliegende Broschüre ist - ungeachtet ihrer unscheinbaren Aufmachung - durchaus geeignet, diese Funktion zu erfüllen. Helmut Matthes hat für seine Darstellung die Beschlüsse der kommunistischen und Arbeiterparteien, die Planungsdokumente sowie die relevanten Jahrgänge des Statistischen Jahrbuches des RGW genutzt. Darüber hinaus wertete er erste Publikationen zur Wirtschaftsentwicklung der 70er Jahre, die in den RGW-Ländern erschienen sind, aus (vgl. S. 9).

Die von Matthes verfaßte Broschüre läßt sich vom chronologischen Gesichtspunkt her in drei Abschnitte unterteilen. Im ersten (Kap. 1) legt der Autor die Wirtschaftsstrategie der europäischen RGW-Länder dar, wie sie auf den Parteitag der kommunistischen und Arbeiterparteien Anfang der 70er Jahre festgelegt wurde. Die wichtigste Aufgabe war für alle Staaten die Realisierung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik auf der Grundlage der Intensivierung der Volkswirtschaften.

In einem zweiten Abschnitt (Kap. 2 und 3) über die Verwirklichung der Wirtschaftsstrategie geht der Verfasser detailliert auf die erreichten ökonomischen Ergebnisse ein. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen das Produktionswachstum, die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, die Erhöhung des Lebensstandards und die Verbesserung der sozialen Bedingungen für die Bevölkerung. In gesonderten Abschnitten werden die Leitung und Planung der Volkswirtschaften sowie der Beitrag der sozialistischen ökonomischen Integration zur Realisierung der wirtschaftspolitischen Ziele der RGW-Länder behandelt. Die Informationen, die der Autor gibt, sind stets konkret. Sie werden knapp gefaßt und überwiegend auch quantifiziert dargeboten. Zwanzig statistische Tabellen und zehn Abbildungen erleichtern dem Leser den Zugriff zu den Fakten.

Der chronologisch dritte in der Broschüre behandelte Abschnitt ist den Wirtschaftsfragen der Gegenwart gewidmet. Einleitend (Kap. 4) wird auf die veränderten Entwicklungsbedingungen, wie sie die Parteitage der kommunistischen und Arbeiterparteien der europäischen RGW-Länder Anfang der 80er Jahre reflektierten, eingegangen. Im Anschluß behandelt der Autor die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen für die Konzipierung der Fünfjahrpläne 1981 bis 1985 und ihre Koordinierung im Rahmen des RGW (Kap. 5 und 6). Abschließend (in Kap. 7) schildert er erste Schritte zur Verwirklichung der Fünfjahrpläne.

Die Arbeit besticht durch ihre in gedrängter Form dargelegten Informationen zur Wirtschaftsentwicklung. Aber allein schon der behandelte Gegenstand verlangt, nicht bei der bloßen Information stehenzubleiben: Die Wirtschaftsentwicklung der sozialistischen Länder blieb in den 70er Jahren nicht ohne widersprüchliche Tendenzen. Das Wirtschaftswachstum der europäischen RGW-Länder war einerseits bedeutend höher als das der krisengeschüttelten kapitalistischen Staaten. Die RGW-Länder wurden mehr als je zuvor zur dynamischsten Wirtschaftsregion der Welt. Andererseits aber konnten die vorgesehenen Wachstumsziele im Fünfjahrplanzeitraum 1976 bis 1980 und damit insgesamt im Zeitraum 1970 bis 1980 nicht vollständig realisiert werden. Die Intensivierung erreichte nach Ausmaß und Tiefe nicht durchgehend die Anfang der 70er Jahre konzipierten Ziele.

Ähnliches wie für die wirtschaftliche Entwicklung trifft auch für die Entwicklung auf sozialem Gebiet zu. Die anspruchsvollen Sozialprogramme brachten eine Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus wie nie zuvor in der Entwicklung des Sozialismus, ohne daß alle (vor allem für die 2. Hälfte der 70er Jahre) geplanten Maßnahmen realisiert werden konnten. Matthes nimmt dazu Stellung, verweist auf den vom Imperialismus erneut belebten Wirtschaftskrieg und auf das durch ihn den sozialistischen Staaten aufgezwungene Wettrüsten, das "auch zu Belastungen der sozialistischen Volkswirtschaft geführt hat und die Möglichkeiten, die umfangreichen Sozialprogramme erfolgreich zu realisieren, beeinträchtigte" (S. 44). Matthes ist jedoch keineswegs der Meinung, daß allein dadurch manche sozialen bzw. ökonomischen Zielstellungen der 70er Jahre nicht erreicht wurden. Vielmehr vertritt er die Auffassung, "daß es bestimmte Probleme bei der Aufrechterhaltung des hohen Wachstumstempos der sozialistischen Wirtschaft gibt, die aus den veränderten Bedingungen der sozialistischen Ökonomik selbst resultieren (S. 42 f.). Auf eines dieser Probleme verweist der Autor mit besonderem Nachdruck: Die bisher noch unzureichende Nutzung der sich aus der sozialistischen ökonomischen Integration ergebenden Wachstumsstimuli. Voraussetzungen für weitere Verbesserungen auf diesem Gebiet ist nach Meinung des Autors die Stärkung der gegenseitigen Wirtschaftsverflechtung nicht nur auf zentraler, sondern auch mittlerer und unterer Leitungsebene. Die Mobilisierung dieses Wachstumsfaktors gestaltet sich nicht einfach. Matthes schreibt dazu: "Die Volkswirtschaften der europäischen RGW-Länder befinden sich in unterschiedlichen Phasen der Herausbildung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und haben trotz der Annäherungs- und Angleichungsprozesse unterschiedliche ökonomische Ausgangspunkte für die wirtschaftliche Entwicklung in den 80er Jahren. Entsprechend den unterschiedlichen historischen, geographischen und anderen Bedingungen ergeben sich unterschiedliche Lösungswege, sind

die volkswirtschaftlichen Ziele differenziert" (S. 78 f.). Ungeachtet der sich daraus ergebenden Unterschiede in den nationalen Leitungs- und Planungssystemen ist "sowohl bei der zentralen Leitung als auch bei der Leitung der Kombinate und anderen Wirtschaftseinheiten ... die Planung, Stimulierung und Abrechnung der Zusammenarbeit so zu berücksichtigen, daß die Nutzung der internationalen Arbeitsteilung in Wissenschaft, Technik, Produktion, Handel und in den Finanzbeziehungen eine den anderen Quellen der Effektivitätssteigerung gleiche Bewertung findet" (S. 87).

Jörg Roesler

Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft. Herausbildung und Entwicklung des realen Sozialismus von 1917 bis zur Gegenwart, Autorenkollektiv unter Leitg. v. E. Kalbe

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1981,  
531 S. mit 76 Abb. u. 6 Kt., Pr.: 33,- M

Das vorliegende - vor allem auf die Ausbildung an Universitäten und Hochschulen ausgerichtete - Lehrbuch ist von erfahrenen Geschichtspädagogen der Karl-Marx-Universität Leipzig mit der Zielstellung erarbeitet worden, eine empfindliche Lücke in der Ausbildung von Historikern, Ökonomen, aber auch bei anderen Studenten im marxistisch-leninistischen Grundstudium zu schließen.

In der Tat gingen die Autoren mit ihrem Grundanliegen, "die gesetzmäßige Entwicklung des Sozialismus in ihren historischen Grundzügen und im Rahmen der um die UdSSR gescharten sozialistischen Staatengemeinschaft" darzustellen (S. 5), über die bisherige Aufarbeitung des sozialistischen Entwicklungsweges in der DDR-Literatur hinaus. In den bisher erschienenen Publikationen zu diesem umfassenden Thema wurden mehr oder weniger Teilaspekte der Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft behandelt. Breiten Raum nehmen dabei Veröffentlichungen zu Fragen der Herausbildung und Festigung der sozialistischen Volkswirtschaften und ihrer wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit ein. Dem oben genannten Anliegen am nächsten kommen zwei Werke, die 1967/68 und 1981 ebenfalls im VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften erschienen sind ("Sozialistisches Weltwirtschaftssystem" in 3 Bänden als Übersetzung aus dem Russischen und das "Handbuch Wirtschaftsgeschichte" in 2 Bänden), obgleich die sowjetische Arbeit Mitte der 60er Jahre endet und das von einem DDR-Kollektiv erarbeitete Handbuch nur stichwortartig auf 213 von insgesamt 1115 Seiten die Geschichte der "Sozialistischen Produktionsweise" bis Ende der 70er Jahre behandelt.

In der weitestgehend komplexen Erfassung aller Seiten des sozialistischen Entwicklungsweges und damit der außerordentlich komprimierten Vermittlung der Geschichte des eigenen Landes als Bestandteil der so-

zialistischen Gemeinschaft besteht demzufolge der besonders hervorzuhebende Vorzug des Lehrbuches, das sich nicht nur an Studenten, sondern an interessierte Leser überhaupt wendet. Mit ihrem Vorhaben betraten die Autoren in mancher Hinsicht Neuland. Zuvor war eine gezielte interdisziplinäre Kooperation, deren Pflege an der Sektion Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig schon seit Jahren Tradition ist, notwendig. Auch machte die komplexe Darstellung der Entwicklung des realen Sozialismus in der Einheit ihrer wesentlichen politischen, ökonomischen und ideologisch-kulturellen Prozesse ein "formationsgeschichtliches" Herangehen erforderlich, das eine gleichfalls ländergeschichtliche Betrachtungsweise ausschloß. Gewählt wurde deshalb die "historisch-vergleichende Untersuchungsmethode, die die Geschichte der einzelnen sozialistischen Länder nach gemeinsamen, sich notwendig wiederholenden Prozessen und übergreifenden Problemstellungen und damit nach dem Allgemeinen und Besonderen in der sozialistischen Gemeinschaft befragt" (S. 6). Indem sich die Autoren auf die Erfahrung der KPdSU und der anderen sozialistischen Bruderparteien stützten, konnten sie davon ausgehen, "daß sowohl der sozialistischen Umwälzung in jedem Lande als auch der Entwicklung des Sozialismus als Weltsystem allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten zugrunde liegen", die insbesondere "die beiden für die Herausbildung der neuen Ordnung äußerst wichtigen Gebiete - die inneren Prozesse des sozialistischen Aufbaus und die äußeren Beziehungen der sozialistischen Staaten - betreffen" (S. 46). Den drei Perioden der Geschichte des sozialistischen Weltsystems entsprechend, wird das Lehrbuch in drei Kapitel (1917 bis 1945, 1945 bis 1959/61 und 1961 bis zur Gegenwart, d. h. bis 1978 - Redaktionsschluß des Manuskripts -) unterteilt.

Im ersten Kapitel werden die Grundlagen und das Wesen der Entwicklung des Sozialismus als Weltsystem dargelegt. Dabei werden die Geschichte des realen Sozialismus in den revolutionären Weltprozeß eingebettet und die Entwicklung der Sowjetunion in ihrer Bedeutung für die Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft beleuchtet.

Die Formierung des Sozialismus als internationales System ist Gegenstand des zweiten Kapitels. Anhand wesentlicher Gesetzmäßigkeiten werden die Gemeinsamkeiten und Spezifika der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft im Prozeß der revolutionär-demokratischen Umwälzungen sowie bei der Errichtung und Festigung der Volksmacht auf ihren Territorien herausgearbeitet. Zugleich werden ihre internationalen Zusammenschlüsse auf bilateraler und multilateraler Basis sowie ihr planmäßiger Aufbau des Sozialismus und ihr Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens bis zum Beginn der 60er Jahre analysiert.

Im dritten Kapitel werden die 60er und 70er Jahre behandelt, in deren Verlauf sich die sozialistische Gemeinschaft auf ihrer spezifischen gesellschaftlichen Grundlage entwickeln und festigen konnte. So wird aufgezeigt, wie die betreffenden Länder - mittels einer gemeinsamen Strategie - ihre gegenseitigen Beziehungen immer enger gestalten konnten, wie immer mehr gemeinsame Elemente in ihrer Politik, Wirtschaft und ihrem sozialen Leben entstanden und wie sich ihr Entwicklungsniveau allmählich einander anzugleichen begann. Außerdem wird auf die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaft in ihrem Kampf um Frieden und um friedliche Beziehungen zu allen Ländern, auch zu den kapitali-

stischen Industrieländern, eingegangen.

Da die sozialistischen Länder souveräne Staaten mit selbständiger Volkswirtschaft, zugleich aber Glieder einer umfassenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gemeinschaft sind (S. 39), deren Entwicklung nicht immer gleichmäßig und ohne Schwierigkeiten verlaufen kann, insbesondere deshalb, weil die sozialistische Welt den Kampf gegen die aggressive Politik und subversive Wühltätigkeit des Imperialismus führen muß und der unterschiedliche Reifegrad der gesellschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern sowie entwicklungsbedingte Widersprüche innerhalb der Gemeinschaft Probleme aufwerfen, war es notwendig, die Dialektik der Widersprüche und des Ringens um die gemeinsame Entwicklung deutlich zu machen. Daß dies weitgehend gelang, ist vor allem dem außerordentlichen Reichtum an z. T. erstmalig aufgearbeiteten Fakten zu danken, die in zusammenfassenden Tabellen sowohl die Parallelität als auch die Differenzierung der Länderentwicklungen in den verschiedensten Bereichen - wie z. B. in Tab. 1, Besonderheiten und Gemeinsamkeiten der Bodenreformen 1944 bis 1948 in den volksdemokratischen Ländern (S. 135) - aufzeigen.

Komplexität und Detailtreue ließen sich z. T. aber auch schwer miteinander verbinden, was u. a. auf den begrenzten Umfang der Publikation zurückgeht. So konnten Fakten nicht immer ausreichend gewertet werden, und es kommt zu globalen Schlußfolgerungen. Beispielsweise wurden die Ergebnisse der Fünfjahrpläne 1971 bis 1975 kurzerhand aus deren Zielstellung abgeleitet und auf die Feststellung reduziert: "Die Steigerung des Wachstumstempos und des Umfanges der Produktion erfolgte vorwiegend über die Intensivierung der Produktion. Der Produktionszuwachs wurde hauptsächlich durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt." (S. 397) Derartige allgemeine Urteile sind kaum geeignet, den Zugang zu den Problemen des gegenwärtigen Kampfes um die Intensivierung der Volkswirtschaft und deren unterschiedliche Schwerpunktsetzung in den sozialistischen Ländern zu erleichtern. Ähnliche Fragen wirft u. a. auch die Darstellung der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration in den 70er Jahren auf. Die Weiter- bzw. Höherentwicklung steht dabei außer Frage, Ansätze für die Probleme der Gegenwart gehen jedoch unter.

Nachteilig wirkte sich die notwendige vorrangige Konzentration auf wesentliche Gesetzmäßigkeiten und bewährte Gemeinsamkeiten insofern auf die Anschaulichkeit und Lebendigkeit der Publikation aus, als die Vielfalt der historischen Dialektik von Überholtem und Bewährtem und damit z. T. auch die Vermittlung des Verständnisses für die Größe der Leistungen des realen Sozialismus dahinter zurücktreten.

Veronika Siedt

Pierre Vilar, Gold und Geld in der Geschichte. Vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart

C. H. Beck, München 1984, 324 S., Pr.: 68,- DM

In den letzten einhundert Jahren sind viele Werke über den Zusammenhang von Gold und Geld verfaßt worden. In den letzten zwei Jahrzehnten trat allerdings das Gold als Geld immer mehr in den Hintergrund. Gold geriet - und das nicht nur in der westlichen Literatur - immer mehr in den Verruf, bloßes Spekulationsobjekt zu sein. Pierre Vilar macht diesen Trend nicht mit. Er hält sich an ältere Arbeiten und formuliert das auch als Ziel seiner Arbeit: "Diese Unterscheidung zwischen dem Geld im Umlauf, dessen innerer (gesetzlicher) Kurs vom Staat bestimmt wird, und der zwischen Großkaufleuten und selbst zwischen Staaten international gültigen Währung, ist das Problem unserer Zeit, wie es auch das der Vergangenheit war. Es lohnt sich, dem Problem im Lauf der Geschichte nachzugehen, und genau dies ist der Zweck dieses Buches." (S. 16)

Dazu will er folgende Beziehungen erörtern:

- "- die Beziehung zwischen Geldwesen, Wirtschaftsgeschichte und allgemeiner Geschichte
- zwischen Problemen des Goldes und den umfassenderen Problemen des Geldes
- zwischen den großen Epochen der Geldgeschichte" (S. 19).

Nach kurzen Bemerkungen über Geld in der Frühzeit, der Antike und im Mittelalter nimmt die Beziehung von Gold und Geld im Zeitalter der großen Entdeckungen mit mehr als einem Drittel des Buchumfangs den Hauptteil der Arbeit ein. Die anschließende Darstellung verfolgt dann den Gegenstand bis zum Ende des 19. Jh. Obwohl sich im Buch hin und wieder Bemerkungen zur Aktualität der behandelten Fragestellungen finden und auch am Ende ein Kapitel über den Zusammenhang von Preisen und der Goldproduktion angefügt ist, darf der Untertitel "... bis zur Gegenwart" nicht wörtlich genommen werden.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit steht der Zusammenhang von Goldproduktion und Preisschwankungen. Vilar legt dazu keine eigenen Analysen vor. Er bezieht sich auf Arbeiten, die im deutschen Sprachraum bestens bekannt sind (z. B. Hamilton, Loetheer). Das Buch ist im wesentlichen eine Vorlesungsabfolge, in der historische und ökonomische Überlegungen gleichermaßen berücksichtigt werden sollen. Dies ist dem Autor auch gelungen. Interessant berichtet er über Ereignisse und Entwicklungen in der Edelmetallproduktion und Preisbewegung. Diese erzählende Darstellung hat ihren eigenen Reiz. Dabei bleibt jedoch der inhaltliche Zusammenhang nicht immer erkennbar. Innerhalb der gesamten Arbeit schwankt der Autor zwischen verschiedenen theoretischen Positionen. Oft argumentiert er mit "sowohl als auch". Typisch dafür ist seine Stellung zu den Ursachen für die Entstehung des Geldes, indem er ökonomische Gründe gleichberechtigt neben psychologisch-soziologischen Phänomenen behandelt (S. 26). Dann wieder stellt er wichtige Fragen, die auch heute noch Gegenstand wissenschaftlicher Analysen sind, aber diese bleiben ohne direkte Antwort des Verfassers. So wird z. B. auf die Vielschichtigkeit der Ursachen der Preisrevolution im Gefolge der großen geographischen Ent-

deckungen verwiesen, ohne daß diese am Ende der Analyse eine Wertung erfahren. (S. 81) Oft gibt es Hinweise auf die Veränderung der Arbeitsproduktivität in der Goldproduktion, in der Analyse der Preisentwicklung verlieren sie sich dann. (S. 296 ff.)

Der Mangel an Theorie wird durch eine unmittelbare Lebendigkeit empirischer Darstellungen ausgeglichen. Davon lebt das Buch. Immer wieder werden zeitgenössische Dokumente und Darstellungen vorgeführt, viele Fakten aus der Geschichte der Produktivkräfte verwendet und Übersichten zur Entwicklung aller wichtigen Länder und Schauplätze geboten. (Besonders deutlich wird dies, wenn der Verfasser die politischen, ökonomischen und demographischen Voraussetzungen der geographischen Entdeckungen aufzeigt und wenn er nachweist, daß sich Handwerk und Landwirtschaft vor dem Zustrom der Edelmetalle in einer Aufschwungphase befanden.)

Ab und an wird auch auf Arbeiten von Marx verwiesen, dies stets positiv.

Vilar hat eine kurzweilig zu lesende Arbeit vorgelegt, die als eine Einführung in das Thema gelten kann. Sie stellt keine weiterführende Forschungsarbeit dar.

Klaus Leciejewski

Vom Schock zum Fatalismus? Soziale und psychische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, hg. v. A. Wacker  
Campus Verlag, 2., erweit. Aufl., Frankfurt (Main)/New York  
1981, 290 S., Pr.: 28,- DM

Der Herausgeber zitiert in der Einleitung die Überschrift zum Bericht einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing im Frühjahr 1975: "Die modernsten Antworten sind schon 40 Jahre alt - über die Folgen der Arbeitslosigkeit liegen keine neuen wissenschaftlichen Untersuchungen vor."

Dies traf Mitte der 70er Jahre, als diese Überschrift von dem Berichterstatter der "Frankfurter Rundschau" gewählt wurde, für die Bundesrepublik soweit zu, als das Phänomen der Arbeitslosigkeit über Jahrzehnte kaum ins Bewußtsein der Sozialwissenschaft in der BRD gerückt war und erst zu dieser Zeit eine Art Neurezeption begann. Obwohl im Verlauf dieser Neurezeption eine Reihe neuer empirischer Forschungen entstanden, bleibt die Feststellung der "Frankfurter Rundschau" bestehen, daß gegenüber den älteren Forschungen keine grundsätzlich neuen Antworten auf die Arbeitslosigkeit gegeben werden. Bis heute beherrschen zwei Hauptrichtungen die bürgerliche Arbeitslosenforschung: eine, die die sozialen Prozesse psychologisiert (z. B. V. E. Frankl, Ärztliche Seelsorge, München 1975), die die Arbeitslosensymptome in der Persönlichkeitsstruktur der Betroffenen sucht, und die andere, die die Arbeitslosensymptome als unmittelbaren Ausdruck der materiellen Lebenssituation an-



sieht (im Gefolge der noch immer als bürgerlich-klassisch geltenden Marienthal-Studie unter der Leitung von M. Jahoda, P. F. Lazarsfeld und H. Zeisel, erschienen 1933),

Der vorliegende Sammelband, 1978 zum ersten Mal aufgelegt, 1980 und 1981 in einer erweiterten Auflage erschienen, war eine der ersten umfassenderen Reaktionen in der BRD auf die seit der Mitte der 70er Jahre sich zuspitzende Problematik der Arbeitslosigkeit. Ihre Autoren sprengten das Muster bürgerlicher Arbeitslosenforschung nicht, da sie, wie alle ihre Vorgänger, von den Symptomen ausgingen. Der Herausgeber steckte in einem einleitenden Beitrag "Ansätze, Probleme und Grenzen psychologischer Arbeitslosenforschung" den Rahmen ab. Zwar war er um eine Verbindung von sozialen und psycho-physischen Momenten bemüht, doch letzten Endes ging es mehr um die Erscheinungsformen der Arbeitslosigkeit, nach denen ein großer Teil der Arbeitslosen seine Lage als schicksalhaft ansah und ansehen sollte (so W. G. Runciman für die 20er und 30er Jahre, Reinhard Bahnmüller im vorliegenden Band für die neuere Zeit), weniger oder gar nicht um die Untersuchung der ökonomisch und gesellschaftlich bedingten Ursachen der Arbeitslosigkeit. Sofern gegenüber früheren Arbeiten neue Akzente gesetzt wurden, lagen sie in erster Linie in einer verstärkten Einbeziehung sozialwissenschaftlicher und psychologischer Konzepte, d. h. in einer exakteren Durchdringung des Erscheinungsbildes der Arbeitslosigkeit, in einer stärker differenzierten Betrachtung (dazu der aus dem Englischen übersetzte Beitrag von Richard Harrison über die demoralisierende Erfahrung von Dauerarbeitslosigkeit, von Paul Windolf und Sabine Klemm über arbeitslose Angestellte und von Gisela Mohr und Michael Frese über Langzeitarbeitslosigkeit älterer Arbeiter) und in einer stärkeren Beachtung vornehmlich der politischen Bewußtseinsaspekte (dazu Ulrich Hentschel über die politischen Einstellungen von Arbeitslosen, Bahnmüller über Arbeitslose als politisches Konfliktpotential, Ali Wacker zum Verhältnis von Arbeitslosigkeit, Aggression und Kriminalitätsentwicklung und Christine Morgenroth über Ansätze zur Selbstorganisation von Arbeitslosen). Traditionelle Forschungsrichtungen griffen Christian Brinkmann (Über die finanziellen und psycho-sozialen Belastungen) und Klaus-Dieter Thomann (Über die gesundheitlichen Auswirkungen) auf.

Arbeitslosenforschung dieser Art hat zweifellos die Funktion, Konfliktfelder in der kapitalistischen Gesellschaft zu erkennen und Mittel und Wege zur Integration der Arbeitslosen in die Gesellschaft aufzuzeigen. Die damit verbundene Beobachtung und immer exaktere Erfassung der Erscheinungen an der Oberfläche können durchaus richtige Teilergebnisse liefern und Einschätzungen erleichtern. So gibt die Erkenntnis, daß die Arbeitslosen auf ihre Situation vorwiegend nach dem Muster Schock - erster Aktivismus - Depression - Fatalismus reagieren (so erstmals von Ph. Eisenberg und P. F. Lazarsfeld 1938 beschrieben), wichtige Hinweise auf die Stellung und Rolle der Arbeitslosen in der Gesellschaft. Sie hilft auch bestimmte politische Einstellungen und Verhaltensweisen zu erklären. Alle Versuche, die gegen depressive und fatalistische Einstellungen gerichtet sind, sollten - schon im Interesse der Betroffenen - unterstützt werden. Der in der erweiterten Auflage (1980 und 1981) aufgenommene Beitrag von Morgenroth über "Ansätze zur Selbstorganisation von Arbeitslosen" zeigt solche Versuche. Auch wenn diese

- ein neuauftretendes Phänomen in der kapitalistischen Gesellschaft - zum überwiegenden Teil nicht gegen das System und damit gegen die tieferen Ursachen der Arbeitslosigkeit gerichtet sind, sondern eine bessere Anpassung der Arbeitslosen an ihre Situation bewirken sollen, sind sie doch von Bedeutung, indem sie die Isolierung der Arbeitslosen durchbrechen und zur Entwicklung solidarischer Verhaltensweisen beitragen. Morgenroth wendet sich m. E. mit Recht gegen Konzeptionen, wonach Selbsthilfeinitiativen in Notsituationen, von denen größere Bevölkerungsgruppen betroffen sind, gewissermaßen automatisch entstehen (M. L. Moeller) oder wonach Gruppen, die aus der Arbeitswelt ausgeschlossen sind, keine Chance zur Artikulation von Gegenmacht haben (W. D. Narr und C. Offe) (S. 280). Die Autorin weist auf die Schwierigkeiten und Hindernisse bei der Bildung von Selbstorganisationen der Arbeitslosen hin. Als Auseinandersetzung mit der komplizierten gesellschaftlichen Realität durchläuft diese Selbstorganisation einen vielstufigen Lernprozeß der Aneignung von Erfahrung und Wissen über diese Realität, Phantasie für Alternativen, Mut zur Gegenwehr und Initiativen für erste Formen der politischen Interessenvertretung, um menschengerechte Arbeitsbedingungen durchzusetzen (S. 283), können jedoch nicht die Erkenntnis ersetzen, daß sich das Problem der Arbeitslosigkeit innerhalb der kapitalistischen Ordnung nicht lösen läßt.

Alles in allem vermitteln die Arbeiten ein eindringliches Bild von der Situation der Arbeitslosen. Wichtig ist die Erkenntnis, daß auf der einen Seite das Bewußtsein im Hinblick auf die ökonomischen und gesellschaftlichen Ursachen hoher Arbeitslosigkeit zugenommen hat (Brinkmann, S. 81; Windolf und Klemm, S. 177), während auf der anderen Seite die Integrationsmechanismen ausgebaut werden (Antikommunismus, Stigmatisierung der "Müßiggänger", Hervorholen älterer Leitbilder über die Hausfrau- und Mutterrolle der Frau - gegenwärtig auch Vorwände zum Abbau sozialer Sicherheiten).

Horst Handke

Preußen in der deutschen Geschichte nach 1789, hg. v. G. Seeber und K.-H. Noack = Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Geschichte, Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft, Forschungswege - Bilanz - Aufgaben, Bd. 3

Akademie-Verlag, Berlin 1983, 354 S., Pr.: 18,- M

Die begrüßenswerte "Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft" nimmt Konturen an. Nunmehr erschien bereits der dritte Band: "Preußen in der deutschen Geschichte nach 1789". Die Bände 4 und 5, dem Feudalismus und der frühbürgerlichen Revolution gewidmet, sind bereits angekündigt, und weitere Bände werden geplant. Es scheint also, daß eine Publikationsreihe entsteht, die sich zu einem wichtigen Bestandteil der marxistischen Geschichtswissenschaft in der DDR entwickelt. Der vorliegende Band, dessen Auswahl und Zusammenstellung von Gustav Seeber und Karl-Heinz Noack besorgt wurden, enthält den Wie-

Verdruck von 7 Aufsätzen aus verschiedenen Periodika, 6 Beiträgen aus Buchpublikationen, die Thesen einer Dissertation und einen eigens für diesen Band verfaßten Aufsatz von Hartmut Harnisch. Während die Beiträge im zweiten Band "Preußen vor 1789" (vgl. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2/1985) aus der Zeit von 1958 bis 1979 stammten und somit Forschungswege und unterschiedliche Standpunkte erkennen ließen, repräsentieren die ausgewählten Beiträge im Band 3 den Forschungsstand der 70er Jahre. Im Unterschied zum zweiten Band, der viele wirtschaftshistorische Beiträge enthielt, ist die Wirtschaftsgeschichte im dritten Band allein durch Harnischs Beitrag "Zum Stand der Diskussion um die Probleme des preußischen Weges kapitalistischer Agrarentwicklung in der deutschen Geschichte" vertreten. Harnisch zieht gewissermaßen die Quintessenz seiner profunden Forschungen zu den Agrarreformen und zum preußischen Weg der Landwirtschaft, legt Standpunkte verschiedener Autoren zu dieser Entwicklung dar, wartet mit interessanten und auch künftig noch forschungsträchtigen Problemen der Ablösung, sozialökonomischen Differenzierung der Bauernschaft, der Markt- und Kaufkraftentwicklung auf und tendiert unter Anführung gewichtiger Gründe dahin, das Ende des preußischen Weges im Gegensatz zu anderen zeitiger, schon um 1850 anzusetzen. Sein Beitrag ist voller anregender und auch strittiger Fragen, die gewiß für einen lebhaften Meinungsstreit sorgen dürften. Das betrifft beispielsweise die Entschädigungsleistungen und die daraus resultierende Einschränkung der Kaufkraft der Bauern, die den Beginn der Industriellen Revolution in Preußen erheblich verzögerten. Ohne die Bedeutung dieser Zusammenhänge zu unterschätzen, wird aber der Beginn der Industriellen Revolution nicht durch landwirtschaftliche oder aus der Landwirtschaft kommende Faktoren bestimmt. Er erfolgt vielmehr in der "industriellen Sphäre", durch die Verdrängung der Handarbeit durch die Maschinenarbeit, wobei ihr Beginn wie jeder historische Prozeß sporadisch erfolgt und die schon im Keime auftretenden Erscheinungen zu Anfang dieses Prozesses die gleichen typischen Merkmale haben wie die ausgereiften Erscheinungsformen.

Dieser Band enthält außerdem von Harnisch auch noch einige andere Beiträge, an denen die Agrar- und Wirtschaftshistoriker nicht vorübergehen sollten, weil sie wirtschaftshistorische Aspekte berücksichtigen oder bestimmte wirtschaftshistorische Akzente setzen und auf diese Weise die Dialektik von Ökonomie und Politik, von Wirtschaft und Staat deutlich machen. Es lohnt schon, wenn Agrar- und Wirtschaftshistoriker u. a. Einblick nehmen in die Beiträge von Ernst Engelberg (Preußische Militärs und das antinapoleonisch-bürgerliche Reformwerk), Helmut Bock (Reform und Revolution. Zur Einordnung des preußischen Reformministeriums Stein zwischen Fortschritt und Reaktion), Helmut Bleiber (Staat und bürgerliche Umwälzung in Deutschland), Karl-Heinz Noack (Der soziale Aspekt der Hohenzollernlegende bei Gustav Schmoller) oder von Kurt Gossweiler (Junkertum und Faschismus), sei es, um ganz allgemein ihr Wissen zu erweitern oder aufzufrischen, sei es, um längst vergessene oder in den Hintergrund gedrängte Probleme sich wieder bewußt zu machen, sei es, um bestimmte gesellschaftliche oder Kausalzusammenhänge zu erkennen oder Anknüpfungspunkte sowie Anstöße für die eigene Forschung zu finden oder zu empfangen.

In der Einleitung gibt Seeber einen instruktiven Überblick über die Stellung Preußens seit 1789 in der Geschichtsschreibung der DDR. Er ar-

beitet die historiographischen Entwicklungsetappen heraus, skizziert wesentliche Probleme und Schwerpunkte der Forschung, setzt sich mit bürgerlichen und reaktionären Historiographen in der BRD auseinander und umreißt künftige und wünschenswerte Forschungsfelder. Zugleich findet der Leser hier auch die Erklärung, daß viele in dem Band vereinigte Beiträge sich nicht allein auf Preußen beschränken, weil territorialstaatliche und gesamt nationale Entwicklung "in einem Maße verknüpft (sind), daß entscheidende Aspekte der historischen Entwicklung ohne Berücksichtigung dieses Tatbestandes nicht behandelt werden können" (S. 48). Ausgesparte Beiträge zu den Themen Arbeiterklasse, Revolution von 1848/49 bzw. von 1918, Entstehung und Charakter des deutschen Imperialismus oder Genesis und Rolle des Faschismus sollen in eigenen Studienbänden zusammengefaßt und veröffentlicht werden. Wie schon in den vorangehenden Bänden beschließt ein Literaturverzeichnis, das ausgewählte Publikationen aus der DDR zur Preußenforschung nach 1789 umfaßt, diesen nützlichen Studienband, dessen Lektüre lehrreich ist und in mancher Hinsicht die Forschungsarbeit erleichtert.

Hans-Heinrich Müller

Karl Czok, Karl Lamprechts Wirken an der Universität Leipzig = Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Philosophisch-historische Klasse, Bd. 124, H. 6  
Akademie-Verlag, Berlin 1984, 30 S., Pr.: 4,- M

Unter Historikern, so kann der Rezensent voraussetzen, ist der "Methodenstreit" um Karl Lamprechts eigenwillige, oft recht diffuse, aber mitunter auch vorwärtsweisende Konzeption und Darstellung namentlich seiner "Deutschen Geschichte" bekannt genug, als daß hier detaillierter darauf eingegangen werden müßte. Karl Czok hat es in seiner vorliegenden Schrift getan und die wichtigsten Fakten, z. T. durch neues Material angereichert, nochmals zusammengestellt. Dabei hat sich jedoch nicht so viel anderes ergeben, als daß die bekannte Einschätzung durch Ernst Engelberg revidiert werden müßte, welche auf "die Tragik eines hochtalentierten Mannes" aufmerksam machte; "Tragik sowohl im persönlichen als auch im ideologisch-politischen Sinne. Verfolgt von seinen Kollegen und schamlos 'exekutiert' wie keiner vor und nach ihm, arbeitete er sich in Flucht nach vorne buchstäblich zu tode." (Engelberg, E., Zum Methodenstreit um Karl Lamprecht, in: Karl-Marx-Universität 1409 - 1959, Bd. 2, Leipzig 1959, S. 37.)

Über diesen "Methodenstreit" hinaus, der freilich mehr war als nur Gelehrtengezänk, sondern vielmehr die tiefe Krise des bürgerlichen Historismus um die Jahrhundertwende offenbarte, hat der Verfasser sehr berechtigt Wert darauf gelegt, Verdienste Lamprechts herauszustellen, die uns heute wieder bewußter werden, als sie es damals gewesen sind bzw. Anerkennung gefunden hätten. Neben der Gründung regionalhistorischer Forschungseinrichtungen, für die hier vor allem der Name von Rudolf Kötzschke stehen soll, einer umfassenden Bibliothek und einem Institut

für Kultur- und Universalgeschichte ist es der interdisziplinäre Gedanke Lamprechts schlechthin, der uns mit ihm wieder enger verbindet. Niemals hat Lamprecht sein Denken und Forschen in irgendeiner Weise eingegrenzt, stets wandte er sich neuen Fragestellungen zu, war Anregungen gegenüber offen. Als er im Jahre 1900 dem Ruf nach Leipzig folgte, traf er auf zahlreiche Gelehrte anderer Fachgebiete - Wilhelm Oswald, Wilhelm Wundt, Friedrich Ratzel, Karl Weule, Eugen Mogk u. a. -, deren Probleme ihn nicht nur beschäftigten, sondern die er auch vor allem den Konzeptionen seiner "Deutschen Geschichte" mehr oder weniger zugrunde legte, damit z. B. einen psychologisierenden Zug in geschichtliches Denken brachte, der den Prinzipien der Historiographie widersprach und noch widerspricht. Die von ihm aus dem Postulat des kulturhistorischen Primats erarbeitete "Typologie" des Geschichtsverlaufs war - fast könnte man es sagen - ein Konglomerat unbewältigter heterogener Eindrücke, die der gesellschaftlichen Entwicklung im allgemeinen seit den 90er Jahren des 19. Jh. entsprachen und damit auch den Stand der "Geisteswissenschaften" gerade in Deutschland widerspiegelten. Karl Marx' Ideen, aber auch "alldutsche" Gedanken waren in all dem verwoben und zeigen einen Zwiespalt in Mann und Werk, der auch unter den Lesern seiner Schriften, in erster Linie aber der "Deutschen Geschichte", zunächst Anerkennung für das unkonventionell Neue, das Materialistische in seinen Darbietungen erfuhr, dann aber immer größere Skepsis hervorrief. Das galt z. B. für Friedrich Engels oder Franz Mehring, aber auch für seine Studenten, deren Zahl freilich nicht gering war. Czok hat noch auf manches Weitere und bisher weniger Bekannte in Lamprechts Leipziger Wirken aufmerksam gemacht: Studienreformen, Versuche einer Campus-Universität, Ausweiten der historischen Stoffvermittlung über das Deutsche hinaus durch ausländische Dozenten, z. T. aus Übersee u. a. m. In den Abendschulungen der Leipziger Arbeiterbewegung war Lamprecht anzutreffen, wo er jedoch weit mehr den versöhnlerischen Ausgleich zwischen den Klassen vertrat, als auf die Notwendigkeit revolutionärer Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse hinzuwirken. - Alles in allem eine schillernde Persönlichkeit, ein Wanderer zwischen den Welten seiner Zeit, aber auch ein Einsamer, vom Unverständnis selbst seiner Familie geplagter Mann (wie sich der Rezensent in dieser Hinsicht auf Gespräche mit Herbert Schönebaum, Lamprechts letztem "Famulus", am Anfang der 60er Jahre zu erinnern meint).

Wenn Lamprecht auch im Geiste seiner Epoche befangen war und von engdenkenden Historiker-"Kollegen" als ausgesprochener Apologet der herrschenden Klasse verfolgt wurde, möchte der Rezensent als Ethnograph dennoch den Gedanken äußern, daß Lamprecht seiner Zeit voraus war. Viel Intuitives war bei ihm sicher im Spiel, aber wohl noch mehr ein Unbehagen über die zeitgenössische Historiographie, die ohne Risiko und neue Impulse war. Darauf mag sein Drang nach interdisziplinärer, "geisteswissenschaftlicher" Kooperation zurückzuführen sein, die er in seinem Institut für Kultur- und Universalgeschichte pflegte. Selbst die Ethnographie war mit Weule und Mogk - letzteren rechnen wir zu den ersten bürgerlichen Theoretikern der Volkskunde - dort vertreten und wurde von ihm gefördert. Eben diesen Gedanken der Interdisziplinarität, der heutzutage in der internationalen Geschichtswissenschaft virulent und nicht mehr wegzudenken ist, der auch das Anliegen der marxistisch-leninisti-

schon Historiographie unterstützt und festigt, hatte Lamprecht zum Pannier erhoben. Dafür setzte er sich während seines ganzen Lebens ein, das, freilich zu wenig reflektiert, den disparaten geistigen Strömungen seiner Zeit offen war. Schon gar nicht werden die marxistischen Historiker namentlich seiner "Deutschen Geschichte" und seiner Periodisierung folgen können, die man, vergleicht man sie mit den Thesen Hans Naumanns vom "gesunkenen Kulturgut", in manchem sogar als faschistoid bezeichnen könnte. Aber sein Streben nach dem Interdisziplinären hat sich, wenn vor allem auch erst in unserer Zeit, unter den notwendigen Prämissen als fruchtbar für die historische Erkenntnisfindung erwiesen.

Auf dieses uns überkommene "Erbe" sehr lebendig, fundiert und wissenschaftlich exakt zur rechten Zeit wieder hingewiesen zu haben ist das Verdienst von Czok - Angehörigem der Alma mater lipsiensis und profiliertem Vertreter und Verfechter einer Geschichtswissenschaft mit breitem Spektrum.

Wolfgang Jacobeit

Dieter Krüger, Nationalökonom im Wilhelminischen Deutschland = Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, hg. v. H. Berding, J. Kocka, H.-U. Wehler, Bd. 58

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1983, 366 S., Pr.: 74,- DM

Diese Studie ist die überarbeitete Fassung einer vom Fachbereich Geschichtswissenschaft der Marburger Universität angenommenen Dissertation mit dem Titel: "Deutsche Nationalökonomien in Politik und Gesellschaft des späten Kaiserreichs 1900 - 1918". Die bisherigen Darlegungen, stellt Dieter Krüger fest, "konzentrieren sich meist auf einen über die Zeit hinaus relevant gebliebenen Gelehrten und vernachlässigen darüber jene zeitgenössischen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Kommunikationsstrukturen, in denen das jeweilige Werk entstanden ist. Oder sie behandeln summarisch eine ganze Disziplin als Gruppe und vermögen so, den Prozeß der Rezeption gesellschaftlicher Entwicklung in sozialwissenschaftlicher Theorie nur in Grundzügen darzustellen." (S. 11) Für die Entscheidung, Gerhart von Schulze-Gävernitz (1864 bis 1943), Johann Plenge (1873 bis 1963) und Edgar Jaffé (1866 bis 1921) ins Zentrum seiner Untersuchung zu stellen, führt der Verfasser den Umstand an, "daß alle drei bislang wenig erforscht sind, jedoch ihre zeitgenössische Bedeutung kaum geringer war als die ihrer bekannteren Kollegen. Obwohl ihre Leistungen aus heutiger Sicht weit hinter denen Max Webers oder Sombarts zurückstehen, repräsentieren sie gleichwohl wichtige Strömungen der Nationalökonomie. Von besonderer Bedeutung erscheint die Tatsache, daß alle drei bis heute als Vertreter des 'Staatssozialismus' gelten, als Freunde einer zumindest stark etatistischen, wenn nicht gar planwirtschaftlichen Ordnung. Die genauere Analyse zeigt jedoch, daß Schulze-Gävernitz und Plenge im Gegenteil verkehrswirtschaftlich orientiert waren, Jaffé dagegen oszillierte tatsächlich zwischen konservativem

und sozialistischem Antikapitalismus und setzte am ehesten die Tradition etatistischen Wirtschaftsdenkens fort. Freilich verbanden Schulze-Gävernitz und Plenge ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen mit einem unterschiedlichen liberalen bzw. konservativen Konzept." (S. 20 f.)

Das Grundproblem für die bürgerlichen Ökonomen nach 1890 war Krüger zufolge "der Widerspruch, daß sich in Deutschland ein technologisch modernes, hochkonzentriertes Industriesystem mit einer dieser Grundlage weithin inadäquaten politischen und sozialen Verfassung verbunden hatte" (S. 15). Sie interessieren den Autor daher vor allem hinsichtlich ihrer Stellung zur Frage "der Vermittlung und Integration notwendig konfligierender Interessen, welche die Fähigkeit zum allmählichen Wandel der politischen und sozialen Gefüges gleichermaßen zur Voraussetzung und zur Folge hat" (S. 16). Die akademischen sozialpolitischen Vorstellungen befanden sich demnach in einem "Zweifrontenkampf" gegen das herrschende Bündnis von Großbürgertum, Agrararistokratie, höherer Beamtschaft und Militär, das sich einer "Modernisierung der politischen und sozialen Verfassung" nach Möglichkeit widersetzte, und gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, die einer reformistischen Integration der Arbeiterklasse in das kapitalistische System im Wege stand. (S. 16) Aufs engste verknüpft mit der Frage nach Ziel und Mitteln der Sozialpolitik sieht der Verfasser "das Problem der ordnungstheoretischen Einschätzung des Organisierten Kapitalismus, der aus ihm resultierenden politischen und sozialen Konsequenzen und die daraus abzuleitenden wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen. Meist wurde diese Frage zwischen den Polen Verkehrswirtschaft und Verwaltungswirtschaft diskutiert." (S. 19)

Das Konzept vom wirtschaftlichen Wandel durch Modernisierung gleicht einem Aushängeschild, unter dem der Verfasser sein Erzeugnis anbietet. Die Vorstellungen von der Modernisierung und vom organisierten Kapitalismus sind äußerliche Zutaten, ohne die das Buch nicht besser und nicht schlechter wäre. Sie verdecken lediglich den Verzicht auf wissenschaftsgeschichtliche Analyse. Krüger leistet keinen Beitrag zur Geschichtsschreibung der politischen Ökonomie, die den Zusammenhang zwischen ökonomischen Strukturen und politökonomischen Theorien zu untersuchen hat. Er bereichert aber mit der Zusammenstellung ideologischer Parteinahmen liberaler und konservativer Professoren die Ideologiegeschichtsschreibung. An einer Fülle publizistischer und privater Äußerungen der drei und vieler ihnen verbundener Ökonomen zeigt der Autor, wie "renommierte Gelehrte auf Grund anerkannter wissenschaftlicher Autorität gleichsam als übergesellschaftliche Kulturinstanzen wirksam werden konnten" (S. 115) oder besser: zu wirken versuchten, indem sie sich zu ideologischen Verteidigern der monopolkapitalistischen Entwicklung aufwarfen, die imperialistischen Ziele des ersten Weltkriegs rechtfertigten, Fragen der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft vom Boden der Kriegs- und Burgfriedensideologie interpretierten und sich bemühten, bürgerliche Tendenzen in reformistischen Kreisen der Arbeiterbewegung zu fördern. Zusammenfassend heißt es: "Überblickt man die Äußerungen der Nationalökonomien zur Friedenswirtschaft, bestätigt sich der Eindruck, den man schon aus der Debatte über den Kriegssozialismus gewinnen konnte: Die meisten Wirtschaftswissenschaftler waren ausgesprochen verkehrswirtschaftlich orientiert. ... Die Mehrheit der

Wirtschaftswissenschaftler war ferner bereit, sich mit der Prädominanz der Großindustrie abzufinden, und wollte sie allenfalls etwas beschneiden. Die Kontroverse um Quantität und Qualität des Staatseingriffs spiegelte den Gegensatz zwischen eher langfristigem Staatsinteresse an der Stabilisierung des Gesamtsystems und den eher kurzfristigen Profitinteressen von Handel und Industrie wider." (S. 147) Im Imperialismus, macht Krüger wiederholt deutlich, "hatte der Gelehrte nur dann Einfluß, wenn er willentlich oder faktisch als Sprecher einer machtvollen Interessengruppe auftrat" (S. 217).

Hermann Lehmann

Lothar Suhling, Aufschließen, Gewinnen und Fördern. Geschichte des Bergbaus

Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek b. Hamburg 1983,  
246 S., 84 Abb., Pr.: 12,80 DM

1546 schrieb Georgius Agricola das erste Kapitel über die Montangeschichte Mitteleuropas. In den folgenden Jahrhunderten erschien zwar eine Fülle bergbauhistorischer Untersuchungen, dennoch fehle bis heute, wie Lothar Suhling beklagt, eine Gesamtdarstellung dieses Produktionszweiges. Doch auch der Verfasser beabsichtigt nicht, mit seinem Buch diese Lücke zu schließen. Er verfolgt vielmehr das Ziel, Wandel und Kontinuität der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur in der bergbaulichen Produktion nachzuzeichnen und insbesondere die Beziehungen zwischen Mensch, Technik und Umwelt, den Zusammenhang zwischen kulturellen und ökologischen Faktoren, zwischen Arbeitsmitteln, Arbeitsmethoden und Produktionszielen zu verdeutlichen. Dabei beschränkt sich Suhling auf Kohlenbergbau und Untertageerzbergbau. Er läßt, was legitim ist, Erzaufbereitung und Verhüttung unberücksichtigt, verzichtet bedauerlicherweise aber auch auf die bergmännische Gewinnung von Steinen und Salzen wie überhaupt auf den Übertagebergbau. Suhling geht davon aus, daß sich die genannte Komplexität am einfachsten zeigen läßt bei technischen, rechtlichen und sozialökonomischen Bedingungen eines Bergbaus, bei dem der Bergmann ohne entwickelte Arbeitsmittel, ohne Arbeits- und Versicherungsschutz mit Schlägel und Eisen seine Arbeit verrichten mußte. Sollte es für einen Kenner der Bergbaugeschichte wie Suhling nicht reizvoller sein, das genannte Beziehungsgflecht unter den komplizierteren Bedingungen des modernen Bergbaus transparent zu machen? Der Verfasser verzichtet auf diese Chance und tut die moderne Entwicklung relativ kurz ab, obwohl der Untersuchungszeitraum des Buches sich von der jüngeren Steinzeit bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 erstreckt.

Nach einer Einführung in ökologische, lagerstättenkundliche und verfahrenstechnische Aspekte des Bergbaus wendet sich der Autor zunächst dem Bergbau in vor- und frühgeschichtlicher Zeit zu. Er umreißt - abweichend von seiner Konzeption - die Arbeitstechnik und die Produktionsmittel des Bergmannes bei der Gewinnung von Feuerstein. Im Silexberg-



bau wurden erste Erfahrungen gewonnen, die für die weitere Entwicklung des Untertageerzbergbaus von Bedeutung waren. Suhling macht in diesem Zusammenhang deutlich, daß die Anfänge des Erzbergbaus (Kupfer) in jenen Regionen lagen, wo Feuerstein nicht in ausreichender Menge gefunden wurde, und unterstreicht, daß die Entwicklung des Kupferbergbaus nur mit einer entsprechenden Schmelztechnologie möglich war.

Relativ große Aufmerksamkeit schenkt der Verfasser dem antiken Bergbau. Er stellt die wichtigsten Bergbauzentren vor und behandelt die Entwicklung der Produktionsmittel und Methoden der bergmännischen Produktion im Kontext mit dem attischen Bergrecht und der rechtlich-sozialen Situation des römischen Bergbaus.

Der Hauptteil des Bandes ist gesellschaftlichen und technologischen Ursachen der wechselvollen Geschichte des Bergbaus in Zentraleuropa vom Untergang des Weströmischen Reiches bis zum 18. Jh. gewidmet. Der Autor weist u. a. nach, daß der mitteleuropäische Bergbau an die produktionstechnischen Leistungen der Antike anknüpfte und sie - im Unterschied zur Antike - in großer Zahl produktionswirksam machte. Er stellt die Entwicklung der Produktionstechnik, der Abbaumethoden, des Bergrechts und der anderen Faktoren dar, die den mittelalterlichen Bergbau förderten, und charakterisiert die vielfältigen Ursachen der Niedergangs- und Wiederaufstiegsphasen des Montanwesens in diesen Jahrhunderten. So betrachtet er vor allem den deutschen Bergbau und seine Wirkungen auf andere europäische Montanzentren. Ohne den Nutzen der damaligen Bergbauliteratur zu überschätzen, unterstreicht Suhling u. a. die ökonomische Bedeutung der beginnenden systematischen schriftlichen Erfassung der vorhandenen bergbaulichen Erfahrungen. Er würdigt angemessen das Werk Agricolas und weist auch auf den Wert der zahlreichen Publikationen anderer Autoren hin.

Im letzten Teil seiner Untersuchung befaßt sich Suhling mit der Geschichte des Bergbaus vom Beginn der Industriellen Revolution in Großbritannien bis zur Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933. Als Hauptursache der entstehenden montanwirtschaftlichen Führungsrolle Englands nennt der Verfasser den frühen Sieg der bürgerlichen Revolution und daraus resultierende günstige Entwicklungsbedingungen für Wirtschaft und Technik, die sich u. a. in der Erfindung und der breiten Anwendung der Dampfmaschine äußerten. Obwohl die bürgerliche Revolution in Frankreich die Schaffung kapitalistischer Produktionsverhältnisse auch außerhalb Frankreichs beschleunigte, wäre die Herausbildung des modernen Bergbaus ohne die Möglichkeit des Technologietransfers aus Großbritannien in den europäischen Festlandsländern langsamer verlaufen. Zutreffend macht Suhling darauf aufmerksam, daß im deutschen Bergbau, den er recht ausführlich darstellte, sehr lange traditionelle und moderne Bergbautechnik nebeneinander existierte. Die vielen Innovationen des 19. und 20. Jh. nutzten vor allem den leistungsstärksten deutschen Bergbauunternehmen, während weniger kapitalkräftige Bergbaubetriebe gerade am technischen Fortschritt zerbrachen, stillgelegt bzw. von den Großunternehmen aufgekauft wurden.

Der Autor führt mit Sachkenntnis durch mehrere tausend Jahre der Bergbaugeschichte und zeigt den Stellenwert dieses Produktionszweiges in der Gesellschaft. Wahrscheinlich wird das Buch auch jene Wirtschaftshistori-

ker nachdenklich stimmen, die der Auffassung sind, der produktions-technische Fortschritt habe sich im Bergbau besonders langsam vollzogen.

Ein solides Quellenverzeichnis, eine Zeittafel sowie sorgfältig ausgewähltes und gut plaziertes Bildmaterial runden den Informationsgehalt der Publikation ab, die - wie alle in dieser Schriftenreihe erschienenen Bände - Hinweise auf die im Deutschen Museum in München vorhandenen Sachzeugnisse zur Bergbaugeschichte enthält.

Karl Lärmer

Georges Duby, Krieger und Bauern, Die Entwicklung der mittelalterlichen Wirtschaft und Gesellschaft bis um 1200 = Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 454

Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt (Main) 1984,  
369 S., 5 Abb., Pr.: 20,- DM

Zählen und Messen - wichtige Arbeitsmethoden des Wirtschaftshistorikers - setzen numerische und quantitative Angaben voraus, an denen es in dem von Georges Duby untersuchten Zeitraum vom 7. bis zum 12. Jh. aufgrund der ungünstigen Quellenlage mangelt. Dennoch versteht es der namhafte Vertreter der "Annales"-Schule, seiner Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des europäischen Früh- und Hochmittelalters quantitative Angaben über Klimaschwankungen (Temperaturveränderungen, Regenmenge), Ernteerträge, Bevölkerungswachstum usw. zugrunde zu legen. Im Mittelpunkt seines Interesses steht die Frage nach den Ursachen für wirtschaftlichen Aufschwung und Stagnation sowie nach den treibenden Kräften des sozialen Fortschritts.

Das "erste Mittelalter, das der Bauern und ihrer Herren, der Krieger" (S. 354), unterteilt Duby in drei Perioden, die das 7. und 8. Jh. und die Zeitabschnitte vom 9. bis zur Mitte des 11. Jh. sowie von der Mitte des 11. bis zum Ende des 12. Jh. umfassen. Der Anstieg der durchschnittlichen Jahrestemperaturen und eine verminderte Regenmenge schaffen zu Beginn des 8. Jh. in Westeuropa günstige Bedingungen für die Bodenbearbeitung und den Anbau von Nahrungsmitteln. Der nun einsetzende allmähliche Produktionsanstieg ermöglichte es auch den primitivsten Stämmen, die Last einer Aristokratie tragen zu können (S. 52). Diese "Herrenklasse" zwang durch ihr bloßes Vorhandensein die von ihnen ausgebeuteten Bauern, trotz deren Mittellosigkeit einen Überschuß zu produzieren. Darin sieht Duby die wichtigste Triebfeder des ökonomischen Wachstums in dieser Zeit.

Durch die ständige Kultivierung der Felder wurde die Teilnahme an den Kriegszügen für die Bauern zur Belastung, so daß sie um des Überlebens willen "auf das wesentlichste Freiheitsmerkmal, die Funktion als Krieger", verzichten mußten (S. 59). Den im 7. und 8. Jh. nur in geringem Maße nachweisbaren Handel charakterisiert Duby als Anfangspunkt der fortschreitenden, letztlich aber unvollständig bleibenden "Ein-

plünderung einer auf Plünderung, Schenkung und Freigebigkeit beruhenden Wirtschaft in den Rahmen der Geldzirkulation<sup>M</sup> (S. 75). Dabei war Münzgeld zunächst noch entbehrlich; Tauschgeschäfte konnten ohne Münzen auskommen - regelrechter Kauf war noch ungewöhnlich. Dennoch wurden in dieser Zeit an zahlreichen, darunter auch sehr kleinen und unbedeutenden Orten, Goldmünzen geprägt. Duby bestreitet mit Recht, daß diese Münzprägungen aus den Bedürfnissen eines geregelten Marktverkehrs erwachsen. Seine Erklärung, daß die große Zahl der Münzprägestätten durch die Übertragung des königlichen Münzregals auf die Aristokratie bedingt und somit Ausdruck für den Verfall der königlichen Autorität gewesen sei (S. 88), hätte eine konsequente Handhabung des Münzregals durch die Merowingerkönige vorausgesetzt. Gerade das wird aber von der modernen numismatischen und historischen Forschung bestritten.

Die Verwendung von Münzgeld wurde erst mit der allgemeinen Verbreitung der Silberdenare in der Karolingerzeit gang und gäbe und markierte eine entscheidende Zäsur in der europäischen Wirtschaftsgeschichte (S. 92).

Die folgende, das 9., 10. und die 1. Hälfte des 11. Jh. umfassende Periode war durch zahlreiche militärische Unternehmungen charakterisiert, die Duby zu den wichtigsten Triebfedern des ökonomischen Wachstums in dieser Zeit rechnet (S. 99 f.). Die Feldzüge der Karolingerzeit führten zur Anhäufung von Schätzen und zur Belebung des Handels. Eine negative Auswirkung der Feldzüge habe sich jedoch darin gezeigt, daß die Bewirtschaftung des Grundeigentums durch die "Großen"<sup>M</sup> vernachlässigt worden sei (S. 144). Diese Auffassung steht im Zusammenhang mit der wohl doch zu negativen Beurteilung der frühfeudalen Grundherrschaft. Diese habe Wachstumstendenzen empfindlich gebremst, da sie den Bauern enorme Leistungen abverlangt, die Grundherren sich jedoch gleichgültig gegenüber technischen Verbesserungen gezeigt hätten (S. 114 f.). Duby unterschätzt hier die Rolle, welche die frühfeudale Grundherrschaft als Instrument zur Konzentration des bäuerlichen Mehrprodukts etwa für die Entwicklung des Handwerks, die Verbreitung des Obstbaus, der Fischzucht oder der Wassermühlen gespielt hat. An anderer Stelle kommt der Verfasser selbst zu dem Schluß, daß die Grundherrschaft den fortschrittlichen Tendenzen der Landwirtschaft "trotz alledem"<sup>M</sup> dienlich war, da die Grundherren Getreidemühlen bauen ließen und im Laufe der Zeit Geldabgaben der Bauernwirtschaften erweiterten (S. 125).

Die dritte, das 11. und 12. Jh. umfassende Periode kennzeichnet Duby als die "Feudalzeit"<sup>M</sup>. Bei verbaler Anerkennung der marxistischen Definition des Begriffs "Feudalismus"<sup>M</sup> geht Duby von einer engen, hauptsächlich an politischen Kriterien orientierten Konzeption aus, wenn er feststellt, daß das "Feudalwesen ... sich in erster Linie durch den Verfall der monarchischen Autorität"<sup>M</sup> auszeichne (S. 211).

In dieser Periode prägten sich die drei Stände - Klerus, Krieger/Ritter und Bauern - deutlich aus. Duby betont mit Recht, daß diese Ständegliederung nicht genau mit der Trennung zwischen den Grundherren und den der grundherrlichen Ausbeutung preisgegebenen "Untertanen"<sup>M</sup> - mit den Hauptklassen der Feudalgesellschaft - übereinstimmt (S. 220).

Entscheidende Errungenschaften, deren Träger in erster Linie die Bauern waren (S. 353), kennzeichneten diesen Zeitabschnitt: Der systematische Fruchtwechsel im Rahmen der Dreifelderwirtschaft setzte sich verstärkt durch (S. 249); der Pflug - als Gesamtheit der Ausrüstung, die aus dem Werkzeug, den Zugtieren und den damit arbeitenden Menschen bestand - entwickelte sich zur Grundeinheit innerhalb der ländlichen Ökonomie (S. 255 f.); deutliche Ertragssteigerungen führten dazu, daß sich jener Teil der Ernte, der dem Konsum zur Verfügung stand, gegenüber dem 9. Jh. verdoppelte; die Urbarmachung unerschlossener Gebiete begünstigte das Wachstum von Produktion und Bevölkerung (S. 260 - 274).

Um 1180 setzt Duby dann den Beginn einer neuen Periode der europäischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an, deren Konturen er aber nur noch ausblickartig andeutet. Von nun an wurde die städtische Ökonomie in ganz Europa zur vorwärtstreibenden Kraft der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung.

Duby ergreift in seiner Darstellung Partei für die Ausgebeuteten und Unterdrückten; der bäuerliche Klassenkampf wird in seinen Formen und Auswirkungen behandelt (S. 123 f.). Sein Ziel, durch akzentuiertes Formulieren von Hypothesen Fragen aufzuwerfen und zur Diskussion anzuregen, hat der Verfasser erreicht. Diese Aussage läßt sich auch noch 11 Jahre nach dem Erscheinen der französischsprachigen Erstauflage treffen.

Gerald Beyreuther

## QUELLEN UND MATERIALIEN

Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspress  
vor dem Ersten Weltkrieg

Eine vornehmlich quantitative Analyse  
(Frankreich)

von Erika Behm/Jürgen Kuczynski

### X. Frankreich

In Fortsetzung unserer Studien<sup>1</sup> über die Reflexion der Streikbewegung in der Regierungspress vor dem Ersten Weltkrieg (August 1913 bis Juli 1914) haben wir für Frankreich "Le Temps" auf Meldungen über Streiks und Aussperrungen hin durchgesehen und mit entsprechenden Nachrichten in der sozialistischen Tageszeitung "L'Humanité" sowie amtlichen Statistiken verglichen.

Zunächst geben wir wieder, wie in unseren vorangegangenen Untersuchungen, eine Zusammenstellung über erste Inlandsstreik- und Aussperrungsmeldungen im Januar und Februar 1914 sowohl in den beiden französischen Zeitungen wie in der von uns bisher untersuchten Presse anderer Länder (siehe statistische Übersicht 1).

Unsere Untersuchung der Erstmeldungen in der Presse Deutschlands, Sachsens, Ungarns und Rumäniens<sup>2</sup> hat gezeigt, daß das Regierungsorgan praktisch kaum über Inlandsstreiks berichtete, und die Analyse für Böhmen und Mähren hat ergeben, daß die Mitteilungen über solche Streiks sowohl in der Regierungs- als auch in der Arbeiterpresse ganz kümmerlich waren. Als wir 5 weitere Länder untersuchten, wandelte sich jedoch das Resultat: Die "St. Petersburger Zeitung"<sup>2</sup> berichtete sehr ausführlich über nationale Streiks, und die Regierungspress der übrigen Länder veröffentlichte 54 % (Schweizerische Eidgenossenschaft),

1 Die vorangehenden Studien sind abgedruckt im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 4/1970, S. 83 - 104 (Ungarn); 3/1971, S. 123 - 130 (Deutschland); 1/1972, S. 215 - 223 (Böhmen und Mähren); 1/1973, S. 99 - 112 (Sachsen); 4/1974, S. 213 - 219 (Rumänien); 3/1975, S. 125 - 138 (Österreich); 4/1978, S. 259 - 264 (Rußland); 3/1980, S. 189 - 194 (Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Irland); 2/1983, S. 181 - 186 (Schweizerische Eidgenossenschaft).

2 Für das "Bukarester Tagblatt" und die "St. Petersburger Zeitung" hatten wir keinen Vergleich mit der Arbeiterpresse.

Statistische Übersicht 1  
 Erste Meldungen über Inlandsstreiks und Aussperrungen<sup>+</sup>

	Januar 1914 <sup>++</sup>	Februar 1914 <sup>++</sup>	Januar und Februar 1914 insgesamt
	Streiks/ Aussperrungen	Streiks/ Aussperrungen	Streiks/ Aussperrungen
Deutschland			
"Norddeutsche Allgemeine Zeitung" <sup>++++</sup>	4 / -	2 / -	6 / -
"Vorwärts" (B) <sup>+++</sup>	15 / 6	11 / 8	26 / 14
Sachsen:			
"Leipziger Zeitung"	- / -	2 / -	2 / -
"Leipziger Volkszeitung"	17 / 7	20 / 8	37 / 15
Frankreich:			
"Le Temps" <sup>o</sup>	5 / -	4 / -	9 / -
"L'Humanité" <sup>o</sup>	19 / -	17 / -	36 / -
Österreich-Ungarn			
Österreich:			
"Neue Freie Presse" <sup>oo</sup>	3 / 1	2 / 1	5 / 2
"Arbeiter-Zeitung" <sup>oo</sup>	11 / 3	4 / 2	15 / 5
Ungarn:			
"Pester Lloyd" <sup>ooo</sup>	1 / 2	- / 1	1 / 3
"Volksstimme" <sup>ooo</sup>	8 / 6	12 / 5	20 / 11
Böhmen und Mähren:			
"Bohemia" <sup>+o</sup>	2 / 1	2 / -	4 / 1
"Vorwärts" (R) <sup>+oo</sup>	3 / 2	1 / 1	4 / 3
Rumänien:			
"Bukarester Tagblatt"	2 / -	1 / -	3 / -

Rußland:			
"St. Petersburger Zeitung"	22 / -	19 / -	41 / -
Schweizerische Eidgenossenschaft:			
"Neue Zürcher Zeitung" <sup>o+</sup>	1 / -	5 / 1	6 / 1
"Volksrecht" <sup>o+</sup>	3 / -	9 / 1	12 / 1
Vereinigtes Königreich von Groß-			
britannien und Irland:			
"The Times" <sup>o++</sup>	12 / 1	9 / -	21 / 1
"The Daily Herald" <sup>o++</sup>	28 / 1	20 / -	48 / 1

+ Nicht notwendigerweise erste Meldung über einen Streik oder eine Aussperrung, wenn diese bereits im Vormonat oder noch früher ausgebrochen sind.

++ Das heißt für die "St. Petersburger Zeitung": 19. Dezember 1913 (1. Januar 1914) bis 18. (31.) Januar 1914 und 19. Januar (1. Februar) 1914 bis 15.(28.) Februar 1914.

+++ Berlin            o Paris            oo Wien            ooo Budapest  
 +o Prag            +oo Reichenberg    o+ Zürich            o++ London.

45 % (Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Irland) bzw. 35 % (Österreich) der Erstmeldungen der Arbeiterpresse. Frankreich steht mit 25 % zwar erst an 4. Stelle, ist jedoch dem nächstfolgenden Deutschland (15 %) noch beachtlich überlegen.

Soweit die Erstmeldungen. Wie gestaltet sich das Bild, wenn wir nun alle Nachrichten über Streiks und Aussperrungen im In- und Ausland in den ersten beiden Monaten des Jahres 1914 untersuchen? (Siehe statistische Übersicht 2.)

"Le Temps" brachte rund 29 % der Meldungen in "L'Humanité", darunter 23 % der nationalen sowie 43 % der internationalen. Und wenn wir die gesamte bisher ausgewertete Presse hinzunehmen, kommen wir zu folgendem Ergebnis:

### Nationale Streiks

Bei der Wiederholung von Nachrichten über nationale Streiks ändert sich das Ergebnis, das wir anhand der statistischen Übersicht 1 gewonnen haben. Für Deutschland und Sachsen bleibt zwar die Aussage, daß das jeweilige Regierungsorgan kaum über Inlandsstreiks berichtet, während die an sich schon hohe Zahl für die Schweizer Presse sich noch um 3 % erhöht hat; sie bringt jetzt 57 % der Meldungen in der Arbeiterpresse. Österreichs Regierungspresse gibt 17 % weniger solcher Meldungen als zuvor, d. h. 18 % der Mitteilungen in der "Arbeiter-Zeitung". Dagegen zeigt der "Pester Lloyd" in Ungarn, der nur ganz wenige Erstmeldungen über nationale Streiks veröffentlicht hatte, jetzt 56 %<sup>3</sup> der in der "Volksstimme" angezeigten Streiks an, und ebenso haben die englischen "Times" ihren Anteil der Inlandsmeldungen beträchtlich erhöht, er beträgt jetzt 75 % der Meldungen aus dem "Daily Herald". Auch die Presse von Böhmen und Mähren, die insgesamt so kümmerlich in der Erstberichterstattung war, hat nunmehr 39 (Regierungs-) und 92 (Arbeiterpresse-) Streikmeldungen.<sup>4</sup>

### Internationale Streiks

Zwar veröffentlichen auch die Arbeiterzeitungen in 4 Ländern von ihren gesamten Streiknachrichten zwischen 50 und 78 % internationale Meldungen<sup>5</sup>: das Schweizer "Volksrecht" 78 %, die "Leipziger Volkszeitung" 70 %, der Berliner "Vorwärts" 58 % und die österreichische "Arbeiter-Zeitung" 50 %. Dagegen lagen alle Regierungszeitungen mit ihren inter-

3 Anlaß gab der Streik der Rauchfangkehrer in Ungarn, der auch das "Konsumleben" der herrschenden Klasse berührte und über den der "Pester Lloyd" im Januar 1914 allein 16mal berichtete.

4 Ursache war der Streik der Buchdrucker in Österreich; der "Vorwärts" brachte darüber 88, "Bohemia" 31 Meldungen.

5 Ausgenommen ist hier die Presse des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, weil die Meldungen aus dem Britischen Empire (vor allem die Meldungen aus Südafrika spielen dabei eine große Rolle) in unserer Tabelle als "nationale" Streiks angesehen werden, sowie die Presse Rumäniens und Rußlands (siehe Anm. 2).



nationalen Streiknachrichten prozentual zur Gesamtzahl ihrer Meldungen z. T. beträchtlich höher als die jeweilige Arbeiterzeitung. Allein drei Regierungszeitungen widmeten mehr als 90 % ihrer Streikmeldungen dem Ausland und weitere zwei 82 bzw. 88 %. Dabei betreffen mit Ausnahme der "Bohemia" und des "Bukarester Tagblatts" über die Hälfte der Auslandsmeldungen den Streik in Südafrika. Jedoch ist bei den Südafrikameldungen zu beachten, daß manche Zeitungen aus zweiter Hand (in London) mehrere Meldungen in einer zusammenfassen. Doch für die Aussagekraft unserer Statistik ist das insofern nicht von Bedeutung, als völlig klar ist:

1. Die Regierungspresse ist mehr geneigt über auswärtige als über Inlandsstreiks und -aussperrungen zu berichten.
2. Die zu einer Art von Generalstreik sich auswachsende Streikwelle in Südafrika - bei uns im allgemeinen als ein Streik betrachtet - erregte bei der Regierungspresse im großen und ganzen nicht mehr Interesse als bei der Arbeiterpresse.

In der vorangegangenen Studie<sup>6</sup> hatten wir zum ersten Mal auch den Platz der Regierungs- und der Arbeiterzeitungen<sup>7</sup> nach der Zahl der internationalen Streikmeldungen im Januar und Februar 1914 verglichen. Bei einer nun erweiterten Gegenüberstellung (siehe statistische Übersicht 3) nimmt "L'Humanité" den 4. und "Le Temps" den 7. Platz ein. "Le Temps" veröffentlichte insgesamt 46 und "L'Humanité" 107 internationale Meldungen; davon betrafen in der Regierungspresse 28, in der Arbeiterpresse sogar 72 den Streik in Südafrika, so daß in der Berichterstattung über diesen Streik "L'Humanité" gemeinsam mit der "Leipziger Volkszeitung" nach der Wiener "Arbeiter-Zeitung" den 2. und "Le Temps" wiederum den 7. Platz belegten.

Wenden wir uns jetzt der amtlichen Statistik zu. Das Bulletin des Arbeitsministeriums von 1914<sup>8</sup> gibt für den Monat Januar 63 Streiks an, von denen 55 jeweils nur einen Betrieb betrafen, und für Februar 91 Streiks, 1 Aussperrung und 2 Koalitionen der Unternehmer, davon 74 jeweils nur in einem Betrieb. In den ersten beiden Monaten des Jahres 1914 sind also insgesamt 157 Konflikte angezeigt worden, die keinen sehr großen Widerhall in der untersuchten Presse gefunden haben: "Le Temps" brachte nur über etwa 6 % dieser Streiks Mitteilungen. Und wenn die "Humanité" auch das Vierfache der Meldungen des Regierungsorgans veröffentlichte (vgl. statistische Übersicht 1), hat sie doch bloß von 23 % aller Konflikte Notiz genommen.

Die Übersicht 4 umfaßt alle größeren Streiks<sup>9</sup> der amtlichen Statistik<sup>10</sup> und zeigt, auf welche dieser Arbeitsniederlegungen "Le Temps" und "L'Humanité" reagiert haben.

- 6 IX: Schweizerische Eidgenossenschaft.
- 7 Ausgenommen ist hier die Presse des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland (vgl. Anm. 5).
- 8 Bulletin du Ministère du Travail et de la Prévoyance Sociale. (Ancien Bulletin de l'Office du Travail), Paris, 2-3/1914, S. 107, 179.
- 9 Aufgenommen wurden nur Streiks mit über 100 Streikenden pro Betrieb sowie Streiks mit mehr als 500 Streikenden, unabhängig von der Zahl der betroffenen Betriebe
- 10 Statistique des grèves et des recours à la conciliation et à l'arbitrage survenus

	Meldungen insgesamt	Davon a) nationale	b) internationale	Unter b) Meldungen über den Streik in Südafrika
<b>Deutschland:</b>				
"Norddeutsche Allgemeine Zeitung"	160	6	154 = 96 %	105
"Vorwärts" (B)	154	65	89 = 58 %	39
Sachsen:				
"Leipziger Zeitung"	94	4	90 = 96 %	59
"Leipziger Volkszeitung"	253	75	178 = 70 %	72
<b>Frankreich:</b>				
"Le Temps"	96	50	46 = 48 %	28
"L'Humanité"	327	220	107 = 33 %	72
<b>Österreich-Ungarn:</b>				
Österreich:				
"Neue Freie Presse"	158	28	130 = 82 %	84
"Arbeiter-Zeitung"	315	157	158 = 50 %	114
Ungarn:				
"Pester Lloyd"	187	22	165 = 88 %	100
"Volksstimme"	59	39	20 = 34 %	4
Böhmen und Mähren:				
"Bohemia"	67	39	28 = 42 %	13
"Vorwärts" (R)	122	92	30 = 25 %	21
<b>Rumänien:</b>				
"Bukarester Tagblatt"	9	8	1 = 11 %	0

Rußland:				
"St. Petersburger Zeitung"	148	66	82 = 55 %	59
Schweizerische Eidgenossenschaft:				
"Neue Zürcher Zeitung"	291	21	270 = 93 %	142
"Volksrecht"	168	37	131 = 78 %	60
Vereinigtes Königreich von Groß- britannien und Irland:				
"The Times"	510	481	29 = 6 % <sup>+</sup>	+
"The Daily Herald"	678	638	40 = 6 % <sup>+</sup>	+

+ Meldungen aus dem Britischen Empire wurden in dieser Tabelle als "nationale" Streiks angesehen (vgl. auch Anm. 5).

Placierung der Presseorgane nach der Zahl der internationalen Meldungen im Januar/Februar 1914

	Platz nach der Zahl der Meldungen		Davon Meldungen über den Streik in Südafrika	
	Regierungs- presse	Arbeiter- presse	Regierungs- presse	Arbeiter- presse
"Neue Zürcher Zeitung" <sup>M</sup>	1.		1.	
"Volksrecht" <sup>M</sup>		3.		4.
"Pester Lloyd" <sup>M</sup>	2.		3.	
"Volkstimme" <sup>M</sup>		7.		7.
"Norddeutsche Allgemeine Zeitung" <sup>M</sup>	3.		2.	
"Vorwärts" <sup>M</sup> (B)		5.		5.
"Neue Freie Presse" <sup>M</sup>	4.		4.	
"Arbeiter-Zeitung" <sup>M</sup>		2.		1.
"Leipziger Zeitung" <sup>M</sup>	5.		5./6.	
"Leipziger Volkszeitung" <sup>M</sup>		1.		2./3.
"St. Petersburger Zeitung" <sup>M</sup>	6.		5./6.	
"Le Temps" <sup>M</sup>	7.		7.	
"L'Humanité" <sup>M</sup>		4.		2./3.
"Bohemia" <sup>M</sup>	8.		8.	
"Vorwärts" <sup>M</sup> (R)		6.		6.
"Bukarester Tagblatt" <sup>M</sup>	9.		9.	

## Statistische Übersicht 4

## Inlandsstreiks im Januar und Februar 1914

Industriezweige bzw. Berufe der Streikenden	Amtliche Statistik		Anzahl der Meldungen	
	Dauer der Streiks Tage	Höchste Zahl der Streikenden	in: "Le Temps"	"L'Hu- manité"
Landarbeiter	4	630	-	1
Bergleute	8	53 193	30	79
Gasarbeiter	6 <sup>+</sup>	1 483	2	-
Textilindustrie	27	189	-	-
"	109	226	-	-
"	1	280	-	-
"	5	115	-	-
"	7	129	-	-
"	5	160	-	-
"	3	200	-	1
"	3	130	-	-
"	5 <sup>+</sup>	177	-	-
"	1/2 <sup>+</sup>	148	-	-
Metallarbeiter (einfache)	6 <sup>+</sup>	215	-	-
"	2 1/2 <sup>+</sup>	321	-	-
"	3	288	-	-
"	16	290	-	-
"	71	426	-	-
Steine u. Erden	4	650	-	-
"	28	350	-	-
"	115	739	-	-
"	85	169	-	-
"	4	120	-	1
"	6	650	-	-
"	4	126	-	-
"	3	170	-	-
Transport u. Verwaltung	8	180	-	-
"	8	147	-	35
Schlächter	5	200	-	2
Milchhändler	7	450	2	1

+ Stunden.

Amtliche Übersicht über die Zahl der Streiks  
und der Streikenden von August 1913 bis Juli 1914

Monat	Zahl der Streiks		Zahl der Streikenden von b)
	a) angezeigte Streiks	b) Streiks, von denen auch die Zahl der Teilnehmer bekannt ist	
August	99	89	7 057
September	73	70	7 357
Oktober	91		
	2 <sup>+</sup>		
November	74	88	8 772
Dezember	55	69	61 363
Januar	63	49	8 037
Februar	91	57	10 798
	1 <sup>+</sup>		
	2 <sup>++</sup>		
März	109	90	60 226
	1 <sup>+</sup>		
	1 <sup>++</sup>		
April	98	111	10 153
Mai	104	92	8 488
Juni	114	100	20 795
	1 <sup>++</sup>		
Juli	55	110	11 325
	1 <sup>+</sup>	53	19 326

+ Aussperrungen.

++ Koalitionen der Unternehmer.

In der amtlichen Statistik sind für den angeführten Zeitraum 30, nach unserer Definition größere Konflikte mit insgesamt 62 551 Streikenden verzeichnet. "Le Temps" bringt 34 Nachrichten über 3 der Konflikte, die die Statistik angibt, mit insgesamt 55 126 Streikenden, und "L'Humanité" hat 120 Meldungen über 7 solcher Konflikte mit insgesamt 54 940 Streikenden.

Haben wir richtig gehandelt, uns auf Januar/Februar zu konzentrieren, um das Interesse der Regierungspresse an Auslandsmeldungen herauszuarbeiten?

Waren Januar/Februar ansonsten untypische Monate, was die Inlandsstreiks betrifft?

Im nachstehenden geben wir eine Übersicht über die Zahl der Streiks, die für den Zeitraum August 1913 bis Juli 1914 bekannt wurden, sowie die Zahl der Streiks, für die die Zahl der Streikenden amtlich ermittelt werden konnte.<sup>11</sup> (Siehe Amtliche Übersicht.)

Es zeigt sich, Januar und Februar waren ganz normale Monate, was die Anzahl der Streiks betrifft.

Waren die Jahre 1913 und 1914 bis Juli (danach gab es praktisch keine Streiks mehr im Jahre 1914) vielleicht Jahre besonders hoher oder besonders niedriger Streikaktivität? Shorter und Tilly haben eine Untersuchung über Streiks in Frankreich gemacht, aus der wir zitieren<sup>12</sup>:

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Streikenden	Durchschnittsdauer der Streiks (Tage)	Zahl der Betriebe pro Streik	Beteiligung pro Betrieb	Beschäftigtenzahl pro Betrieb
1910	1 517	287 000	5,8	1,9	52 %	51
1911	1 489	228 200	5,8	2,1	52 %	43
1912	1 150	270 700	5,2	1,8	49 %	55
1913	1 099	226 400	4,8	1,8	42 %	65
1914	685	161 400	5,2	1,9	45 %	60

1913 lag die Zahl der Streiks unter dem Fünfjahresdurchschnitt, 1914 aber versprach bis Juli wieder ein normales Jahr zu werden.

pendant l'année 1914. République Française, Ministère du Travail et de la Prévoyance Sociale, Direction du Travail, Paris, Imprimerie Nationale 1919.

11 Bulletin du Ministère du Travail et de la Prévoyance Sociale, Paris, 9-12/1913 S. 859, 955, 1063, 1171; ebenda, 1-8/1914, S. 11, 107, 179, 251, 323, 394, 466, 538.

12 Shorter, E./Tilly, Ch., *Strikes in France 1830 - 1968*, Cambridge University Press, London, 1974, S. 362, 364.

Bis Juli! Und dann wird wirksam, was Lenin so formulierte: "Man muß insbesondere die Bedeutung des Umstands erklären, daß die 'Vaterlandsverteidigung' zu einer unvermeidlichen Frage wird, die die gewaltige Mehrheit der Werktätigen unvermeidlich zugunsten ihrer Bourgeoisie entscheiden wird."<sup>13</sup>

Betrachten wir noch die folgende Statistik<sup>14</sup>:

Jahr	Streiks im Januar und Februar mit:	
	100 und mehr Beteiligten im Maximum	1 000 und mehr Streiktagen
1915	2	0
1916	9	4
1917	18	9
1918	33	17

Ab August 1914, mit Beginn des Ersten Weltkrieges, hört die Streikaktivität praktisch auf. Erst im weiteren Verlauf des Krieges, mit der steigenden Desillusionierung und der entsprechenden Steigerung der Aktivität der Arbeiterklasse, nimmt diese wieder zu.

Doch wenn wir alle Streiks, auch die kleineren berücksichtigen, gibt es eine Unregelmäßigkeit<sup>15</sup>:

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Streikenden
1913	1 099	226 400
1914	685	161 400
1915	98	9 200
1916	312	41 000
1917	686	288 100
1918	496	177 100
1919	2 047	1 310 100

1918 ging die Streikaktivität gegenüber 1917 wieder zurück, ohne jedoch den allgemeinen Trend grundlegend zu ändern.

<sup>13</sup> Lenin, W. I., Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag, in: Werke, Berlin 1955 ff., Bd. 33, S. 434.

<sup>14</sup> Statistique des grèves (et lockouts - d. Verf.). Survenues pendant les années 1915, 1916, 1917, 1918, Paris 1921.

<sup>15</sup> Shorter/Tilly, S. 362.



Vorbemerkung zu Hans Radandts Studie über den Umgang mit wirtschaftshistorischen Fakten in der Memoiren-Literatur

Als uralter Lehrer und seit fast 40 Jahren Bewunderer von Hans Radandts Akkuratessie möchte ich folgendes bemerken:

Natürlich sind die Ausführungen von Hans Radandt nützlich. Man kann nie genug präzise Angaben haben, auch von Firmennamen, auch in Autobiographien.

Aber liest man Autobiographien um präziser Angaben, um genauer Firmennamen willen? Oder liest man sie nicht vielmehr um der Äußerungen des Autors willen, die einem die Atmosphäre der Zeit, in der sich ein Leben abspielt, nahebringen sollen, um der Eindrücke und Ausdrücke willen, die er uns gibt? Ja, Irrtümer und falsche Ein- und Ausdrücke sind, wenn ehrlich oder auch unehrlich wiedergegeben, oft ebenso wertvoll für den Historiker wie richtige. Wenn Churchill seine militär-strategischen Fehler im ersten und zweiten Weltkrieg "erklärt", wenn ein Arbeiterführer in seinen nach 1945 gesammelten Artikeln aus der Zeit vor dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale die schlimmsten sektiererischen Fehler ohne entsprechende Angaben, heimlich gewissermaßen, streicht, dann ist das für den Historiker natürlich wichtig und interessant. Wenn dagegen Albert Norden in "Ereignisse und Erlebtes" Wilhelm Schmitz zum Generaldirektor des Thyssen-Konzerns statt zum Bergwerksdirektor der Gewerkschaft Friedrich Thyssen, Hamborn, macht, dann ist es gut, das zu wissen, wenn man gerade diese Stelle in seiner Autobiographie zitiert, aber an sich ganz bedeutungslos, denn niemand wird auf die Idee kommen, bei Norden nachzuschlagen, wer eigentlich Wilhelm Schmitz war. Natürlich liest man Norden aus ganz anderen Gründen.

Ich meine, die Studie von Hans Radandt zeigt, wie nützlich, entgegen der allgemeinen Meinung, auch "Krümelkackerei" sein kann, wie historisch bedeutungslos sie jedoch als Produkt gründlichen Memoiren-Studiums ist.

Soll man die Arbeit von Radandt im "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" abdrucken? Ich meine ja - aber im Kleinstdruck, nonpareille.

Jürgen Kuczynski

von Hans Radandt

Das Erleben, das erarbeitete Wissen, die erhaltenen Informationen, die gesammelten Erfahrungen bilden die individuelle Grundlage dessen, woran sich Menschen in stark unterschiedlichem Maße erinnern können. Welchem aus seinem Leben Erzählenden fällt auf, was er vergessen hat, was von neuem Erleben überlagert, in der Erinnerung verwechselt, durch häufiges Erzählen mit Bemerkungen anderer angefüllt oder abgeschliffen oder auch durch Geschichten vom Hörensagen angereichert wurde? In diesem, insgesamt so widersprüchlichen, schwer zu erfassenden Prozeß, dessen Ergebnissen sich die Erinnerung bedient, spielen auch feststehende und aufgrund bestimmter Quellen überprüfbare Fakten eine Rolle.

Allgemein anerkannt wird die Bedeutung der Memoiren-Literatur für die Ausprägung des Geschichtsbildes. Aber es sind nicht nur die großen Entwicklungslinien und die vielen in ihnen eingebetteten, sie bestätigenden Einzelschicksale und -erlebnisse, die im Gedächtnis haften bleiben. Manchmal sind das - wie auch bei schriftstellerischen Werken, deren Gang der Handlung längst vergessen ist - einzelne Fakten, die in der Erinnerung zurückbleiben. Durch ein Erlebnis an eine Geschichte von Prischwin erinnert, in der Filzstiefel durch Überfrieren wasserdicht gemacht werden, kam Erwin Strittmatter zu der Überlegung: "Wie sich einem doch Tatsachen aus einer kleinen Geschichte einprägen und zur gegebenen Zeit zur Hand sind! Ob das die FORTWIRKENDE Macht der Literatur ist, von der kluge Männer berichten?"<sup>1</sup> Wie aber wirkt diese Macht, wenn zwar die Erinnerung an das Gelesene richtig, dieses einst Geschriebene aber ungenau, unrichtig, falsch war? Jürgen Kuczynski schreibt: "Wie jeder Mensch erinnere ich mich 'ganz genau' an zahlreiche Szenen und Dinge, die entweder ganz anders oder überhaupt nicht stattgefunden haben. Ich besinne mich zum Beispiel, daß ich einer meiner Schwestern zu ihrer silbernen Hochzeit schrieb, wie genau ich mich an die silberne Hochzeit der Eltern erinnerte, als es eine Bowle aus Sekt und Walderdbeeren gab - fügte dann aber selbstkritisch hinzu: 'Merkwürdig diese Erinnerung, da das Datum doch der 1. Dezember war' - wozu die Genossin Kuczynski noch eine Fußnote machte: 'Noch merkwürdiger diese Erinnerung, da wir damals doch in Amerika, also gar nicht anwesend waren.' Zum Glück habe ich durch eine Reihe von Zufällen fast alle meine wissenschaftlichen Arbeiten sowie zahlreiche persönliche Dokumente in meinem Besitz erhalten können, so daß ich mich in diesem Buch nicht auf Erinnerungen zu verlassen

<sup>1</sup> Strittmatter, E., Schulzenhofer Kramkalender, Berlin 1980, S. 272.

brauchte, auch wenn ich seit Herbst 1926 kein Tagebuch mehr geführt habe."<sup>2</sup> Dem möchte der Verfasser dieses Beitrages anfügen, daß er vor einem Vierteljahrhundert wegen mancher, auf unterschiedlicher Erinnerung beruhender Familiendebatten begann, eine Liste anzulegen, wann, wo, mit wem die Familie ihre Urlaube verlebte. Seitdem fragte er auch oftmals Studenten, ob sie sich an entsprechende genaue Daten und Fakten aus ihren Familien erinnern könnten. Dieser Test sei allen Lesern zum Selbstversuch empfohlen.

Angesichts dieser Überlegungen müßte die Prüfung prüfbarer Fakten in Memoiren vor einer Drucklegung selbstverständlich sein. Die Autoren sind in den meisten Fällen dazu nicht in der Lage. Für sie erscheinen die in der Erinnerung falsch verzeichneten Fakten sämtlich richtig. Oft sind es keine Historiker, kennen sie keine der zur Prüfung erforderlichen Quellen, manche wissen auch wohl kaum, daß es überhaupt solche gibt. Deshalb muß die Forderung nach Prüfung von Fakten an die Lektoren der Verlage bzw. die von ihnen beauftragten Gutachter, zu denen in jedem Falle Historiker bzw. Wirtschaftshistoriker gehören sollten, gestellt werden.

Zur Erläuterung dieser Aufgabenstellung sollen hier Beispiele für offensichtlich nicht überprüfte Fakten sowie Beispiele für die zur Prüfung zu nutzenden gedruckten Quellen gegeben werden. Dazu wurden 100 der in der DDR erschienenen selbständigen autobiographischen Veröffentlichungen durchgesehen. Sie bieten in unterschiedlichem Grade Aussagen zur politischen Geschichte. Wirtschaftliche Bezüge sind in weit geringerem Maße, oft nur sehr sporadisch und allgemein enthalten, überhaupt Nachprüfbares davon in 40 % der durchgesehenen Literatur. In 13 Fällen hätte die Prüfung jeweils einer Angabe in einem Buch (Namen kleiner Firmen, Streikdaten, Essenpreis in Gaststätten) größere Recherchen erfordert, auf die verzichtet wurde. Ein einziges der durchgesehenen Bücher belegt zahlreiche Fakten mit großer Akribie anhand vieler, ausgewählter Quellen.<sup>3</sup> 27 der Autobiographien enthielten eine Angabe, manchmal auch zwei und mehr Fakten, deren Richtigkeit zumeist anhand allgemein zugänglicher Handbücher festzustellen war. Jedes dieser Bücher enthielt mindestens eine unrichtige Angabe. Rund 75 % der geprüften Fakten wiesen Unrichtigkeiten auf, beginnend mit Falschschreibungen von Familien- oder Firmennamen über unrichtige Zahlen und Daten bis hin zu fehlerhaften Zuordnungen von Ereignissen oder nicht den Tatsachen entsprechenden Darstellungen der Zusammenhänge. Folgende Bemerkungen zeigen, welch großen Wert die Memoiren-Autoren selbst auf Fehlerfreiheit legen: "Da, wo bisweilen das eigene Gedächtnis nicht mehr ausreichte, mußte das Suchen, Sichten und Durchforschen von Archivmaterialien nachhelfen."<sup>4</sup> Oder: "Nach

2 Kuczynski, J., Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler, Berlin/Weimar 1973, S. 426.

3 Dahlem, F., Jugendjahre, Berlin 1982.

4 Norden, A., Ereignisse und Erlebtes, Berlin 1981, S. 6 f.

Erscheinen des Buches schrieben mir viele Genossen, begrüßten die Initiative und gaben Hinweise. Aussprachen riefen Vergessenes ins Gedächtnis. Dadurch konnten für die Neuauflage Daten korrigiert und Namen ergänzt werden."<sup>5</sup>

Nur in einem der Bücher befindet sich eine die Gültigkeit des Inhalts etwas einschränkende Bemerkung: "Die Darstellung beruht auf Tatsachen, einige Personennamen sind jedoch verändert worden."<sup>6</sup> Hier darf der Leser bei den unveränderten Namen gültige Angaben erwarten. Ein anderes Buch gibt sich in seiner Darstellung als autobiographische Veröffentlichung zu erkennen, ist also nicht als Erzählung oder Roman gekennzeichnet, verläßt aber auf etwa 40 Seiten den Boden nachprüfbarer Tatsachen. Der Autor geht auf seine Tätigkeit in einer Bausparkasse während der Weltwirtschaftskrise und auf den in dieser Branche seinerzeit geübten Betrug an Sparern und Aktionären ein. Dabei beschreibt er - fast ausschließlich unrichtige Namen, Details und Zusammenhänge nutzend - die Entwicklung einer von ihm "Heimstätte" genannten Firma.<sup>7</sup> Es bleibt unklar, warum der Autor den wahren Namen der Bausparkasse Thuringia-AG, Eisenach, der 1932 der Geschäftsbetrieb untersagt wurde und die 1936 erlosch, nicht erwähnt. Bei autobiographisch wirkenden Veröffentlichungen sollten schriftstellerische Werke bzw. das Abweichen von nachprüfbarem Geschichtsgehalt gekennzeichnet sein, damit nicht nur ein sehr begrenzter Kreis von Fachleuten Dichtung und Wahrheit unterscheiden kann.

Es geht hier darum, auch geringfügige Unrichtigkeiten und kleinere Irrtümer durch zweckmäßige Hinweise vermeiden zu helfen. Wem die angelsächsische umlautlose Schreibweise aus Dokumenten der Nürnberger Prozesse in Erinnerung ist, der gibt leicht den Namen des deutschen Monopolisten Röchling als Roechling<sup>8</sup> wieder. Familiennamen klingen manchmal wie Vornamen und verführen dazu, sie so zu schreiben. So werden der Verleger Eugen Diederichs dann fälschlich Dietrichs<sup>9</sup> und die Firma Ehrich & Graetz AG unrichtig Erich & Graetz<sup>10</sup> geschrieben. Durch die vom VEB Carl Zeiss, Jena, gewählte andere Schreibweise des Namens des bedeutenden Gründers Carl Zeiß der Carl Zeiß Optische Werke (bis 1945) wird dieser Name für die Zeit vor 1945 manchmal unrichtig geschrieben: "Das Jena der revolutionären Arbeiterklasse besaß starke Positionen in den großen Industrierwerken von Zeiss:

5 Mewis, K., Im Auftrag der Partei. Erlebnisse im Kampf gegen die faschistische Diktatur, 2. durchges. Aufl., Berlin 1972, S. 8.

6 Brauchitsch, M. v., Ohne Kampf kein Sieg, Berlin 1967, S. 4.

7 Vgl. Hammér, F., Traum und Wirklichkeit. Die Geschichte einer Jugend, Rudolstadt 1975, S. 310 ff.

8 Vgl. Hermlin, St., Abendlicht, Berlin 1979, S. 91.

9 Vgl. Auer, E., Rucksackpropheten. Erinnerungen eines Veteranen der revolutionären deutschen Jugendbewegung = Schriftenreihe zur Geschichte der FDJ, H. 15, Berlin 1970, S. 24.

10 Vgl. Mundstock, K., Meine tausend Jahre Jugend, Halle/Leipzig 1981, S. 182.

und Schott, ... die Zeiss-Arbeiter ... durch einige sozialreformeri-  
sche Maßnahmen der Zeiß-Abbe-Stiftung ..."<sup>11</sup> Wenn über Jena ge-  
schrieben wird, ist für Kundige klar, welche Firmen mit "Glaswerk  
von Schott", "Zollstockfabrik von Schietrumpf" oder "Maschinenfabrik  
Pels"<sup>12</sup> gemeint sind, wenn auch ihre richtigen Namen Jenaer Glas-  
werk Schott & Gen., Jena, C. A. Schietrumpf & Co. AG, Jena, und  
Kommanditgesellschaft Berlin-Erfurter Maschinenfabrik Henry Pels &  
Co. lauteten. Es mag oft genügen, bei Konzernen oder überregional  
bekannten Unternehmen übliche Kurzbezeichnungen zu benutzen. Damit  
Verwechslungen ausgeschlossen bleiben, sollte wenigstens an einer  
Stelle der volle in der jeweils geschilderten Zeit rechtlich gültige  
Firmenname genannt werden. So z. B., wenn ein Autor schreibt:  
"1927 übernahm die Berliner Germania AG, die das Zentralorgan der  
Zentrumspartei herausgab, auch den Betrieb der 'Sächsischen Volks-  
zeitung'. Die Transaktion leitete Direktor Bongartz von der Germania  
AG ..."<sup>13</sup> Die Firma hieß Germania AG für Verlag und Druckerei,  
einer ihrer Direktoren Heinrich Bungartz.<sup>14</sup> Im Zitat ist die Firma  
zwar durch ihre Tätigkeit genauer gekennzeichnet, dennoch kann  
gerade an diesem Beispiel die Verwechslungsgefahr beim Nennen ab-  
gekürzter Namen gezeigt werden. So gab es z. B. 1927 allein in Ber-  
lin außer der hier genannten noch sechs Aktiengesellschaften mit dem  
Wort Germania im Firmennamen:

- Germania AG für Landwirtschaftsbedarf;
- Germania-Palast Lichtspiel AG in Liqu.;
- Germania Eisenwerk AG;
- Germania Automobil- und Groß-Garagen AG in Liqu.;
- Germania-Immobilien AG;
- "Germania" Bergbau- und Torf-Industrie AG.<sup>15</sup>

Folgende Beispiele belegen in anderer Art, wie wichtig es sein kann,  
jeweils den gesamten Firmennamen anzugeben. Zum Widerstandskampf  
illegaler antifaschistischer Organisationen in Braunschweig während des  
zweiten Weltkrieges wird festgestellt: "Ihre Aktionen erfaßten hauptsäch-  
lich die Großbetriebe, wie die Büssing-AG und die MIAG."<sup>16</sup> Zu dieser  
Zeit gab es in Braunschweig vier Firmen mit dem Namen Büssing:  
Automobilwerke H. Büssing; Büssing NAG Vereinigte Nutzkraftwagen AG  
(ab 23. März 1943 GmbH); Büssing NAG, Niedersächsische Motorenwer-

<sup>11</sup> Abusch, A., Der Deckname. Memoiren, Berlin 1981, S. 111.

<sup>12</sup> Vgl. Auer, S. 37.

<sup>13</sup> Desczyk, G., Zwischenfälle auf der Lebensreise. Ungelogene Ge-  
schichten, 2. Aufl., Berlin 1977, S. 146.

<sup>14</sup> Vgl. Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften (Handbuch AG)  
1927, Bd. II, S. 3350 f.

<sup>15</sup> Vgl. ebenda, Bd. IV, S. LII.

<sup>16</sup> Müller, H., Kampftage in Berlin. Ein deutscher Antifaschist und  
Internationalist berichtet, Berlin 1973, S. 7.

ke GmbH; H. Büssing & Sohn KG.<sup>17</sup> Bei der MIAG wäre die Nennung des vollen Firmennamens schon deshalb von Wert, weil eine andere Angabe des Verfassers irreführen kann: "1937 hatte ich bei der Flugzeugfirma MIAG in Braunschweig damit begonnen, Flugzeugteile zu beschädigen."<sup>18</sup> Sicher hat der Autor nur das eine Werk für Flugzeugteile der Firma MIAG Mühlenbau und Industrie AG kennengelernt. Zu ihrer traditionellen Fertigung gehörte "Mühlenbau, Speicherbau, Hartzerkleinerungsanlagen, Mälzereianrichtungen, Seifenmaschinen, pneumat. und mech. Förderanlagen, Elektrofahrzeuge, Magnetmaschinen, Spänebrecher, Schlepperbau".<sup>19</sup> In Fachkreisen war die MIAG international als Mühlen- und Silobaufirma bekannt. Deshalb und um immer wieder zu zeigen, wie gleitend der Übergang von Maschinenindustrie zur Rüstungsindustrie ist, wäre es dienlich, dem vollen Firmennamen noch einen erklärenden Satz hinzuzufügen.

Einander ähnliche Firmennamen werden leicht verwechselt. So gab es kein "Münchener Großunternehmen Maffei & Schwartzkopf".<sup>20</sup> Die Maffei & Schwartzkopf GmbH wurde 1907 mit Sitz in Berlin gegründet.<sup>21</sup> Ihre Werkstätten befanden sich in Wildau bei Berlin auf dem Gelände einer der beiden Muttergesellschaften.<sup>22</sup> Mit dem Münchener Großunternehmen meinte der Verfasser wahrscheinlich die andere Muttergesellschaft, J. A. Maffei, ab 1927 J. A. Maffei AG, München.<sup>23</sup> Über eine bedeutende Agitpropgruppe in Nürnberg wird gesagt: "Ende 1921 ... Wir wollten die Menschen der Siemens-Schuckert-Werke ... als Publikum haben."<sup>24</sup> Gemeint ist hier die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert & Co., Nürnberg.<sup>25</sup> Die Siemens-Schuckert-Werke GmbH hatte ihren Sitz in Berlin.<sup>26</sup>

Auf die Richtigkeit genannter Firmensitze oder der Lage von Wirtschaftseinheiten sowie der Schreibweise von Ortsnamen ist zu achten. "Das durch drei Generationen im Gerekeschen Besitz befindliche kleine Stadtgut Gröningen - rund 80 Hektar - im Kreise Halberstadt ..." <sup>27</sup> lag nicht dort, sondern im Kreis Oschersleben.<sup>28</sup> Ein Autor meint, er

17 Vgl. Handbuch AG 1941, Bd. 4, S. 4314; Die Großunternehmer im Deutschen Reich 1944, Bd. 7; Handbuch der großen GmbH, KG, OHG, Einzelfirmen (GmbH-Buch), 2. Aufl., Berlin 1944, S. 170.

18 Müller, S. 6.

19 Handbuch AG 1943, Bd. 6, S. 6131.

20 Norden, S. 128, 130.

21 Vgl. Handbuch AG 1933, Bd. I, S. 211.

22 Vgl. ebenda 1927, Bd. I, S. 495.

23 Vgl. ebenda 1927, Bd. III, S. 4413.

24 Abusch, S. 71.

25 Vgl. Handbuch AG 1921/1922, Bd. II, S. 2044.

26 Ebenda, S. 1972.

27 Gereke, G., Ich war königlich preußischer Landrat, Berlin 1970, S. 13.

28 Vgl. Niekammer's Güter-Adreßbücher Bd. V, Güter-Adreßbuch für die Provinz Sachsen, 2. umgearb. Aufl., Leipzig 1913, S. 62.

hätte ab Mai 1915 "als Schlepfer im Schacht Zernitz, Kreis Rubnik" 29 gearbeitet. Der Ort Czernitz lag im Kreis Rybnik. Hier hatte die Steinkohlegewerkschaft "Charlotte" ihren Sitz, welche das Steinkohlenbergwerk Neue konsolidierte Charlottegrube in Betriebsgemeinschaft mit den Steinkohlenbergwerken konsolidierte Leo betrieb. Einen Schacht Czernitz oder Zernitz gab es nicht. 30

Namen von Firmen und Betrieben sollten nur für die Zeit verwendet werden, in der sie tatsächlich so hießen. Irrtümlich schreibt ein Autor über die letzten Monate des Jahres 1930, er habe in einer großen Versammlung der Arbeiter des Betriebes Bergmann-Borsig gesprochen. 31 Ebenso ist es ein Irrtum, wenn es für das Jahr 1945 heißt: "Ich stand in dieser schweren Stunde neben den Arbeitern und Angestellten von Bergmann-Borsig und packte zu." 32 Der Name Bergmann-Borsig entstand in dieser Zusammensetzung erst im Jahre 1948. Als die Demontage der Borsigwerke in Westberlin beschleunigt werden sollte, rief die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf, im Ostteil Berlins das Gelände der ehemaligen Bergmann AG zu nutzen, um ein neues Borsigwerk aufzubauen. 33 Am 25. Oktober 1948 beschloß die Belegschaft des Treuhandbetriebes Bergmann, in freiwilligen zusätzlichen Wochenendschichten Aufräumungs- und Vorarbeiten für den Bau des Werkes zu leisten. Am 30. Oktober 1948 fand der erste Sondereinsatz hierfür statt. 34

Zum vollständigen Firmennamen gehört oft - keineswegs immer - dessen Rechtsform (z. B. im Kapitalismus: AG, GmbH, KG). Wenn diese genannt wird, sollte sie vollständig und richtig sein. Den Firmennamen Fliegenfängerfabrik Max Dametz m.b.H. 35 hat es in dieser Schreibweise nur als Ausnahme gegeben, da die Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung abgekürzt GmbH (mit und ohne Punkte richtig) lautet. Diese Rechtsform hat jedoch Gesellschafter und keine Aktionäre. Wer aber sollen dann die "Aktionäre der Fliegenbude" sein, für die "ein passabler Jahresgewinn" herausprang? 36 Die in den Leitfaden der deutschen Rechtschreibung der DDR aufgenommenen Abkürzungen der Rechtsformen von Unternehmen sind für jeden einsehbar. 37 Eine Erklärung des Inhalts der Rechtsformen wird in Handbüchern gegeben. 38 Die vollständi-

29 Grünberg, G., Kumpel - Kämpfer - Kommunist, Berlin 1977, S. 8.

30 Vgl. Bergwerks-Jahr-Buch Glück-Auf, Ausgabe A: Die Steinkohlen-Bergwerke (BJB), Jg. 1920, T. 1, S. 173.

31 Abusch, S. 224.

32 Rettmann, F., Aus dem Leben eines Sozialisten, Berlin 1963, S. 85.

33 Vgl. Neues Deutschland (ND), Berliner Ausg., 15. - 17. 10. 1948; Vorwärts, Berliner Volksblatt, 6. 12. 1948.

34 Vgl. Keiderling, G./Stulz, P., Berlin 1945 - 1968, Berlin 1970, S. 190.

35 Vgl. Weiland, A., Die aus der Ritterstraße. Erinnerungen, Halle/Leipzig 1982, S. 97.

36 Ebenda, S. 78.

37 Vgl. Der große Duden, 17. Aufl., Leipzig 1976, S. 582 ff. (bzw. jeweils neubearbeitete Auflagen).

38 Z. B. Ökonomisches Lexikon, Berlin 1978; Handbuch Wirtschaftsge-  
schichte, Berlin 1981, S. 739 ff.

gen Firmennamen wurden in der Zeit des Kapitalismus in das Handelsregister beim Amtsgericht eingetragen. Das Handelsregister für Berlin liegt gedruckt vor.<sup>39</sup> Darüber hinaus gibt es für viele Jahrzehnte jährlich erschienene Firmenhandbücher für einzelne Rechtsformen<sup>40</sup> und andere, teilweise in mehreren Jahren erschienene für einzelne Branchen<sup>41</sup> sowie Adreßbücher für die Landwirtschaft<sup>42</sup> und Nachschlagewerke für Unternehmerverbände.<sup>43</sup>

Dr. Adolf Flügler wird als Syndikus des "Reichsverbandes der deutschen Zigarettenindustrie"<sup>44</sup> bezeichnet. Einen Verband dieses Namens gab es nicht, Flügler war Geschäftsführer in drei Verbänden: Verband der Deutschen Zigaretten-Industrie, Reichsarbeitgeberverband der Zigaretten-Industrie E.V., Schutzverband des Zigarettengewerbes E.V.<sup>45</sup>

Um die Finanzierung der NSDAP durch die Schwerindustrie deutlich zu machen, werden manchmal die Namen bekannter Großindustrieller in Verbindung mit Unternehmerverbänden und Monopolen genannt, so für 1932/33: "Millionenspenden flossen der NSDAP zu, von Emil Kirdorf - Bergbaulicher Verein und Verband Eisen Nordwest ('Ruhrschatz') -, Fritz Thyssen - Stahltrust."<sup>46</sup> Verbände mit der Bezeichnung "Bergbaulicher Verein" gab es zu jener Zeit nur in Borna und Zwickau. Mit diesen hatte Kirdorf nichts zu tun, Emil Kirdorf war ab 1927 Ehrenvorsitzender des Vereins für die bergbaulichen Interessen in Rheinland

39 Vgl. Berliner Handelsregister, Berlin 1865 ff.

40 Z. B. Handbuch AG 1896/97 ff.; Saling's Börsenpapiere, T. 2, 1868 ff., T. 3, 1900/01 ff.; Berliner Börsenjahrbuch, 1881 ff.

41 Z. B. Die chemische Industrie des Deutschen Reiches, 7. - 10. Aufl., 1930 ff.; Die Elektrizitätswirtschaft im Deutschen Reich, Berlin 1934; Die Maschinenindustrie im Deutschen Reich (Maschinenbau-Handbuch) 1939/40; Rathke's Jahr- und Adreßbuch für die Zuckerindustrie Deutschlands, 1884 ff.

42 Z. B. Niekammer's Güter-Adreßbücher, Leipzig 1903 ff.; ab 1921 Niekammer's ländwirtschaftliche Güteradreßbücher.

43 Z. B. Handbuch wirtschaftlicher Vereine und Verbände des Deutschen Reiches, Berlin 1913; Handbuch wirtschaftlicher Verbände und Vereine des Deutschen Reiches, Berlin 1919, 3. Aufl., Berlin/Wien 1928.

44 Desczyk, S. 147.

45 Vgl. Handbuch wirtschaftlicher Verbände und Vereine des Deutschen Reiches, 3. Aufl., Berlin/Wien 1928, S. 654 f.

46 Stenbock-Fermor, A., Der rote Graf. Autobiographie, Berlin, S. 304.



und Westfalen und gehörte auch dem Vorstand der nordwestdeutschen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller an.<sup>47</sup> Fritz Thyssen war Vorsitzender des Aufsichtsrats der Stahlwerks-Verband AG und Vorsitzender der Rohstahlgemeinschaft.<sup>48</sup>

Über einen kleinen Unternehmer wird für die 20er Jahre dieses Jahrhunderts geschrieben: "Nachdem er als Stadtrat bei der Gründung der Städtischen Sparkasse maßgeblich beteiligt gewesen war, löste er - um seine Vaterstadt zu unterstützen - seine Verbindlichkeiten bei der Stettiner Bank und übertrug auch die Sicherheitshypothek der Pasewalker Sparkasse."<sup>49</sup> Die städtische Sparkasse Pasewalk wurde 1835 gegründet, als jener Unternehmer noch nicht geboren war.<sup>50</sup>

Wenn ein Autor schreibt, daß Bernhard Wolff 1848 das WTB (Wolffs Telegraphisches Büro) gegründet hat,<sup>51</sup> so mag das hinsichtlich des Namens fast genügen, obwohl die Firma als Telegraphisches Correspondenz Bureau (B. Wolff) gegründet wurde und ab 1874 Continental-Telegraphen-Compagnie Wolff's Telegraphisches Büro AG hieß. Aber der 27. November 1849 ist das in Lexika und Firmenhandbüchern verzeichnete richtige Gründungsdatum.<sup>52</sup>

Genauere Adressenangaben sind anhand von Adreßbüchern leicht prüfbar. Die Werkstatt der Firma Kunstmann & Söhne befand sich 1937 nicht in Berlin, Gitschinerstr. Nr. 10<sup>53</sup> (Nr. 7 - 11 war die Pumpstation II der Stadt Berlin), sondern Nr. 13.<sup>54</sup> "Kurz bevor Koppenbergs Stadtbüro in der Linnéstraße zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz am 29. Dezember 1944 von Bomben wegrasiert wurde."<sup>55</sup> Der Generaldirektor der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG, Dessau, Heinrich Koppenberg, hatte sein Berliner Büro nicht in der Lennéstraße, sondern in der Bellevuestr. Nr. 11a.<sup>56</sup>

47 Vgl. Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft, Bd. 1, Berlin 1930, S. 926 f.; Wenzel, G., Deutscher Wirtschaftsführer. Lebensgänge deutscher Wirtschaftspersönlichkeiten, Hamburg/Berlin/Leipzig 1929, Sp. 1134 ff.; Handbuch wirtschaftlicher Verbände und Vereine des Deutschen Reiches, 3. Aufl., S. 336 f.

48 Vgl. Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft, Bd. 2, Berlin 1931, S. 1907 f.

49 Behrendt, F., Eine Frau in zwei Welten. Kapitel aus meinem Leben, Berlin 1963, S. 195.

50 Vgl. Deutsches Bankier-Buch, 13. Aufl., Berlin 1926, S. 1843.

51 Vgl. Schaper, A., Als die Welt sich wandelte. Erinnerungen und Beobachtungen, Berlin 1974, S. 27.

52 Vgl. Die Großunternehmen im Deutschen Reich, S. 75; Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 25, Mannheim/Wien/Zürich 1979, S. 477.

53 Vgl. Mundstock, S. 306.

54 Vgl. Berliner Adreßbuch für das Jahr 1937, Bd. 3, S. 279.

55 Brauchitsch, S. 154.

56 Vgl. Berliner Adreßbuch für das Jahr 1943, Bd. 3, S. 58.

Eine Vielzahl von Angaben für einzelne Firmen sind anhand von Firmengeschichten oder Firmenhandbüchern prüfbar. Über den 13. Juli 1915 heißt es: "Auf der Aktiengesellschaft 'Weser' arbeiteten an die 7 000 Mann."<sup>57</sup> Die Firmenfestschrift gibt für das Jahr 1915 einen Beschäftigtendurchschnitt von weniger als 6 000, davon 5 200 Arbeiter an.<sup>58</sup>

"Das tiefgründigste Gespräch, an dem ich je beteiligt war, fand 1921 in Kattowitz statt und zwar auf der untersten Sohle der damaligen Ferdinand-Grube 800 m unter der Erde."<sup>59</sup> Für dieses Jahr teilte Steinkohlenbergwerk Ferdinand-Grube mit: "An Schächten sind vorhanden: Förderschächte Benjamin für die 300 m-Sohle, Gruschka für die 400 m-Sohle, Mauve für die 500 m-Sohle."<sup>60</sup> Ein anderer Autor schreibt ebenfalls über 1921: "Ohne Verzug fand ich einen Arbeitsplatz auf der Zeche Prosper I einer Schachanlage, die zum Herzog v. Arenbergschen Bergwerksverein gehörte ... wie hier auf Prosper I tausend Meter unter Tage ..."<sup>61</sup> Die Arenberg'sche AG für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb hatte drei Schachanlagen: Prosper I (533 m tief), Prosper II (536 m tief) und Prosper III (467 m tief).<sup>62</sup> Für 1926 lauten die entsprechenden Tiefen 533, 636, 649 m.<sup>63</sup>

In Lebensdaten, Funktionsangaben, Familienbeziehungen fließt manches aus fehlerhaften Zuarbeiten anderer oder auch aus nicht zutreffenden Fakten vom Hörensagen ein. So z. B., wenn wir für 1920 lesen:

"... der Generaldirektor des Thyssen-Konzerns Schmitz, der Präsident a. D. der Phönix-Werke von Scheven".<sup>64</sup> Wilhelm Schmitz war nicht Generaldirektor des Thyssen-Konzerns, sondern Bergwerksdirektor einer seiner Stammgesellschaften, der Gewerkschaft Friedrich Thyssen, Hamborn.<sup>65</sup> Eisenbahndirektionspräsident a. D. von Schaeuwen war Generaldirektor der "Phoenix" AG für Bergbau und Hüttenbetrieb in Hoerde.<sup>66</sup>

Manchmal werden einander ähnliche Funktionsbezeichnungen verwechselt, so bei dem angeblichen "Generalbevollmächtigten für das Kraftfahrzeugwesen Werlin".<sup>67</sup> Jacob Werlin, Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG,

57 Eildermann, W., Jugend im ersten Weltkrieg. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin 1972, S. 215.

58 Vgl. AG "Weser", Bremen 1872 - 1922, Bremen 1922, S. 16.

59 Desczyk, S. 117.

60 BJB, S. 162.

61 Selbmann, F., Alternative Bilanz Credo. Versuch einer Selbstdarstellung, Halle 1969, S. 101.

62 Vgl. BJB, S. 283.

63 Vgl. Handbuch AG 1927, Bd. I, S. 415.

64 Norden, S. 35.

65 Vgl. BJB, S. 296.

66 Vgl. ebenda, S. 209.

67 Brauchitsch, S. 90.

war während des zweiten Weltkrieges Generalinspektor für das Kraftfahrwesen.<sup>68</sup> Zur gleichen Zeit war Generalmajor von Schell, Unterstaatssekretär im Reichsverkehrsministerium, Generalbevollmächtigter für das Kraftfahrwesen beim Beauftragten für den Vierjahresplan.<sup>69</sup>

Der gleiche Autor schreibt über die Zeit nach 1933: "Bei dem Vorsitzenden des Vorstandes der Daimler-Benz AG, Herrn Dr. von Stauß, genoß ich besondere Sympathie. Das war für mich doppelt wichtig, weil er nicht nur der Vorsitzende des Vorstandes der Daimler-Benz AG und damit der Vorgesetzte meines Generaldirektors Dr. Kissel, sondern auch der Chef der Deutschen Bank in Berlin war."<sup>70</sup> Emil Georg von Stauß ist zu keiner Zeit Chef der Deutschen Bank und ebenfalls nie Vorsitzender des Vorstandes der Daimler-Benz AG gewesen. Er war bis 1932 Vorstandsmitglied (Direktor), anschließend Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank und gleichzeitig auch Vorsitzender des Aufsichtsrats der Daimler-Benz AG.<sup>71</sup> Er war damit auch nicht Vorgesetzter von Dr. Kissel, der zunächst Mitglied, dann Vorsitzender des Vorstandes der Daimler-Benz AG mit dem Titel Generaldirektor war.<sup>72</sup>

Gesprächsinhalte sollten wenigstens auf die formale Wahrscheinlichkeit ihres Inhaltes hin geprüft werden, z. B., wenn der Autor Emil Georg von Stauß sagen läßt: "Lieber Herr Abs ... Kaiser Wilhelm hat auch Sie im Weltkrieg 1914 bis 1918 nicht schlecht verdienen lassen."<sup>73</sup> Der angesprochene Hermann Josef Abs, ab 1938 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, wurde am 15. Oktober 1901 geboren und besuchte 1918 noch das Gymnasium.<sup>74</sup> Bei einer Schilderung, wer in den ersten Monaten nach dem zweiten Weltkrieg ein bestimmtes Haus bezog, wird gesagt: "Die Villa hatte vordem einem der Geldgeber Hitlers gehört, dem geflüchteten Direktor der Deutschen Bank, Stauß."<sup>75</sup> E. G. von Stauß, seit 1932 nicht mehr Direktor der Deutschen Bank, ist am 11. Dezember 1942 in Berlin verstorben.<sup>76</sup>

Ein typischer Irrtum vom Hörensagen ist die Mitteilung: "Frau von Stauß entstammte, wie ich später erfuhr, einer großen Stahldynastie."<sup>77</sup> Karin von Stauß, geb. von Müller, war die Tochter des ehemaligen Generaladjutanten Wilhelm II. und Marine-Kabinettschefs Admiral von Müller.<sup>78</sup> Eine ähnliche falsche Mitteilung macht ein anderer Verfasser

68 Vgl. Wer leitet? Die Männer der Wirtschaft und der einschlägigen Verwaltung einschließlich Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte 1941/42, Berlin 1942, S. 1079

69 Vgl. ebenda, S. 853.

70 Brauchitsch, S. 59.

71 Vgl. Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte, Berlin 1930 ff.

72 Vgl. ebenda.

73 Brauchitsch, S. 65.

74 Vgl. Wer ist Wer?, Berlin (West) 1963, S. 2.

75 Zinner, H., Auf dem roten Teppich, Erfahrungen, Gedanken, Impressionen, Berlin 1978, S. 40.

76 Vgl. Biographisches Lexikon zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Berlin 1971, S. 666.

77 Brauchitsch, S. 60.

78 Vgl. Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft, Bd. 2, Berlin 1931, S. 1827.

über Edith von Maltzan: "... die Frau des Botschafters in Washington war die Tochter des Großindustriellen Gruson, dem die großen Krupp-Gruson-Werke in Magdeburg gehörten."<sup>79</sup> Edith von Maltzan, geb. Gruson, war nicht die Tochter, sondern die Enkelin des Großindustriellen Hermann Gruson (1821 bis 1895), Gründer und Eigentümer des Grusonwerks in Magdeburg. Sein Sohn Hermann August Gruson wurde am 1. Oktober 1883 Mitinhaber des Grusonwerks und bei dessen Umwandlung in eine Aktiengesellschaft 1886 Mitglied des Vorstands, aus dem er ausschied, als das gesamte Kapital der Gesellschaft 1892 von der Firma Fried. Krupp übernommen und der Betrieb unter dem Namen Krupp-Gruson-Werk in den Konzern eingegliedert wurde.<sup>80</sup>

Im folgenden wird eine längere Passage zur Geschichte des Krupp-Konzerns wiedergegeben, auf deren viele Fehler in direkter Gegenüberstellung mit dem Inhalt von Veröffentlichungen aus dem Firmenarchiv der Fried. Krupp AG hingewiesen werden soll:

"Ihr Anfang datiert aus dem Jahre 1785, als Friedrich Krupp mit einigen Tausend Talern Teilhaber der 'Gute-Hoffnungshütte' wurde. Durch geschickte Spekulation gelang es ihm, sein Kapital - wenn auch nur geringfügig - zu erhöhen. Die eigentliche Ära Krupp begann aber erst bei seinem ältesten Sohn Alfred, der nach seines Vaters Tode die Krupp'sche Fabrik mit sieben Arbeitern übernahm. Das war im Jahre 1826. Im Jahre 1834 war die Arbeiterzahl des Essener Werkes bereits auf fünfzig gestiegen, 1844 waren es einhundertdreißig Arbeiter. Von 1859 bis 1861 konnte für sechshunderttausend Taler bereits der Riesenhammer 'Fritz' mit einem Fallgewicht von 1 000 Zentnern gebaut werden."<sup>81</sup>

1797, als Friedrich Krupp zehn Jahre alt war, erwarb seine Großmutter Helena Amalia Krupp für 12 000 Reichstaler die Hütte "zur guten Hoffnung". Sie übereignete die Hütte 1799 an ihre Schwiegertochter Amalia Krupp-Aschert und diese übertrug sie auf ihren Sohn, Friedrich Krupp am 1. Mai 1807, machte diesen Vertrag aber im Mai 1808 rückgängig und verkaufte die Hütte am 14. 9. 1808. Obwohl Friedrich Krupp 1810 von seiner Mutter 40 000 Taler geerbt hatte, wuchsen seine Schulden durch die von ihm am 20. 11. 1811 gegründete Gußstahlfabrik auf 26 000 Taler an.

Therese Krupp, die Mutter des damals 14jährigen Alfred Krupp übernahm 1826 die stark verschuldete Fabrik, die vier Arbeiter hatte. 1848 übertrug Therese Krupp die Fabrik auf Alfred Krupp. 1844 hatte die Gußstahlfabrik 109 Arbeiter. Der Hammer "Fritz" wurde im September 1861 mit einem Fallgewicht von 600 Zentnern in Betrieb genommen und später für ein Fallgewicht von 1 000 Zentnern umgebaut.<sup>82</sup>

<sup>79</sup> Gans Edler Herr zu Putlitz, W., Unterwegs nach Deutschland. Erinnerungen eines ehemaligen Diplomaten, 4. Aufl., Berlin 1957, S. 55.

<sup>80</sup> Vgl. Gruson, E., Geschichte der Familie Gruson, Quedlinburg 1924, S. 98.

Manche Autoren nennen allgemeine wirtschaftliche Daten, z. B. zur Entwicklung von Löhnen, Lebenshaltungskosten und Arbeitslosigkeit. Soweit diese aus allgemein zugänglichen Nachschlagewerken (Statistische Jahrbücher, Lexika, marxistisch-leninistische Standardwerke zur Geschichte und Wirtschaftsgeschichte) entnommen sind, brauchen sie nicht belegt zu werden. Wenn aber Zahlen gegeben werden, die von denen der erwähnten Veröffentlichungen abweichen, sollten ihr Zustandekommen erklärt und entsprechende Quellen angegeben werden. Da wird z. B. ohne Quellenangabe gesagt: "Der Jahresdurchschnitt der Wochenlöhne, die 1928/29 noch 42 bis 45 Mark betragen hatten fiel bis zum August 1932 auf 20, 80 Mark."<sup>83</sup> Abgesehen davon, daß ein Jahresdurchschnitt nicht im August gemessen werden kann, wird nicht angegeben, auf welches Gebiet (Deutschland, Provinz, Kreis, Stadt) sich die Zahlen beziehen. Es sind nicht aus amtlichen Statistiken ablesbare, offenbar durch Verrechnung von Arbeitslosenunterstützungen, Kurzarbeiterlöhnen usw. errechnete Durchschnittszahlen, die aber auch nicht mit den von Jürgen Kuczynski ermittelten,<sup>84</sup> die für Deutschland als Maßstab genommen werden sollten, übereinstimmen. Solche Berechnungen sind ohne Erklärung und Quellenangabe nicht durchschaubar und irreführend. Wo Wochenlöhne nicht aufgrund von Lohnzetteln oder Lohnlisten nachweisbar sind, sollten sie nach der amtlichen Statistik für die einzelnen Berufe als Brutto- oder Nettolöhne nachgewiesen werden.

Ohne Quellenangabe wird über die Stadt Bremen gesagt: "Die Statistik weist aus, daß im Jahre 1880 der Anteil der Arbeiter an der 170 000 Einwohner zählenden Gesamtbevölkerung nur 3,72 Prozent betrug."<sup>85</sup> Tatsächlich wies die amtliche Statistik für den 1. Dezember 1880 aus:

81 Amda, W., Der schwere Entschluß, Berlin 1965, S. 434.

82 Vgl. Berdrow, W., Die Familie Krupp in Essen 1587 - 1887, Essen 1931, S. 238 ff.; Zum 100jährigen Bestehen der Firma Krupp und der Gußstahlfabrik zu Essen-Ruhr, Essen 1912, S. 121; Statistische Angaben der Fried. Krupp AG, Essen/Ruhr, als Handschrift gedruckt, Essen 1912, S. 32 f.

83 Weiland, S. 118.

84 Vgl. Kuczynski, J., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 5: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, Berlin 1966, S. 213.

85 Eildermann, S. 5.

Staat Bremen 155 831, Stadt Bremen 111 940 Einwohner.<sup>86</sup> Außerdem hat der Autor offensichtlich Industriearbeiter gemeint, aber Arbeiter gesagt. Zur Arbeiterbevölkerung (Arbeiter und deren Familienangehörige) zählten im Staat Bremen 47,04, in der Stadt Bremen 44,79 % der Einwohner.<sup>87</sup>

Wo zur Ermittlung von Einwohnerzahlen Ortsstatistiken nicht zur Verfügung stehen, können verschiedene Ortslexika, welche die Daten amtlicher Erhebungen wiedergeben, genutzt werden. So z. B., wenn für Wiesbaden 1905 bis 1907 gesagt wird: "Die Stadt hatte damals an die 80 000 Einwohner."<sup>88</sup> Die amtliche Statistik wies 100 953 Einwohner für Wiesbaden 1905 aus.<sup>89</sup> Für das Jahr 1931 wird geschrieben: "Bolkenhain war ein kleines schlesisches Landstädtchen mit annähernd 5 000 Einwohnern."<sup>90</sup> Die Volkszählung vom 16. Juni 1933 ergab für Bolkenhain 4 358 Einwohner.<sup>91</sup> Bei demselben Verfasser lesen wir: "Bolkenhain und Umgebung wurden ökonomisch wie politisch von etwa einem Dutzend Rittergütern geprägt. Von ihnen gehörten fünf oder sechs einem reichlich degenerierten Angehörigen des schlesischen Uradels, einem Grafen Hoja ... Die Umgebung Bolkenhains gehörte in den dreißiger Jahren ... einer Handvoll Großgrundbesitzer, deren ökonomischen und sonstigen Interessen auch die Kreisstadt Bolkenhain zu dienen hatte. So gab es dort unter anderem eine landwirtschaftliche Haushalts- und Winterschule, die vor allem für die Töchter der Dorfbewohner bestimmt war. Die zahlreichen Schloßherren und Gutsbesitzer benötigten ein sowohl billiges als auch gut ausgebildetes, in strengem Gehorsam gegenüber der gutsherrlichen Obrigkeit erzogenes Personal."<sup>92</sup> Zu "etwa einem Dutzend Rittergütern" mit "einer Handvoll Großgrundbesitzer" können kaum "zahlreiche Schloßherren und Gutsbesitzer" gehören. Im Kreis Bolkenhain lagen neben 2 bedeutenden Majoratsherrschaften und 7 Gütern über 20 Rittergüter,<sup>93</sup> darunter die Besitzungen der Grafen Hoyos (nicht Hoja). Rudolf Alois Graf Hoyos besaß die Rittergüter Oberlauterbach, Alt-Röhrsdorf, Schweinhaus und Oberhohendorf, sein Bruder Johannes Graf Hoyos besaß das Rittergut Niederbaumgarten.<sup>94</sup> Der Verfasser schreibt weiter

86 Vgl. Jahrbuch für Bremische Statistik, hg. v. Bureau für Bremische Statistik, 2/1882, Bremen 1883, S. 48.

87 Vgl. ebenda, 2/1892, Bremen 1893, S. 279.

88 Schirmer-Pröscher, W., Die Welt vor meinen Augen. Erinnerungen aus 80 Jahren. Aufgezeichnet von Annelies und Joachim Flatau, Berlin 1969, S. 55.

89 Vgl. Orts-Auskunftsbuch für 1914/15, Berlin 1914, S. 1213

90 Kegel, G., In den Stürmen unseres Jahrhunderts. Ein deutscher Kommunist über sein ungewöhnliches Leben, Berlin 1983, S. 55.

91 Vgl. Meyers Orts- und Verkehrslexikon des Deutschen Reiches, 6. Aufl., Leipzig 1935, S. 65.

92 Kegel, S. 55 f.

93 Vgl. Schlesisches Güteradreßbuch, 11. Ausg., Breslau 1917.

94 Vgl. Gothaisches genealogisches Taschenbuch der gräflichen Häuser, T. B., 106. Jg. 1933, Gotha 1933, S. 190 ff.

über Bolkenhain für die Jahre 1931 bis 1934: "... der einzige Rechtsanwalt des Ortes, der zugleich als Notar zugelassen war".<sup>95</sup> Im Jahre 1930 waren die Rechtsanwälte Justizrat Wilhelm Welzel und Dr. Martin Wünsche<sup>96</sup> und im Jahre 1935 Justizrat Wilhelm Welzel, Dr. Martin Wünsche und Hansjosef Klau als Notare zugelassen, letzterer ab 1931.<sup>97</sup> Eine unzulässige Verallgemeinerung von Gepflogenheiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stellt es dar, wenn ein Autor für die Zeit des Faschismus erklärt: "Inhaber des vorbildlichen Arbeitsknastes war eine Frau. Da Frauen nicht leiten durften, ließ sie das einen neunzehnhundertdreißiger Nazi mit Ingenieurdiplom für sich besorgen."<sup>98</sup>

In einem einschlägigen Handbuch heißt es dazu: "Eine Frau kann auch Betriebsführer oder Unternehmer irgendeines Gewerbebetriebes sein. Nur wenn die Frau verheiratet ist, bedarf sie der Zustimmung des Ehematten. Doch das Fehlen dieser Zustimmung hat nur Rechtsfolgen für die Ehegatten untereinander, nicht nach außen."<sup>99</sup>

Auch folgende Verwechslung ist aufklärbar: Die Fahne "Schwarz-Rot-Gold ... erhielt zudem auf Gesetz der Reichsregierung zusätzlich in der oberen Ecke einen reservierten Platz für die Farben Schwarz-Weiß-Rot. Die Handelsmarine flaggte schon unter Weimar mit diesem Gemisch der alten mit der neuen Fahne als Zeichen der kontinuierlichen Fortsetzung der traditionellen imperialistischen Politik."<sup>100</sup> An anderer Stelle bekräftigt der Autor diese unrichtige Darstellung noch einmal "Schwarz-Weiß-Rot in der Ecke".<sup>101</sup> Die Handelsflagge in der Weimarer Republik war Schwarz-Weiß-Rot mit Schwarz-Rot-Gold in der oberen Ecke.<sup>102</sup>

In einer Darstellung zur Entwicklung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes heißt es: "Seit 1883 gab es schon eine Zeitung 'Der Deutsche Metallarbeiter'."<sup>103</sup> Ab 1883 erschien die "Deutsche Metallarbeiter-Zeitung", die später Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

95 Kegel, S. 57.

96 Vgl. Deutsches Bankier-Buch, 16. Aufl., Berlin 1930, S. 415.

97 Vgl. Mitglieder-Verzeichnis des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen e. V., Reichsfachgruppe Rechtsanwälte, Geschlossen 15. April 1935, Berlin 1935, S. 101; Handbuch über den Preußischen Staat für das Jahr 1931, Berlin 1931, S. 603.

98 Mundstock, S. 306.

99 Handbuch des Betriebsführers, Betriebsführer-Lexikon, 2. erw. Aufl., Berlin 1941, S. 313.

100 Glückauf, E., Begegnungen und Signale, Erinnerungen eines Revolutionärs, Berlin 1976, S. 66.

101 Ebenda, S. 68.

102 Vgl. Der große Brockhaus, Bd. 6, Leipzig 1930, Tafel Flaggen I, nach S. 296.

103 Bücher, O., Ein Sozialist erzählt. Aus dem Leben eines 92jährigen Sozialisten, Berlin 1957, S. 32.

wurde.<sup>104</sup> "Der Deutsche Metallarbeiter" erschien erst ab 1900 als Organ des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.<sup>105</sup> Der gleiche Autor schreibt: "Der Verbandstag 1887 in Braunschweig brachte einen erfreulichen Umschwung. In Berlin wurden die Kollegen Hermann Rohrlack, Hermann Faber, Adolf Cohen und ich als Delegierte gewählt. Vom Vorstand des Berliner Lokalverbandes waren die Kollegen Reinhold Petzold und Paul Litfin eingeladen."<sup>106</sup> Der Autor meint die 3. ordentliche Generalversammlung des 1891 gegründeten Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die nicht 1887, sondern 1897 in Braunschweig stattfand und deren Protokoll H. Barowsky, C. Berger, O. Büchner, A. Cohen, H. Faber als Berliner Delegierte sowie Litfin, Näther und Pätzold als Gäste vom Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgebung nennt.<sup>107</sup>

Besonders sorgfältig sollte geprüft werden, was der Autor nicht aus eigenem Erleben, sondern nur aus Angelesenem kennt, aber nicht mit Quellen belegt. Zur Weltreise des Luftschiffs Graf Zeppelin im Sommer 1929 wird gesagt: "Die 49 000 Kilometer betragende Weltumfahrt des Zeppelin ..."<sup>108</sup> Nach zuverlässiger Quelle betrug die Strecke 33 522 Kilometer.<sup>109</sup>

Über den Initiator der Aktivistenbewegung lesen wir: "Adolf Hennecke, über den man im Lexikon nachlesen kann: Bergmann, förderte am 13. 10. 1948 als Häuer im Steinkohlenbergbau 24,4 m<sup>3</sup> Steinkohle (380 v. H. seiner Tagesnorm)."<sup>110</sup> In den Lexika steht aber: "24,4 m<sup>3</sup> Steinkohle (387 % seiner Tagesnorm)"<sup>111</sup> bzw. "seine Tagesnorm mit 387 % erfüllte".<sup>112</sup> Die falsche Rechnung wurde kurz nach dem geschichtlichen Ereignis in einer Tageszeitung veröffentlicht: "Er förderte während seiner Achtstundenschicht mit dem Preßlufthammer 24,4 cbm Steinkohle, was bei einer Arbeitsnorm von 6,3 cbm je Schicht 380 Prozent des Tagessolls bedeutet."<sup>113</sup> Zu einem der Nacheiferer Henneckes

104 Vgl. Zeitungen und Zeitschriften der Zentralbibliothek der Gewerkschaften. Ein systematisch gegliederter Bestandskatalog der bis 1945 erschienenen periodischen Literatur, Berlin 1960, S. 16.

105 Vgl. ebenda, S. 25.

106 Büchner, S. 32.

107 Vgl. Protokoll der dritten ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu Braunschweig, abgehalten vom 20. bis 24. April 1897, S. 135 f.

108 Kuckhoff, G., Vom Rosenkranz zur Roten Kapelle, Berlin 1972, S. 57 f.

109 Vgl. Rackwitz, E., Reisen und Abenteuer im Zeppelin. Nach Tagebuchaufzeichnungen von Dr. Hugo Eckener, Berlin 1955, S. 158.

110 Zinner, S. 202.

111 Meyers Neues Lexikon, Bd. 6, Leipzig 1973, S. 230.

112 Ökonomisches Lexikon, Bd. A - G, 3. neu bearb. Aufl., Berlin 1978, S. 71; vgl. Ökonomisches Lexikon, Bd. A - K, 2. neu bearb. Aufl., Berlin 1970, S. 71.

113 ND, Ausg. A, 16. 10. 1948.



wird gesagt: "Maurer Albert Garbe, auch er einer, der damals neue Methoden und eine neue Arbeitsmoral auf seinem Gebiet entwickelte."<sup>114</sup> Gemeint ist hier der Ofenmaurer Hans Garbe.<sup>115</sup> Albert Garbe war ein Schauspieler.<sup>116</sup>

Gewiß, wenn solche Ungenauigkeiten, Irrtümer, Fehler berichtigt werden, ändert das kaum etwas an dem, was die Autoren aus persönlich wichtigem Erleben in Erinnerung behalten haben. Aber auch keine dieser Ungenauigkeiten, keiner dieser Irrtümer und Fehler wäre in der Lage, aufkommende Zweifel an der Richtigkeit des dargestellten persönlichen Erlebens, soweit es nicht nachprüfbar ist, zu widerlegen. Wo außerhalb schöngeistiger Literatur Geschichte nachgezeichnet wird, sollten nachweisbare Unrichtigkeiten vermieden werden, damit nichts den Leser hindert, diesen Quellen die gebührende Achtung zu zollen.

Ich danke meinem "uralten" Lehrer, daß er mich anspornte, diesen Beitrag zu schreiben.

114 Zinner, S. 203.

115 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, Berlin 1966, S. 42 f.

116 Vgl. Reichow, J./Hanisch, M., Filmschauspieler A - Z, Berlin 1971, S. 147.

## TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Langfristige Schwankungen im Wirtschaftswachstum:  
ihre Ursachen und Konsequenzen  
(10. bis 14. Juni 1985 in Weimar)

Das vom IIASA (International Institute for Applied System Analysis) in Laxenburg und vom Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR gemeinsam ausgerichtete "International Meeting on Long-Term Fluctuations in Economic Growth: Their Causes and Consequences" stellte gewissermaßen eine Fortsetzung des 1983 vom IIASA (gemeinsam mit dem Regionalinstitut für Wirtschaftsplanung der Toscana) in Siena veranstalteten Meetings zum Thema "Long Waves, Depression, and Innovation: Implications for National and Regional Economic Policy" dar.

In der Mehrzahl der Beiträge wurde die Problematik anhand verschiedener Aspekte kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung untersucht. Es wurden aber auch Untersuchungen über langfristige Wachstumsschwankungen innerhalb der sozialistischen Wirtschaftsentwicklung (von Heinz-Dieter Haustein, Berlin; Judit Simon, Budapest; Béla Sipos, Pecs) sowie verallgemeinerte, nicht formationspezifizierte Ansätze (von Richard Goodwin, Siena; Erik Mosekilde, Lyngby/Steen Rasmussen, Lyngby/Maciej Zebrowski, Kraków; Gerhard Mensch, Cleveland/Wolfgang Weidlich, Stuttgart/Günter Haag, Stuttgart) präsentiert.<sup>1</sup> Ju. V. Jakovec (Moskau) referierte zur Chronologie der technischen Revolutionen von der Antike bis zur Gegenwart, und der Beitrag von Thomas Kuczynski (Berlin) "Marx und Engels über die 'langen Wellen'" war vornehmlich theoriehistorischer Natur.

Bei den empirischen Analysen zur kapitalistischen Entwicklung dominierten solche zur Weltwirtschaft und zu den Volkswirtschaften der Industrieländer, wogegen Probleme der Entwicklungsländer lediglich in dem Beitrag von Federico Foders und Hans Hinrich Glismann (beide Kiel) über Argentinien sowie als Bestandteil des von Wilhelm Krelle (Bonn) vorgestellten Modells weltwirtschaftlichen Strukturwandels behandelt wurden. Die Beiträge von Peter Nijkamp (Amsterdam) und Giuliano Bianchi (Siena) hatten langfristige Aspekte regionalen Strukturwandels in den Niederlanden bzw. in Italien und Großbritannien zum Gegenstand.

1 Die den Namen beigefügten Ortsnamen beziehen sich auf den derzeitigen Arbeitsort und sind nicht immer mit der Staatsbürgerschaft des Genannten identisch.

Es wurden auch Beiträge diskutiert, die auf monetären Variablen basierten (von Pekka Korpinen, New York; Massimo Di Matteo, Siena; Jos Delbeke, Leuven) oder primär außerökonomische Phänomene wie Kriege (Paul Craig, Davis/USA) und vornehmlich sozial- und verhaltenspsychologische Indikatoren (Wolfgang Baaske, Laxenburg) zum Gegenstand hatten. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand aber zweifelsohne die Analyse realökonomischer und technoökonomischer Variablen (Wachstumsraten, Profitraten und Strukturkoeffizienten bzw. Inventionen, Innovationen und technologische Substitutionen) und ihres Wechselspiels. Neben den meisten der weiter unten unter methodischem Aspekt genannten Beiträge sind hier vor allem die von Harry Maier (Berlin), Alfred Kleinknecht (Limburg), S. M. Men'šikov (Moskau), Glismann, Kees Van Paridon (Amsterdam), Peter Fleissner (Wien) sowie von A. V. Poletaev und R. M. Entov (beide Moskau) zu nennen. In einigen Beiträgen (vor allem von Gerhart Bruckmann, Wien; Peter Oppenheimer, London; Maier sowie von Jürgen Kuczynski, Berlin, in seinem Grußwort an die Konferenz) wurde auch ein Blick in die Zukunft gewagt.

Wie in sachlicher so wies die Konferenz auch in methodischer Hinsicht eine beträchtliche Variationsbreite auf: Neben den schon traditionellen Methoden der Statistik fanden insbesondere Anwendung: systemdynamische Modelle (John Sterman, Cambridge /USA/, sowie Mosekilde et al.), synergetische Modellansätze (Thomas Hager, Berlin), Selbstorganisationsmodelle (Mensch et al.), katastrophentheoretische Modelle (L. A. Klimenko, Moskau/Men'šikov), Input-Output-Modelle (K. A. Val'tuch, Novosibirsk), nichtlineare partielle Kleinstquadratschätzungen (Herman Wold, Uppsala/Klaus Kaasch, Westberlin/Mensch), Digital-Filter (Rainer Metz, Tübingen), Spektralanalyse (Ju. A. Čižov, Novosibirsk) und logistische Funktionen (Nebojsa Nakicenovic, Laxenburg).

Die über 30 schriftlich vorgelegten Beiträge wie auch die unter den etwa 60 Teilnehmern aus 16 Ländern außerordentlich lebhaft geführten Diskussionen lieferten eindeutige Belege für die Existenz langfristiger Wachstumsschwankungen in der Wirtschaftsentwicklung. Die Teilnehmer der Konferenz waren sich darin einig, daß - insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Bestimmung von Strategien zukünftiger Wirtschaftsentwicklung - die Forschungen zum Konferenzthema verstärkt fortgeführt werden müssen (unter diesem Gesichtspunkt seien die Beiträge von Haurstein und Maier hervorgehoben und die Tatsache erwähnt, daß ein geschäftsführender Direktor der Weltbank, Korpinen, und der Chefökonom von Shell, Oppenheimer, zu den Konferenzteilnehmern zählten). Die Notwendigkeit weiterer Forschung ergibt sich aber auch aus dem gegenwärtig erreichten Diskussionsstand, denn faktisch wurden auf der Konferenz sämtliche theoretischen Erklärungsansätze, Untersuchungsobjekte, Methoden der mathematisch-statistischen Analyse, erzielten Resultate und vorgebrachten Interpretationen gegenseitig entweder direkt in der Diskussion oder indirekt (durch den konträren Inhalt der vorgelegten Beiträge) in Frage gestellt. Es seien hier nur einige wenige Punkte genannt:

1. Obgleich die Existenz langfristiger Schwankungen im Wirtschaftswachstum als historisches Faktum anerkannt wird, ist weiterhin umstritten, ob ihnen eine theoretisch faßbare Gesetzmäßigkeit zugrunde liegt oder ob sie das Resultat historisch einmaliger Ereignisse (exogener Schocks usw.) sind.

2. Sofern Gesetzmäßigkeiten oder zumindest endogene Regulative und Mechanismen als gegeben unterstellt werden, ist durchaus umstritten, ob sie primär im mikro-, meso-, makro- oder megaökonomischen Bereich (also, vereinfacht gesprochen, im einzelnen Unternehmen bzw. Sektor oder in der einzelnen Volkswirtschaft bzw. der Weltwirtschaft) zu suchen sind (wobei natürlich Rückwirkungen in die jeweils anderen Bereiche nicht ausgeschlossen wurden). Damit im Zusammenhang (aber nicht damit identisch) wurde die Frage diskutiert, ob die den "langen Wellen" zugrunde liegenden Mechanismen vornehmlich in der Produktions- oder in der Distributionssphäre zu suchen sind, und wenn ersteres zutrifft, ob der durch Basisinnovationen erzeugte Aufschwung oder der durch die Profitratenbewegung erzeugte Abschwung das bestimmende Moment in der Gesamtbewegung ausmacht. Gerade zu diesem Thema fanden die lebhaftesten Diskussionen statt, die darin kulminierten, daß - um wenigstens diesen Extremfall zu nennen - Glismann die Resultate seiner Inventionsanalyse in der Weise interpretierte, daß er die Innovationshypothese (Basisinnovationen tragen den neuen Aufschwung) ablehnte, Kleinknecht hingegen meinte, die Materialgrundlage der Analyse (Inventionen) könne gar nicht zur Verifikation oder Falsifikation der diskutierten Hypothese benützt werden, Th. Kuczynski dagegen der Auffassung war, die von Glismann erzielten Resultate bestätigten die Innovationshypothese.

3. Ziemlich unabhängig von ihren theoretischen Erklärungsansätzen wurde von den Teilnehmern eine Vielzahl verschiedener (oben schon genannter) mathematischer Methoden verwendet, die zu teilweise einander widersprechenden Resultaten führten, und zwar sogar bei der Analyse der gleichen Phänomene.

Der einzige Ausweg aus diesen Dilemmata - und hierin waren sich wiederum alle Teilnehmer einig - ist ein wechselseitiger Informationsaustausch, zumindest ein Austausch von Daten oder, besser, von Methoden und Rechenprogrammen, um so die Möglichkeit zu haben, die Stabilität der Lösungen zu untersuchen wie auch die möglichen Effekte der verschiedenen Verfahren und Methoden der Datenrekonstruktion, -manipulation und -verarbeitung besser studieren zu können. Ebenso sollten die teilweise nur sehr losen Beziehungen zwischen Theorie und Modell einerseits, zwischen Modell und Daten andererseits gestärkt werden, um so zu einheitlichen, d. h. selbstkonsistenten Ansätzen zu gelangen.

Daher haben die Teilnehmer der Konferenz in einer Abschlusserklärung vorgeschlagen, die Möglichkeit des Aufbaus eines ständigen interdisziplinären Forschungsschwerpunkts zu diesem Thema beim IIASA zu überprüfen. Auf dieser Basis wäre es sowohl wünschenswert als auch durchführbar, nicht nur konsistente Ansätze und Theorien zu entwickeln, sondern auch Vorschläge für Strategien auf dem Gebiet der sozialökonomischen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung.

Die auf der Konferenz vorgelegten Beiträge sollen in einem Sammelband beim Akademie-Verlag publiziert werden.

Thomas Kuczynski

## BIBLIOGRAPHIE

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte

von Renate Günther

Bernd Adelhoch

Zur Entwicklung bürgerlich-philosophischer Technikinterpretationen und -konzeptionen in Deutschland in der Zeit der Weimarer Republik (1919 - 1933)

Dissertation A (7. 2. 1984)

Technische Universität Dresden

1. Zu einigen politischen, ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Entwicklungstendenzen in der Weimarer Republik
2. Bürgerlich-philosophische Technikinterpretationen und -konzeptionen; Die Interpretation der Technik zu Beginn der Epoche des Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus durch Walther Rathenau und Oswald Spengler. Bürgerlich-philosophische Technikinterpretationen und -konzeptionen adressiert an die technische Intelligenz. Philosophische Technikinterpretationen und -konzeptionen innerhalb der bürgerlichen technischen Intelligenz

José Arce Luna

Die territoriale Wirtschaftspolitik in Mexiko - Kritische Einschätzung und Vorschläge zur Weiterentwicklung

Dissertation A (21. 10. 1983)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Zu ausgewählten Merkmalen der Entwicklung der Territorialstruktur der gesellschaftlichen Reproduktion Mexikos von 1940 bis zur Gegenwart; Die Entwicklung der Produktion und ihr Einfluß auf die territoriale Struktur vor dem II. Weltkrieg. Wirtschaftliche Veränderungen in Mexiko nach 1940. Disproportionen in der Territorialstruktur der Produktion und der Beschäftigten, Disproportionen in der territorialen Bevölkerungsstruktur und der Siedlungsstruktur sowie in den Lebensbedingungen. Die Rolle des Profits bei der Standortwahl
2. Zur Kritik der territorialen Wirtschaftspolitik der mexikanischen Regierung; Zum Charakter des Kapitalismus in Mexiko. Die territoriale Wirtschaftspolitik der mexikanischen Regierung - theoretische Konzeption, charakteristische Merkmale und grundsätzliche Einschätzung. Kritische Einschätzung der Organe und Instrumente der territorialen Wirtschaftspolitik in Mexiko
3. Vorschläge für die Entwicklung der territorialen Wirtschaftspolitik und einer Territorialplanung in Mexiko

Möglichkeiten und Grenzen der staatsmonopolistischen Mobilisierung von Kapital zur Durchsetzung neuer Erfordernisse der Akkumulation des Monopolkapitals in der BRD

Dissertation A (1983)

Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED

1. Zur Akkumulation des Monopolkapitals im staatsmonopolistischen Kapitalismus unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Gegenwart; Neue Erfordernisse der Kapitalakkumulation unter den Bedingungen des raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Neue Aspekte der Kapitalakkumulation in den 70er Jahren
2. Möglichkeiten und Grenzen staatsmonopolistischer Erschließung und Mobilisierung von Akkumulationsquellen; Die Verflechtung von monopolistischen und staatlichen Aktivitäten bei der Bewältigung von neuen Anforderungen der Kapitalakkumulation. Staatsmonopolistische Möglichkeiten der Erweiterung des Kapitaleinsatzes für die Akkumulation, Rüstungsproduktion und staatsmonopolistische Kapitalakkumulation
3. Zu wesentlichen sozialökonomischen Folgen gegenwärtiger staatsmonopolistischer Akkumulationsprozesse; Staatsmonopolistische Kapitalakkumulation und Reproduktion der Arbeitskraft. Staatsmonopolistische Akkumulationsprozesse und Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse

Eberhard Bienert

Zur Geschichte der agrarwissenschaftlichen Propaganda der URANIA (von der Gründung der URANIA bis zum X. Parteitag der SED)

Dissertation A (24. 4. 1984)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die agrarwissenschaftliche Propaganda der URANIA als Element der sozialistischen Kulturrevolution auf dem Lande
2. Beitrag der URANIA zur Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft bis Anfang der 60er Jahre; Beginn der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft und sich daraus ergebende Anforderungen an die URANIA. (Orientierung auf die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft, Schöpferische Verwirklichung des Leninschen Genossenschaftsplanes in der DDR, Anforderungen der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft an das Wirken der URANIA). Entwicklung der agrarwissenschaftlichen Propaganda der URANIA bis zum Anfang der 60er Jahre (Herausbildung der URANIA und Beginn ihrer Vortragstätigkeit auf dem Lande, Maßnahmen der URANIA zur Förderung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, Anteil der URANIA an der Gründungsphase der Dorfkakademien, Bilanz des agrarwissenschaftlichen Wirkens der URANIA in dieser Periode)
3. Einflußnahme der URANIA auf die Entwicklung der LPG in den 60er Jahren; Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande und die Anforderungen an die URANIA. Schwerpunkte der Propagandatätigkeit der URANIA auf dem Lande in der zweiten Hälfte der 60er Jahre (Unterstützung für die sich entwickelnden Kooperationsformen in der sozialistischen Landwirtschaft). Bilanz des Wirkens der URANIA auf dem Lande während der 60er Jahre

4. Aufgaben der agrarwissenschaftlichen Propaganda der URANIA seit dem VIII. Parteitag der SED; Erste neue Tendenzen der populärwissenschaftlichen Arbeit der URANIA auf dem Lande (1970). Grundlinien der agrarwissenschaftlichen Propaganda der URANIA in der ersten Hälfte der 70er Jahre. Neue Aufgaben und Formen der agrarwissenschaftlichen Propaganda seit dem IX. Parteitag der SED und nach dem VI. Kongreß der URANIA
5. Schlußbetrachtung; Gedanken zur Gestaltung der agrarwissenschaftlichen Propaganda der URANIA in den achtziger Jahren

Sigrid Czesnick

Der Handel mit Agrarprodukten und sein Einfluß auf die Agrarproduktion im Gebiet des Kreises Wolgast (1945 - 1967)

Dissertation A (17. 7. 1984)

Humboldt-Universität zu Berlin

2. Erfassung und Aufkauf in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und zu Beginn der sozialistischen Umgestaltung (1945 - 1952): Die Schaffung der Voraussetzungen für Erfassung und Aufkauf in der Periode der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945 - 1949). Die Schaffung des staatlichen Systems von Erfassung und Aufkauf zu Beginn der sozialistischen Umgestaltung (1949 - 1952) (Bildung von Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieben /VEAB/ 1949; Gründung des Kreises und Bildung des VEAB Wolgast 1952)
3. Das staatliche System von Erfassung und Aufkauf im Kreis Wolgast unter den Bedingungen der überwiegend kleinen Warenproduktion in der Landwirtschaft (1953 - 1959): Der Kampf um die Erfüllung der staatlichen Beschaffungspläne durch den VEAB Wolgast bis Mitte der 50er Jahre (Bewährungsprobleme im Jahre 1953; Bemühungen um produktivere Arbeitsmethoden 1954). Die Gestaltung der Beziehungen zwischen dem VEAB Wolgast und den landwirtschaftlichen Produzenten in der zweiten Hälfte der 50er Jahre
4. Die weitere Ausgestaltung des staatlichen Handels mit Agrarprodukten nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse im Kreis Wolgast (1960 - 1967): Die Vertragsproduktion zwischen den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der Verarbeitungsindustrie (1960 - 1963). Die Ausgestaltung der Direktbeziehungen (1964 - 1967)

Joachim Dallmann

Entwicklungstendenzen und Widersprüche in der französischen Landwirtschaft der Gegenwart

Dissertation A (31. 1. 1984)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die Stellung der Landwirtschaft innerhalb der Volkswirtschaft Frankreichs; Die natürlichen Bedingungen des landwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses. Die ökonomischen Bedingungen
2. Der Widerspruch zwischen dem Entwicklungsstand der landwirtschaftlichen Produktivkräfte und der Agrarstruktur Frankreichs; Die Grundzüge der Entwicklung der Produktivkräfte in der französischen Landwirtschaft. Die Auswirkungen der

Anwendung moderner Produktivkräfte auf die Steigerung der tierischen Leistungen und der pflanzlichen Erträge. Die Agrarstrukturkrise in der französischen Landwirtschaft

3. Die widersprüchliche Durchsetzung des kapitalistischen Konzentrationsprozesses in der französischen Landwirtschaft: Die Widersprüche des kapitalistischen Konzentrationsprozesses, seine Formen in der französischen Landwirtschaft. Die sozialökonomischen Auswirkungen des kapitalistischen Konzentrationsprozesses und der Kampf um die Durchsetzung einer antimonopolistischen Demokratie

Rainer Dietrich

Soziologische Aspekte von Entwicklung, Struktur und sozialem Verhalten städtischer vor- und halbproletarischer Übergangsschichten im abhängigen und rückständigen Kapitalismus Lateinamerikas, untersucht an ausgewählten Beispielen unter besonderer Berücksichtigung Kolumbiens

Dissertation A (21. 10. 1983)

Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

1. Zu ausgewählten Spezifika der sozialökonomischen Entwicklung Lateinamerikas: Abhängigkeit und Rückständigkeit als wesentliche Bestimmungen der kapitalistischen Produktionsweise in Lateinamerika. Zu ausgewählten Aspekten der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in Lateinamerika. Zu ausgewählten Grundzügen von Bevölkerungsentwicklung und Urbanisierung in Lateinamerika
2. Die Quellen des städtischen Pauperismus in Lateinamerika: Ursprüngliche und kapitalistische Akkumulation als gesetzmäßige Quellen des städtischen Pauperismus in der kapitalistischen Produktionsweise. Der städtische Pauperismus in Lateinamerika als Ausdruck von Abhängigkeit und Rückständigkeit, Stagnation und Fäulnis der kapitalistischen Produktionsweise
3. Zur Herausbildung, Veränderung und Diversifizierung der "Marginalitätskonzeption" in Lateinamerika in der neueren soziologischen Literatur
4. Stellung und Funktion der städtischen vor- und halbproletarischen Übergangsschichten im kapitalistischen Reproduktionsprozeß Lateinamerikas: Sozialökonomische Eingrenzung der städtischen vor- und halbproletarischen Übergangsschichten in der Klassen- und Sozialstruktur Lateinamerikas. Zu einigen Aspekten der Anwendung der Marx'schen Kategorie der relativen Überbevölkerung unter den Bedingungen des abhängigen und rückständigen Kapitalismus in Lateinamerika
5. Lebensbedingungen und Organisationsstruktur der städtischen vor- und halbproletarischen Übergangsschichten. Das Elendsviertel als territoriales Umfeld der Existenz der städtischen vor- und halbproletarischen Übergangsschichten
6. Zu ausgewählten Aspekten des sozialen Verhaltens der städtischen vor- und halbproletarischen Übergangsschichten, insbesondere in seiner Relevanz für den Klassenkampf in den Ländern Lateinamerikas



Zur Formierung der politischen Ökonomie des Sozialismus als Lehr- und Forschungsdisziplin während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR bis Mitte der fünfziger Jahre

Dissertation A (1983)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Zu den Grundzügen der institutionellen Formierung der politischen Ökonomie des Sozialismus im gesellschaftlichen Umwälzungsprozeß bis Mitte der fünfziger Jahre
2. Zum Formierungsprozeß methodologisch-theoretischer Probleme der politischen Ökonomie des Sozialismus im Zeitraum von 1945 bis in die Mitte der fünfziger Jahre; Über die Anerkennung der Notwendigkeit, des Gegenstandes und der Stellung der politischen Ökonomie des Sozialismus zu anderen ökonomischen Disziplinen. Zu Grundfragen der Beziehungen zwischen dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln, den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften. Zu einigen Grundfragen der Bestimmung des Wesens und der Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Sozialismus
3. Zum Erkenntnisprozeß der ökonomischen Gesetze der sozialistischen Produktionsweise bis Mitte der fünfziger Jahre; Zu den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und Problemen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus (Notwendigkeit und Zeitdauer der Übergangsperiode; Ökonomische Rolle des sozialistischen Staates; Allgemeine Bedingungen; Spezifische Besonderheiten; Wirken der ökonomischen Gesetze während der Übergangsperiode). Über die Auffassungen vom ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus. Zum Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft. Über die Warenproduktion in der sozialistischen Wirtschaft und das Wirken des Wertgesetzes

Barbara Eckardt

Zur Verbindung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus in der DDR - Philosophisch-historische Betrachtungen (im Zeitraum von 1961 bis 1981 bezogen auf die Industrie)

Dissertation A (6. 7. 1984)

Pädagogische Hochschule "Karl Liebknecht" Potsdam

1. Zur Dialektik von Philosophie und Praxis
2. Allgemeine Entwicklungsrichtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Gegenwart und zum heutigen Stand der Diskussion der Begründung der wissenschaftlich-technischen Revolution: Empirisch konstatierbare Veränderungen in den Produktivkraftsystemen der ökonomisch am weitesten entwickelten Länder. Stand der Diskussion um Begriff, Wesen und Merkmale der Kategorie wissenschaftlich-technische Revolution. Für die DDR wesentliche Widersprüche bei der Verwirklichung der wissenschaftlich-technischen Revolution
3. Der Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Industrie der DDR der sechziger und siebziger Jahre; Die Periodisierung der Wirtschaftsgeschichte der DDR und ihre Kriterien. Charakterisierung der Ausgangssituation der DDR für die Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Zum widerspruchsvollen Prozeß der Strukturveränderungen und des Übergangs von einer vorwiegend extensiv zur vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion in der Industrie der DDR
4. Errungenschaften - Vorzüge - Werte des Sozialismus

Lutz Fahlbusch

Bauern im Klassenkampf - Studien zur politisch-ideologischen Entwicklung in der  
werkstätigen Bauernschaft Deutschlands 1919 bis 1929

Dissertation A (7. 9. 1983)

Friedrich-Schiller-Universität Jena

1. Zur Entwicklung der ökonomischen und politisch-ideologischen Situation der werk-  
tätigen Bauern während der revolutionären Nachkriegskrise 1919 - 1923
2. Die Entwicklung und der wachsende Einfluß oppositioneller, demokratischer Kräfte  
in der werkstätigen Bauernschaft in den ersten Jahren der Periode der relativen  
Stabilisierung des Kapitalismus 1924 bis 1926; Die Auswirkungen der chronischen  
Agrarkrise auf die Lage werktätiger Bauern und die Taktik junkerlich-großagra-  
rischer Kräfte zur Sicherung ihres ökonomischen und politischen Einflusses. Die  
kleinbäuerliche Protestbewegung und die erste Reichskonferenz der Kleinbauern,  
Pächter und Siedler im November 1924. Der Beginn einer neuen Etappe in der  
Bündnispolitik der KPD gegenüber den werkstätigen Bauern und die wachsende Ak-  
tivität linker Kräfte
3. Der offene Ausbruch der Agrarkrise in Deutschland und die Verschärfung der  
Klassenauseinandersetzungen auf dem Lande 1927 bis 1929. Der Übergang der  
chronischen Agrarkrise in ihr akutes Stadium und die staatlichen Versuche der  
Krisenüberwindung. Die bäuerlichen Protestbewegungen gegen drohenden Ruin  
und die Unterstützung der werkstätigen Bauern durch die KPD in den Jahren 1928/  
29. Die neuen Tendenzen zur Modifikation des Organisationswesens in der Land-  
wirtschaft

Jörg-Peter Findeisen

Die progressive wirtschaftspolitische Reformpublizistik in Schwedisch-Pommern  
im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts

Dissertation B (1. 2. 1984)

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

1. Schwedisch-Pommern im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts; Feudale Agrar-  
struktur und Dominanz der Leibeigenschaft. Umfang und Haupterzeugnisse der  
landwirtschaftlichen Warenproduktion. Schwedisch-pommersche Spezifik der ur-  
sprünglichen Akkumulation des Kapitals. Veränderungen in der städtischen Ge-  
werbestruktur (Anwachsen der Lohnarbeit; Akkumulation von Geldvermögen durch  
das Handelsbürgertum; Versuche einer kapitalistischen Warenproduktion). Ur-  
sachen des Scheiterns vieler Manufakturprojekte (Kapitalmangel der Manufaktur-  
unternehmer und die finanzpolitische Opposition des Patriziats gegen manufaktur-  
fördernde Kredite; Territoriale Besonderheiten als Ursachen für den Widerstand  
des reichen Handelsbürgertums gegen manufakturfördernde Veränderungen). Man-  
gelhafte Unterstützung der manufakturrellen Entwicklung durch die schwedische  
Krone (Fiskalische und protektionistische Züge in der schwedischen Wirtschafts-  
politik gegenüber Vorpommern; Auswirkungen der besonderen Verbindung Schwe-  
disch-Pommerns zum deutschen Reichsverband auf die königliche Entscheidungs-  
gewalt)
2. Die progressive wirtschaftspolitische Reformpublizistik in Schwedisch-Pommern  
im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts; Wirtschaftspolitische Reformtraditionen  
bis 1750. Die wirtschaftspolitische Publizistik der Stralsunder Hennings, Reichen-

bach und Gemeinhardt. Agrarpolitische Reformvorstellungen der progressiven schwedisch-pommerschen Wirtschaftspublizisten. Merkantilistisch beeinflusste handelspolitische Reformvorstellungen. Vorstellungen einer staatlich gelenkten manufakturrellen Entwicklung

Irina Friedrich

Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in Rumänien (1949 -1962)

Dissertation A (28. 6. 1984)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die Voraussetzungen für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft (Ergebnisse der Bodenreform; Politisches Kräfteverhältnis; Ökonomische Situation)
2. Die strategische Aufgabenstellung der Partei für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft (Märzplenium des ZK der RAP 1949, II. Parteitag der RAP 1955)
3. Die Bündnispolitik der RAP bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft: Die erste Etappe 1949 - 1955 (Die Bündnispolitik; Hilfe der Arbeiterklasse und des Staates; Rolle und Entwicklung der Staatsgüter; Einfluß und Entwicklung der MTS; Steuer- und Kreditpolitik und Gestaltung des Warenaustauschs zwischen Stadt und Land; Materielle, politisch-ideologische und kulturelle Hilfe der Arbeiterklasse für die werktätige Bauernschaft. Die Veränderungen in der sozialen Struktur der Bauernschaft bis 1955). Die zweite Etappe 1956 - 1961/62
4. Die Ergebnisse der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft: Die Veränderungen in der Klassen- und Sozialstruktur der Gesellschaft durch die Herausbildung der Klasse der Genossenschaftsbauern. Die Änderung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bauernschaft im Ergebnis der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Allgemeines und Besonderes bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft

Rainer Geske

Ursachen und ökonomisch-geographische Folgewirkungen des Bedeutungsrückgangs von montanindustriell geprägten Ballungsgebieten in der EG, dargestellt an ausgewählten Beispielen

Dissertation B (8. 12. 1983)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Der Gebietstyp Ballung
2. Die Ursachen des Bedeutungsrückgangs montanindustriell geprägter Ballungsgebiete im EG-Raum; Unausgewogene Proportionen innerhalb der Wirtschaftsbe-  
reiche. Der unter dem nationalen Durchschnitt liegende Produktionsindex der  
montanen Industriezweige Steinkohlenbergbau, Eisenerzbergbau und Eisenmetall-  
urgie. Die Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die  
genannten Zweige der Montanindustrie (Quantitativer Rückgang des Steinkohlenver-  
brauchs; Zunehmende Substitution von Steinkohle; Kostendepression für über-  
seeische Eisenerze durch wachsende Schiffsgrößen; Zunahme der Steinkohlenim-  
porte aus Übersee; Neue Technologien in der Eisen- und Stahlindustrie). Die zu-  
nehmende monopolistische Internationalisierung und Kapitalverflechtung der Mon-

tanindustrie im Integrationsraum. Der Ausbau der Vertikalintegration von Konzernen der Eisenmetallurgie bei zunehmender Diversifikation der Produktion in Bereichen außerhalb der Montanindustrie

3. Ökonomisch-geographische Folgewirkungen des Bedeutungsrückgangs montanindustriell geprägter Ballungsgebiete im EG-Raum; Raumwirksame Veränderungen in der Standortverteilung der Eisen- und Stahlindustrie (Die weitere Konzentration der Produktion auf Standorte im Bereich leistungsfähiger Verkehrsträger; Die Entwicklung eines Verbundes zwischen Küstenstandorten und Standorten in den "klassischen" Eisen- und Stahlrevieren). Raumwirksame Veränderungen in der Nutzung der Steinkohlen- und Eisenerzressourcen (Die Neubewertung der Bergbauzonen des Ruhrgebietes; Der relative Bedeutungszuwachs des Steinkohlenabbaus im saarländisch-lothringischen Revier; Der überdurchschnittliche Rückgang der Steinkohlenförderung in der Nordregion; Die Einstellung des Steinkohlenabbaus in Wallonien; Der starke Rückgang der Eisenerzförderung im lothringisch-luxemburgischen Minetterevier)

Gerd Glühmann

Die Beschäftigungsentwicklung in der BRD-Industrie am Beispiel der Elektroindustrie und Eisen- und Stahlindustrie. Ein Beitrag zur Analyse der Ursachen für die Herausbildung einer chronischen Massenarbeitslosigkeit in der BRD in den 70er Jahren

Dissertation A (1983)

Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR

1. Tendenzieller Anstieg der Massenarbeitslosigkeit in der BRD in den 70er Jahren bei veränderten Wachstums- und Reproduktionsbedingungen
2. Der Einfluß der kapitalistischen Rationalisierung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Beschäftigung in der Elektroindustrie und in der Eisen- und Stahlindustrie der BRD in den 70er Jahren (Stellung in der Gesamtindustrie; Konzentration und Zentralisation; Monopolistische Akkumulation und Intensivierung des Reproduktionsprozesses; Wirtschaftswachstum; Produktivitätsentwicklung und Nachfrage nach lebendiger Arbeit; Beschäftigungsstruktur im Verlauf der 70er Jahre)
3. Veränderungen in der Beschäftigung in der Elektroindustrie und Eisen- und Stahlindustrie in den 70er Jahren und ihre Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit
4. Alternativen zur staatsmonopolistischen "Beschäftigungspolitik" in der BRD

Frieder Gottschalk

Die Verbreitung und Entwicklung marxistisch-leninistischer Positionen zu Gegenstand und Methode und zu Ware, Wert und Geld als Bestandteil der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse in der Zeit vom VI. zum VII. Parteitag der SED (1963 - 1967) in der DDR

Dissertation A (4. 11. 1983)

Bergakademie Freiberg

1. Die wirtschaftshistorische und politische Situation zwischen dem VI. und VII. Parteitag der SED
2. Die Stellung und Bedeutung der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie in der Untersuchungszeit

3. Die Verbreitung und Entwicklung marxistisch-leninistischer Positionen zu ausgewählten Kategorien der politischen Ökonomie. Der Gegenstand und die Methode der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie. Ware, Wert und Geld

Gerda Grammdorf

Zur dynamischen Veränderung der sozialen Struktur in der Stadt Rostock im Prozeß des Aufbaus des Sozialismus in den Jahren von 1945 bis 1970

Dissertation A (6. 7. 1972)

Universität Rostock

1. Die methodologischen und methodischen Voraussetzungen für die Analyse der sozialen Struktur der Gesellschaft
2. Der historische Materialismus und die soziale Struktur der Gesellschaft
3. Zur sozialen Gliederung der Bevölkerung in der Stadt Rostock unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in den Jahren 1939 - 1945: Zur Analyse der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Mecklenburg. Zur sozialen Gliederung der Bevölkerung in der Stadt Rostock. Zur Bildungsstruktur
4. Die soziale Gliederung der Bevölkerung Mecklenburgs im Jahre 1946 als Ergebnis des II. Weltkrieges: Die Veränderung durch Umsiedler. Die Bevölkerungsstruktur Mecklenburgs im Ergebnis der großen Wanderungsbewegung. Die Berufsstruktur
5. Zur dynamischen Veränderung der sozialen Struktur in der Stadt Rostock im Prozeß des Aufbaus des Sozialismus in den Jahren von 1949 - 1970: Veränderung der Bevölkerungsstruktur, der sozialen Struktur der Berufstätigen, der Arbeiterklasse, der Intelligenz, der übrigen sozialen Schichten, der Bildungsstruktur

Kristina Groß

Die Monopolisierung der Textilindustrie im gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD

Dissertation A (2. 2. 1984)

Handelshochschule Leipzig

1. Hauptursachen und Haupttriebkkräfte der Monopolisierung der Textilindustrie im Kapitalismus
2. Hauptwege und Hauptformen der Monopolisierung der Textilindustrie im gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD: Die Monopolisierung der Textilindustrie durch die Chemiemonopole über die monopolkapitalistische vertikale Integration und ihre Formen. Die Entwicklung der Monopolisierung durch die Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital in der Textilindustrie der BRD unter den gegenwärtigen Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Rolle der privaten Monopolbanken im Prozeß der Monopolisierung der BRD-Textilindustrie
3. Die Entwicklung der Kapitalverwertung und die Strukturkrise der Textilindustrie unter den Bedingungen der Monopolisierung im gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD

Zur Beherrschung von Wissenschaft und Technik im japanischen Imperialismus - Politökonomische Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Kapitalproduktion und des Transport- und Nachrichtenwesens

Dissertation B (2. 12. 1983)

Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden

1. Grundlagen und Grundzüge der Beherrschung der Prozesse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in Japan: Japan - ein imperialistisches Rivalitätszentrum unter den Bedingungen der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Bestimmte Anforderungen der Kapitalreproduktion unter den gegenwärtigen Bedingungen und die ihnen entsprechenden Herrschaftsstrukturen (Einige Wechselbeziehungen zwischen materiell-technischer Basis und Kapitalreproduktion; Der Zusammenhang von wissenschaftlich-technischem Fortschritt, militärisch-industriellem Komplex und grundlegenden ökonomischen Prozessen; Das Spezifische am Ausbeutungssystem; Über die Rolle der staatlichen Wirtschaftsprogramme)
2. Zur staatsmonopolistischen Regulierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in Japan (Grundlegende Strukturen bei der Beherrschung von Wissenschaft und Technik; Entwicklungstendenzen von Wissenschaft und Forschung im staatlichen Bereich; Zu einigen qualitativen Veränderungen im FE-Bereich; Zur Entwicklung des Hochschulwesens als Erfordernis der Kapitalreproduktion). Herrschafts- und Organisationsformen der Monopole. Die Rolle der Technologiepolitik im staatsmonopolistischen Regulierungsprozeß. Zu ausgewählten staatsmonopolistischen Regulierungsinstrumenten bei der Durchführung der Technologiepolitik (Zum Steuersystem; Grundzüge der projektbezogenen Programmierung; Weitere Organisationsformen des Staates und ihr Wirkungsmechanismus bei der Durchsetzung der Technologiepolitik; Ausbau des Qualitätssicherungssystems; Einige spezifische Wirkungen der Standardisierung; Die Rolle der Patentpolitik Japans als Instrument zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts). Zu den Möglichkeiten und Grenzen der staatsmonopolistischen Regulierung
3. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, Reproduktion des Kapitals und Transport- und Nachrichtenwesen in Japan: Abgrenzung. Einige grundsätzliche Zusammenhänge von Wissenschaft, Reproduktionsprozeß des Kapitals und Verkehr in Japan. Reproduktion und Verkehr in Japan - ihre Einheit und Wechselwirkung. Einige Grundprobleme und Besonderheiten des Innovationsprozesses im Verkehrswesen

Conchita Hübner

Die Haltung der Parti Communiste Français (PCF) und der Confédération Générale du Travail (CGT) zur Fremdarbeiterpolitik des französischen Imperialismus bis zum Ende der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts

Dissertation A (1984)

Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

2. Entwicklung der Politik gegenüber den Immigranten bis 1945: Grundzüge der Fremdarbeiterpolitik des französischen Imperialismus seit Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945. Herausbildung der Positionen der PCF und der CGT zu Fragen der Arbeiterimmigration und zur Einbeziehung der eingewanderten Arbeiter in dem Klassenkampf in Frankreich

3. Kontinuität und Modifikation der Politik gegenüber den Immigranten zwischen 1945 und dem Ende der 60er Jahre – Entwicklung der Positionen der PCF und der CGT
4. Veränderungen der Fremdarbeiterpolitik des französischen Imperialismus in den 70er Jahren: Veränderte Existenz- und Entwicklungsbedingungen des französischen Monopolkapitals in den 70er Jahren. Charakter und Modifizierung der Fremdarbeiterpolitik des französischen Imperialismus seit dem Ende der 60er bis zum Ende der 70er Jahre. Soziale Lage der Immigranten in Frankreich unter ausgewählten Aspekten
5. Haltung der PCF und der CGT zur modifizierten imperialistischen Fremdarbeiterpolitik – ihr Kampf um die Lösung der mit der Immigration verbundenen Probleme

Detlev Hummel

Die Politik der BRD-Zentralbank als wesentliches Element der staatsmonopolistischen Versuche zur Regulierung der Geld- und Kreditbeziehungen in der Gegenwart

Dissertation A (2. 12. 1983)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Wesen und Funktionsmechanismus der Zentralbankpolitik im gegenwärtigen Kapitalismus: Die Zentralbankpolitik als objektive Erscheinung der staatlichen Regulierung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses. Zum Funktionsmechanismus der Geld- und Kreditbeziehungen insgesamt und den Zentralbankinstrumentarien
2. Aktuelle Tendenzen der Zentralbankpolitik in der BRD: Die Zentralbankinstrumentarien der BRD und ihre Wirkungsweise im Zusammenhang mit der Zentralbankbilanz. Empirische Untersuchungen zur Zentralbankpolitik in der BRD aus der Sicht der Entwicklung wichtiger Bilanzpositionen der Deutschen Bundesbank (1972 – 1982)
3. Auswirkungen der Krisenentwicklung in der BRD auf das zentralbankpolitische Konzept der Deutschen Bundesbank: Zur Rolle gegenwärtiger zentralbankpolitischer Konzepte und ihrer Realisierung in der BRD. Zur kontroversen Interpretation der BRD-Zentralbankpolitik in der bürgerlichen Literatur

Sonja Jug

Der staatsmonopolistische Mechanismus des Kapitalexports in Entwicklungsländer. Seine Rolle für die Akkumulation und Expansion des Monopolkapitals (dargestellt am Beispiel des Kapitalexports der BRD in Entwicklungsländer in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre)

Dissertation A (17. 12. 1982)

Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED Berlin

1. Der Kapitalexport in Entwicklungsländer als Bestandteil der Expansion des Monopolkapitals der BRD
2. Die Modifikation des staatsmonopolistischen Kapitalexports der BRD in Entwicklungsländer im Ergebnis der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in den siebziger Jahren
3. Der Kapitalexport der BRD in Entwicklungsländer unter den Bedingungen der Herausbildung eines internationalen staatsmonopolistischen Mechanismus des Kapitalexports

Die Entstehung der kapitalistischen Wirtschaftsformen in Kongo-"Zaire"

Dissertation A (14. 4. 1983)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Dasein des "zairischen" Kapitalismus: Grundlegende These. Die kritischen Bemerkungen J.-L. Schmidts. Die theoretische Begründung des ursprünglichen Standpunktes. Die Entstehungstendenzen in der nachkolonialen Epoche
2. Die Entstehung der kapitalistischen Wirtschaftsformen in "Zaire"; Die Entstehung des kapitalistischen Warenaustausches - des Handels. Die Entstehung des kapitalistischen Transportwesens (Tragen, Wasserwege, Eisenbahnen, Straßen). Die Entstehung des kapitalistischen Industriesektors (Montanproduktion, verarbeitende Industrie). Die Entstehung der kapitalistischen Landwirtschaft (Eigentumsverhältnisse, Plantagensystem, "Paysannat-System")
3. Die Grundfragen des "zairischen" Kapitalismus: Der Streit um das Vorhandensein einer kapitalistischen Warenwirtschaft. Die Frage nach der Natur und dem Wesen des "zairischen" Kapitalismus. Die Gesetzmäßigkeiten der Genesis des "zairischen" Kapitalismus und dessen Kontroversen

Rolf Karl

Kritik "links"revisionistischer Auffassungen zur Theorie der Warenproduktion im Sozialismus unter besonderer Berücksichtigung der Warenzirkulation

Dissertation A (26. 3. 1982)

Handelshochschule Leipzig

1. Die theoriengeschichtliche Entwicklung der Auffassungen zu den Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus durch die marxistisch-leninistische politische Ökonomie als Ausgangspunkt für eine kritische Auseinandersetzung mit "links"revisionistischen Auffassungen zu diesem Problem: Die Auffassungen von Karl Marx und Friedrich Engels zum Platz der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus. Die Begründung der Notwendigkeit der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus durch W. I. Lenin. Die Diskussion der sowjetischen Ökonomen zur Rolle der Ware-Geld-Beziehungen beim Aufbau des Sozialismus in der UdSSR in den 20er und 30er Jahren. Der Beitrag J. W. Stalins zur Weiterentwicklung der Theorie der Warenproduktion im Sozialismus. Die Diskussion zur Rolle der Ware-Geld-Beziehungen beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in den 50er und 60er Jahren in der UdSSR. Der gegenwärtige Erkenntnisstand der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie zu den Ursachen und zur Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft
2. Auseinandersetzung mit methodologisch-theoriengeschichtlichen Grundlagen und mit dem Inhalt "links"revisionistischer Angriffe auf die Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen im real existierenden Sozialismus; Stellung und Funktion der "links"-revisionistischen politischen Ökonomie im ideologischen Konzept des Imperialismus. Sozialökonomische Grundlagen des gegenwärtigen "Links"revisionismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Methodologisch/theoriengeschichtliche Grundlagen gegenwärtiger politökonomischer Auffassungen des "Links"revisionismus. Auseinandersetzung mit der Stellung der "Links"revisionisten zum sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln und mit ihrer Auffassung von der "formalen" Vergesellschaftung der Produktionsmittel als Voraussetzung für die Auseinandersetzung mit ihren Auffassungen zur Warenproduktion und -zirkulation im Sozialismus. Auseinandersetzung mit der Stellung der "Links"revisionisten zur



### Warenproduktion und Warenzirkulation im Sozialismus

3. Zur Methodologie und Stellung der "links"revisionistischen Auffassungen zur Warenproduktion und -zirkulation im Sozialismus im Theoriegebäude der bürgerlichen politischen Ökonomie; Zur Kritik methodologischer Grundlagen der "Links"-revisionisten. Zum Verhältnis der "links"revisionistischen politischen Ökonomie zum Rechtsrevisionismus und zur traditionellen bürgerlichen Vulgärökonomie

Arnd Krause

Kapitalistische Entwicklung, Klassen und Klassenkampf im unabhängigen Indien. Eine Studie über Voraussetzungen, Resultate und Perspektiven sozialökonomischer, sozialstruktureller und politischer Transformationsprozesse auf dem kapitalistischen Entwicklungsweg

Dissertation B (11. 6. 1984)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Grundzüge der kolonialen Gesellschaftsstruktur Indiens
2. Sozialökonomische Ergebnisse und Widersprüche des kapitalistischen Entwicklungsweges in Indien: Zum Klassencharakter des Staates
3. Die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft und die Veränderungen in der Sozialstruktur des Dorfes
4. Evolution und Differenzierung der städtischen Bourgeoisie
5. Zur Entwicklung des Proletariats in den Jahren seit Erlangung der Unabhängigkeit
6. Auswirkungen ökonomischer und sozialer Transformationsprozesse auf den Klassenkampf und die Evolution des politischen Kräfteverhältnisses

Reinhard Kusch

Die Manufaktur in Stralsund. - Voraussetzungen und Entwicklung der präkapitalistischen Produktion im spätf feudalen Stralsund während der Schwedenzeit 1720 - 1815

Dissertation A (1. 6. 1983)

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

1. Die politökonomischen und politischen Voraussetzungen der manufakturrellen Entwicklung: Die Manufaktur als historische Form der Kooperation. Die Stellung des Handelsbürgertums - Kapitalbildung und Kapitalanlage; Die Struktur des Handelsbürgertums und des Handelsgewerbes; Der Kreislauf des Handelskapitals (Kapitalbildung und -anlage im Seehandel, in der Produktion, Bildung feudaler Grundrente, zinstragende Kapitalanlage, der Kreislauf des Handelskapitals als vorkapitalistische Bewegung); Über das Handelskapital im Feudalismus. Die Stellung des Handwerks - Die Revision der Amtsrollen. Die Stellung Stralsunds in der schwedischen Politik und die Manufakturpolitik; Die ökonomischen politischen und verfassungsrechtlichen Voraussetzungen; Die Entwicklung der schwedischen Manufakturpolitik; Schwedische Manufakturpolitik und innerstädtische Opposition gegen die Ratsoligarchie
2. Die manufakturrelle Entwicklung - "Manufaktur" und "manufakturrelle Produktionsstätten". Vorbemerkungen zum Untersuchungsgegenstand: Die manufakturrellen Produktionsstätten und Projekte; Die Woll- und Zeugmanufakturen; Die Fayencemanufaktur; Die Spielkarten-"Fabrique"; Die Amidom-"Fabrique" (Stärkefabrik);

Die Tabak-"Fabriken"; Die Spiegel- und Möbel-"Fabriken"; Die Gerbereien; Die Zuckersiedereien; Die Seifen- und Kerzen-"Fabriken"; Die Likör- und Weinessig-"Fabriken"; Sonstige Gewerbe (Siegelack, Salz, Salpeter, Kunstblumen, Zichorie, Produktion im Zucht- und Werkhaus u. a.). Die Manufakturen und "Fabriken" Stralsunds und Neu-Vorpommerns in der preußischen Gewerbeaufnahme von 1816

3. Synthese: Der manufakturerelle Sektor: Manufakturtabellarium. Charakteristika des manufakturerellen Sektors. Manufakturisten und Arbeitskräfte. Verlag, Manufaktur und "Fabrique" - die historischen Formen arbeitsteiliger Kooperation in Stralsund. Die regionalgeschichtlichen Ergebnisse als Beiträge zur allgemeinen Manufakturgeschichte im Rahmen der Theorie des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus

Anhänge (u. a.):

- Zur strukturellen Entwicklung des Handwerks 1760 - 1816
- J. N. Hennings und J. D. von Reichenbach - zwei Vertreter progressiver wirtschaftstheoretischer Auffassungen in Schwedisch-Pommern

Berthold Ladwig

Die Ausprägung der sozialistischen Lebensweise innerhalb der Klasse der Genossenschaftsbauern unter besonderer Berücksichtigung der komplexen Wirkung und des spezifischen Gewichts der Faktoren Arbeit - Wohnung - Familie

Dissertation A (24. 2. 1984)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die Lebensweise als philosophisch-soziologische Kategorie: Der agrarsoziologische Aspekt der Erforschung der sozialistischen Lebensweise
2. Die genossenschaftliche Arbeit - Herzstück der sozialistischen Lebensweise der Klasse der Genossenschaftsbauern. Die genossenschaftliche Arbeit als Quelle des materiellen Lebensniveaus der Klasse der Genossenschaftsbauern. Die Gestaltung persönlichkeits- und leistungsfördernder Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte der genossenschaftlichen Arbeit - Ausdruck des sozialistischen Lebensniveaus und Voraussetzung zur Vervollkommnung der sozialistischen Lebensweise der Klasse der Genossenschaftsbauern
3. Wohnbedingungen und familiäre Situation der Genossenschaftsbauern - Bestandteil ihrer Lebensweise

Heidi Müller

Die Geschichte der höheren forstlichen Ausbildung in Deutschland von 1800 bis 1945 - dargestellt am Beispiel der Tharandter Lehr- und Forschungsstätte

Dissertation A (14. 12. 1983)

Technische Universität Dresden

1. Bedeutung und Aufgaben der Geschichtsforschung und die Notwendigkeit der Erforschung der Forstwissenschaftsgeschichte
2. Die Entwicklung der forstlichen Ausbildung in Deutschland bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts
3. Die Herausbildung forstlicher akademischer Schulen im 19. Jahrhundert - dargestellt am Beispiel des Königreiches Sachsen

4. Entwicklung der forstlichen Ausbildung an der Tharandter Lehranstalt bis zum Ende der 1. Phase der Industriellen Revolution
5. Die forstliche Ausbildung in der 2. Phase der Industriellen Revolution und der Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Imperialismus
6. Die forstliche Hochschulbildung bis zum Ende des 2. Weltkrieges
7. Hervorragende Persönlichkeiten in der Geschichte der Tharandter Forstakademie: Heinrich Cotta (1763 - 1844). Emil Adolf Rossmässler (1806 - 1867). Julius Adolph Stöckhardt (1809 - 1886). Max Robert Pressler (1815 - 1886). Friedrich Nobbe (1830 - 1922). Max Friedrich Kunze (1838 - 1921). Johann Friedrich Judeich (1828 - 1894). Heinrich August Vater (1859 - 1930)

Thamir A. Al-Muslih

Zu revolutionären Umgestaltungen in der Republik Irak im wissenschaftlichen Verständnis der Arabischen Sozialistischen Ba'th-Partei

Dissertation A (1984)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

0. Der Irak als Bestandteil der revolutionären Weltprozesse
1. Die nationaldemokratische Revolution 1958 und die "weiße Revolution" 1968 im Irak
2. Zur ökonomischen Entwicklung der Landwirtschaft: Zur sozial-ökonomischen Struktur bis 1968. Die Revolution vom 17. Juli 1968 und die Landwirtschaft. Schlußfolgerungen für die Agrarpolitik des Ba'th
3. Zur ökonomischen Entwicklung der irakischen Industrie: Allgemeine Aspekte. Die Etappe vor dem II. Weltkrieg. Die zweite Etappe (1950 bis 1958). Die industriellen Eigentumsverhältnisse und die Situation in den Jahren zwischen 1958 und 1968 (Entwicklung des staatlichen, privaten und halbstaatlichen Sektors). Die Industriepolitik der Arabischen Sozialistischen Ba'th-Partei nach dem 17. Juli 1968 (Allgemeine Aspekte, Entwicklung des halbstaatlichen, des privaten und des sozialistischen Sektors. Zur Entwicklung des Handwerks)
4. Spezielle theoretisch-ideologische Fragen: Ba'th-Partei und Arbeiterklasse. Zum Sozialismus-Bild des Ba'th. Die Etappen der Entwicklung der Ba'th-Theorie

Mohamed Farouk Al-Najjar

Der Einfluß der Industrialisierung auf strukturelle Veränderungen des Außenhandels in der Syrischen Arabischen Republik

Dissertation A (1983)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Die Entwicklung der syrischen Industrie - Umfang und Struktur der industriellen Produktion und ihr Einfluß auf den Außenhandel: Entwicklungsstand der syrischen Industrie und ihre Stellung in der Wirtschaft des Landes. Struktur der syrischen Industrie. Die Rolle des staatlichen und des privaten Sektors in der Industrie und die Bedeutung des staatlichen Industriesektors für die Aktivierung der Wechselbeziehungen zwischen der Industrie und dem Außenhandel. Zu einigen Problemen der verarbeitenden Industrie im staatlichen Sektor der SAR
2. Entwicklung und strukturelle Veränderungen des Außenhandels - seine Wechselbeziehungen zur industriellen Entwicklung der SAR. Die Bedeutung des Außenhandels für die Industrialisierung der SAR und seine Stellung in der Wirtschaft des Landes.

Die Rolle des staatlichen und des privaten Sektors im syrischen Außenhandel und ihre Entwicklungstendenzen. Zur Widerspiegelung des erreichten Industrialisierungsprozesses auf die Importstruktur des Landes. Zu den Auswirkungen des Industrialisierungsprozesses auf die Außenhandelsbilanz der SAR. Die Außenhandelsorgane des staatlichen Sektors in der SAR und die Notwendigkeit ihrer Entwicklung und Spezialisierung

3. Möglichkeiten und Voraussetzungen zur aktiveren planmäßigen Gestaltung der Wechselbeziehungen von Industrialisierung und Außenhandel

Angela Onasch

Zur sozialen Stellung der ägyptischen Beamten im Neuen Reich

Dissertation A (14. 12. 1983)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Überblick zum Stand der Forschung, Zielstellung der Arbeit und Skizzierung der Forschungsdesiderate; Die Beamtenschaft in der ägyptologischen Literatur. Die soziale Herkunft der Beamten. Der hierarchische Aufbau der Beamtenschaft. Die politische Rolle der Beamtenschaft. Das Verhältnis von politischem Einfluß und Beamtenideal. Die wirtschaftliche Lage. Fragen der sozialökonomischen Einordnung von Beamtengruppierungen
2. Schriftkundigkeit als ein Kriterium der sozialen Stellung in der ägyptischen Gesellschaft; Die Rolle der Schriftkundigkeit in Wirtschaft und Verwaltung. Schriftkundigkeit unterhalb der Schicht der Beamten
3. Die soziale Herkunft der Beamten; Schulbesuch von Kindern niederer Herkunft. Erwägungen zur sozialen Herkunft der Beamten nach der sozialen Position des Vaters. Rekonstruktion der beruflichen Laufbahn und sozialen Entwicklung von Beamten nach ihren Titeln
4. Die Erbllichkeit von Beamtenstellungen
5. Zusammenfassung
6. Zur hierarchischen Gliederung der ägyptischen Beamtenschaft

Günter Preuß

Entwicklungstendenzen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens im Imperialismus unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im kapitalistischen Deutschland und der BRD

Dissertation B (7. 7. 1983)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Das Wesen der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Kapitalismus
2. Der genossenschaftliche Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß unter den gegenwärtigen Bedingungen des Imperialismus und die Rolle der landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der Durchsetzung der staatsmonopolistischen Agrarpolitik
3. Neue Formen der genossenschaftlichen Zusammenarbeit der Bauern unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus
4. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Kampf um die Durchsetzung einer antimonopolistischen Demokratie

Die staatsmonopolistische Regulierung der Kernenergiewirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (untersucht an der Entwicklung in den USA, Frankreich und der BRD)

Dissertation A (16. 12. 1983)

Technische Universität Dresden

1. Zu Inhalt und Form des Funktionsmechanismus der kapitalistischen Kernenergie-  
wirtschaft
2. Hauptelemente und Hauptetappen der nationalen staatsmonopolistischen Regulierung  
der Kernenergiewirtschaft am Beispiel der USA, Frankreichs und der BRD; Her-  
ausbildung und Entwicklung der nationalen Kernenergiestrukturen in den 60er Jah-  
ren. Veränderungen und Entwicklungstendenzen im staatsmonopolistischen Regu-  
lierungsmechanismus der nationalen Kernenergiewirtschaften in den 70er und 80er  
Jahren
3. Die internationale staatsmonopolistische Regulierung der Kernenergiewirtschaft:  
Herausbildung und Entwicklung internationaler staatsmonopolistischer Regule-  
rungsformen in ihrer Wechselwirkung fördernder und hemmender Tendenzen.  
Die internationalen Monopolisierungsstrategien der Kernenergiewirtschaft in den  
70er und 80er Jahren

Marion Reckrühm

Zur Analyse und Kritik nichtmarxistisch-leninistischer Weltwirtschaftskonzeptionen  
in Frankreich, unter besonderer Berücksichtigung der Gegenwart

Dissertation A (12. 4. 1984)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Zu Frankreichs Stellung in der Weltwirtschaft in den Jahren 1870/71 bis zur  
Gegenwart
2. Zur Herausbildung, Entwicklung und zum gegenwärtigen Stand nichtmarxistisch-  
leninistischer Weltwirtschaftskonzeptionen in Frankreich: Zur Herausbildung  
ersten, die Welt in ihrer Gesamtheit umfassenden, ökonomischen Gedankengutes  
im Frankreich des 16. bis 19. Jahrhunderts. Nichtmarxistisch-leninistisches  
Gedankengut zu internationalen Wirtschaftsfragen in den Epochen der kapitalisti-  
schen Weltwirtschaft (1870 - 1917); Entwicklung nichtmarxistisch-leninistischer  
Weltwirtschaftskonzeptionen in Frankreich in der ersten Etappe der Weltwirt-  
schaft des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus (1917 - 1945). Vordrin-  
gen "reformwilliger" Weltwirtschaftskonzepte in Frankreich in der zweiten Etappe  
der Weltwirtschaft des Übergangs (1945 - Anfang der sechziger Jahre). Kritische  
Analyse französischer nichtmarxistisch-leninistischer Weltwirtschaftskonzeptio-  
nen in der gegenwärtigen Phase der Weltwirtschaft des Übergangs, unter beson-  
derer Berücksichtigung der siebziger und achtziger Jahre
3. Zum Zusammenhang zwischen nichtmarxistisch-leninistischen Weltwirtschafts-  
konzeptionen und der Haltung der französischen Regierung zu Hauptfragen der  
weltwirtschaftlichen Entwicklung der Gegenwart
4. Zur Rolle der französischen kommunistischen Positionen zur Weltwirtschaft in  
den nationalen und internationalen Klassenauseinandersetzungen

Grundzüge der sozialökonomischen und politischen Entwicklung auf dem Lande vom ersten Weltkrieg bis zum Ende der revolutionären Nachkriegskrise. Das Verhältnis der KPD zu den werktätigen Bauern

Dissertation B (31. 1. 1984)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die sozialökonomische Struktur der deutschen Landwirtschaft und die Lage der werktätigen Bauernschaft unter imperialistischen Bedingungen bis 1923
2. Zur politischen Haltung der werktätigen Bauernschaft unter dem Einfluß des ersten Weltkrieges und während der Novemberrevolution
3. Die Stellung des Gründungsparteitages der KPD zur Agrar- und Bauernfrage und die Politik der Bayerischen Räterepublik gegenüber den Bauern
4. Das Kräfteverhältnis auf dem Lande nach der Novemberrevolution und die Anfänge der Landagitatorik der KPD
5. Die Bedeutung des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale für die Agrar- und Bauernpolitik der KPD
6. Die Politik der KPD gegenüber den Klein- und Mittelbauern in den Jahren 1921 und 1922
7. Der Kampf der KPD um die Bildung einer Arbeiter- und -Bauern-Regierung im Jahre 1923

Günther Sauerbrei

Grundlinien in der bürgerlichen "RGW-Kritik" zur Verfälschung der Rolle der Sowjetunion im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe - untersucht in Publikationen der Bundesrepublik Deutschland

Dissertation A (26. 8. 1983)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Wesentliche theoretische und methodologische Grundlagen der bürgerlichen Politischen Ökonomie für die Darstellung der Rolle der Sowjetunion im RGW; Die Verleumdung der Rolle der Sowjetunion im RGW - Hauptangriffsrichtung der politischen und ideologischen Diversion des Imperialismus der BRD gegenüber der sozialistischen internationalen Wirtschaftsorganisation. Die Verfälschung der ökonomischen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder im RGW mit Hilfe bürgerlicher Theorien der wirtschaftlichen Integration. Die Verschmelzung grundlegender antisozialistischer Wirtschaftskonzeptionen mit der bürgerlichen Integrationstheorie zum Zweck der Verfälschung des Charakters der sozialistischen ökonomischen Integration
2. Grundlinien der bürgerlichen "Sozialismuskritik" der BRD bei der Darstellung der Rolle der Sowjetunion im RGW bis zum Beginn der sozialistischen ökonomischen Integration; Die bürgerliche Verfälschung der politischen und ökonomischen Stellung der Sowjetunion im RGW. Die bürgerliche Darstellung der Rolle der Sowjetunion auf einigen Gebieten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder im RGW
3. Grundzüge der Darstellung der Rolle der Sowjetunion im Prozeß der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration bis zum 30. Jahrestag der Gründung des RGW

Die Einbeziehung der Handwerker, Gewerbetreibenden und privaten Unternehmer in den sozialistischen Aufbau im Bezirk Karl-Marx-Stadt (1956 - 1961)

Dissertation A (21. 12. 1983)

Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt

1. Die Bündnispolitik der SED von der 3. Parteikonferenz bis zum V. Parteitag (März 1956 - Juli 1958). Die Einbeziehung der Handwerker, Gewerbetreibenden und privaten Unternehmer in den sozialistischen Aufbau im Bezirk Karl-Marx-Stadt
2. Die umfassende Einbeziehung der Handwerker, Gewerbetreibenden und privaten Unternehmer in den sozialistischen Aufbau, die Führung dieses Prozesses durch die SED-Bezirksparteiorganisation Karl-Marx-Stadt vom V. Parteitag bis zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse (Juli 1958 - 1961): Der V. Parteitag der SED im Juli 1958 und die sich daraus ergebenden Aufgaben für die Bezirksparteiorganisation Karl-Marx-Stadt bei der Einbeziehung der städtischen Mittelschichten und Privatunternehmer in den sozialistischen Aufbau. Die weitere Arbeit mit den städtischen Mittelschichten und den privaten Unternehmern nach der 2. Tagung der 4. Bezirksdelegiertenkonferenz (Juli 1959). Die Bewährungsprobe des Bündnisses der Arbeiterklasse und ihrer Partei mit den städtischen Mittelschichten sowie den privaten Unternehmern in den Jahren 1960/61

Matthias Schindler

Kritik imperialistischer Strategien zur Stellung der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft

Dissertation A (22. 2. 1984)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Kritik sozialdemokratischer Strategien zur Stellung der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft in Westeuropa; Zur Stellung von Strategien der Einbindung der Entwicklungsländer in die kapitalistische internationale Arbeitsteilung im gesellschaftlichen Gesamtkonzept der Sozialdemokratie. Ausgangspunkt, Elemente und deren Wechsel-Verhältnis in den sozialdemokratischen Strategien zur Stellung der Entwicklungsländer. Zum sozialdemokratischen Verständnis der Rolle des Staates bei der weiteren Gestaltung der Einbeziehung der Entwicklungsländer in die kapitalistische internationale Arbeitsteilung
2. Kritik konservativer Strategien zur Stellung der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft in den USA
3. Zum Wechselverhältnis sozialdemokratischer und konservativer Strategien zur Stellung der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft und Schlussfolgerungen zur Gestaltung sozialistischer Außenpolitik und Außenwirtschaftsstrategie in den achtziger Jahren

Hans-Joachim Schmidt

Zur Entstehung und Entwicklung der Theorie von der ursprünglichen Akkumulation bei Karl Marx 1842/43 bis zu den "Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie" 1857/58

Dissertation A (1984)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Zur Entstehung und Entwicklung der späteren Theorie der "sogenannten ursprünglichen Akkumulation" in der Schaffensperiode 1842/43 bis 1848
2. Marx' Studien zum geschichtlichen Entstehungsprozeß des Kapitals innerhalb der historischen Exzerpte der Londoner Hefte 1850 - 1853
3. Zum Entwicklungsstand der Theorie der ursprünglichen Akkumulation in den "Ökonomischen Manuskripten" 1857/58 und zu methodologischen Aspekten ihrer Einordnung in die logische Struktur des Untersuchungsgegenstandes

Jochen Schmidt

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt - ein Schlüssel zur Überwindung der ökonomischen und sozialen Rückständigkeit in den Entwicklungsländern

Dissertation A (5. 10. 1983)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die Notwendigkeit der Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die Entwicklungsländer: Die Ursachen für die ökonomische Rückständigkeit unter besonderer Berücksichtigung des Niveaus der Produktivkräfte. Das Monopol an Wissenschaft und Technik der imperialistischen Länder und ihrer internationalen Monopole gegenüber den Entwicklungsländern. Die Industrialisierung - materielle Grundlage für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in den Entwicklungsländern. Die Notwendigkeit der Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für den sozialen Fortschritt. Die Notwendigkeit für die Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die Stärkung der Positionen der Entwicklungsländer in der internationalen Arbeitsteilung
2. Die Möglichkeiten zur Erlangung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts durch die Entwicklungsländer: Die Möglichkeiten der Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der kapitalistischen Länder durch die Entwicklungsländer. Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern und den sozialistischen Ländern. Möglichkeiten zur Erschließung von zusätzlichen Quellen in den Entwicklungsländern zur Finanzierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts

Angelika Sieber

Zur politökonomischen Analyse der allgemeinen Krise des Kapitalismus durch sowjetische Wirtschaftswissenschaftler in den 40er bis 60er Jahren

Dissertation A (21. 12. 1983)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Zum politökonomischen Inhalt der allgemeinen Krise des Kapitalismus: Zu Hinweisen der Klassiker des Marxismus-Leninismus. Zur Entwicklung der Auffassungen



Eugen Vargas

2. Die Wertung innerer Entwicklungsprozesse des Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg im Zusammenhang mit den veränderten Existenzbedingungen des Imperialismus durch sowjetische Politökonomien in der Zeit der 40er bis Anfang der 60er Jahre; Methodologische Ausgangspunkte der Analyse. Zu den Untersuchungskriterien und Ergebnissen bei deren Anwendung. Einige Ansatzpunkte bzw. Ausgangsfragen in den 40er bis 60er Jahren für die Erforschung von Einzelproblemen des Imperialismus seit den 70er Jahren
3. Das Herangehen an die Untersuchung neuer Prozesse im Kapitalismus durch sowjetische Politökonomien in den 50er und 60er Jahren - dargestellt am Beispiel der Wertung von Integrationsprozessen in Westeuropa (EWG)

Udo Sittl

Grundtendenzen der Entwicklung des Braunkohlenbergbaus der DDR in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus (1945 - 1961/62) - Ein Beitrag zur Theorie und Geschichte der sozialistischen Industrialisierung der DDR

Dissertation A (2. 3. 1983)

Technische Universität Dresden

1. Zur Theorie der sozialistischen Industrialisierung und ihrer schöpferischen Anwendung unter den konkreten Bedingungen der DDR
2. Die Situation im Braunkohlenbergbau nach dem 2. Weltkrieg und seine Entwicklung im Verlaufe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung auf dem Gebiet der heutigen DDR
3. Die Entwicklung des Braunkohlenbergbaus in der Zeit der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus (1949 - 1961/62)
4. Der Beitrag des Braunkohlenbergbaus für die sozialistische Industrialisierung und den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR

Franz Stepanek

Staatsmonopolistische Regulierung der Landwirtschaft Schwedens und die landwirtschaftlichen Genossenschaften

Dissertation A (14. 10. 1983)

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

1. Wesen und Inhalt der staatsmonopolistischen Regulierung
2. Die staatsmonopolistische Regulierung der Landwirtschaft Schwedens - Ziele und Träger; Die staatsmonopolistische Agrarregulierung als Mittel zur Unterwerfung der Landwirtschaft unter das Monopolkapital. Das Genossenschaftskapital und das privatmonopolistische Kapital als Träger der privatmonopolistischen Agrarregulierung in Schweden (Historische Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Schweden; Struktur und monopolistischer Charakter der landwirtschaftlichen Genossenschaften). Die Grundstruktur der staatlichen und halbstaatlichen Regulierungsorgane
3. Erscheinungsformen und Methoden der staatsmonopolistischen Agrarregulierung in Schweden nach dem zweiten Weltkrieg; Regulierungsmechanismen zur Durchsetzung der kapitalistischen Agrarstruktur. Veränderungen in der Produktionszielstellung für die Landwirtschaft als Ausdruck des Konkurrenzkampfes des in-

dustriellen und des genossenschaftlichen Kapitals. Zur staatsmonopolistischen Regulierung der Agrarproduktion und des Agrarmarktes (Formen und Methoden der staatsmonopolistischen Einwirkung auf die Agrarproduktion und den Agrarmarkt; Hauptelemente der Agrarpreispolitik als wichtigste Methode der staatsmonopolistischen Regulierung der Agrarproduktion und des Agrarmarktes; Die Praxis der staatsmonopolistischen Regulierung von Agrarproduktion und Agrarmarkt am Beispiel der Getreide- und Milchwirtschaft). Zur staatsmonopolistischen Regulierung im agrarsozialen Bereich

#### 4. Möglichkeiten und Grenzen der staatsmonopolistischen Regulierung der Landwirtschaft Schwedens

Rolf Straubel

Der Berliner Polizeidirektor und das Textilgewerbe der brandenburgisch-preussischen Residenz. Ein Beitrag zum Verhältnis von Lokalbehörde und Wirtschaftsentwicklung

Dissertation A (19. 4. 1984)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Der Polizeidirektor von Berlin: Träger wichtiger gewerbepolitischer Kompetenzen und Mittler zwischen Zentralbehörden und Gewerbetreibenden
2. Gewerbepolitische Aktivitäten Kircheisens in der Zeit von 1740 - 1763; Zum Verhältnis von Staat, Handel und Manufakturbourgeoisie sowie zur Wirtschaftsentwicklung. Die allmähliche Integration des Polizeidirektors in wichtige gewerbepolitische Entscheidungsprozesse und sein Verhältnis zu einflußreichen Beamten im Generaldirektorium. Zur Zusammenarbeit Kircheisens mit führenden Vertretern der Handels- und Manufakturbourgeoisie (Kontakte zu Gotzkowsky; Kooperation mit anderen Unternehmern; Versuche der Behörden, auf Kosten von Handelskapitalisten die Produktion zu stimulieren; Kontaktaufnahme der Aufsichtsbeamten mit Finanziers und Suche nach Verlegern; Entwicklungstendenzen des Baumwollgewerbes). Kircheisens Haltung zu Problemen unmittelbarer Produzenten ("Etablierung" und Kontrolle zugewanderter Facharbeiter; Die Ausbildung von Lehrjungen - eine Abkehr von der Einwanderungspolitik? Auseinandersetzungen zwischen den Unternehmern und den Produzenten
3. Die Einflußnahme von Kircheisen und Philippi auf die Gewerbeentwicklung nach 1763; Wechselbeziehungen zwischen absolutem Staat, Bürgertum und ökonomischer Basis. Veränderungen im Verhältnis V. Departement und Polizeidirektor. Zur Zusammenarbeit von Behörden und Unternehmern (Konzessionen, Subventionen, Entwicklung des Baumwollgewerbes und Versuche des Staates, sie einzudämmen). Zum Verhältnis von Behörden, Unternehmern und Gewerken (Das Seidengewerbe-reglement von 1766; Die Erringung der Meisterschaft im Seidengewerbe). Stellungnahme der Beamten zu Problemen einfacher Warenproduzenten (Bemühungen um den Verlag von Arbeitskräften; Versuche von Behörden und Unternehmern, die Freizügigkeit der Produzenten zu beschneiden). Soziale Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Produzenten

Zur Rolle der Industrieinvestitionen in der Wirtschaftspolitik des Irak

Dissertation A (1982)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Darstellung und Beurteilung der gegenwärtigen Industriepolitik des Irak; Die Bedeutung der Industrie für die irakische Wirtschaft. Die gegenwärtige Struktur der irakischen Industrie. Der technisch-ökonomische Zustand der Industrie des Landes. Die Bereitstellung der notwendigen Akkumulationsmittel für die Realisierung der Industriepolitik
2. Zu den Aufgaben der Wirtschaftspolitik und -planung bei der Überwindung der unorganischen Industriezweigstruktur und des ungenügenden technisch-ökonomischen Zustandes der Industrie: Hauptziele der Investitionspolitik und ihre Widerspiegelung in den Plänen nach 1968. Angewandte Praktiken zur Durchsetzung der Investitionspolitik und die tatsächliche Rolle der Investitionsplanung in diesem Prozeß. Sichtbar werdende Widersprüche zwischen den Erfordernissen der Wirtschaftsplanung und den angewandten Methoden der Planung und Realisierung der Pläne
3. Die Notwendigkeit einer effektiven volkswirtschaftlichen Planung für die Sicherung der Industrialisierung des Landes und die spezifische Rolle der Industrie- sowie Investitionsplanung in diesem System
4. Realisierbare Methoden der Investitionsplanung zur Durchsetzung der Ziele der Industrialisierung des Irak

Ahmat Djassi Taguil

Die Funktion der Landwirtschaft im Industrialisierungsprozeß der Entwicklungsländer unter besonderer Berücksichtigung des Industrialisierungsprozesses der Republik Tschad

Dissertation A (1984)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Die natürlichen Bedingungen der Volkswirtschaft der Republik Tschad: Die klimatischen und Bodenverhältnisse. Die Bodenschätze. Die Bevölkerung und die Arbeitskräfte
2. Die Stellung der Landwirtschaft in der jetzigen Phase der ökonomischen Entwicklung: Die Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft. Die Produktivkräfte. Die Bedeutung der verschiedenen Bereiche (Ackerbau, Viehzucht, Fischfang, Forst- und Sammelwirtschaft)
3. Die Stellung der Industrie in der Volkswirtschaft und die Wechselbeziehung zwischen der Entwicklung der Industrie und der der Landwirtschaft
4. Die Bedeutung der Lösung des Problems der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion für den Industrialisierungsprozeß; Die Einflußfaktoren der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Notwendigkeit einer Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Lösung der Agrarfrage. Die Bedeutung der genossenschaftlichen Zusammenschlüsse. Die Möglichkeiten einer Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft. Die Bedeutung der Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produkte im Industrialisierungsprozeß. Die Herausbildung eines inneren Marktes
5. Die Bedeutung des staatlichen Sektors im Industrialisierungsprozeß und die Rolle der außenwirtschaftlichen Beziehungen des Tschad für das wirtschaftliche Wachstum

Die sozialökonomischen Verhältnisse bei den Zapoteca zur Zeit der spanischen Eroberung Mexikos. Ein Beitrag zur Untersuchung der ersten klassengesellschaftlichen Formation in Amerika

Dissertation B (28. 12. 1983)

Wilhelm-Pleck-Universität Rostock

2. Produktionsweise, Entwicklungsstand und Tendenzen: Entwicklungsstand der Nahrungsgüterproduktion (Hauptwirtschaftszweig Bodenbau, kombiniert mit Sammelwirtschaft; Ergänzende Wirtschaftszweige der Nahrungsgewinnung). Entwicklungsstand der Gebrauchsgüterproduktion (Herausbildung von Handwerk neben dem Hauswerk). Gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Produktions- und Zirkulations-sphäre (Entwicklung von Marktwesen und Handel). Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse (Landeigentum und Landnutzungsrechte)
3. Entwicklungsstand der Klassenverhältnisse und der Sozialstruktur: Gemeinfreie und Abhängige. Adelshierarchie
4. Politische Organisation: Herausbildung des Zentralstaates. Abgaben- und Dienstleistungsverpflichtungen (Steuer- und Tributsysteme). Heiratspolitik des zapotekischen Adels. Herausbildung der zapotekischen Völkerschaft und Entwicklung der interethnischen Beziehungen. Kriegswesen. Rechtswesen. Entwicklungsstand von Glaubensvorstellungen und empirischen Erkenntnissen und ihre Widerspiegelung im Kult (Stellung und Rolle der Priesterschaft)

Dietrich Treide

Zur Methode der Formationsanalyse

Das Erbe der Klassiker des Marxismus-Leninismus und gegenwärtige Untersuchungen zu urgesellschaftlichen Verhältnissen, ihrer Auflösung und der Herausbildung von Klassen unter verschiedenartigen historischen Bedingungen

Dissertation B (2. 7. 1981)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Grundlegende Erkenntnisse über die vorkapitalistische Formationsentwicklung und theoretisch-methodische Prinzipien der Formationsanalyse in den Werken von Marx, Engels und Lenin: Die "Deutsche Ideologie"; Zur Ausarbeitung der Kategorien des dialektischen und historischen Materialismus. Marxsche Arbeiten der Jahre 1853 - 1867 - Analyse des Kapitalismus und der "Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen". Die Untersuchung der Urgesellschaft und des Übergangs zur Klassengesellschaft für eine Vertiefung der Kenntnisse über die welthistorische Abfolge: Vorklassengesellschaft - antagonistische Klassengesellschaft - kommunistische Gesellschaft; Die Analyse präkapitalistischer Verhältnisse in einem andersartigen "historischen Milieu". Marx' und Engels' Arbeiten von 1877 - 1895. Die Arbeiten Lenins zu vorkapitalistischen Verhältnissen und ihrer Auflösung mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise
2. Einige aktuelle methodische Fragen der Formationsanalyse in Untersuchungen zu urgesellschaftlichen Verhältnissen, ihrer Auflösung und der Herausbildung von Klassen unter verschiedenartigen historischen Bedingungen: Theoretische Grundfragen der Entwicklung präkapitalistischer ökonomischer Gesellschaftsformationen und ihre Beziehung. Zu Methoden der Formationsanalyse. Die methodische Erfassung des Zusammenhangs zwischen ökonomischer Gesellschaftsformation, Produktionsweise, sozial-ökonomischer Struktur- und Entwicklungsform, sozialem Organismus, sozialer und wirtschaftlicher Zelle

Eigentum in der genossenschaftlich-sozialistischen Landwirtschaft. Zur Anwendung der dialektisch-materialistischen Auffassung des Eigentums auf den Prozeß der Herausbildung und weiteren Entwicklung genossenschaftlich-sozialistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft der DDR

Dissertation A (8. 12. 1983)

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

1. Theoretische Voraussetzung für die Analyse der Eigentumsverhältnisse
2. Die Anwendung der marxistischen Eigentumsauffassung auf den Prozeß der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR. Die Ausgangsproduktionsverhältnisse. Die Veränderung der Eigentumsverhältnisse durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß. Subsumierung des Ackerlandes, der Produktionsinstrumente, der Tierproduktion unter das genossenschaftliche Eigentum. Subjektive Produktivkräfte und genossenschaftliche Eigentumsverhältnisse
3. Die Konsolidierung des genossenschaftlich-sozialistischen Eigentumsverhältnisses auf adäquater materieller Basis: Die Gestaltung des genossenschaftlichen Arbeitsprozesses. Die Entfaltung der äußeren ökonomischen Beziehungen der LPG. Subsumierung des Gruppencharakters des genossenschaftlichen Eigentums unter die Bedürfnisse einer dynamischen sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft
4. Die erweiterte Reproduktion des genossenschaftlich-sozialistischen Eigentumsverhältnisses auf dem Wege der Kooperation und der weiteren Profilierung der Landwirtschaft als arbeitsteilig organisierter Bereich der sozialistischen Volkswirtschaft: Zur weiteren Entwicklung von Teilung und Kombination der Arbeit und Vervollständigung der Aneignungsbeziehungen innerhalb der LPG der sechziger Jahre. Veränderungen in der Realisierung des genossenschaftlich-sozialistischen Eigentums = Ausgliederungsprozesse und Entstehung kooperativer Einrichtungen. Die Herausbildung von kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion und Tierproduktion
5. Zu aktuellen Entwicklungstendenzen des genossenschaftlich-sozialistischen Eigentumsverhältnisses

Mario Vella

Zur Analyse und Kritik britischer bürgerlicher Konzeptionen über ökonomische Internationalisierung und Weltwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der philosophischen Grundlagen und der politischen Wirkungen - Geschichte und Gegenwart

Dissertation B (12. 7. 1984)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Gegenstand, Wissenschaftliche Relevanz der Thematik. Zur marxistisch-leninistischen Weltwirtschaftskonzeption
2. "Weltwirtschaftliche" Forschung in Großbritannien. Die Nichtexistenz einer geschlossenen britischen bürgerlichen Weltwirtschaftslehre. Allgemeines zu den historischen ökonomischen, politischen sowie weltanschaulichen, speziell erkenntnistheoretischen Ursachen
3. Zum ökonomischen Weltbild bis 1870: Zum ökonomischen Weltbild im Monetarismus und Merkantilismus. Zum ökonomischen Weltbild der klassischen politischen Ökonomie. Zum ökonomischen Weltbild der Vulgärökonomie vor 1870
4. Zu vulgärökonomischen Konzeptionen über ökonomische Internationalisierung und Weltwirtschaft 1870 - 1914

5. Zu vulgärökonomischen Konzeptionen über Weltwirtschaft in der Epoche des Übergangs zum Sozialismus (1914/18 - 1983)

## 6. Alternativen

Hans-Joachim Vollert

Die Agrarverhältnisse in der Republik Guinea-Bissau - Entwicklungsstand und Entwicklungsmöglichkeiten

Dissertation A (2. 11. 1983)

Karl-Marx-Universität Leipzig

2. Die agrarwirtschaftlichen Ressourcen und die sozialökonomischen Verhältnisse in der Landwirtschaft der Republik Guinea: Auswirkungen der portugiesischen Kolonialherrschaft. Die natürlichen Bedingungen der Agrarproduktion. Die ökonomischen Bedingungen. Die soziale Struktur in den ländlichen Gebieten
3. Die Agrarkonzeption der PAIGC - Verlauf und Ergebnisse der agrarwirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Guinea-Bissau: Die Agrarkonzeption der PAIGC und deren Verwirklichung in den befreiten Gebieten bis zur Erringung der staatlichen Unabhängigkeit und danach sowie im Zeitraum 1975 - 1980. Zu einigen Ursachen der unbefriedigenden Ergebnisse der agrarwirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Guinea-Bissau im Zeitraum von 1975 bis 1980. Die agrarwirtschaftliche Orientierung nach der Machtübernahme durch den Revolutionsrat im November 1980
4. Erfordernisse und Möglichkeiten für die künftige Gestaltung der agrarwirtschaftlichen Entwicklung der Republik Guinea-Bissau

Hans-Henning Walter

Zur Entwicklung der Siedesalzgewinnung in Deutschland von 1500 bis 1900 unter besonderer Berücksichtigung chemisch-technologischer Probleme

Dissertation B (30. 4. 1985)

Bergakademie Freiberg

2. Verfahrensschema der Siedesalzerzeugung in offenen Pfannen
3. Bisher erreichter Forschungsstand; Übersichtsarbeiten zum Salinenwesen in Deutschland. Werke bedeutender Salinisten. Material über einzelne Salinen
4. Übersicht über die deutschen Salinen von 1500 bis 1900; Gründung von Salinen und Einstellung der Salzgewinnung. Salinenorte in Thölde's "Haligraphia" (1603)
5. Physikalisch-chemische Vorgänge bei der NaCl-Kristallisation aus natürlichen Solen
6. Zur historischen Entwicklung der Siedesalzgewinnung von 1500 bis 1900; Entwicklung der Teilschritte und der Produktionsmittel. Historische Etappen der Technologie des Gesamtprozesses. Verhältnis von Empirie und Wissenschaft
7. Ausgewählte Aspekte der Produktionsweise im deutschen Salinenwesen: Eigentums- und Besitzverhältnisse im deutschen Salinenwesen (Formen von Eigentum und Besitz; Lage der Produzenten). Produktionsorganisation in den Salinen. Spezielle Funktionen der Produzenten im Produktionsprozeß (Arbeitsteilung, Erwerb von Fachkenntnissen, Neugründung von Salinen)
8. Das Salinenwesen und die Anfänge der chemischen Industrie

Wolfgang Weber

Die Entwicklung des traditionellen Glashüttengewerbes in Thüringen und die Arbeits- und Lebensverhältnisse sowie Gesundheitsverhältnisse der Glasmacher von ihren Anfängen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts

Dissertation A (27. 7. 1984)

Akademie für Ärztliche Fortbildung der DDR

1. Materialbeschreibung
2. Die Anfänge der Glaserzeugung und ihre allmähliche Ausbreitung: Die Entwicklung der Glasproduktion von ihren Anfängen bis zum Ende des Römischen Reiches. Die Zentren Byzanz und Venedig. Die Entwicklung der deutschen Glasmacherkunst. Die Entwicklung der Glasindustrie in den anderen Ländern Europas im Mittelalter
3. Die Glashüttenentstehung auf dem Thüringer Wald; Die Geschichte Thüringens. Allgemeine Entwicklung der Industrie in Thüringen. Die ersten Anfänge der Glasproduktion vom 12. bis Anfang des 16. Jahrhunderts. Die Glashütte Langenbach - Mutter der Glashütten auf dem Thüringer Wald. Die Tochterglashütten Fehrenbach und Lauscha. Die weitere Ausbreitung der Glasindustrie bis zum Ende des 18. Jh.
4. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Glashüttenarbeiter; Die Entwicklung der technischen Voraussetzungen zur Glasherstellung. Arbeitsweise und Arbeitsbedingungen in den Glashütten des Thüringer Waldes im 16. - 18. Jh. Die soziale Stellung der Glashüttenbesitzer. Die Stellung der Beschäftigten der Glashütten. Erzeugnisse und Absatzbedingungen
5. Die Gesundheitsverhältnisse der Glashüttenarbeiter

Ingolf Wegener

Die Determinanten der Entwicklung der physikalischen Teildisziplin Elektrodynamik in ihrer historischen und logischen Bedingtheit

Dissertation A (1. 2. 1983)

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

1. Einige Gedanken zur Entwicklung der Wissenschaft als philosophisches Problem
2. Die Determinanten der Entwicklung der Erkenntnisse über die elektrischen und magnetischen Erscheinungen bis zur Faraday-Maxwellschen Elektrodynamik
3. Zur Herausbildung der technischen Disziplin der Elektrodynamik; Die Betrachtung des Wirkens der Determinanten in der Etappe der Herausbildung der elektrotechnischen Disziplinen (Schwachstromtechnik, Starkstromtechnik). Die Herausbildung der Produktivkraftfunktion der Wissenschaft am Beispiel der Elektrodynamik
4. Schlußfolgerungen aus der Untersuchung der physikalischen Teildisziplin Elektrodynamik für die philosophischen Grundlagen der marxistisch-leninistischen Wissenschaftstheorie

Jürgen Weiß

Grundlinien der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus von W. I. Lenin bis zur Gegenwart

Dissertation B (8. 6. 1984)

Bergakademie Freiberg

1. Die Entwicklung der Erkenntnis zum Wesen der allgemeinen Krise des Kapitalismus
2. Die Entwicklung der Erkenntnis zu den Hauptmerkmalen und den ökonomischen Merkmalen der allgemeinen Krise des Kapitalismus (Marktproblem; chronische Nichtauslastung von Produktionskapazitäten; chronische Arbeitslosigkeit; Die Verflechtung von allgemeiner und zyklischer Krise des Kapitalismus)
3. Die Entwicklung der Erkenntnis zu den Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus

Ute Wenzel

Politökonomische Aspekte der Untersuchung vorkapitalistischer Produktionsweisen

Dissertation A (1984)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Kriterien zur Untersuchung des gesellschaftlichen Fortschritts
2. Der Prozeß der Herausbildung des Menschen aus der Natur und die Entwicklung des Eigentums
3. Die ursprüngliche Gemeinde und ihre Auflösung als historischer Ausgangspunkt gesellschaftlicher Entwicklung
4. Die Herausbildung des Grundverhältnisses der orientalischen Produktionsweise
5. Die antike Gemeinde als Verein freier Privateigentümer
6. Die feudale Gemeinde als Vereinigung selbständiger Landeigentümer
7. Zusammenfassende Bemerkungen zur Betrachtung des Reproduktionsprozesses vorkapitalistischer Produktionsweisen

Lutz Werner

Politik und Agrarpolitik im Lebenswerk von Johann Heinrich von Thünen (1783 - 1850). Studien zu seinem agrarpolitischen Wirken in Mecklenburg

Dissertation A (15. 6. 1984)

Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

1. Johann Heinrich von Thünen in seiner Zeit
2. Thünens Stellung zu wichtigen politischen und sozialen Fragen in der Epoche des Sieges und der Festigung des Kapitalismus in den fortgeschrittenen Ländern
3. Zu ausgewählten Problemen im agrarpolitischen Lebenswerk von Johann Heinrich von Thünen: Aktivitäten und Beiträge zur Entwicklung moderner zeitgenössischer Verkehrseinrichtungen in Mecklenburg. Beiträge zur mecklenburgischen Steuer- und Zollpolitik im Vormärz. Johann Heinrich von Thünen zur Tagelöhnerfrage in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 in Mecklenburg



Zu Problemen des Studiums der Kredittheorie und der Kreditpolitik des englischen Staates von Karl Marx (1844 - 1853)

Dissertation A (1983)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Grundlinien der Kredittheorie von Karl Marx im "Kapital"; Der Kredit als kapitalistisches Produktionsverhältnis und objektive Kategorie der politischen Ökonomie. Das Kapitel "Die Rolle des Kredits in der kapitalistischen Produktion" im dritten Band des "Kapitals" - ein Kompendium der marxischen Kredittheorie und ein Dokument der Einheit der Bestandteile des Marxismus. Handelskredit und Bankierkredit als wesentlichste Formen des Kredits im Kapitalismus. Karl Marx zum internationalen Kredit. Zur Entwicklung der Geldfunktionen im Zusammenhang mit der Entfaltung des Kreditgeldes. Zur Gründung der Bank of England - ein Sieg über das englische Wucherkapital. Zur Bedeutung des englischen Staatskredits
2. Zur Herausbildung der Kredittheorie in der ersten Schaffensperiode von Karl Marx: Die Bedeutung der Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels in den "Deutsch-Französischen Jahrbüchern" für die Genese der Geld-, Kredit- und Krisentheorie. Die ersten systematischen Untersuchungen zum Kredit als Fortschritt im Geldwesen und fortgeschrittene Entfremdung in den "Ökonomisch-philosophischen Manuskripten". Kredit und Krisenzyklus in Friedrich Engels' Arbeit "Die Lage der arbeitenden Klasse in England". Zur Kredit- und Krisenproblematik in Karl Marx' Exzerptheften Brüssel - Manchester - Brüssel 1845 - 1847. Zur Bedeutung des kapitalistischen Staatsschuldensystems und Aktienwesens in der "Deutschen Ideologie". Zur Bedeutung des Werkes "Das Elend der Philosophie" für die Entlarvung des kleinbürgerlichen Charakters der Proudhonschen Kreditillusion. Zur Rolle des Leihkapitals in Marx' Manuskript "Arbeitslohn von 1847". Zur Bedeutung des Kredits bei der Eroberung der Kommandohöhen der Volkswirtschaft durch die Arbeiterklasse in den "Grundsätzen des Kommunismus" und im "Manifest der Kommunistischen Partei"
3. Karl Marx' "Londoner Hefte" 1850 - 1853 und ihr Platz in seiner Kredittheorie: Marx' Erarbeitung eines Überblicks der umwälzenden Einschnitte in der britischen Bank- und Währungsgesetzgebung. "Currency principle" und Bankgesetzgebung - Der Zusammenhang zwischen Klassenposition und Theoriebildung im Konservatismus. Das beginnende Studium der Kredittheorie durch Karl Marx in den ersten zwei Londoner Heften. Erste Überlegungen zur Geschichte des französischen, schottischen und englischen Geld- und Bankwesens - offenkundige Belege für die Unhaltbarkeit des "currency principle". Karl Marx' Studien zur Vorgeschichte des modernen Kreditwesens. Zu einigen speziellen Problemen des Marxschen Studiums der Organisation des kapitalistischen Bankwesens

Wolfgang Winter

Die kapitalistische Ökonomisierung der Arbeit der Angestellten als Resultat intensiver Entwicklung und Anwendung von Wissenschaft und Technik - Teil der Strategie des Monopolkapitals zur Intensivierung der Ausbeutung der Werktätigen in der BRD

Dissertation A (7. 9. 1983)

Friedrich-Schiller Universität Jena

1. Die Angestellten - eine Zielgruppe kapitalistischer Strategien zur Ausbeutungsintensivierung im Kapitalismus der Gegenwart

2. Formen und Methoden der kapitalistischen Ökonomisierung der Arbeit der Angestellten; Die Technisierung der Arbeitsbereiche durch Anwendung moderner Informationsverarbeitungstechnik. Andere ausgewählte arbeitsorganisatorische und motivationale Methoden kapitalistischer Ökonomisierung der Arbeit der Angestellten
3. Die Auswirkungen des Einsatzes von Wissenschaft und Technik in den Arbeitsbereichen der Angestellten zur Erhöhung der kapitalistischen Effizienz dieser Bereiche auf die Lage der Angestellten, Auswirkungen auf Charakter und Inhalt der Arbeit der Angestellten. Zur Angestelltenarbeitslosigkeit als massenhafte und chronische Erscheinung und ihren sozialen Folgen
4. Zur Produktion der modernen Informationsverarbeitungstechnik als Feld scharfer kapitalistischer Konkurrenz; Überblick zur Konkurrenzsituation auf dem kapitalistischen Markt für Informationsverarbeitungstechnik, Umfang und Charakter staatsmonopolistischer Regulierungsaktivitäten auf dem Gebiet der Produktion moderner Informationsverarbeitungstechnik

Gudrun Wittek

Die Entstehung der Stadt Halberstadt und ihre Entwicklung in der kommunalen Bewegung

Dissertation A (1. 2. 1983)

Pädagogische Hochschule "Erich Weinert" Magdeburg

1. Von den Anfängen des Bischofssitzes bis zur Entstehung der feudalen Stadt
2. Stadt und Bürgerschaft in der ersten Phase des Ringens um kommunale Autonomie (Ende des 11. Jahrhunderts bis Mitte des 13. Jahrhunderts)
3. Stadtbürgertum und Feudalgewalten - Wirtschaft, Sozialstruktur und Politik von der Errichtung der Ratsherrschaft bis zum Höhepunkt der kommunalen Autonomie (Mitte des 13. Jahrhunderts bis 1400): Die Wirtschafts- und Sozialstruktur Halberstadts im 13. und 14. Jahrhundert. Halberstadts Beziehungen zum flachen Land. Die Beziehungen Halberstadts zu den Städten im nördlichen Harzvorland und den großen Fernhandelsstädten unter besonderer Berücksichtigung der politischen Kontakte, Der Kampf um weiterreichende kommunale Rechte und Freiheiten unter der Führung des Rates

Irene Wolff

Ludwig Hirt - Repräsentant der Arbeitsmedizin in Deutschland während der Periode des Übergangs vom Industriekapitalismus zum Monopolkapitalismus

Dissertation A (19. 10. 1984)

Akademie für Ärztliche Fortbildung der DDR

2. Die historischen Grundlagen für das Werk Ludwig Hirts auf sozialem, ökonomischem und arbeitsmedizinischem Gebiet; Deutschland am Höhepunkt der industriellen Revolution und im Übergang zum Imperialismus. Die Arbeitsmedizin in Deutschland vor Hirt
3. Die Krankheiten der Arbeiter; Überblick über das Werk, die Arbeitsmethoden und die Schwierigkeiten, die er zu überwinden hatte. Die Forderungen Hirts zur Schaffung bzw. Verbesserung des Arbeitsschutzes
4. Sonstige arbeitsmedizinische Veröffentlichungen Ludwig Hirts: "Die gewerbliche

Thätigkeit der Frau vom hygienischen Standpunkte aus" 1873. Beiträge für Handbücher und Zeitschriften. "Arbeiterschutz" 1879 und "Gesundheitslehre für die arbeitenden Klassen" 1891

5. Das Urteil der späteren arbeitsmedizinischen Literatur über Hirt
6. Hirts Tätigkeit auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege außerhalb der Arbeitsmedizin und in der Neurologie
7. Hirts Lebensweg: Von der Geburt bis zur Bestallung als Polizei-Physikus der Stadt. Von der Einleitung des Disziplinarverfahrens bis zu seinem Tode

Dietrich Zboralski

Zur Geschichte der ökonomischen Lehre und Forschung an der Berliner Universität von 1810 bis 1945

Dissertation B (1. 2. 1983)  
Humboldt-Universität zu Berlin

Zeittafel der institutionellen Entwicklung der ökonomischen Lehre an der Berliner Universität bis Gründung der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät 1946

1. Zur Geschichte der ökonomischen Lehre und Forschung an der Berliner Universität bis zur Herausbildung des monopolistischen Kapitalismus: Zur Genesis der Kameralwissenschaften in Preußen-Deutschland in bezug auf die Herausbildung eines staatswissenschaftlichen Lehrstuhls an der Berliner Universität 1810. Die Errichtung des ersten ökonomischen Lehrstuhls bei der Berliner Universitätsgründung und seine Beziehungen zum Preußischen Statistischen Büro bis zur Gründung des Staatswissenschaftlich-statistischen Seminars 1886. Abriß der Lehrtätigkeit mit den ihr innewohnenden wesentlichen Problemen von 1810 bis zum Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopol
2. Gründung, Stellung und Wirkungsweise des Staatswissenschaftlich-statistischen Seminars der Berliner Universität bis zur Novemberrevolution; Die Gründung des Staatswissenschaftlich-statistischen Seminars 1886 - Lehrer, Lehrmethoden und Studenten. Zu einigen Fragen der Auseinandersetzung mit dem Marxismus sowie den Angriffen gegen ihn. Fragen der Einschätzung ökonomischer Prozesse wie auch ihrer Prognostizierung - die Grenzen der ökonomischen Lehrtätigkeit an der Berliner Universität um die Jahrhundertwende. Das Staatswissenschaftlich-statistische Seminar der Berliner Universität und die Handelshochschule Berlin als sich ergänzende ökonomische Bildungsstätten unter dem Imperialismus bis 1920
3. Abriß der Entwicklung des Staatswissenschaftlich-statistischen Seminars 1920 - 1945

Konrad Zimmermann

Dachterrakotten griechischer Zeit aus Histria. Untersuchungen zur Typologie, Datierung und Verbreitung keramischer Bauelemente im Schwarzmeergebiet

Dissertation B (16. 12. 1983)  
Humboldt-Universität zu Berlin

1. Das griechische Dach. Forschungsgeschichte und Fundumstände der Dachterrakotten von Histria
2. Katalog und Untersuchungen zu Typologie, Rekonstruktion und Datierung der histria-

anischen Dachterrakotten; Strotere/Flachziegel; Kalyptere/Deckziegel; Hegemones/Traufziegel und Abdeckplatten; Simen und Verkleidungsplatten; Antefixe/Stirnziegel und Akrotere

3. Griechische Dächer in Histria. Auswertung der Untersuchungsergebnisse und Zusammenfassung: Die historische Stellung der Dachterrakotten von Histria; Zeitliche Gruppierung; Rekonstruktion von Dächern; Zuweisung an Gebäude; Ton und Herstellung; Herkunft und Verbreitung; Aussagen zur Bautätigkeit in Histria

## Autorenverzeichnis

- Behm, Erika, wissenschaftlich-technische Assistentin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Bleiber, Helmut, Prof. Dr. sc. phil., stellv. Direktor, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- D'jakonova, I. A., Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Geschichte der UdSSR, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Haack, Hanna, Dr. sc. phil., Dozent, Sektion Marxismus-Leninismus, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kuczynski, Thomas, Dr. sc. oec., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Lärmer, Karl, Dr. rer. oec. habil., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Lehmann, Karin, Dr. sc. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Müller, Hans-Heinrich, Dr. rer. oec. habil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Obermann, Karl, Prof. em. Dr. phil. habil., Berlin.
- Radandt, Hans, Prof. Dr. rer. oec. habil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Richter, Jochen †, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Scharschmidt, Gerhard, Prof. Dr. sc. oec., Forschungsbereichsleiter, Institut für Ökonomik und Politik sozialistischer Länder, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin.
- Schildt, Bernd, Dr. jur., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sektion Staats- und Rechtswissenschaft, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Solov'eva, A. M., Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Geschichte der UdSSR, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau.
- Stelter, Manfred, Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin.
- Walter, Dieter, Dr. rer. oec., Forschungsgruppenleiter, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

## СОДЕРЖАНИЕ

- Дитер Вальтер, Рост и эффективность производственных капиталовложений в народном хозяйстве ГДР
- Ханна Хаак, Безработные в Германии. Результаты и анализ переписи профессий от 16-ого июня 1933 г.
- И. А. Дьяконова, Рудольф Дизель и российская нефть
- А. М. Соловьева, Промышленная революция в России
- Карл Лэрмер/Ханс-Хайнрих Мюллер/Карл Оберманн, Об отношении классов и слоев к производственно-техническому прогрессу в период промышленной революции в Германии
- Йохен Рихтер, Сельское кредитное дело в Мекленбурге в 16-ом/17-ом столетии
- Юрген Кучинский, Общественные соображения общего характера относительно научно-технической революции
- Бернд Шильдт, О проблеме сельских общин и учения о сельских общинах. История, состояние и задачи научных исследований с точки зрения истории права
- Герхард Шаршмидт/Манфред Стельтер, Интересные результаты исследований капитализма в развивающихся странах
- Карин Леманн, Кейнсианство с точки зрения экономической истории
- Юрген Кучинский, Как жили мелкие люди
- Хельмут Бляйбер, Крестьянские движения, отстраненные от капиталистического прогресса
- Эрика Бем/Юрген Кучинский, Отражение рабочего движения в правительственной прессе перед первой мировой войной. Преимущественно количественный анализ (Франция)
- Предварительные замечания по поводу исследования Ханса Раданфта об обращении с экономико-историческими фактами в мемуарной литературе (Юрген Кучинский)
- Ханс Раданфт, Об обращении с экономико-историческими фактами в мемуарной литературе
- Томас Кучинский, Долгосрочные колебания экономического роста: их причины и последствия (с 10-ого по 14-ого июня 1985 г. в Веймаре)
- Работы высших школ по экономической истории (Ренате Гюнтер)

## CONTENTS

- Dieter Walter, Growth and efficiency of productive investments in the economy of the GDR
- Hanna Haack, Unemployment in Germany. Results and analysis of the job census of June, 16<sup>th</sup>, 1933
- I. A. D'jakonova, Rudolf Diesel and Russia's mineral oil
- A. M. Solov'eva, The Industrial Revolution in Russia
- Karl Lärmer/Hans-Heinrich Müller/Karl Obermann, On the attitude of classes and strata towards technical progress of production during the Industrial Revolution in Germany
- Jochen Richter, Crediting in rural Mecklenburg during the 16<sup>th</sup> and 17<sup>th</sup> centuries
- Jürgen Kuczynski, General social considerations on the revolution in science and technology
- Bernd Schildt, "Markgenossenschaft" and its theory - History situation and problems of research from the point of view of legal history
- Gerhard Scharschmidt/Manfred Stelter, Stimulating scientific results on capitalism in developing countries
- Karin Lehmann, Keynesianism from the point of view of economic history
- Jürgen Kuczynski, How common people lived
- Helmut Bleiber, Peasant movements, set behind of capitalist progress
- Erika Behm/Jürgen Kuczynski, The reflection of the labour movement in the government press before the First World War. A mainly quantitative analysis (France)
- Prefatory note to Hans Radandt's study on the handling of facts relating to economic history in memoirs (Jürgen Kuczynski)
- Hans Radandt, On the handling of facts relating to economic history in memoirs
- Thomas Kuczynski, Long-term fluctuations in economic growth: its causes and consequences (June 10<sup>th</sup> - 14<sup>th</sup>, 1985, Weimar)
- University and college papers on economic history (Renate Günther)

- Dieter Walter, Croissance et efficacité des investissements productifs dans l'économie nationale de la R. D. A.
- Hanna Haack, Des chômeurs en Allemagne. Résultats et analyse du recensement professionnel du 16 juin 1933
- I. A. D'jakonova, Rudolf Diesele et le pétrole russe
- A. M. Solov'eva, La révolution industrielle en Russie
- Karl Lärmer/Hans-Heinrich Müller/Karl Obermann, Sur la position de classes et de couches à l'égard du progrès technico-producteur (de la technique de production) pendant la Révolution Industrielle en Allemagne
- Jochen Richter, Le service de crédit rural au Mecklembourg aux 16<sup>e</sup> et 17<sup>e</sup> siècles
- Jürgen Kuczynski, Réflexions sur la société générale à l'égard de la révolution scientifico-technique
- Bernd Schildt, La coopérative de marche et la doctrine de coopérative de marche - histoire, état et tâches de la recherche du point de vue de l'histoire du droit
- Gerhard Scharschmidt/Manfred Stelter, Des résultats de recherche stimulants sur le capitalisme dans les pays en voie de développement
- Karin Lehmann, Le Keynesianisme du point de vue de l'histoire économique
- Jürgen Kuczynski, La façon de vivre des petites gens
- Helmut Bleiber, Les mouvements paysans mis à l'écart par le progrès capitaliste
- Erika Behm/Jürgen Kuczynski, La réflexion du mouvement ouvrier dans la presse officielle (la presse gouvernementale) avant la Première Guerre Mondiale. Une analyse avant tout quantitative (la France)
- Remarque préliminaire sur l'étude de Hans Radandt sur le traitement de faits d'histoire économique dans la littérature de mémoires (Jürgen Kuczynski)
- Hans Radandt, Sur le traitement de faits d'histoire économique dans la littérature de mémoires
- Thomas Kuczynski, Fluctuations à long terme dans la croissance économique: leurs motifs et conséquences (du 10 au 14 juin 1985 à Weimar)
- Traité universitaire sur l'histoire économique (Renate Günther)



## SUMARIO

- Dieter Walter, Crecimiento y eficiencia de las inversiones productivas en la economía nacional de la RDA
- Hanna Haack, Los parados en Alemania. Resultados y análisis del censo profesional del 16 de junio de 1933
- I. A. D'jakonova, Rudolf Diesel y el petróleo ruso
- A. M. Solov'eva, La revolución industrial en Rusia
- Karl Lärmer/Hans-Heinrich Müller/Karl Obermann, Acerca de la posición de clases y capas sociales al progreso técnico de la producción durante la revolución industrial en Alemania
- Jochen Richter, Los asuntos del crédito agrario en Mecklemburgo en los siglos XVI y XVII
- Jürgen Kuczynski, Reflexiones sociales de carácter universal acerca de la revolución científico-técnica
- Bernd Schildt, La sociedad de la marca y la doctrina sobre la sociedad de la marca - historia, posición y tareas de la investigación desde el punto de vista de la historia jurídica
- Gerhard Scharschmidt/Manfred Stelter, Resultados estimulantes de la investigación acerca del capitalismo en países en vía de desarrollo
- Karin Lehmann, Keynesianismo desde el punto de vista de la historia económica
- Jürgen Kuczynski, Como vivió la gente baja
- Helmut Bleiber, Movimientos campesinos separatos del progreso capitalista
- Erika Behm/Jürgen Kuczynski, La reflexión del movimiento obrero en la prensa gubernamental antes de la Primera Guerra Mundial. Un análisis especialmente cuantitativo (Francia)
- Prefacio acerca del estudio de Hans Radandt sobre el manejo de hechos en la historia económica dentro de la literatura de las memorias (Jürgen Kuczynski)
- Hans Radandt, Acerca del manejo de hechos en la historia económica dentro de la literatura de las memorias
- Thomas Kuczynski, Fluctuaciones a plazo largo del crecimiento económico: sus causas y consecuencias (desde el 10 hasta el 14 de junio de 1985 en Weimar)
- Tratados universitarios acerca de la historia económica (Renate Günther)

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

**Thomas Kuczynski**

Erfolgen Basisinnovationen schubweise? Ein Beitrag zur statistischen Analyse der Produktivkräfteentwicklung im Industriekapitalismus

**Christian Meseck**

Der Platz der Veredlung in der ökonomischen Strategie der SED für die achtziger Jahre unter besonderer Berücksichtigung der chemischen Industrie

**Teresa Małecka**

Bemühungen polnischer Regierungen um US-Kapital für Polens Wirtschaft in den Jahren 1919 bis 1925

**Hans-Joachim Rook**

Territorialstrukturelle Veränderungen in Deutschland im Zeitraum des Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus

**Jörg-Peter Findeisen**

Progressive Kameralisten in Schwedisch-Pommern nach 1750. Die schwedisch-pommersche Reformpublizistik während des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus

**Klaus Mueller-Bülow/Manfred Stelter/Holle Grünert**

Staatsmonopolistischer Kapitalismus: Politische Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte  
- Versuch eines Dialogs

**Jürgen Kuczynski**

Ein Standardwerk über Wohnungen und Wohnungswesen in Berlin (Johann Friedrich Geist/Klaus Kürvers, Das Berliner Mietshaus 1862 - 1945)

**Sigrid Jacobeit**

Eine Studie zur Geschichte unehelicher Geburten in Europa (Michael Mitterauer, Ledige Mütter)

**Reinhold Zilch**

Sozialgeschichte aus der Sicht eines Bürokraten (Ernst Wickenhagen, Geschichte der gewerblichen Unfallversicherung)

**Lutz Oberdörfer**

Die britische Handelspolitik gegenüber Schweden 1929 bis 1939 (Bengt Nilson, Handelspolitik und skärpt konkurrens)

**Kerstin Herbst**

Ein Standardwerk zur Geschichte der Rapallopolitik (Günter Rosenfeld, Sowjetunion und Deutschland 1922 - 1933)

**Peter Hoffmann**

Eine Fallstudie zum baltischen Ostseehandel im 18. Jh. (G. A. Nekrasov, Vnešnjaja trgovlja Rossii čerez Revel'skij port v 1721 - 1956 gg.)

**Renate Schwärzel**

Zur Rolle der Persönlichkeit in der Betriebsgeschichte (24. bis 26. April 1985 in Karl-Marx-Stadt)

**Jochen Fleischhacker/Heinzpeter Thümmeler**

Zu Fragen der demographischen Forschung (25. und 26. Juni 1985 in Berlin)

**Hans-Joachim Rook**

**200. Jahrestag der Inbetriebnahme der ersten deutschen Dampfmaschine in Hettstedt  
(2. Oktober 1985 in Berlin)**

**Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 28. Lieferung  
(Dieter Müller)**

**Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945**  
in drei Bänden

**Band 2: Produktivkräfte in Deutschland 1870 bis 1917/18**

Autorenkollektiv unter Leitung von Karl Lärmer

1985. 489 Seiten

122 Tabellen, 15 Abbildungen

13 Karten, 153 Fotos

20,5 x 27,0 cm

Leinen 48, -- M

LSV 0265

Bestell-Nummer: 754 213 0

Bestellwort: Produktivkraefte

6739/2

Die Erforschung der Produktivkräfte als ein Grundelement der Gesellschaftsentwicklung ist ein wichtiger Auftrag der Geschichtswissenschaft. Obwohl Aspekte der Produktivkraftentwicklung in allgemeinen historischen und wirtschaftshistorischen Untersuchungen sowie in der Technikgeschichte eine Rolle spielen, gibt es bisher keine alle Seiten umfassende Darstellung der Entwicklung eines Landes in einer Epoche.

Diese Lücke wird nun mit der "Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945 in drei Bänden" geschlossen. Wissenschaftler mehrerer Forschungseinrichtungen in der DDR stellen darin das Gesamtsystem der Produktivkräfte in seinen Wechselwirkungen mit Ökonomie und Politik dar. Besonderes Gewicht wurde im vorliegenden Band (1870 bis 1917/18) auf die Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft gelegt. Aber auch das Transport- und Nachrichtenwesen, die Beziehungen zwischen Produktivkräften und Standorten, der Beitrag der Wissenschaften werden dokumentiert. Kapitel über die Veränderungen der Arbeitskräfte-, Berufs- und Bevölkerungsstrukturen und des Ausbildungswesens rücken die Hauptproduktivkraft Mensch in den Mittelpunkt der Darstellung. Bedeutende technische Errungenschaften, Fortschritte der Arbeitsorganisation und der Produktion werden mit ihren sozialen Folgen verknüpft, der Mißbrauch der Produktivkräfte als Destruktivkräfte - im ersten Weltkrieg auf die Spitze getrieben - erfährt eine gründliche Analyse.

In einem einleitenden Überblick werden allgemeine Bedingungen und Tendenzen beschrieben sowie theoretische Probleme des Forschungsfeldes "Produktivkraft" behandelt.

**In Vorbereitung:**

**Band 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945 (erscheint 1986)**

**Band 1: Produktivkräfte in Deutschland 1800 bis 1870 (erscheint 1987)**

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten.

Akademie-Verlag Berlin, DDR-1086 Berlin, Leipziger Str. 3 - 4

# Jahrbuch für **WIRTSCHAFTS GESCHICHTE**

**Sonderband 1986**

1986. 318 Seiten — 17 cm × 24 cm — DDR 18,— M; Ausland 28,— DM

Bestell-Nr. 754 620 3

Bestellwort: Jb. Wirt-Gesch. 2103/86/S

## **Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Berlins vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart**

Zum bevorstehenden Jubiläum anlässlich des 750jährigen Bestehens Berlins präsentieren die Autoren Ergebnisse ihrer vorwiegend auf archivalischen Quellen beruhenden Forschungen zur Entwicklung der sozialen Struktur, der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse sowie der Lebensbedingungen der Berliner Bevölkerung vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart.

Der Band enthält mehrere Beiträge zur Sozialgeschichte, u. a. von Helga Schultz zur Sozialstruktur und Lebensweise der Berliner Lohnarbeiter im 18. Jahrhundert, von Dieter Baudis über die Lebensbedingungen der großen Masse der Berliner Bevölkerung während des 1. Weltkrieges, von Heinz Habedank über die Löhne der Metallarbeiter in der Berliner Elektroindustrie von 1924 bis 1936 sowie von Lotte Zumpe über die Anfänge der faschistischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und deren Auswirkungen.

Die Entwicklung der Produktivkräfte wird unter verschiedenen Aspekten beleuchtet. So untersucht Horst Mauter die Geschichte der Berliner Fayencemanufaktur, Lothar Baar den Verlauf der industriellen Revolution und Gerhard Narweil deren Auswirkungen auf die Umwelt in Berlin sowie Renate Scholze die Elektrizitätsversorgung Berlins bis 1945.

Die Artikel über den Wiederaufbau und die Entwicklung des Kabelwerkes Oberspree von 1945 — 1950 (Jörg Roesler), über die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung (Waltraud Falk), über die Kombinatbildung in der Lichtquellenindustrie (Renate Schwärzel) sowie über die Gründung einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Berliner Universität (Frank Zschaler) legen Zeugnis ab von revolutionären Veränderungen nach der Befreiung vom Faschismus und in der sozialistischen Gesellschaft.

**AKADEMIE VERLAG**  **BERLIN**  
Deutsche  
Demokratische  
Republik

DDR-1086 Berlin, Leipziger Straße 3-4 Postfach 1233